



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

57. Sitzung

3. Wahlperiode

Donnerstag, 8. März 2001, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt

Gesine Skrzepski, CDU	3639
Detlef Müller, SPD	3642
Beschluss	3642

Mitteilungen der Vizepräsidentin..... 3631

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS: Gemeinsame Erklärung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern vom 24. Januar 2001 – Drucksache 3/1951 –	3631
Hinrich Kuessner, SPD	3631
Herbert Helmrich, CDU.....	3632
Karsten Neumann, PDS.....	3633
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	3634
Beschluss	3634

Antrag der Fraktion der CDU: Urlaubsexpress Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/1929 –	3634
Jürgen Seidel, CDU	3634
Minister Dr. Rolf Eggert	3636
Kerstin Kassner, PDS	3637

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Entwicklung der Landwirtschaft zu mehr Verbraucherschutz – Drucksache 3/1936 –	3642
Ute Schildt, SPD.....	3642, 3648, 3649
Martin Brick, CDU.....	3643, 3649
Johann Scheringer, PDS	3645
Minister Till Backhaus.....	3646
Beschluss	3650

Antrag der Fraktion der CDU: Übernahme der Kosten der Tierkörperbeseitigung durch das Land – Drucksache 3/1934(neu) –	3650
Renate Holznagel, CDU.....	3650
Minister Till Backhaus.....	3651, 3657
Birgit Schwebs, PDS	3654
Wolfgang Riemann, CDU.....	3656
Ute Schildt, SPD.....	3657
Beschluss	3659

Antrag der Fraktion der CDU:

Bewirtschaftungserlass der Finanzministerin

– Drucksache 3/1865 –	3659
Wolfgang Riemann, CDU.....	3659
Ministerin Sigrid Keler.....	3660
Angelika Gramkow, PDS	3664, 3668
Rudolf Borchert, SPD	3665
Georg Nolte, CDU.....	3666
Beschluss	3669

Antrag der Fraktion der CDU:

**Keine zusätzliche Kostenbelastung der
Jugend- und Sozialhilfeträger des Landes
als Rehabilitationsträger durch das SGB IX**

– Drucksache 3/1931 –	3669
Harry Glawe, CDU	3669, 3673
Ministerin Dr. Martina Bunge.....	3670
Dr. Margret Seemann, SPD	3671
Irene Müller, PDS.....	3674
Beschluss	3677

Antrag der Fraktion der CDU:

Zivilprozessreform

– Drucksache 3/1932 –	3677
Dr. Ulrich Born, CDU	3677, 3690
Minister Erwin Sellering	3681, 3689, 3690
Karsten Neumann, PDS.....	3682
Herbert Helmrich, CDU.....	3684, 3690

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS.....

Beschluss

Antrag der Fraktion der CDU:

Wegstreckenentschädigung

– Drucksache 3/1933 –	3691
Wolfgang Riemann, CDU.....	3691, 3693
Ministerin Sigrid Keler.....	3692
Angelika Gramkow, PDS	3692

Antrag der Fraktion der CDU:

**Vorlage und Umsetzung eines Landes-
aktionsplans „Gegen Gewalt gegen Frauen“**

– Drucksache 3/1928 –	3693
Renate Holznagel, CDU	3693
Dr. Margret Seemann, SPD	3694, 3696, 3697
Dr. Ulrich Born, CDU	3696, 3701
Annegrit Koburger, PDS	3697
Reinhardt Thomas, CDU.....	3698
Karla Staszak, SPD.....	3701, 3702
Beschluss	3702

Nächste Sitzung

Mittwoch, 4. April 2001.....

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zur 57. Sitzung des Landtages und bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir wollen in die Tagesordnung einsteigen.

Vorab erst mal ein herzliches Dankeschön für alle lieben Wünsche zum Internationalen Frauentag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber ich denke, das gilt für alle, dass wir immer jemand brauchen, der auch einmal liebevoll an einen denkt. In dem Sinne sollten wir jetzt in die Tagesordnung einsteigen und vielleicht auch das ein wenig beherzigen. Die Sitzung ist hiermit also eröffnet und wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Gemäß Paragraph 5 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung den Abgeordneten Grams zum Schriftführer.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Gemeinsame Erklärung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern vom 24. Januar 2001, auf Drucksache 3/1951.

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:
Gemeinsame Erklärung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern vom 24. Januar 2001
– Drucksache 3/1951 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Kuessner. Bitte sehr.

Hinrich Kuessner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute über den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zur Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit des Landtages Mecklenburg-Vorpommern mit dem Sejmik der Woiwodschaft Westpommern.

Wir stehen damit am Anfang einer neuen Stufe der Kooperation unserer beiden Parlamente. Auf der Ebene der Parlamentspräsidenten und des jeweils zuständigen Ausschusses – auf polnischer Seite der Ausschuss für internationale grenzüberschreitende Zusammenarbeit, auf unserer Seite der Rechtsausschuss – haben wir bereits die Kooperation vorbereitet und begonnen. Aber jetzt kommen wir in eine neue Phase der Zusammenarbeit.

Worum geht es bei der gemeinsamen Erklärung:

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen unserem Landtag und dem Sejmik Westpommern verstetigen und einen regelmäßigen politischen Meinungsaustausch über gemeinsame Aufgaben, Anforderungen und Probleme durchführen.

Wir wollen das Erlernen der Sprache des Partnerlandes fördern, damit die Sprachbarriere als Hinderungsgrund für das gegenseitige Kennenlernen wegfällt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich grenzüberschreitend leichter begegnen und austauschen können, um so Vorurteile abzubauen und Verständnis füreinander zu entwickeln.

Wir wollen den deutsch-polnischen Jugend-, Schüler- und Studentenaustausch fördern und darauf hinwirken, dass vermehrt Schulpartnerschaften zwischen Schulen in unseren Ländern und der Woiwodschaft Westpommern

geschlossen werden. Denn es geht uns darum, diese Partnerschaft nicht auf die Ebene der Parlamente zu beschränken. Es geht uns auch darum, Vorbild und Motor für den Aufbau partnerschaftlicher Kooperationen zwischen anderen Einrichtungen, Verbänden, Vereinen und Institutionen des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zu sein.

An dieser Stelle möchte ich ganz konkret an uns Abgeordnete appellieren. Viele von uns sind Mitglieder in solchen Vereinen und Organisationen. Wir sollten in diesen Institutionen darauf hinwirken, dass Partner in der Region Westpommern gesucht werden, um gemeinsame Projekte, Veranstaltungen und Begegnungen durchzuführen. Ich weiß, dass viele Vereinigungen bereits gute Kontakte nach Polen haben, aber diese Kontakte sind auch noch ausbaufähig.

Am 24. Januar dieses Jahres haben uns Abgeordnete des Sejms Westpommern im Landtag besucht. Deutlich kam dabei zum Ausdruck, dass wir Nachbarn sind, die kulturell, wirtschaftlich und sozial vielfach dieselben Interessen verfolgen. Es gilt jetzt nicht nur, dies zu erkennen, sondern sich zu verständigen, um für gemeinsame Interessen und gemeinsame Probleme auch gemeinsame Lösungen zu finden.

In wenigen Jahren sind wir Partner in der Europäischen Union. Für diesen Zeitpunkt müssen wir uns heute rüsten. Auf die Woiwodschaft Westpommern und auf Mecklenburg-Vorpommern kommen Aufgaben zu, auf die wir uns vorbereiten müssen. Es gibt Risiken und Chancen. Ich glaube, beide Gebiete können sehr stark davon profitieren, wenn Polen Mitglied der Europäischen Union sein wird, aber wir müssen uns gemeinsam auf diesen Zeitpunkt vorbereiten. Das gilt auf unserer Seite ganz besonders für Vorpommern. Als Grenzregion wird Vorpommern mit der Osterweiterung der Europäischen Union am stärksten konfrontiert sein. Hier werden als Erstes die denkbaren Probleme auftreten, wenn die Grenze zwischen Polen und Deutschland wegfällt. Hier sind aber auch mit der Grenzöffnung die größten Chancen für die Entwicklung der Region. Wir müssen jetzt alles daran setzen, dass die immer noch bestehenden gegenseitigen Vorbehalte und Vorurteile der Menschen abgebaut werden. Dazu ist vor allem erst einmal das gegenseitige Kennenlernen der Menschen in der gemeinsamen Region erforderlich, aber auch das Kennenlernen der Strukturen, in denen wir leben und arbeiten.

Die Partnerschaft mit dem Sejmik Westpommern bildet einen Baustein zur Gestaltung unserer eigenen Zukunft. Nach der Osterweiterung der Europäischen Union und dem Wegfall der immer noch recht starren Grenze nach Polen werden die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontakte wesentlich intensiver werden. In einigen Bereichen werden wir zu wirtschaftlichen Konkurrenten werden. Aber trotz oder gerade wegen des wirtschaftlichen Wettbewerbs liegt unsere Zukunft in der Kooperation mit den östlichen Partnern.

Ich sehe zum Beispiel hervorragende Kooperationsmöglichkeiten im Bereich des Tourismus. Natürlich wird auch Polen verstärkt mit seiner schönen Ostseeküste werben. Die Polen tun das schon längst, wie man auch in den letzten Tagen auf der ITB in Berlin sehen konnte. Sie tun es lockend, einladend und professionell. Wir müssen uns der Konkurrenz um Bade-, Natur- und Wellnessurlauber stellen. Aber auch wir können profitieren, wenn wir unseren Gästen verstärkt Ausflüge in die polnische Nach-

barregion und in die Wirtschaftsmetropole und Kulturstadt Stettin anbieten können.

Die Zusammenarbeit unserer beiden Parlamente soll auch eine Hilfe für das Partnerparlament der Woiwodschaft Westpommern bieten. Unsere polnischen Partner sehen darin die Möglichkeit, ihre Kompetenzen und ihre Eigenverantwortung national zu stärken. Die Regionen in Polen haben noch nicht die Eigenständigkeit und umfassenden Zuständigkeiten wie die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Aber der Prozess der Föderalisierung der Republik Polen ist noch nicht abgeschlossen. Es gibt die Tendenz, den Regionen künftig mehr Kompetenzen, mehr Eigenverantwortung und mehr Zuständigkeiten zuzubilligen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Es liegt uns fern, uns in die inneren Angelegenheiten der Republik Polen einzumischen, aber wir können zum Ausdruck bringen, dass es für uns als Partnerparlament wünschenswert ist, wenn wir zur Förderung der grenzüberschreitenden regionalen Entwicklung und zur Lösung gemeinsamer Probleme einen Partner haben, der mit vergleichbaren Kompetenzen wie wir ausgestattet ist.

Eine solche Partnerschaft darf nicht nur auf dem Papier bestehen. Wir müssen sie mit Leben erfüllen. Wir müssen Partner bei der konkreten Lösung von Problemen für die Menschen in unserer Region sein. Beispiele für solche konkreten Unterstützungen gibt es bereits. Ich habe in der vergangenen Woche den Vorsitzenden des Sejmijs Westpommern, Herrn Dlugoborski, besucht und habe dabei seine Heimatgemeinde Gryfino bereist. Dort ist ein Problem der Kooperation mit Polen überdeutlich geworden. Es gibt zu wenig Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Polen. In Gryfino existiert ein Grenzübergang für Fußgänger und Radfahrer. Es bestünde aber die technische Möglichkeit, den Grenzübergang auch für den Fahrzeugverkehr, für den Pkw-Verkehr zu öffnen. Das hat mir der zuständige Leiter des Bundesgrenzschutzes dargelegt. Gleichwohl ist eine solche Öffnung der Grenze bisher abgelehnt worden, weil die Infrastruktur der Grenzübergangsstelle nicht den üblichen Anforderungen im Hinblick auf die Ausgestaltung der Fahrbahnbeschaffung entsprechen würde. Durch diese Feststellung werden Entwicklungschancen verspielt. Ich werde dies dem Bundesinnenminister mitteilen und mich für die Öffnung auch für Pkws einsetzen. Der ebenfalls anwesende Generalkonsul aus Danzig wird die Situation gegenüber dem Bundesminister des Auswärtigen berichten und dort für diese Grenzöffnung für Pkws werben. Dies meine ich damit, wenn ich sage, dass die Partnerschaft nicht nur auf dem Papier stehen und nicht nur auf die Ebene der Parlamente beschränkt sein darf.

Um ein anderes Beispiel zu wählen. Der Sejmik Westpommern hat sich vor kurzem mit der Bitte um Hilfe an uns gewandt, weil etwa 70 polnische Staatsbürgerinnen in Boizenburg wegen des Verdachts der Schwarzarbeit festgesetzt wurden. Tatsächlich hat ein deutsch-polnisches Unternehmen in Stettin und in der Umgebung von Stettin damit geworben, es biete eine legale Beschäftigung in Deutschland für polnische Bürgerinnen an. Die Polinnen haben dann Erklärungen unterschrieben, dass sie Gesellschafterinnen des Unternehmens seien. Bei einer Razzia hat sich herausgestellt, dass die Polinnen getäuscht wurden und es sich um eine illegale Beschäftigung handelte. Nachdem der Hilferuf wegen der Festsetzung der polnischen Staatsbürger bei uns einging, haben wir den Innenminister informiert, der eine pragmatische und für alle Beteiligten unproblematische Lösung gefunden hat, damit

die Polinnen zurück in ihre Heimat konnten. Dafür danke ich Ihnen an dieser Stelle auch noch mal ausdrücklich, Herr Innenminister.

Meine Damen und Herren, auch das meine ich, wenn ich sage, wir müssen die gemeinsame Erklärung mit Leben füllen. Es gibt auf beiden Seiten Ängste wegen der generellen Öffnung der Grenzen im Zuge der EU-Osterweiterung. Bei uns besteht die Angst, dass billige polnische Arbeitskräfte in unser Land kommen und unseren Bürgerinnen und Bürgern Beschäftigungsmöglichkeiten nehmen. Bei unseren polnischen Partnern besteht die Furcht, dass polnische Bürgerinnen und Bürger von deutschen Arbeitgebern ausgenutzt und illegal beschäftigt werden. Wir müssen also Vertrauen bei der Bevölkerung auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze schaffen. Dazu ist dieser Antrag über die Kooperation der Parlamente der Woiwodschaft Westpommern und des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ein Schritt in die richtige Richtung.

Ich möchte an dieser Stelle meinen Dank gegenüber allen Fraktionen aussprechen. Einvernehmlich ist dieser Antrag eingebracht worden. Er findet parteiübergreifend die Unterstützung in diesem Haus. Damit zeigen wir, dass die Kooperation und Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn ein Politikfeld ist, über das es keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Für unsere Partner bedeutet das die Sicherheit, dass unabhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen in diesem Haus an dem Ziel dieser Erklärung festgehalten wird. Ich danke auch dem Ministerpräsidenten, der im Zuge seines Besuches in Polen die Zusammenarbeit und Kooperation Mecklenburg-Vorpommerns mit unserem Nachbarn in Polen festgeschrieben hat. In Polen hat es großen Eindruck gemacht, dass sowohl das Parlament als auch die Regierung den unbedingten Willen zur verstärkten Zusammenarbeit haben. Mecklenburg-Vorpommern gilt als verlässlicher Partner, mit dem die Kooperationen am konkretesten und am weitesten gediehen sind. Ich hoffe, dass wir diesen Eindruck bei unseren Partnern dadurch verstärken, dass wir dem vorgelegten Antrag heute unsere Zustimmung erteilen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Kuessner.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Dazu gibt es offensichtlich keinen Widerspruch.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Helmrich von der CDU-Fraktion.

Herbert Helmrich, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Präsident hat den Rahmen abgesteckt, über den Vereinbarungen getroffen worden sind. Wir können alle sehr glücklich sein, dass das am 23. und 24. Januar hier hat geschehen können. Ich selber konnte leider Gottes nicht dabei sein. Ich war lauffähig wegen eines Sportunfalls beim Eisbaden.

Die Vorbereitungen haben dazu geführt, dass wir eine doch sehr umfassende Vereinbarung haben treffen können, und deshalb wird in der Präambel sowohl Bezug genommen auf unseren Beschluss, Förderung der EU-

Grenzregion zur Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Umstellungen im Zuge der EU-Osterweiterung, aber – und darauf sollten wir großen Wert legen – der Sejmik hat sich auch unabhängig von seinem Besuch hier und unabhängig von einer gemeinsamen Erklärung selbst damit befasst und schon im vorigen Jahr am 28. August die Aufnahme von Prioritäten der ausländischen Zusammenarbeit der Woiwodschaft Pommern festgelegt. Ich betone das deshalb noch einmal, weil die Prioritäten natürlich für uns von besonderer Wichtigkeit sind für die Zusammenarbeit.

Welche Vorstellungen haben die Polen? Unsere Vorstellungen haben wir in einem relativ breiten und umfangreichen Beschluss hier dargelegt. Welche Vorstellungen haben die Polen? Das schlägt sich auch ein bisschen in der gemeinsamen Erklärung nieder, nämlich in erster Linie mit dem Kennenlernen, dem Austausch von Schülern und Studenten. Wir haben übrigens inzwischen bei mir im Wahlkreis in Stralsburg eine Arbeit über die Geschichte von Stralsburg von einer polnischen Studentin. Da passiert etwas. Und dann leider, ein bisschen leider, in Ziffer 6 erst geht es um partnerschaftliche Kooperation zwischen Institutionen und Einrichtungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Das heißt, die Prioritäten der Polen und unsere Schwerpunkte sind ein bisschen unterschiedlich. Hieran müssen wir arbeiten, denn bei uns war der Ausgangspunkt die EU-Osterweiterung. Und wie sieht es dann in Mecklenburg-Vorpommern und besonders in Vorpommern an der Grenze aus? Das war der Schwerpunkt für uns. Das spielt für die Polen gedanklich kaum eine Rolle. Sie wollen die Grenze aufheben. Sie wollen keinerlei Übergangsregelungen haben für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Dafür haben wir alle Verständnis, aber wir müssen die Probleme, die wir haben werden, Herr Kuessner hat das angesprochen, mit den Polen bearbeiten und dazu gehört – ich danke, dass Sie das auch noch mal gesagt haben – insbesondere natürlich die Öffnung weiterer Übergänge. Wenn Sie oben sehen, Swinemünde einerseits und die drei Käserbäder, die drei Kaiserbäder auf der anderen Seite,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na! –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Käserbäder.)

wenn diese Bäderregionen kooperieren, wird es im Endergebnis, wenn sie gemeinsam Propaganda machen für diese Region, beiden nutzen. Aber im Moment sieht es insbesondere natürlich auch noch auf deutscher Seite doch so aus, dass die Deutschen sich da schwer tun. Auch das, meine ich, müssen wir abbauen.

Hinzu kommt natürlich – und das haben wir das letzte Mal bei der Debatte unseres Beschlusses hier eingehend erörtert – die Grenzlandförderung. Wir haben bei der Regierung dafür ein offenes Ohr gefunden, wenn ich das recht verstanden habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf dieser Basis haben wir die Chance, die schwierigen Zeiten der ersten fünf, zehn, zwölf Jahre besser zu überstehen. Der Präsident des Landtages, Herr Kuessner, hat vorhin gesagt, das eröffne auch große Chancen – natürlich. Und ich ziehe ja überall herum und sage, in zwanzig Jahren gehört Vorpommern und insbesondere der Landkreis Uecker-Randow zum Speckgürtel von Stettin. Aber bis dahin ist es noch ein langer Weg. Ich danke dem Landtag,

dass er sowohl bei unserem ersten Beschluss als auch jetzt mit der gemeinsamen Erklärung diesen Problemen nachgeht. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Unsere Fraktion wird dem gerne zustimmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Helmrich.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der PDS-Fraktion. Bitte sehr.

(Martin Brick, CDU: Seine Jungferrede.
Da muss er einen ausgeben. – Zuruf aus dem Plenum: Nee, nee, der hat schon.)

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gemeinsame politische Willenserklärungen sind bereits Ergebnisse einer intensiven Arbeit und markieren einen wichtigen Abschnitt. Sie markieren gemeinsame Standpunkte, zeigen, wie die Gemeinsamkeiten gestrickt und gelagert sind, beinhalten Verpflichtungen und schaffen Klarheit, worum man sich gemeinschaftlich kümmern will. So sind Papiere, wenn sie ernst gemeint sind, auch und vor allem die Taten von morgen. Es hängt vom Willen und den Aktivitäten der Abgeordneten beider Seiten ab, was tatsächlich Wirklichkeit wird. Beide Seiten haben vereinbart, dass sie als nachbarliche Regionen in der Europäischen Union vorangehen wollen, die europäische Einigung in Angriff nehmen und befördern.

Die Geschichte der Europäischen Union hat bisher vor allem eins bewiesen: Zusammenarbeit und gemeinsame Zukunftsgestaltung als Projekt von Regierungen und Eliten ist dann zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht von der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger getragen wird. Und damit diese Union die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger findet, muss sie friedlich, sozial und ökologisch sein.

Unsere Zusammenarbeit als Abgeordnete, die wir heute deklarieren wollen, darf keinem Selbstzweck dienen oder zum Feigenblatt gebraucht werden. Wir haben gemeinsam die Verantwortung, unsere Überzeugung von der Richtigkeit des gemeinsamen Weges an unsere Wählerinnen und Wähler zu tragen, mit ungeschminkten Informationen für Aufklärung zu sorgen und die Chancen des EU-Beitritts der Republik Polen insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger in Vorpommern erlebbar zu machen. Zu unserer Verantwortung gehört auch, gemeinsam mit den polnischen Partnern alles zu tun, um Ängste nicht zu bedienen, sondern die berechtigten Sorgen aufzugreifen und aktiv den Beitritt Polens in den Verwaltungen und der Politik, in den Köpfen und Herzen vorzubereiten.

Die Haupttrichtungen, in denen die Zusammenarbeit erfolgen soll, haben wir gemeinsam bestimmt und die PDS wird diese unterstützen. Die Chancen für diese Zusammenarbeit sind gut. Seit einiger Zeit entwickeln sich gute freundschaftliche Beziehungen zwischen Abgeordneten und Fachleuten des Landtages. Bürgerinnen und Bürger treffen sich in Vereinen, bei gegenseitigen Besuchen, in Sportvereinen und Schulen, an den Universitäten, bei der Forschung, im gegenseitigen Handel genauso wie abends im Konzertsaal. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien arbeiten mit polnischen

Partnern zusammen. Das gegenseitige Verständnis der Probleme wächst und wird weiter wachsen. Der Unternehmerverband Vorpommern lädt polnische Studentinnen und Studenten zu Praktika ein. Eine polnische Verlegerin wirbt für polnische Literatur bei deutschen Politikern und Wirtschaftsvertretern. An dem Tag, an dem darüber niemand mehr hier im Landtag redet, wird diese Erklärung ihren Zweck erfüllt haben. Freundschaftliche Beziehungen zwischen Nachbarn sind Normalität. Die Europäische Union ist im Leben der Menschen angekommen und dafür ist dies heute ein wichtiger Schritt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und Heike Polzin, SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Neumann.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Körner von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich begrüße besonders, dass wir diesen Antrag gemeinsam auf den Weg gebracht haben in den letzten Monaten und auch zukünftig weiter ausgestalten werden mit der Kraft aller drei Parlamente.

Der Rechtsausschuss, der ja gleichzeitig Europaausschuss ist, hat hier eine gewisse Vorreiterfunktion natürlich aufgrund seiner Aufgaben. Wir waren unterwegs gewesen in Danzig und in Białystok, in Warschau und in Stettin, in Allenstein und in Gorzów. Und überall sind wir sehr freundlich empfangen worden, sind auf großes Interesse gestoßen, auf große Aufgeschlossenheit. Parallel dazu hat der Landtagspräsident dann insbesondere Kontakte zu Westpommern gesucht, die ja schon durch eine gemeinsame Erklärung unserer Landesregierung und der Woiwodschaft dort vorbereitet waren.

Damit sind sowohl vom Parlament als auch von der Regierung die äußeren Voraussetzungen hervorragend organisiert, dass wir zu einer Vertiefung der Gemeinsamkeiten kommen können. Ein nächster Schritt dazu wird die Gründung eines Unterausschusses sein, wie es im Rechtsausschuss für die nächste Zeit vorgesehen ist. Ich bitte alle anderen Ausschüsse, dass sie insbesondere zu den Patenausschüssen in der Woiwodschaft Westpommern Kontakte suchen, Kontakte pflegen, Kontakte gestalten. Der Unterausschuss wird diese Aufgabe begleiten und eigene Initiativen vorschlagen.

Insbesondere möchte ich Sie aber als Abgeordnete aus dem ganzen Land ansprechen. Sie kommen aus jeder Ecke unseres Landes und es ist verschiedentlich hier schon angesprochen worden, wie wichtig es ist, dass die Gestaltung der Partnerschaften mit ganz vielen Strukturen untersetzt wird. Da, muss ich sagen, können wir anknüpfen an Kontakte, die weit vor 1989 bereits geknüpft waren, mit Leben ausgestaltet waren, in einer Art und Weise, die heute noch nicht wieder erreicht ist. Bitte knüpfen Sie aufgrund Ihrer lokalen Verankerung, die Sie im gesamten Land haben, an diese ehemals gut gepflegten Kontakte wieder an! Versuchen Sie, sie wieder mit neuem Leben zu erfüllen auf Parteiebenen, auf Gemeindeebenen, auf Schulebenen, auf Vereinsebenen, auf Kirchenebenen. Wenn es uns gelingt, diese Kontakte zu stärken, wieder auszubauen, mit neuem Leben zu erfüllen, dann haben wir ein flächendeckendes Netz.

Nach dem Zweiten Weltkrieg griff insbesondere in den westlichen Teilen Deutschlands eine durchorganisierte Bewegung in Richtung Frankreich um sich. Bitte sorgen Sie dafür, dass nun in den östlichen Bereichen unserer Republik ein genauso breites Netz aufgebaut wird, gestärkt wird, wie es damals zwischen Deutschland und Frankreich war! Dieses Netz ist der Garant, dass sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern entwickeln. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie um Ihre kommunalen Aktivitäten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 3/1951. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen. Und erlauben Sie mir den Kommentar, ich freue mich über dieses einhellige Votum.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Urlaubsexpress Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 3/1929.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Urlaubsexpress Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 3/1929 –**

Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

(Angelika Gramkow, PDS: Wollen wir doch den Vorsitzenden des Tourismusverbandes mal fragen, ob er schon mal mit dem Urlaubsexpress gefahren ist.)

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin!

Ich bin damit gefahren, Frau Gramkow. Es war sehr schön, mit diesem Zug zu fahren, allerdings wird das ja wahrscheinlich demnächst so nicht mehr möglich sein, aber darüber wollen wir reden.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr.)

Meine Damen und Herren, alle bisherigen Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern werteten und werten den Tourismus durchaus als eine – na ja, sagen wir es mal so – Erfolgsstory. Grundsätzlich ist dem auch zuzustimmen. Betrachtet man allein den Kapitalstock, der völlig neu geschaffen wurde, die verbesserte Infrastruktur – ich erinnere nur daran, dass wir mal über die Seebrücken diskutiert haben, wir haben inzwischen auch bei den Radwegen Verbesserungen erreicht, wir haben jetzt elf Freizeit- oder Spaßbäder, wie man sie nun auch immer nennt, im Lande und wir haben sogar zehn Golfplätze –, auch das, denke ich, spricht dafür, es geht voran im Tourismus. Mecklenburg-Vorpommern konnte im vergangenen Jahr erneut über zweistellige Wachstumsraten berichten. Die Zahlen sind durch die Medien gegangen: 4,3 Millionen Gäste, 18,3 Millionen Übernachtungen.

Problematisch, das darf man nie vergessen, ist nach wie vor die Auslastung, auch wenn wir konstatieren können, dass im Jahr 2000 mit 36,1 Prozent die Auslastung der Hotels und Pensionen um 2,2 Prozent gestiegen ist. Und der Trend ist gar nicht so schlecht, wir hatten das Jahr davor, 1999, 1 Prozent. Also wenn wir diesen Trend

fortsetzen können in den nächsten Jahren, dann ist das vernünftig, aber, wie gesagt, man muss hier nach wie vor von einem unbefriedigenden Zustand reden. Das gehört einfach zur Wahrheit.

Erwähnen muss man aber auch, dass heute jeder siebente Erwerbstätige mittelbar oder unmittelbar im Tourismus tätig ist, die Branche inzwischen mehr als 10 Milliarden Umsatz macht. Das sind also volkswirtschaftlich für unser Land enorm wichtige Daten und insofern, denke ich, ist dieses Thema nach wie vor für uns sehr wichtig.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Sicher, davon gehe ich mal aus, ist unstrittig, dass gerade im Bereich des Tourismus, aber eben nicht nur da, das Marketing eine besondere Bedeutung hat, und dies kann man ja ganz aktuell studieren. Wenn man sich nach Berlin begibt, ist das ja, wie man vielleicht formulieren könnte, handgreiflich zu sehen. Mecklenburg-Vorpommern setzte in den zurückliegenden Jahren jährlich bei 3 Millionen DM öffentliche Gelder für das Marketing ein. Allerdings muss man immer wieder sagen, damit nehmen wir bei den Ländern die letzte Stelle ein, ich meine jetzt mal die deutschen Bundesländer. Das ist eine Sache, die ich seit Jahren kritisiere, die aber auch ich, das muss ich zugestehen, als Minister nicht verändern konnte. Ich denke aber, das ist immer wieder ein Punkt, über den wir nachzudenken haben. Wir könnten und sollten dort mehr tun, ich sage das ganz deutlich, weil wir hier einen Bereich haben, der wirklich eine Standortstärke des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist.

Meine Damen und Herren, aufgrund dieses außerordentlich engen Finanzrahmens für das überregionale Marketing war der Tourismusverband immer bemüht, Kooperationen einzugehen, um letztlich zu einem effizienten Mitteleinsatz zu kommen. Dies ist auch mit, ganz vorsichtig ausgedrückt, einigermaßen Erfolgen gelungen. Beispiel ist die Zusammenarbeit mit Neckermann, mit AMEROPA, mit großen Reiseveranstaltern und TUI im letzten Jahr und auch in diesem Jahr. Ich erinnere auch an das Ausstellungsschiff im vergangenen Jahr, ebenfalls ein Beispiel für Kooperation, und eben auch an den hier in Rede stehenden Urlaubsexpress.

Dieses gemeinsame Marketingprodukt des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit der Deutschen Bahn AG wurde 1997 vorbereitet. 1998 ging es das erste Mal auf die Schiene. Seit eben dieser Zeit hat Mecklenburg-Vorpommern circa, wenn man mal alles zusammennimmt, 1 Million DM öffentliche Gelder in dieses Projekt gesteckt. Die Arbeitsteilung war immer so, dass die Bahn den Zug – ja, wie sagt man es jetzt? – stellt oder fahren ließ und auch entsprechend geworben hat, das war ja besonders wichtig, zum Beispiel in der Zeitschrift „DB Mobil“. Der Tourismusverband seinerseits stellte Animationskräfte, Informationsmaterial und natürlich auch finanzielle Mittel für das gemeinsame Marketing zur Verfügung.

Und die Erfahrungen der vergangenen Jahre waren, und das ist jetzt interessant, dass beide Seiten, sowohl das Land, der Tourismusverband als auch die Deutsche Bahn AG, dieses Projekt immer in besonderer Weise hervorhoben als ein außerordentlich geeignetes Projekt für die Imagebildung. Und wenn ich gerade heute die „Schweriner Volkszeitung“ aufschlage und dort lese, dass 50 Prozent der Bürger in Deutschland die Bahn mehr oder weniger völlig ignorieren, dann, denke ich, muss die Bahn

sich um ihr Image meines Erachtens wirklich gewaltige Gedanken machen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Von daher sind also Entscheidungen, wie sie uns hier in Mecklenburg-Vorpommern erreichen, für mich überhaupt nicht nachzuvollziehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und ich will auch noch mal sagen, in der Vergangenheit haben wir dann, wenn es Probleme gegeben hat – ich beziehe mich jetzt mal auf das Projekt „Urlaubsexpress“ –, miteinander geredet. Wenn ich „wir“ sage, dann meine ich auch die jetzige Landesregierung. Ich kann mich erinnern, im letzten Jahr ging es darum, dass der Mittwoch nicht so gut lief. Na gut, dann verständigt man sich. Die Entscheidung war dann die, dass eben nur noch der Sonnabend bedient wurde. Und gerade wenn man das einmal resümiert, dann, finde ich, muss man doch über die jetzige Verfahrensweise, über das Vorgehen der Deutschen Bahn AG schockiert sein oder wie man es immer nennen will. Das kann nicht nur Erstaunen auslösen, das muss uns schon auch in besonderer Weise berühren, was hier passiert. Jetzt werden also Briefe geschrieben, der Urlaubsexpress findet nicht mehr statt. Feierabend! Das war es dann! So ungefähr ist ja die Bahn hier vorgegangen.

Aber, meine Damen und Herren, ich kann es uns einfach nicht ersparen, gerade das Problem Urlaubsexpress noch mal in den Gesamtkontext Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG zu stellen. Ich will noch mal erinnern:

Erstens, die Deutsche Bahn AG kündigt in Mecklenburg-Vorpommern die Interregiozüge auf. Übrigens, das geschieht, wie damals ein Referent berichtete, per telefonischer Ansage. Ich sage nur mal, wie das so läuft. Da hat es nachher viel Ärger gegeben und es ist letztlich ja auch einiges dort diskutiert worden. Aber dass wir heute, und auch das werde ich immer wiederholen, dass wir heute mit 12 Millionen DM jährlich die Strecke Berlin–Rostock bezahlen, ist in meinen Augen nach wie vor ein Skandal.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Die Deutsche Bahn AG stößt das Bahnbetriebswerk in Neustrelitz ab. Gegenwärtig sorgt man sich dort, was mit den Mitarbeitern passiert. 50 Prozent, so steht es in den Medien, wissen offensichtlich nicht, wie es weitergeht. Die Berufsausbildung, immer ein Zankapfel, ich weiß das wohl aus der Vergangenheit, die steht heute dort sozusagen ohne solide Grundlage da, auch da weiß man nicht, wie das in der Zukunft laufen soll.

Dritter Punkt. Die Deutsche Bahn AG kündigt in diesen Tagen drastische Reduzierungen im Frachtverkehr an. Es ist angekündigt, 50 Prozent aller Verladerampen und Anschlussgleise stillzulegen. Was glauben Sie, wen das trifft? Ich vermute, das wird Mecklenburg-Vorpommern auch, ohne dass ich das herbeireden will, als Flächenland in besonderer Weise treffen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr.)

Und viertens, und das ist jetzt das, worüber wir heute reden, die Deutsche Bahn AG kündigt das bisher als gute Zusammenarbeit gelobte Projekt „Urlaubsexpress“ auf.

(Minister Till Backhaus:
Das ist gar nicht zum Thema.)

Wissen Sie, Herr Backhaus, das ist das Thema. Sie dürfen übrigens von der Regierungsbank überhaupt nichts sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Also insofern bitte ich Sie da einfach diszipliniert zu sein.

(Heiterkeit und Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Na ja, ich muss es Ihnen doch noch mal sagen.

(Minister Till Backhaus: Haben Sie hier oben nicht auch schon mal gegessen?)

Jürgen Seidel, CDU: Nein, nein, aber ...

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren Minister, es ist so. Herr Seidel hat in diesem Falle Recht.

Jürgen Seidel, CDU: Siehst du, endlich mal.

(Ministerin Sigrid Keler: Ja, das wissen wir doch.)

Also, ich will das aber nun ernst sagen. Man kann ja die Aktion Urlaubsexpress nicht so losgelöst sehen, man muss sich fragen: Was passiert hier wirklich, meine Damen und Herren? Und ich denke, hier muss auch Klarheit geschaffen werden. Die Fragen, die sich uns stellen, sind doch die: Kann man denn in Mecklenburg-Vorpommern mit der Deutschen Bahn AG überhaupt noch rechnen? Das ist doch die Frage, die wir uns mal langsam vorlegen müssen. Die Frage ist auch: Ist hier mit einem Gespräch etwas möglich? Ich habe da ja etwas gehört, bin gespannt, wie das aussieht, aber ich sage nur, faule Kompromisse sollte man dann auch nicht eingehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und letztlich erhebt sich die Frage: Kommt man denn mit den Spitzen der Deutschen Bahn AG überhaupt noch zusammen, um über die Situation eines Flächenlandes wie Mecklenburg-Vorpommern zu reden?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und, Herr Minister Eggert, bitte machen Sie jetzt nicht wieder eins, zitieren Sie jetzt nicht wieder die Bahnreform und sagen Sie nicht, da sind Fehler gemacht worden! Also das haben wir jetzt immer wieder gehört. Aber das löst natürlich das Problem nicht! Ich bin ja bereit, da auch durchaus Kritik entgegenzunehmen, in dem Fall aber für andere, nur, das löst unser Problem nicht. Wir haben hier, gerade was die Deutsche Bahn AG betrifft, ernste Sorgen und insofern bitte ich Sie auch unseren Antrag zu verstehen und diesem auch zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister Herr Professor Eggert. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Dr. Rolf Eggert: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich rege mich überhaupt nicht darüber auf, Herr Seidel, dass Sie das Anliegen hier vorbringen und ernst nehmen,

wenn es um den Tourismus geht, wenn es um die Infrastruktur geht, was Bahnverbindungen angeht für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Reinhardt Thomas, CDU: Na ja, Sie fahren ja nur im Schlafwagenzug.)

Ich denke, da muss man das Anliegen ernst nehmen. Und es ist keine Frage, dass wir hier mit Auswirkungen zu kämpfen haben, die uns alle nicht erfreuen können. Ich will Ihnen nur Folgendes sagen: Ich wundere mich etwas, dass Sie sich jetzt hier zum absoluten Bahnexperten entwickeln. Ich meine, Sie hätten eben doch, und das müssen Sie auch hinnehmen, Sie hätten eben in der Phase zum Beispiel im Bundesrat als verantwortlicher Minister dafür sorgen sollen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern gegen diese Form der Privatisierung stimmt.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Da hätten Sie sich also massiv einsetzen sollen damals.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Oh, das ist ein Witz! Das ist wohl ein Witz.)

Ja, da können Sie ja gerne drüber lachen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

da können Sie gerne drüber lachen, aber ...

(Der Abgeordnete Jürgen Seidel meldet sich für eine Anfrage.)

Ich beantworte Ihre Frage zum Schluss.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich denke mal insgesamt, meine Damen und Herren,

(Jürgen Seidel, CDU: Herr Ringstorff. Herr Ringstorff.)

lassen Sie sich mal sagen, Herr Seidel, ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall Eckhardt Rehberg, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Da war Herr Ringstorff Wirtschaftsminister. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Schade, dass Herr Ringstorff nicht da ist.)

Minister Dr. Rolf Eggert: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern zieht Urlauber in Scharen an

(Reinhardt Thomas, CDU: Bei uns im Schlafwagen. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

und auch im Jahre 2000 stieg die Zahl der Gästeankünfte im Land zwischen Elbe und Stettiner Haff, und das trotz vieler Tiefdruckgebiete, die wir im letzten Sommer in der Hochsaison hatten. Aber auch in der Vor- und Nachsaison konnten überproportionale Zuwächse erreicht werden und, Sie haben es ja erwähnt, Herr Seidel, das führte zu einer Steigerung der Auslastung um insgesamt 2,2 Prozent. Und wenn wir schon über politische Verantwortlichkeiten sprechen, dann muss man mal sagen, dass dieser positive Trend, die Umkehr von sinkenden Auslastungen zu steigenden Auslastungen, verstärkt werden konnte und dass wir deutschlandweit den

stärksten Zuwachs in dieser Frage haben, und das auch durch veränderte Rahmenbedingungen und durch eine veränderte Förderpraxis, die mit meinem Amtsantritt eingetreten ist. Ich denke, das muss man an dieser Stelle auch mal sagen dürfen, meine Damen und Herren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Was muss er sagen?)

Nach Mitteilungen des Statistischen Landesamtes zog es im Jahr 2000 4,3 Millionen Urlauber nach Mecklenburg-Vorpommern und die Zahl der Übernachtungen stieg auf 18,3 Millionen. Das sind Zuwächse von 13 beziehungsweise 17 Prozent. Somit wurden im dritten Jahr in Folge zweistellige Zuwächse in Mecklenburg-Vorpommern erreicht. Erstmals haben wir Platz 2 nach Bayern in Deutschland erreicht. Ich denke, das ist in erster Linie der erfolgreichen Arbeit der Unternehmerinnen und Unternehmer in der Tourismusbranche, dem Tourismusverband und natürlich den sehr vielen fleißigen Mitarbeitern auch im Tourismusverband zu verdanken, wenn man an die jüngste Werbeidee denkt, die sehr gut ankommt. Und hier gebe ich Ihnen ohne weiteres Recht, Herr Seidel, dass man sich überlegen sollte, wie man die Arbeit dieser Leute besser honoriert und wie man hier vielleicht auch etwas verändert in dem Sinne, dass diese Leute bei uns bleiben und nicht, weil sie sich einen guten Namen gemacht haben, vielleicht von anderen abgeworben werden.

Nicht zuletzt hat zu diesem Ergebnis, meine Damen und Herren, der Urlaubsexpress Mecklenburg-Vorpommern beigetragen. Das Pilotprojekt „Urlaubsexpress Mecklenburg-Vorpommern“ wurde 1998 durch die Deutsche Bahn AG, Bereich „Reise & Touristik“, und durch das Land Mecklenburg-Vorpommern gestartet. Unser gemeinsames Ziel war es damals, neue Gäste per Schiene aus den Ballungsgebieten Rhein und Ruhr in unser Land zu bringen. Dieses Kooperationsprodukt der DB AG und des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde gemeinsam entwickelt, beworben und auch anteilig durch beide Partner finanziert. Ich meine, das Pilotprojekt war ein voller Erfolg und hat sich unter dem Aspekt des Marketings zu einem Vorzeigeprojekt für den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern organisierte parallel dazu die begleitenden Maßnahmen des Zubringer- und Gepäcktransfers, der Kulturprogramme und der Animation im Kinderlandwagen.

Neu an diesem Projekt war die durchgehende Transfer-, Buchungs- und Betreuungskette vom Wohnort zum Zielort der Urlaubsregion. Diese Form war bisher ein Novum in Deutschland. Dadurch ist es uns gelungen, die Bekanntheit des Urlaubslandes Mecklenburg-Vorpommern in Nordrhein-Westfalen zu steigern. Mit 30.000 zusätzlichen Übernachtungen aus diesem für die zukünftige touristische Auslastung eminent wichtigen Quellgebiet haben sich die eingesetzten Mittel des Landes für das Jahr 2000 und die kommenden Jahre ohne Zweifel gelohnt.

Aufgrund dieser positiven Bilanz war und ist es unsere Absicht, den Urlaubsexpress auch im Jahr 2001 wieder zum Einsatz zu bringen. Die DB AG hat darauf reagiert und will das Produkt noch mehr auf die Wünsche der Reisenden orientieren.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Der ursprünglich beabsichtigte zeitliche Vorteil für die Reisenden, nämlich die bereits sehr frühe Abfahrt um

5 Uhr ab Köln, ist laut DB AG und einer Marktumfrage zufolge ein negativer Faktor des bisherigen Urlaubsexpresses. Die DB AG bietet nun zwei Interregiozüge zu jeweils günstigeren Abfahrt- und Rückfahrzeiten als Alternative an und begründet diese Entscheidung mit den oben genannten nachfrageseitigen Argumenten. Das Alternativprodukt soll weiterhin über die Reisezentren der DB AG, über AMEROPA und die Bahnbüros beworben werden. Und es hat ein deutlich größeres Sitzangebot.

Grundsätzlich wird dem Anliegen, unsere Reisegebiete touristisch durch die DB AG in der Hauptreise- und Urlaubszeit besser zu erschließen, auch weiterhin Rechnung getragen. Bedauerlicherweise erfolgt dies nicht weiter durch den hochattraktiven Sonderzug der Bahn, sondern durch Interregiozugpaare. Ärgerlich – und da gebe ich Ihnen ohne weiteres Recht, Herr Seidel – ist, dass die Bahn AG diese Umstellung ohne vorherige Konsultation konzipiert und an die Öffentlichkeit gebracht hat. Und ich denke, das können wir auch nicht so hinnehmen. Ich habe deshalb anlässlich der ITB in Berlin am letzten Wochenende mit der DB AG gesprochen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das Ergebnis haben wir hier. – Wolfgang Riemann, CDU: Brief geschrieben oder angerufen?)

Beide Partner haben sich für die Zukunft darauf verständigt, dass frühzeitig eine Einbindung des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern und auch des Wirtschaftsministeriums bei Entscheidungen erfolgt, um Kommunikationspannen zu vermeiden. Für die Zukunft wurde eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zugesagt. Die Bahn hat sich im Übrigen für ihr Verhalten entschuldigt.

(Reinhardt Thomas, CDU: Eine hochnotpeinliche Abschiedserklärung war das.)

Die DB AG hat nur für die Reisesaison 2001 ein modifiziertes Angebot vorgelegt. Die eingesetzten Interregiozüge werden weiterhin „Urlaubsexpress Mecklenburg-Vorpommern“ heißen. Das ist, wie ich finde, für die Wahrnehmung dieses touristischen Angebotes besonders wichtig. Neu ist nun, es werden zwei moderne, das muss man auch konstatieren, Interregios mit mehr Sitzplätzen, statt 332 sind es jetzt 422, eingesetzt und es kommen ein weiterer Quellbahnhof, nämlich Bremen, und zwei zusätzliche Zielbahnhöfe, Rostock und Heringsdorf, dazu. Die DB AG wird auf meine Veranlassung hin eine Abstimmung mit dem Tourismusverband bezüglich des Betreuungsprogramms der Reisenden vornehmen. Es geht also weiterhin um den Zubringer- und Gepäcktransfer, es geht um die Kulturprogramme und die Animation für Kinder. Damit ist auch in Zukunft ein gutes Produkt gemeinsam mit der DB AG und dem Land Mecklenburg-Vorpommern auf dem Markt. Ich gehe davon aus, dass zukünftig, wie abgesprochen, das Land eher konsultiert und eingebunden wird, wenn Änderungen durch die Bahn AG geplant werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kassner von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kassner.

Kerstin Kassner, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier wurde schon mehrmals die neue Imagekampagne unseres Landes gelobt und wir alle haben auf

der ITB gesehen, dass sie wirklich zündend ist. Wenn man da das Bild sieht von Caspar David Friedrich, das hängt in Winterthur, das Original liegt aber in unserem Land, ich denke, das sind schon Bilder, die sofort eingehen und auch Emotionen auslösen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich hoffe aber, dass es irgendwann nicht einmal den Umkehrschluss gibt, dass es eine Karte gibt, auf der ein moderner hyperschneller Zug abgebildet ist. Darüber steht „Die deutschen Bahnen“ und darunter steht „fahren einmal in Mecklenburg-Vorpommern“.

(Lorenz Caffier, CDU: So ist es.)

Genau das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Gestern hat die diesjährige ITB in Berlin ihre Pforten geschlossen. Unser Land, denke ich, kann konstatieren, mit jedem Jahr dort eine bessere Präsentation zu erreichen. Selbstbewusst und frisch stellte sich unser Land neben Bayern dar

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

und der ununterbrochene Besucherstrom, denke ich, zeigte das riesige Interesse an unserem Land.

Mit Interesse und Freude, denke ich, haben wir alle die neuesten Zahlen über den Abschluss des vergangenen Jahres in der Tourismusbranche zur Kenntnis nehmen können, die dort auch der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Wenn sich die Zahl der Gäste auf 4,3 Millionen erhöht hat, so ist dies ein gutes Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen aller im Tourismus Engagierten in den vergangenen Jahren. Mecklenburg-Vorpommern konnte immerhin 13 Prozent mehr Gäste für einen Urlaub in unserem Land gewinnen.

Wir haben natürlich davon profitiert, dass insgesamt die Deutschen lieber im Land Urlaub machen. Positiv werte ich dabei, dass es auch gelungen ist, den Wettbewerb mit anderen Urlaubsregionen für uns gewinnen zu können. Besonders positiv ist, dass sich die Zahl der Übernachtungen pro Aufenthalt erhöht hat. Ich denke, das ist eine ganz wichtige Kategorie auch für unsere Unternehmen und zeigt, wie attraktiv unser Land ist und was wir zu bieten haben. Der Zuwachs von Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr um immerhin stolze 17 Prozent war damit um 4 Prozent höher als der Zuwachs der unser Land besuchenden Gäste.

Hier zeigen sich also die Erfolge dieser Tätigkeit. Es wirkt sich positiv aus, dass Unternehmen, Kommunen, die Landesregierung und nicht zuletzt auch wir Parlamentarier alle Anstrengungen zum Ausbau der Infrastruktur, der Hotels, der Gaststätten auf uns genommen haben. Vielfältige Maßnahmen für eine Saisonverlängerung schließe ich in diese Betrachtung mit ein.

Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen nicht nachlassen, müssen jedes Jahr von vorn beginnen, diesen Wettbewerb zu führen. Wir können uns auf diesen Ergebnissen keinesfalls ausruhen. Andere machen die gleichen Anstrengungen wie wir und bewerben sich um die gleichen Gäste, um sie in ihr Land zu holen, um sie dort vom Urlaub zu begeistern. Beispielsweise Frau Ingrid Franzen, die Tourismusministerin aus Kiel, also unseres Nachbarlandes, hat auf der ITB ihre Schlussfolgerungen dargestellt. Die heißen, genauso wie bei uns, mehr Qualität,

besseres Marketing, neue Konzepte für Eventtourismus und trotz aller Sparmaßnahmen weiterhin Mittel aus dem Landeshaushalt für die Tourismuswerbung. Und ich denke, das sind Forderungen, die bei uns genauso aktuell sind und genauso bleiben. Wir müssen uns also weiter anstrengen, dass die Bedingungen für die Gäste in unserem Land gut sind und gut bleiben.

Dabei sind natürlich solche einschneidenden Vorhaben wie die Einstellung des Projektes „Urlaubsexpress Mecklenburg-Vorpommern“ durch die Bahn AG und insbesondere die Art und Weise, wie das vorgenommen wurde, wie das in die Öffentlichkeit getragen wurde, absolut schädlich. Die DB sollte uns, meine Damen und Herren, unser Land ernst nehmen. Ich habe gerade von meinem Tourismusverband auf der Insel einen Werbeflyer zugeschickt bekommen, der heißt „Mit der DB nach Rügen“. Diesen habe ich mir genau angesehen. Darauf war nicht ein einziges Bild der Insel Rügen dort. Da war alles Mögliche abgebildet, bloß kein Bild der Insel Rügen. Und wenn wir schon merken, dass wir nicht ernst genommen werden, viele Gäste kennen die Insel und fühlen sich mit so etwas, gelinde gesagt, veralbert. Also das muss schon sein, dass sich unser Land so darstellt, wie es sich gehört.

Dass es im Zusammenhang mit dem Urlaubsexpress eine Reihe von Kritiken und Forderungen gegeben hat, ich denke, das ist legitim. Alles, was läuft, muss regelmäßig bewertet werden, es müssen Veränderungen vorgenommen werden. Die Sache ist eine ganz normale, aber da müssen natürlich die Verantwortlichen vor Ort mit einbezogen werden. Und genau das ist es, was ich der DB vorwerfe, dass sie das nicht getan hat. Und die Entschuldigung, Herr Minister, na ja, ist angenommen, sicherlich, aber ich denke, wir müssen dafür sorgen, dass so etwas in Zukunft nie wieder vorkommt.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Es stimmt, Abfahrtszeiten um 6 Uhr in Köln bei der Anreise in den Urlaub und Ankunft gegen 24 Uhr bei der Rückreise aus dem Urlaub sind natürlich nicht familienfreundlich. Der Zwang in der Bahn AG, aus unternehmerischen Gründen den Urlaubsexpress am gleichen Tag wieder nach Köln zurückzuführen, führt zu urlauberunfreundlichen Zeiten. Das hat natürlich auch wieder zu mangelnder Auslastung geführt, ganz klar, man sucht dann nach anderen Möglichkeiten, damit es für die Familie passt. Auch Forderungen nach zusätzlichen Einsteigebahnhöfen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen und Forderungen nach einer direkten Anbindung an Usedom halte ich für völlig legitim.

Überlegungen der Bahn, diesen Kritiken und Forderungen nachzukommen und damit Verbesserungen für die Anreise der Urlauber aus den Quellbereichen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen vorzunehmen, sind also mehr als erforderlich gewesen. Aber, wie gesagt, wir wollen in diese Überlegungen mit einbezogen werden, wir wollen informiert werden. Diese Handlungsweise der Vertreter der Bahn AG, dass wir von diesem Vorhaben über die Zeitung erfahren haben, und dort hieß es eben lapidar „Einstellung Urlaubsexpress Mecklenburg-Vorpommern“, hat viel Porzellan zerschlagen. Wenn also feststeht, dass mit dem einen Zug in der Ausstattung des Urlaubsexpresses, und hier möchte noch mal ganz besonders den speziell ausgestatteten Kinderspielwagen erwähnen,

(Jürgen Seidel, CDU:

Den gibt es auch nicht mehr.)

es tatsächlich so ist, dass es keinen zweiten Zug dieser Art gibt, dann müssen eben andere Lösungen angeboten werden, noch dazu, wo Lego auch mit den Werbeergebnissen selbst unzufrieden gewesen ist. Aber ich denke, das sollte nicht das ausschlaggebende Kriterium sein, weswegen man darauf verzichtet.

Was Minister Eggert auf der ITB erreicht hat, das hat er hier erzählt, das brauche ich nicht zu erwähnen. Ich erwarte, dass nun diese beiden Züge, die auch „Urlaubsexpress“ heißen werden, durch die Bahn AG, durch die Landesregierung und durch den Tourismusverband so betreut werden, so vorbereitet werden, dass diese beiden Interregiozüge so bekannt werden, wie es der Urlaubsexpress gewesen ist. Alle Angebote, alle Möglichkeiten, die in diesem zusätzlichen Angebot liegen, sollten unbedingt genutzt werden. Beide Züge sollten vom Tourismusverband betreut werden und beide Züge sollten auch wieder ein Angebot für die Familien, besonders also für die Kinderbetreuung haben. Ich denke, es gibt in unserem Land oder in Europa nicht nur Lego, es gibt auch andere Firmen, die Kinderspielzeug herstellen und die sich da einbringen könnten und zeigen, wie wichtig ihnen das ist, denn viele Hotels, Einrichtungen auf den Inseln, in den Urlaubsgebieten kaufen auch dort interessante Spielzeuge ein. Ich denke, das ist für alle ein Gewinn zu machen.

Meine Damen und Herren, der Antrag, den die Kollegen der CDU-Fraktion hier vorgelegt haben, ist durchaus berechtigt gewesen. Wir alle haben uns riesige Sorgen gemacht, wie es weitergeht mit dem Urlaubsexpress. Aber ich denke, mit den Informationen, die uns der Minister hier gegeben hat, mit der Fortführung des Urlaubsexpresses in einer anderen Organisationsstruktur, die wir jedoch noch qualitativ besser gestalten werden, wo wir auch unseren Einfluss geltend machen müssen, ist das Anliegen des Antrages erledigt. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Skrzepski von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Skrzepski.

Gesine Skrzepski, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Am 14. Dezember 2000 haben wir im Landtag über die Streichung der Interregiostrecken von Rostock nach Berlin durch die Deutsche Bahn heftig debattiert und kaum hat das Jahr begonnen, sind wir als Landtag erneut gefordert, um ein erfolgreiches Tourismusprojekt bei der Deutschen Bahn zu kämpfen.

Herr Wirtschaftsminister, ich muss Ihnen zu Ihrer Pressemitteilung heute, wo Sie der Tourismuswirtschaft suggerieren, Sie haben in Gesprächen diesen Erfolg erkämpft auf der ITB, sagen: Dass die Bahn mit Ihnen einen Kuhhandel abgezogen hat, das haben Sie wohl gar nicht gemerkt? Die haben Ihnen statt eines Ferraris zwei Trabis auf die Gleise gestellt.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Also ich muss mal sagen, das geht einfach zu weit. Das nehme ich so nicht an und ich bitte hier auch um Rückhalt für die Tourismuswirtschaft.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es ist doch wahr, dass Sie nicht mal wissen, wer für die Bahnreform im Bundestag gestimmt hat.)

Ja.

Sehr geehrte Abgeordnete, es kann doch nicht sein, dass die Politik unseres Landes unseren Menschen immer wieder erklärt, was hier nicht kommt.

(Unruhe bei Minister Dr. Rolf Eggert und Eckhardt Rehberg, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich bitte, die Diskussion von der Regierungsbank einzustellen.

Gesine Skrzepski, CDU: Das sehe ich auch so.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Es geht doch um den Fakt, dass wir als Politiker aufgerufen sind, unseren Menschen im Land zu erklären, was kommt, und nicht dauernd zu verkünden in der Zeitung, was sie nicht zu erwarten haben. Und wenn dann hier steht: „Zwar ist es bedauerlich, dass der attraktive Sonderzug der Bahn nun durch Interregiozugpaare ersetzt wird. Es sind jedoch auch Verbesserungen zu verzeichnen.“, dann ist es das genau, was die Menschen nicht hören wollen, wie zum Beispiel auch – Frau Kassner, ich kommentiere das jetzt mit ihren Zeilen, nie wieder – „Airbus ist Dank politischer Inkonzessenz in Hamburg gelandet“. Fast mit Spottreden wurde der Transrapid mit herbeigeredeter Unwirtschaftlichkeit aus Mecklenburg-Vorpommern gleich nach China gejagt, mit 200 Millionen DM dazu. Der größte Arbeitgeber, die Bundeswehr, zieht aus unserem Land ab. Die Menschen stehen mit Lichtern auf der Straße. Frau Kassner, sie sagten vorhin „nie wieder“.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ja, es wird so sein, nie wieder. Sie werden nicht da sein.

Und für BMW wird gebuddelt. Ich hoffe erfolgreich, damit die Menschen an diese Arbeitsplätze im Land glauben können. Oder sind das Alibiveranstaltungen fürs Volk? Diese Fakten zeigen doch, wie saft- und kraftlos zurzeit die Landesregierung Zukunftsbilder für unser Land zeichnet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es fehlt, und das empfinde ich zunehmend, das politische Knochenmark. In diesem Land wird rot-rote Konfettipolitik gemacht: schön bunt, alle erleben eine schöne Veranstaltung, nette Kanzlerbesuche. Jeder darf über die Dinge reden, doch keiner setzt sich den Hut auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unser Wirtschaftsminister hat den Hut auf. Doch irgendwie sind ihm diese Veranstaltungen als Gastredner verleidet und so wird auch er wie Airbus, Transrapid und Bundeswehr unser Land verlassen. Mal sehen, ob es dann holterdiepolter weitergeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Deutsche Bahn, Unternehmen Zukunft, reiht sich bedauerlicher Weise in diese Dauerserie beziehungsweise Misere ein und sagt uns immer wieder prophetisch, die Bahn kommt, aber sie meint, sie kommt nicht. Urlaubsexpress, im herkömmlichen Sinne Express, die reine Übersetzung heißt Fernschnellzug, das ist die Botschaft, die die Bahn ansagt. Und doch meint sie ja wohl mehr im Jahr 2001, dass Ex gleich Aus ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und so ist auch heute das Thema Urlaubsexpress die kritische Wahrheit für unsere Menschen im Land. Infrastruktur, die unser Land wirtschaftlich dringend braucht, findet jenseits unserer Landesgrenzen statt. Diese Züge sind sprichwörtlich abgefahren. Aber die einzigartige Erfolgskampagne, die wir auch mal als CDU aufs Gleis gestellt haben, den Urlaubsexpress Mecklenburg-Vorpommern, der 1998 werbeträchtig auf die Schiene gesetzt wurde und über 5.000 Reisende allein im Sommer 2000 an die schönsten Badestrände Mecklenburg-Vorpommerns befördert hat – über 170.000 Gäste aus dem bevölkerungsreichsten Land Nordrhein-Westfalen wurden mit der groß angelegten Werbekampagne beworben – wird stillschweigend von der Bahn aufs Abstellgleis befördert. Diese komplexe Marketingaktion zwischen Bahn, Land und Tourismusverband steht nun wieder mal vor einem Prellbock.

Umfangreiche gute Landesmittel von fast 2 Millionen DM wurden seit 1998 in diese erfolgreiche Marketingaktion für unser Urlaubsland investiert, mit der Aussicht, wie von der Deutschen Bahn bereits am 12. Dezember 1997 an die CDU-Fraktion mitgeteilt, die Deutsche Bahn AG würde sich sehr freuen, wenn das Land Mecklenburg-Vorpommern dieses Pilotprojekt im ersten schweren Jahr finanziell unterstützen würde. Im Haushalt 2000 wie auch 1999 wurden auf politischen Druck des Tourismusausschusses erneut 640.000 Mark für den Urlaubsexpress bereitgestellt. Aus dem ersten schweren Jahr wurden das zweite und dritte erfolgreiche Jahr. Und es sollten weitere Jahre folgen.

In diese Marketingaktion wurden bereits, ich wiederhole es, 2 Millionen DM investiert. Eine erfolgreiche Werbekampagne mit dem angedachten Ersatz von zwei Interregiozügen, ist nicht mit Äpfeln und Birnen zu vergleichen, sondern eher damit, beim Olympiastaffelauf den Staffelstab zu verlieren oder sogar falls von der Bahn beabsichtigt, den Staffelstab an ein anderes Bundesland abzugeben, denn auch im Tourismus kämpfen die Bundesländer engagiert um vordere Plätze,

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

wie aktuell auf der ITB zu hören war. Und unser Land steht immerhin mit 18,3 Millionen Übernachtungen an der Spitze. Die Begründung der Bahntouristik – und jetzt kommen wir mal auf den eigentlichen Knackpunkt –, Ersatz des Urlaubsexpresses durch zwei Interregios, mutet fast veralbernd an, wenn der Bahnsprecher Frank Gabe am 05.02.2001 verkündet, dass die frühen Hinfahrten aus dem Rheinland und späten Rückfahrten aus Mecklenburg-Vorpommern für viele Fahrgäste zu unbequem geworden sind. Ja, meine Damen und Herren, der Deutschen-Bahn-Logistik, wer hindert Sie denn daran, zu den geplanten familienfreundlichen Zeiten des Interregios den Urlaubsexpress einzusetzen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hier passiert eindeutig der Verschiebeprellbock mit Interessenlagen. Nach erfolgreicher Werbekampagne und Bekanntheitsgrad des Urlaubsexpresses soll nun ohne Servicestrategie wie Kinderlandwagen plus Animation – Urlaubspräsentation war ja auch im Zug vorhanden durch Reiseleitung –, Speisewagen und immerhin die 47 Transfermöglichkeiten an den Zielbahnhöfen auf Billigtour gefahren werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig!)

Die Werbekampagne hat gezogen. Sie reicht. Jetzt stellt man zwei Interregios hin. Sie laufen von alleine, deshalb auch mehr Plätze. Das ist doch die Nummer, die da gefahren wird!

Wie hieß es noch 1997 in der Präsentation der Deutschen Bahn AG? Der Urlaubsexpress soll mit seinem außerordentlichen Produkt um Serviceleistungen als das optimale und – nun kommt's – preiswürdige Verkehrsmittel für die An- und Abreise positioniert werden. In der Umkehrung heißt es dann für uns heute, das will die Bahn nicht mehr, sondern zwei Interregios mit Bistro, sage und schreibe nur 16 Fahrradstellplätzen und Gültigkeit aller Fahrscheine des Fernverkehrs. Die preisgünstige Gestaltung des Urlaubsexpresses, wie zum Beispiel Ermäßigung für Kinder bis 17 Jahre, entfällt. Neue Halte sind in Bremen und Heringsdorf vorgesehen. Das ist schön, so zu sehen, doch die 47 einstigen Transfers vom Zielbahnhof als Topdienstleistung werden jetzt vielleicht als Serviceleistung für die Reisenden mit Wartezeiten prämiert, am Zielbahnhof immerhin ein stimmungsvoller Urlaubsauftritt.

Als Rügenerin ist es mir, sage ich, mehr als sträflich, wenn kein Halt auf Rügen vorgesehen ist, bei sechs Millionen Übernachtungen. Und ich muss auch für meine Insel – unsere Insel – hier sagen, dass immerhin 18 Prozent unserer Feriengäste heute bereits mit der Bahn anfahren. Es ist unverständlich, was die Bahn hier eingeleitet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es!)

Sehr geehrte Abgeordnete! Als Landespolitiker ist für uns der Ersatz des Urlaubsexpresses zwar durch zwei Interregios kein adäquater Ersatz. Die Deutsche Bahn AG bleibt lediglich ihren eingefahrenen Gleisen treu. Doch der Anspruch mit der Bahnreform Teil 2 und den neuen Strukturen wie eben im Titel „Deutsche Bahn Reisetouristik“ – so hat sich das Unternehmen benannt – bleibt unternehmerisch auf dem Abstellgleis.

Die Deutsche Bahn sollte unbedingt das Fach Eisenbahngeschichte einführen. Im Dezember habe ich Analogie zum „Fliegenden Hamburger“ von 1933 mit einer Fahrzeit von damals immerhin 2 Stunden und 18 Minuten ins Verhältnis zum Streckenausbau Hamburg – Berlin auf 160 Kilometer pro Stunde mit immerhin sage und schreibe 4 Milliarden DM und im Ergebnis dann einer Fahrzeit im Jahr 2003 auf 2 Stunden und 14 Minuten gesetzt. Dazwischen liegen 70 Jahre Unterschied und diese 4 Minuten kosten uns pro Minute, wenn wir es einfach schnöde rechnen, 1 Milliarde DM.

(Beifall und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

„Das ist straff. Das ist gut. Das ist Wirtschaft.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Für die Deutsche Bahn Reisetouristik müssen wir geschichtlich noch weiter ausholen, nämlich beim Engländer Thomas Cook, der 1808 in Derbyshire geboren wurde, bereits 1841 Sonderzüge mit 570 Personen organisierte und bereits 1851 den Durchbruch mit sage und schreibe 160.000 Reisenden aus allen Teilen der britischen Insel zur Weltausstellung in London erreichte. Ich möchte jetzt gar keine Parallelen zur Expo ziehen! 1855 erreichten die

ersten Pauschaltouristen Deutschland und, man höre und staune, mit der Bahn nach Harwich, von dort mit der Fähre nach Antwerpen, weiter mit dem Zug über Brüssel nach Köln, dann mit dem Rheinschiff nach Mainz mit Anschluss an die Bahn nach Frankfurt und Heidelberg. 1865 eröffnete Thomas Cook sein erstes Reisebüro und zählte eine Million Kunden. Das ist doch ein Lehrstück für die Deutsche Bahn!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das sollte man doch wirklich noch mal als Buch aufschreiben. Und im Übrigen, als kleine Nebenbildung erfand ja auch dieser Thomas Cook die Hotelgutscheine.

Sehr geehrte Abgeordnete! Wer sind denn nun die Thomas Cooks von heute? Vielleicht Gutachter wie McKinsey, die der Bahn in der „WirtschaftsWoche“ vom 18.01.2001 vorausberechnen, dass die Bahnverluste statt 7 Milliarden DM nun 17 Milliarden DM sein werden? Nein, Gutachter sind sie nicht. Die beschreiben die Zustände und Umstände für viel Geld, Geld das fehlt, um gerade diese Dinge zu ändern.

Vielleicht die Beamten der Bahn? Die Umwandlung einer Mammutbehörde in eine Aktiengesellschaft, das funktioniert wohl auch nicht, denn die „WirtschaftsWoche“ vom Januar 2001 beschreibt den Umstand wie folgt: „Der einstige Kostgänger des Staates“ – Bahnchef Mehdorn – „war 1994 durch die Bahn-Reform dank Zigmilliarden Mark aus dem Bundeshaushalt entschuldet worden.“ Weiter: „Gut ein Jahr nach seinem Amtsantritt ist Bahn-Chef Mehdorn auf dem Tiefpunkt angelangt.“ Er versäumte es, „sich ein eigenes Bild vom wahren Zustand des vermeintlich genesenen Staatsunternehmens zu machen.“ Also auch kein Thomas Cook für die Zukunft.

Aber vielleicht unser Bundeswirtschaftsminister, der in der „Bahn mobil“ im Januar 2001 ein Interview zum Thema „Reiseland Deutschland im Jahr des Tourismus 2001“ unter dem Slogan „Nix wie hin“ gibt und zu folgenden Antworten kommt: „Die Redaktion führt aus, die Bahn beginnt ja wirtschaftlich zu denken und zu handeln, und so überprüft sie, unwirtschaftliche Verbindungen stillzulegen.“ Antwort des Bundeswirtschaftsministers Müller: „Wenn die regionale oder auch lokale Politik des Landes eine defizitäre Strecke behalten will, dann hat sie verschiedene Möglichkeiten zu reagieren.“ Und nun seien Sie mal gespannt! „Sie kann zum Beispiel die Verbindung bei einem anderen Betreiber bestellen oder der Bahn das Defizit bezahlen.“

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Genau, Herr Seidel, 12 Millionen Mark geben wir dazu. Na, ich sage nur: Alles Müller, oder was?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Minister Dr. Rolf Eggert, Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Sehr geehrte Abgeordnete! Damit ist alles gesagt. Die Bahn bekommt mit diesen Worten ihren wirtschaftlichen Freibrief.

Sehr geehrte Abgeordnete, und doch gibt es ihn auch heute. Es ist ein Däne. Und dieser Däne, es ist der Vorstandschef der deutsch-dänischen Reederei Scandlines AG Ole Rendbaek, hat eine Vision: im Jahr 2006 in vier Stunden von Kopenhagen über Warnemünde nach Berlin per Zug. Und wie heißt es richtig in der „Ostsee-Zeitung“ vom

23.02.2001: „Im Alleingang kann die Reederei, die je zur Hälfte dem dänischen Transportministerium und der Deutschen Bahn AG gehört, die Idee nicht umsetzen. Auf beiden Seiten der Ostsee muss der politische Wille vorhanden sein, in die schnellen Bahnverbindungen zu investieren“. Und das sind doch die Dinge, die wir brauchen. Die Rekordzeit ist Scandlines alleine 80 Millionen DM wert. Und unser Ministerpräsident sichert – und das finde ich gut – Unterstützung zu. Powerboats wie die Formel 1, die in Stralsund an den Start gehen im August, die brauchen wir auch auf den Gleisen. Angemerkt: Die Powerboats haben bis heute nicht eine D-Mark aus dem Land erhalten.

(Reinhardt Thomas, CDU: Und Sie waren mal Wirtschaftsminister. Das ist doch peinlich.)

Sehr geehrte Abgeordnete! Landesregierung, Bundesregierung, Bahn und Tourismusverband müssen gemeinsam die Weichen für unser Urlaubsland Vorpommern stellen. Und man möchte ja wirklich dazu neigen, hier Zitate loszulassen. Es ist so, wie Sie schreiben, Herr Eggert, man hat sich geeinigt, dass zukünftig frühzeitig Tourismusverband und Wirtschaftsministerium informiert werden, um Kommunikationspannen zu vermeiden. Wir schreiben das Jahr 2001. Ich hoffe sehr, dass das begriffen wird.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Offensives Handeln ist gefragt. Herr Bundeswirtschaftsminister Müller – man muss es noch einmal sagen – merkt im gleichen Interview, das ich vorhin zitierte vom Januar 2001, auf die Frage, ob es denn besondere Favoriten bei den Besucherzahlen in den Bundesländern gibt, weiter an: „In Mecklenburg-Vorpommern ist der Badeurlaub an der Ostsee und den Seen groß in Mode gekommen“.

(Heiterkeit bei Lutz Brauer, CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Das ist aber schon vor 100 Jahren gewesen.)

Antwort von mir, Herr Bundesminister: Nicht in Mode, Mode ist kurzweilig und schnelllebig. Wir haben 8 Milliarden DM in 3.700 Tourismusprojekte in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern investiert

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und setzen auf nachhaltigen Tourismus. Unser Urlaubsland wird und muss auf den richtigen Gleisen laufen und darf nicht abgekoppelt werden. Wirtschaftliche Zielbahnhöfe von 80.000 Arbeitsplätzen, 18,3 Millionen Übernachtungen und 12 Prozent am Bruttoinlandsprodukt sind auszubauen. Wir setzen auf Qualität, statt Quantität zu erreichen. Mengenlehre, wie zwei Interregios gegen die Tourismusattraktion, den Urlaubsexpress, einzutauschen, das ist Verschiebebahnhof und bleibt einer und wird von der CDU-Landtagsfraktion so nicht akzeptiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir lassen unser Land nicht abkoppeln und fordern die Landesregierung auf, aktiv zu werden und unseren Ferrari wieder auf die Gleise zu stellen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Müller.

Detlef Müller, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kollegen der CDU! Kompliment zur Einbringung Ihres Antrags! Auch ich glaube, dass man, wenn es um die Bahn AG geht, auf der Hut sein muss. Meine Vorredner haben ja schon die eine oder andere Praxis der DB AG hier dargestellt. Und wenn der Urlaubsexpress eingestellt werden würde, wäre das sicher ein Verlust für unser Land. Aber wie das Leben so spielt, in diesem speziellen Fall hat, wie ich meine, auch durch die Mithilfe unseres Wirtschaftsministers – er hat ja eben gerade darüber berichtet – die DB AG ihr Angebot für unser Land wesentlich verbessert, denn die Züge können bessere Abfahrtszeiten vorweisen, fahren mehr Städte an als zuvor und können mehr Fahrgäste aufnehmen. Und – und das ist für die Marketingeffekte ganz wichtig, darauf wurde ja auch schon durch meine Vorredner hingewiesen – sie heißen weiterhin Urlaubsexpress und werden auch durch die Bahn so beworben.

Was aber weder der Wirtschaftsminister noch die Bahn AG leider weiterhin gewährleisten können, auch das haben meine Vorredner bereits erwähnt, ist unter anderem die Bereitstellung von Besonderheiten dieses Zuges wie zum Beispiel den Kinderlandwagen. Dort ist ja, wie bereits mehrfach gesagt, der Sponsor Lego abgesprungen. Und, das müsste die CDU als marktwirtschaftlich orientierte Partei sehr gut wissen, weder der Wirtschaftsminister noch die Bahn AG als Unternehmen können das Unternehmen Lego zu einer Fortsetzung seiner Aktivitäten zwingen.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber wir können ja mal spenden und dann kann man ja Lego in den Zug packen.)

Genau, den Vorschlag bringe ich dann noch.

(Minister Till Backhaus: Ich habe noch eine Kiste zu Hause. – Angelika Gramkow, PDS: Sehr gut.)

Gleichzeitig kann die Landesregierung für den Ersatz solcher wegfallenden Zusatzangebote nicht aufkommen, Frau Skrzepski. Das lässt unser begrenzter Haushalt nicht zu und das kann auch nicht Aufgabe einer Landesregierung sein. Dennoch, Frau Gramkow, klar, eine Möglichkeit ist zu spenden. Aber wir können auch daran denken, dass wir Firmen aus unserem Land finden, die vielleicht diese Angebote übernehmen. Ich denke hier zum Beispiel an die Spielzeugfirmen wie Igel Spielzeug GmbH, an Grabower Küsschen, an Glashäger, oder, Herr Seidel, an Alete, die vielleicht in einer gemeinsamen Aktion den Urlaubsexpress noch attraktiver machen und gleichzeitig für ihre Produkte aus unserem Land werben könnten.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Die finanziellen Mittel, die in den vergangenen Jahren die Landesregierung in das Pilotprojekt – Frau Skrzepski, Pilotprojekt sagt ja schon der Name – gegeben hat, waren begrenzt und insofern sind also auch hier die Möglichkeiten erschöpft. Die Mittel, die in den letzten Jahren bereitgestellt wurden, das wissen insbesondere Sie, Frau Skrzepski, sind in unser Ausstellungsschiff gegangen. Auch hier haben wir eine tolle Erfolgsstory geschrieben. Dieses Ausstellungsschiff hat uns auf dem Rhein entlang präsentiert. Und auch im Jahr 2001 hat die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Landestourismusverband wieder andere Maßnahmen vorbereitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister hat berichtet, wie die Sache mit der DB AG gelaufen ist. Auch ich kann diese Verfahrensweise nicht gutheißen. Dennoch glaube ich, dass die geänderten Konditionen wesentliche Vorteile für die Reisenden mit sich bringen, und ich bin mir sicher, der Urlaubsexpress wird auch in diesem Jahr wieder dazu beitragen, dass noch mehr Touristen in unser Land kommen. Somit sehen wir den von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrag als erledigt an und werden ihn ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1929. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der CDU ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion abgelehnt.

(Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Entwicklung der Landwirtschaft zu mehr Verbraucherschutz, auf Drucksache 3/1936.

**Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Entwicklung der Landwirtschaft
zu mehr Verbraucherschutz
– Drucksache 3/1936 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Wandel in der Agrarpolitik ist langfristig notwendig, und das nicht erst seit heute. Er ist längst überfällig. Als die gemeinsame Agrarpolitik in Europa vor vierzig Jahren begann, waren die Grundbedingungen andere. Der Versorgungsauftrag durch die Landwirtschaft in ausreichender Menge und zu stabilen Preisen war bei schnell wachsender Bevölkerung das gemeinsame Ziel. Alle politischen Maßnahmen galten dieser Zielrichtung. Landwirtschaftliche Technologien hatten Hochkonjunktur. In kürzester Zeit war das ursprüngliche Problem gelöst und die Überproduktion wurde verwaltet. Schon an dieser Stelle hätte eine Richtungskorrektur erfolgen müssen.

Erst nach dieser Zeit wurden wir Mitglied der Bundesrepublik und der EU. Unser erstes Bestreben musste zwangsläufig dahin gehen, Wettbewerbsfähigkeit für unsere doch etwas anders gestalteten landwirtschaftlichen Strukturen unter den neuen Bedingungen zu sichern. Gerechte Behandlung war unser Ziel, auch bei den Agenda-2000-Verhandlungen.

Ein Ereignis wie die BSE-Krise, von der auch Deutschland erfasst wurde, wurde zum Auslöser einer überfälligen gesellschaftlichen Debatte. Verbraucher waren verunsichert. Das Gespenst wurde in tiefschwarzen Farben gemalt. Die Sicherheit, dass Lebensmittel gesund sind, konnte plötzlich nicht lückenlos belegt werden. Viele Unbekannte waren jahrelang akzeptiert worden. Die alte Weisheit „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.“ hatte über Nacht ihren Anspruch auf Wahrheit verloren. Verantwortlich handeln heißt, dem Verbraucherschutz den Stellenwert zu geben, der ihm zusteht, nämlich ober-

ste Priorität. Das erfordert einen Wandel in der Ausrichtung der Agrarpolitik. Die Aufgaben der Landwirtschaft müssen neu definiert werden. Die Multifunktionalität als Produzent von gesunden Lebensmitteln, Landschaftspfleger, Träger und Entwickler sozialer Strukturen im ländlichen Raum und vieles andere mehr braucht Rahmenbedingungen.

In diesem Prozess der Wandlung müssen Kriterien der Nachhaltigkeit, des Umwelt- und Naturschutzes, des Tiereschutzes genauso Berücksichtigung finden wie die lückenlose Darstellung einer Produktionskette. Die bestehenden Produktionsformen müssen unter Berücksichtigung dieser Ansprüche auf den Prüfstand. Das heißt aber nicht, von einem Extrem ins andere zu verfallen. Konventionelle Landwirtschaft hat neben ökologischer Produktion auch zukünftig ihre gesicherte Berechtigung. Es darf nicht die eine Form gegen die andere ausgespielt werden. Die Forderung nach 20 Prozent Ökoanteil empfinde ich als ehrgeizig. Wir können in Mecklenburg-Vorpommern mit 4,6 Prozent gegenüber NRW mit 1,7 Prozent und Bayern mit 2,3 Prozent schon auf seinen sehr hohen Anteil verweisen. Bitte nicht am Markt vorbei entwickeln, aber gleichberechtigte Bedingungen sind für eine hohe Veredlung und Vermarktung beider Qualitätskategorien schon zu entwickeln.

Neben den Betriebsformen ist auch Betriebsgrößen und regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Beispielsweise benötigen benachteiligte Regionen unseres Landes Zukunftsorientierungen. Wo außer Roggen kaum noch etwas wächst, müssen Ausgleichszahlungen für Ansiedlungen der Tierproduktion, wie Schweine, Hühner, Rinder, und eine attraktive Grünlandnutzung und Futteranbau ermöglicht werden.

Die gegenwärtige Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik ist bis zum Jahr 2006 beschlossen. Bis 2003 erfolgt eine Überprüfung der Agenda nach den Berliner Beschlüssen für Milch, Getreide, Rindfleisch und Zucker. Erst dann können in diesen Bereichen Umstrukturierungen erfolgen. Auch der 2004 zu erwartende Beitritt Polens und weiterer Kandidaten zur EU wird Veränderungen mit sich bringen, wenn Gleichbehandlung aller Mitglieder nicht in Frage gestellt werden soll. Instrumente wie die Modulation und Cross Compliance müssen regional genutzt werden können. Im Rahmen der Verhandlungen ist zwingend zu sichern, dass Mecklenburg-Vorpommern Ziel-1-Gebiet bleibt.

Viehbesatzdiskussionen, heute von Frau Künast mit 2 GV pro Hektar, von Herrn Fischler mit 1,8 GV pro Hektar vorgeschlagen, können aus unserer Sicht unschädlich sogar bis 1,6 GV pro Hektar Futterfläche geführt werden, wenn es uns gelingt, die unfaire Tierobergrenze von 90 Tieren zum Beispiel zu verhindern. Tierproduktion muss flächengebunden erfolgen, wenn natürliche Kreisläufe gesichert werden sollen.

Verbraucherschutz muss neben Qualität, betriebswirtschaftlichen Kennziffern, Tier- und Umweltschutz oberstes Kriterium landwirtschaftlicher Produktion sein. Transparenz aller bei der Produktion stattfindenden Prozesse ist die Voraussetzung, Vertrauen der Bevölkerung in unsere Lebensmittel zurückzugewinnen. Eine durchgehend zertifizierte Produktion, die auf Nachhaltigkeit angelegt ist, bäuerliche Erfahrungen und Werte im Umgang mit Boden und Umwelt wieder nutzt, muss das Ziel der zukünftigen Entwicklung sein. Wissenschaft, Forschung, berufsständige Vertretung von Land- und Ernährungswirt-

schaft und der Verbraucherschutz sind gefordert, an einem runden Tisch mit der Politik über Wege künftiger Agrarpolitik zu beraten. Abweichend von bisherigen Regelungen muss angestrebt werden, dass Länder, die gegenüber allgemein im Rahmen der WTO üblichen Standards höhere Ansprüche an Verbraucher-, Sozial-, Umwelt- und Tierschutzstandards national verankern, die Mehrbelastungen für die Landwirte ausgleichen müssen.

Meine Damen und Herren! Die Entwicklung der Landwirtschaft zu mehr Verbraucherschutz ist notwendig. Sie ist ein langer Weg. Sie erfordert eine gesamtgesellschaftliche Debatte. Diesem Ziel dient unser Antrag und ich bitte um Ihre Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Brick von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Brick.

Martin Brick, CDU: Verehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Nichts ist so gut, dass es nicht auch noch besser werden könnte. In dem vorliegenden Koalitionsantrag soll die Landwirtschaft zu mehr Verbraucherschutz entwickelt werden. Aber Verbraucher sind wir ja eigentlich alle, also auch der Landwirt. Somit könnte man auch sagen, der Landwirt soll also vor sich selbst geschützt werden, vielleicht eine neue Form des Wahns.

Aber dieses Thema ist, seit BSE-Fälle auch in Deutschland aufgetreten sind und ein ganzes Volk in Angst und Schrecken versetzt haben, sehr populär. Der Verbraucher scheint sich beim Anblick einer wohlgefüllten Ladentheke bedroht zu fühlen. Und wer Angst hat, der redet gern laut vor sich hin, um sich selbst Mut zu machen. Wie gut muss es uns doch gehen, dass wir uns von hochwertigen Nahrungsmitteln so bedroht fühlen?!

Der Umgang Deutschlands mit der so genannten BSE-Krise und den daraus erhobenen Forderungen ist eigentlich beispiellos. Ob es das unbefristete Tiermehlfütterungsverbot ist oder der vollständige Verzicht von Fischmehl, ob es das vorzeitige Testen aller Tiere ab dem 24. Lebensmonat ist oder die Bestandskeulung oder die Testung und anschließende Vernichtung der 400.000 Rinder im Rahmen der Herauskaufaktion, die rot-grüne Agrarpolitik ist maßlos, ja selbstzerstörerisch, und all diese Maßnahmen werden mit den Schlagworten „Entwicklung der Landwirtschaft zu mehr Verbraucherschutz“, „Agrarwende“ oder „neue Agrarpolitik“ verbrämt. Dabei hat das eine, wie ich gestern auch schon erläuterte, mit dem anderen überhaupt nichts zu tun.

Verehrte Damen und Herren! Die Landwirtschaft erfüllt im Wesentlichen vier Grundaufgaben:

- die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen,
- die Prägung der Entwicklungen im ländlichen Raum,
- die Erhaltung und Weiterentwicklung der Kulturlandschaft
- und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Für diese materiellen und immateriellen Leistungen, die weit über die Urproduktion hinausgehen, erfolgt eine gesellschaftlich akzeptierte Unterstützung der Landwirtschaft. Diese Ausgleichszahlungen an die Landwirtschaft sind in ihrer Akzeptanz eng gekoppelt an die Einhaltung definierter Mindeststandards, die in ihrer Gesamtheit üblicherweise unter dem Begriff der guten fachlichen Praxis zusammengefasst werden.

Deutschland ist ein Land mit sehr hohen Anforderungen und Standards an die Erzeugung und Verarbeitung von Nahrungsmitteln, zum Beispiel Umweltauflagen, Auflagen an den Tierschutz, Tierhaltung, Düngeverordnung, Transportverordnung, Medikamenten- und Hormoneinsatz und so weiter, die in anderen Ländern, insbesondere in Drittstaaten, so nicht gelten und dementsprechend stark wettbewerbsbenachteiligend für unsere Landwirte sind. Wenn in Australien der Bauer umgerechnet 38 Pfennig für den Liter Milch erhält, interessiert es auch niemanden, wenn auf dem Schlachttransport in den so genannten Beef-trains Transportverluste von 15 bis 20 Prozent auftreten. Das ist in Deutschland unvorstellbar.

Deutschland als Mitglied der Europäischen Union und der Welthandelsorganisation ist vielfältigen Handelsbeziehungen unterworfen, die sowohl Im- als auch Exporte gleichermaßen beinhalten und demzufolge eine Abschottung gegen unerwünschte Produkte weitgehend ins Leere laufen lässt. Lebensmittelimporte aus Drittstaaten können nicht verhindert werden und deren Erzeugung entspricht, wie wir wissen, oft nicht den hohen Anforderungen in unserem Land. Gerade hat ja, das wissen Sie vielleicht, der EU-Gipfel 27 der ärmsten Länder den freien Zugang für ihre Produkte in die EU erlaubt. Mecklenburg-Vorpommern ist also keine Insel einer glückseligen Viehhaltung.

Mehr als 80 Prozent der Lebensmittel werden von Verbrauchern in Supermärkten gekauft. In gerade diesen Supermärkten findet ein beispielloser Preiskampf statt, der dem Verbraucher Preisvorteile beschert, dem Erzeuger, dem Landwirt also erhebliche Nachteile. So ist es den Handelsketten kartellrechtlich erlaubt, 10 Prozent der Lebensmittel unter Einstandspreis zu verkaufen, und dieser ruinöse Wettbewerb wird einseitig zu Lasten der Bauern ausgetragen. Der Verbraucher profitiert davon. Das heißt nichts anderes, als dass über landwirtschaftliche Subventionen die Verbraucherpreise niedrig gehalten werden und eine Alimentierung des übrigen Konsumbedarfs erfolgt.

Verehrte Damen und Herren! Wenn man Verlautbarungen der Bundeshauptstadt Glauben schenken darf, beabsichtigt das grüne Verbraucherschutzministerium, mit einer Neugestaltung der Förderpolitik und einer breit angelegten staatlichen Kampagne zur Änderung des Konsumverhaltens und der Essgewohnheiten in der Bevölkerung den angekündigten Umbau der Agrarwirtschaft zu erreichen. Danach soll es anscheinend künftig keine Direktzahlungen mehr an die Landwirtschaft ohne gesellschaftliche Gegenleistungen geben. Also wissen Sie, als mündiger Bürger entscheide ich, was, wann und wie viel ich esse. Davon werde ich mich auch durch eine Kampagne nicht beeinflussen lassen. Allein der Verbraucher entscheidet an der Ladentheke, welches Produkt er kaufen will, und dabei ist nun mal der Preis das Hauptentscheidungskriterium, erst danach die Qualität oder die Herkunft des Produktes.

So gesehen ist die Forderung, 20 Prozent des Lebensmittelbedarfes durch ökologisch erzeugte Produkte künf-

tig abzudecken, unrealistisch. Ich denke, 10 Prozent sind das maximal Vertretbare. Und Frau Künast, wie unlängst am 06.03. in Ludwigsburg, rudert ja auch schon zurück. Sie sagt, die Agrarwende wird eine lange Reise. Das wussten wir schon vorher. Richtig, Frau Künast, es wird sich zeigen müssen, wie lange Sie das Tempo, das Sie bis jetzt bei Ankündigungen an den Tag gelegt haben, in der Praxis der Umsetzung durchhalten werden.

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

Meine Damen und Herren! Eine Warenkorbberechnung besagt, dass der Öko-Warenkorb im Verhältnis zum Aldi-Warenkorb drei- bis viermal teurer ist. Eine vierköpfige Familie mit Durchschnittseinkommen muss sich einen derart kostspieligen Einkauf natürlich überlegen, umso mehr, wenn noch Arbeitslosigkeit dazukommt. Eine Bevormundung der Verbraucher, welche Lebensmittel sie in welcher Menge und Qualität zu kaufen haben, kann nicht der richtige Weg sein.

Auch wir wollen nicht außer Acht lassen, dass die Verzehrer- und Lebensgewohnheiten sich in den letzten Jahren verändert haben. So steigt der Anteil der Singlehaushalte ständig, der der Familie nimmt demgegenüber ab. Dieser Trend wirkt sich auch auf die Verzehrgewohnheiten aus, indem der Anteil von Fertiggerichten zunimmt, dagegen die Nachfrage nach frischen Produkten zurückgeht. Ökologisch erzeugte Nahrungsmittel sind aber zurzeit noch deutlich auf den Frischeverbrauch ausgerichtet, so dass einer von der Bundesregierung propagierten Marktausweitung von daher ganz sicher schon Grenzen gesetzt sind.

Es wird immer wieder der Vorwurf der industriellen Rindfleischherzeugung in Deutschland erhoben. Dies trifft so nicht zu, das wissen wir. Gerade die deutschen Rindfleischherzeuger sind international überhaupt nicht wettbewerbsfähig, weil ihre Betriebsgrößen zu klein sind und die Betriebe nicht hinreichend wirtschaftlich geführt werden. In Deutschland stehen nur etwa 51 Prozent der Rinder in Betrieben mit einem Bestand von mehr als 100 Tieren. In Frankreich sind es bereits 54 Prozent, in den Niederlanden 64 Prozent, in Dänemark 69 Prozent und in Großbritannien gar 71 Prozent. 75 Prozent aller deutschen Rinder stehen bei genauer Betrachtung in Betrieben mit weniger als 200 Tieren und nur 18 Prozent mit mehr als 300 Tieren, stellen wir fest.

Natürlich muss man die Situation nach alten und neuen Bundesländern differenziert betrachten. In den neuen Bundesländern stehen aus historischen Gründen die meisten Rinder in Großbetrieben, in den alten Bundesländern dagegen mehr in mittleren und kleinen. Der Industrialisierung verdächtig sind also vor allem die Großbetriebe. Der Ruf „Weg mit der Industrie!“ in der Landwirtschaft ist also an unsere Betriebe gerichtet. Damit – auch das wissen wir – trifft man genau den Falschen. Gerade die großen Agrargenossenschaften in den neuen Bundesländern tragen den starken Boom der deutschen Ökolandwirtschaft mit. Die Größe der Betriebe ist es nicht, die jene Industrialisierung begründet, die ihrerseits Ursache der BSE-Krise sein soll. Industrialisierung ist also der falsche Begriff. Technisierung, Rationalisierung, Intensivierung sind es, die dem Außenstehenden, dem Verbraucher, Angst vor moderner Landwirtschaft machen. Fortschritt in der Tierhaltung bedeutet nicht, dass die Tiere unter unwürdigen Bedingungen gehalten werden, sondern vielmehr eine Optimierung der Bedingungen zum Wohle der Tiere und zum Nutzen der Verbraucher.

Verehrte Damen und Herren! Die Bundesregierung hat in den vergangenen zwei Jahren den Preisdruck auf die Landwirtschaft erheblich erhöht. Die Preissenkungen der Agenda 2000, die Steuererhöhungen auf landwirtschaftlich genutzten Diesel und die Kürzungen der Agrarsozialpolitik haben politisch gewollt den Strukturwandel in der Landwirtschaft beschleunigt, das heißt bäuerliche Familienbetriebe zum Aufgeben gezwungen und die Herausbildung größerer Agrarstrukturen begünstigt. Bei einer Entwicklung der Landwirtschaft zu mehr Verbraucherschutz darf die Einkommenssicherung der landwirtschaftlichen Betriebe nicht vergessen werden, sonst bleibt am Ende der Bauer auf der Strecke. Klasse statt Masse, wer das sagt, dem darf man bescheinigen, dass er in Ermangelung von Hirn und Rückgrat wohl den besten BSE-Schutz hat.

(Heiterkeit und Beifall bei
Wolfgang Riemann, CDU)

Oder war Masse bisher in Deutschland nicht Klasse? Was war es dann?

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

Also mit Ihrer Bemerkung scheinen Sie mir ein echter Agrarexperte zu sein. Ihnen sei gesagt, besser Hirn in der Leberwurst als gar kein Verstand, ja?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Beifall Wolfgang Riemann, CDU –
Dr. Henning Klostermann, SPD: Aber Sie
haben den Anlass erst gegeben, Herr Brick.)

Was war es denn im Vergleich mit den Standards anderer Länder? Bedenkenlos importieren wir bis in die Landtagskantine hinein Krokodil, Känguru, Strauß, Wild und vieles andere mehr.

(Minister Till Backhaus: Ich bin mal gespannt,
wann die Ersten anfangen zu hüpfen hier.)

Ich auch.

Und das Kanzlerwort von den Agrarfabriken hat die Verbraucher auch nicht gerade zum Jubeln gebracht, eher verwirrt. Und da bin ich schon ganz dankbar, dass vor zwei Tagen der Bundeslandwirtschaftsminister a. D. Funke dies einmal korrigiert oder kommentiert hat in der Weise, indem er sagte, der Kanzler hat die Richtlinienkompetenz für die Politik, er hat nicht die Richtlinienkompetenz für die Vernunft. Da will ich nichts anfügen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Verehrte Koalitionäre, Ihr Antrag greift zu kurz, ist in Teilen ganz einfach unsachlich und begründet durchaus gewünschte Wege zu Veränderungen falsch. Und das zwingt uns zur Ablehnung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Scheringer von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Scheringer.

Johann Scheringer, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede von meinem Freund Martin Brick war sehr angenehm zu hören, weil wir ja heute gewissermaßen die Aktuelle Stunde von gestern fortsetzen, indem wir den Verbraucherschutz als eine erstrangige Aufgabe der Landwirtschaft behandeln. Und ich fand in seiner Rede richtig einige Passagen, die ich gestern schon vorgetragen habe.

(Martin Brick, CDU: Ich habe
aber nicht abgeschrieben.)

Das ist recht hübsch, wobei auf den eigentlichen Antrag in der Rede so gut wie nicht eingegangen worden ist

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Martin Brick, CDU:
Darauf kann man auch nicht eingehen.)

mit Ausnahme der letzten Bemerkung, wir lehnen das ab. Aber diese Haltung kann man ja auch akzeptieren. Sie ist wenigstens ein Standpunkt.

Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass die apokalyptische Beschreibung einer katastrophalen Situation in der Landwirtschaft zu undifferenziert ist, denn bei undifferenzierter Darstellung bleibt es nicht aus, dass die Landwirtschaft als Wirtschaftszweig und damit auch die Beteiligten, nämlich die Landwirte und die in der Landwirtschaft Beschäftigten, in ein Licht gerückt werden, in das sie nicht gehören. Was wir brauchen, ist eine sachliche, unabhängige und angemessene kritische Analyse der heutigen Verhältnisse, die auch die Verantwortlichkeiten für diese so genannte Krise beschreibt. Derartige Versuche hat es in den vergangenen Tagen und Wochen von vielen Seiten gegeben und da, denke ich, ist es deutlich geworden, dass es sich nicht nur um Probleme handelt, die in Produktionsstrukturen begründet sind, sondern dass wir es mit einem tief verwurzelten gesellschaftlichen Problem überhaupt zu tun haben.

Trotz zum Teil erheblicher staatlicher Beeinflussungen, die Regulierungsmechanismen sind bekannt, zeigt sich, dass die Produktion und schließlich der Verkauf von Nahrungsmitteln als eine Kette von Kapital- und Geldverwertungsinteressen dargestellt werden muss, an deren unterem Ende die Landwirte eigentlich dem Preisdiktat des Marktes ausgesetzt sind. Neben der Macht riesiger Chemiekonzerne sind es vor allem die dominierenden Handelsketten, lieber Martin, und da gebe ich dir Recht, die den Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse bestimmen und in unverantwortlicher Weise nach unten drücken. Und da sich auch auf einem liberalisierten EU-Binnenmarkt nicht alles mit staatlichen Sanktionen regulieren lässt, sind die Landwirte von heute ebenfalls einem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Die zunehmende Liberalisierung und Globalisierung betrifft selbstverständlich die Landwirtschaft zuallererst. Die Produkte sollen oder müssen billiger werden. Der Staat war auch daran interessiert, denn er hat ja gewissermaßen die landwirtschaftlichen Produkte in ihrem Preis und ihrem Preisgefüge als Inflationsbremse, als künstliche Inflationsbremse benutzt und kann natürlich von der anderen Seite nicht das einfach nur auf die Landwirtschaft abladen.

Die Ergebnisse in diesem Druck, die Preise zu senken – und die Preise wurden zum Teil auch politisch ganz bewusst gesenkt –, waren natürlich, dass zum Beispiel Wachstumsbeschleuniger und antibiotische Futtermittelzusätze eingesetzt wurden oder dass der genmanipulierte Mais und die genmanipulierte Sojabohne inzwischen auf den Markt gebracht worden und inzwischen ziemlich salonfähig sind. Wenn dazu dann noch kommt, dass die Politik in ihrer Sorgfaltspflicht versagt hat und es versäumt hat, Kontrollmechanismen zu schaffen oder diese durchzusetzen, wenn die Kapitalinteressen der Konzerne vor den Schutzinteressen der Verbraucher stehen, muss es zwangsläufig zu dem kommen, was wir gegenwärtig haben.

Es stellt sich die Frage, welchen Ausweg es gibt. Ich denke, dass das Ziel darin besteht: die Gestaltung einer gesundheits- und umweltgerechten, verbraucherorientierten und wirtschaftlich effizienten Landwirtschaft, die eigentlich ein ganz wichtiges Ziel ganz vornan stellen muss, und dieses Ziel heißt Vertrauen schaffen. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind auf das Vertrauen der Verbraucher angewiesen, das ist ihre Existenz.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung – ich will nicht viel wiederholen, was da heute schon gesagt worden ist oder gestern – hat mit diesem Anspruch, in zehn Jahren den Anteil des ökologischen Landbaus auf 20 Prozent zu erhöhen, sicherlich keinen falschen Weg beschritten. Aber viel wichtiger ist es nach unserer Ansicht, dass man sich auch sehr intensiv um die konventionelle Produktion kümmern muss. Es bleiben ja 80 oder mehr Prozent. Und wenn in Eile an einer Neugestaltung gezimmert wird, muss in diesem Prozess auf die konventionelle Landwirtschaft auf alle Fälle Rücksicht genommen werden, denn die bisherigen Betriebskonzepte waren ja auch die Grundlage für Investitionen, die zum großen Teil staatlich gefördert worden sind, und für die bisherigen Betriebskonzepte waren die Grundlagen die bisherigen Rahmenbedingungen.

Wir sehen aber trotzdem eine Reihe von Ansatzpunkten, die die Chance für eine wirkliche Wende bieten. Diese möchte ich jetzt noch einmal nennen:

Wir sehen also erstens die Notwendigkeit, dass die Bundesregierung sich national und auch international im Rahmen der kommenden WTO-Verhandlungen für die Durchsetzung hoher sozialer Umwelt-, Tierschutz- und natürlich auch von Qualitätsstandards einsetzt. Das ist die erste Bedingung, damit das Preisdumping infolge von niedrigen Sozial- und Umweltstandards ausgeschaltet wird und nicht direkt zurückschlägt auf die Ergebnisse der Landwirtschaft.

Zweitens denke ich, dass die Forderung der PDS nach Umgestaltung der Agrarsubventionen richtig ist. Wir unterstützen zum Beispiel die Bindung der Tierprämien an den Flächenbesatz und befürworten auch ein Maß von maximal zwei Großvieheinheiten je Hektar.

Drittens vertreten wir die Auffassung, dass die Einhaltung von Umwelt- und Tierschutzstandards nicht zwangsläufig von der Größe der Betriebe oder der Bestände abhängig ist. Wir wenden uns ganz entschieden gegen die Einführung von betriebsbezogenen Tierobergrenzen, die eine erhebliche Benachteiligung der Strukturen in den neuen Bundesländern zur Folge hätte.

Und viertens erwarten wir die Durchsetzung eines effektiven Kontrollsystems über alle Stufen der Nahrungsgüterproduktion bis hin zum Handel. Wir unterstützen die offene Deklaration und die Einführung einer Positivliste beispielsweise bei der Futtermittelproduktion.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ein fünfter, ein zentraler Anspruch unserer Wirtschaftspolitik ist die Stärkung der regionalen Strukturen bis zur Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Das sagen wir hier jetzt schon seit zehn Jahren. Aber gerade für unser Bundesland, für Mecklenburg-Vorpommern, ist dies für die Entwicklung seiner ländlichen Räume von allergrößter Bedeutung.

Meine Damen und Herren, sechstens wird die Ausweitung der Anteile des ökologischen Landbaus an der Nah-

rungsmittelproduktion von der PDS unterstützt. Uns ist in diesem Zusammenhang jedoch klar, dass hochwertige und damit teure Bioprodukte neben den effektiven Vertriebswegen vor allem auch einer großen Anzahl von kaufkräftigen Verbrauchern bedürfen. Und die sehen wir in unserem Bundesland natürlich in erster Linie nicht.

(Martin Brick, CDU: Sehr richtig.)

Der Gang in den Aldi-Laden ist immer noch häufiger als der Gang in den Bioladen und das wird sicher auch so bleiben.

Meine Damen und Herren! In der Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur sehen wir eine vernünftige Möglichkeit für unsere Landwirte und auch eine Chance, sich der gewaltigen Marktmacht von multinationalen Nahrungsmittel- und Chemiekonzernen teilweise zu entziehen. In diesem Zusammenhang befürworten wir alle Methoden, alle Formen der Vertragslandwirtschaft, die den Bauern auf der einen Seite verlässliche Rahmenbedingungen und auch verlässliche Preise bieten können und auf der anderen Seite eigentlich jede Form der Kontrolle am allerleichtesten ermöglicht. Die Vertragslandwirtschaft ist also eine der besten Methoden, um Vertrauen bei den Verbrauchern und gleichzeitigen Verbraucherschutz zu erreichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Martin Brick, CDU: Das hast du vor sechs Jahren aber anders formuliert.)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bitte ich Sie um die Zustimmung zu dem Antrag auf Drucksache 3/1936. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Ja, man kann öfters mal, Martin Brick, von der einen Seite oder von der anderen Seite reinleuchten in die Dunkelheit.

(Martin Brick, CDU: Das ehrt ja auch einen Politiker, Hans.)

Das verbessert auf alle Fälle das Denkvermögen und erweitert den Horizont. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Landwirtschaftsminister Herr Backhaus. Bitte sehr, Herr Minister Backhaus.

Minister Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident!

Vielleicht ist es mir gestattet, Herr Präsident, dass ich den Frauen und damit den Verbraucherinnen zum Frauentag gratuliere, und ich verspreche Ihnen, ich unternehme alles, um von Lebensmitteln wirklich keine Gefahren ausgehen zu lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das können Sie mit nach Hause nehmen, das können Sie auch im Lande weitersagen.

Ich glaube, um gleich mal anzufangen mit dem, was Herr Brick gesagt hat, wenn es denn so weit ist, dass hier in der Kantine mittlerweile Kängurufleisch angeboten wird, dann hoffe ich, dass wir nicht die ganz großen Sprünge in der Zukunft machen

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und im Rahmen der weiteren Entwicklung insbesondere in der Landwirtschaft auch die Brötchen backen

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und die Produkte anpreisen, die in unserem Land heranwachsen, und nicht diesen Wahnsinn weiterbetreiben.

(Dr. Henning Klostermann, SPD:
Ab wann gilt das?)

Es heißt so schön: Das Rettende wächst, wo Gefahr ist. Das hat ja mal ein kluger Kopf entwickelt. Und wenn es um die Entwicklung der Landwirtschaft zu mehr Verbraucherschutz geht, so hat der letzte November – mit dem 24. November – in Mecklenburg-Vorpommern natürlich auch neue Erkenntnisse gebracht. Wir sind darauf angewiesen, diesen gesellschaftlichen Prozess zu begleiten und, ich betone an dieser Stelle ausdrücklich, alle gesellschaftlichen Kräfte mit einzubeziehen, insbesondere die kritischen und intelligenten Geister in die Entscheidungsprozesse stärker einzubeziehen und dieses zu berücksichtigen.

Dazu gibt es natürlich eine Reihe von Möglichkeiten. Ein runder Tisch ist eine davon. Insofern begrüße ich diesen Antrag. Gerade beim Thema BSE ist es besonders wichtig, Entscheidungen auf eine fundierte Grundlage zu stellen. Nicht Aktionismus und Hysterie dürfen hier das Handeln bestimmen, sondern aktuelle Sachkenntnis, und zwar möglichst auf breiter Ebene,

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD,
und Ute Schildt, SPD)

denn zu viele Fragen aus diesem Bereich, das haben wir hier mehrfach diskutiert, liegen noch im Nebel der Ungewissheit. Wie kommt BSE wirklich in das Tier? Bei der ganzen Hysterie wird natürlich auch immer wieder verheimlicht, wie hoch eigentlich real das Risiko ist. Relationen helfen dabei auch leider wenig. Allein in den USA, meine Damen und Herren, sind beispielsweise im letzten Jahr 900 Menschen an Listeriose gestorben. Welche Maßnahmen der Risikominimierung sind deshalb vertretbar und sinnvoll? Wissenschaft und Forschung sind hier ganz besonders gefragt. Und die besten Kapazitäten können in diesem Bereich nicht gut genug sein.

Um diesen Fragen weiter auf den Grund zu gehen, habe ich am 22. Januar mit Wissenschaftlern zu Fragen des Verbraucherschutzes und BSE beraten. Nur einen Tag später tagte in unserem Hause eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Wirtschaftsvertretern und Verwaltungsfachleuten, zu diesem Thema. Da von der nächsten Tagung des Agrarrates, nämlich am 19. März, wesentliche Beschlüsse zur Bewältigung der BSE-Problematik und hieraus resultierende Auswirkungen auf den Fleischmarkt zu erwarten sind, werde ich im Nachgang zu diesem Termin einen runden Tisch mit umfassender Beteiligung organisieren, angefangen von den wissenschaftlichen Kapazitäten der Insel Riems. Ich bin hier stolz und froh darüber, dass der Ausschuss ja gerade in der letzten Woche dort war und dass der Standort Riems als nationales Referenzlabor ausgebaut wird. Ich glaube, das ist auch ein gutes Signal für unser Bundesland, dass dort über 200 Millionen DM investiert werden. Das ist Zukunft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Es wird die Universität Rostock dabei sein, die Fachhochschule Neubrandenburg, natürlich unser Blaue-Liste-Institut in Dummerstorf und natürlich die landwirtschaftliche Beratung, die Molkereiwirtschaft, die Schlachthöfe, die Fleischindustrie, die Tierseuchenkasse, der Bauernver-

band und – ich betone ausdrücklich – auch die Verbraucherzentrale, denn diese leistet für unser Land eine gute Arbeit. Doch bei allen Maßnahmen, die in der Vergangenheit dazu geeignet und eingeleitet worden sind und die in Zukunft noch bevorstehen, muss eines klar sein: Die dunklen Seiten, meine Damen und Herren, unseres Zusammenlebens werden bis ins Detail nicht immer beherrschbar sein. Gesetze, Absprachen und Regelungen finden dort eine Grenze, wo Gewinnspannen locken, ethische Werte verloren gingen oder wo Verantwortung keinen Platz mehr findet. Auch dieses sind bittere Wahrheiten und Erkenntnisse der letzten Zeit. Falsch deklarierte Lebensmittel, unzulässige Beimischungen in Futtermitteln und dubiose Tierärzte, die im Windschutz der Alpen ihr Unwesen trieben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben wir auch in Mecklenburg-Vorpommern, Herr Backhaus.)

sind Beweis genug, meine Damen und Herren, die Missstände für eine ganze Gesellschaft herauszufordern.

Ich weiß nicht, Herr Riemann, warum Sie sich nun wieder bei den Alpen so drehen. Es ist doch eine Tatsache, dass in Bayern dieses Problem ganz massiv,

(Wolfgang Riemann, CDU: Hier bei uns ist das nicht passiert, Herr Minister?)

ganz massiv vorhanden war und wahrscheinlich noch ist.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Nur in Ostvorpommern.)

Ja, auch bei uns gibt es damit Probleme, das Autobahnärzte aktiv gewesen sind, aber ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Sollte man das der Ehrlichkeit halber nicht auch erwähnen? –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, ich kann Ihnen ganz genau sagen, es hat 17 Fälle gegeben, die der Staatsanwaltschaft alle gemeldet worden sind, und die Ermittlungen laufen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Aber ich sage auch noch mal, dass Gros der niedergelassenen Tierärzte in Mecklenburg-Vorpommern leistet eine sehr gute Arbeit.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,
und Ute Schildt, SPD)

Um das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückzugewinnen, hat deshalb die Unbedenklichkeit der Lebensmittel allerhöchste Priorität. Und wir wissen, Lebensmittelsicherheit fängt natürlich mit hochwertigen Futtermitteln an. Eine meiner Forderungen ist deshalb, alle – ich betone, alle – Antibiotika in den Futtermitteln auf nationaler und europäischer Ebene zu verbieten. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Dazu gehören auch die vier antibiotisch wirkenden so genannten Leistungsförderer, die zurzeit noch erlaubt sind.

(Martin Brick, CDU: Und nicht in der Humanmedizin Verwendung finden.)

Sie sind in der Humanmedizin nicht in der Verwendung, aber ich meine, dass das trotzdem das Gebot der Stunde sein muss, auch hier auf Nummer sicher zu gehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Schon der Ernährungsbericht 2000 der Deutschen Gesellschaft für Ernährung weist darauf hin, dass das Antibiotikum Chloramphenicol trotz des 1994 erlassenen Anwendungsverbotes weiterhin in Deutschland eingesetzt worden ist, und dieses – das wissen Sie auch, Herr Brick – ist tatsächlich in der menschlichen Verwendung ja auch von hoher Bedeutung. Die Ergebnisse aus Niederbayern kennen Sie ja zu dem Thema. Ich muss es Ihnen noch mal antun. Niemand kann etwas dagegen haben, wenn tatsächlich kranke Tiere mit Antibiotika behandelt werden – ich betone, kranke Tiere –, und das ist auch die Forderung, die hier immer wieder deutlich gemacht worden ist.

(Martin Brick, CDU: Herr Minister, das ist nicht die Regel, das ist kriminelle Energie.)

Eine präventive Zufütterung von Antibiotika dagegen ist wohl das deutliche Signal dafür, dass die Haltungsbedingungen nicht ordnungsgemäß sind und da an den Haltungsbedingungen irgendetwas nicht stimmt. In Mecklenburg-Vorpommern haben aus diesem Grunde – und das halte ich für eine gute Entwicklung – die Futtermittelunternehmen auf freiwilliger Basis die Leistungsförderer aus den Mischfutterbeständen herausgenommen. Ich glaube, auch dieses sollte man mal herausstellen. Das sind aus meiner Sicht wirklich gute Signale. Tatsächlich wirksam ist natürlich aber nur ein striktes Verbot auf nationaler und europäischer Ebene.

Eine andere Forderung von mir ist die offene Deklaration zu Futtermitteln, die letztmals in der Zeit vom 1. Februar 1985 bis zum 30. Juni 1988 vorgeschrieben war. Auch dieses muss man immer wieder herausstellen. Auch sie muss ohne Ausnahme verpflichtend auf breiter Ebene eingeführt werden. Hartnäckige Forderungen sind das eine, meine Damen und Herren, das andere ist, dass wir dieses dann auch durchsetzen müssen. Und hier möchte ich auch gerne dokumentieren, was die Landesregierung leistet. In den beiden ersten Monaten dieses Jahres überstieg die Zahl der Tiermehluntersuchungen mehr als die Hälfte der Kontrollen des gesamten Vorjahres.

Und damit Sie sehen, wie wir im Vergleich stehen: Auf Bundesebene wurde bisher auf 1.600 Tonnen Futtermittel eine Probe untersucht. In Bayern waren dies 840 Tonnen je Probe und in Mecklenburg-Vorpommern kommt eine Probe auf 300 Tonnen. Ich glaube, das sind Beweise, dass wir dieses Thema außerordentlich ernst nehmen.

In einem geschlossenen System der gläsernen Produktion sind einwandfreie Futtermittel nur ein Aspekt für die Lebensmittelsicherheit. Die gesamte Bandbreite erfassen wir nur, wenn wir tatsächlich komplette landwirtschaftliche Unternehmen in der Zukunft zertifizieren, und hier spielt Mecklenburg-Vorpommern eine ganz klare Vorreiterrolle.

Nun müssen wir in dieser Frage nicht bei null anfangen. So dokumentiert beispielsweise die EDV-gestützte Acker Schlagkartei eine ganze Reihe von Maßnahmen in der Pflanzenproduktion. Dazu gehören natürlich die Anbauplanung bis hin zum Pflanzenschutzmitteleinsatz. In der Tierproduktion gibt es mittlerweile ähnliche Programme. Die Einzeldaten werden wir zusammentragen und sehr schnell ein Konzept zur Zertifizierung von landwirtschaftlichen Unternehmen vorlegen. Im Übrigen wird das Landesgut Dummerstorf als Modellprojekt für die Zertifizie-

rung entwickelt. Hierzu finden heute wichtige Gespräche statt.

Nun wird eine möglichst sichere Produktionsweise von Lebensmitteln natürlich auch durch die Arbeit unserer immerhin im Lande tätigen 75 Lebensmittelkontrolleure unterstützt. An dieser Stelle bedanke ich mich ausdrücklich bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie haben im letzten Jahr über 50.000 Kontrollen im Lebensmitteleinzelhandel durchgeführt und damit auch die Gewähr gegeben, dass wir keinerlei Probleme im Zusammenhang mit Seuchen in Mecklenburg-Vorpommern hatten. Ich glaube, das sollten wir auch mal als Signal mitgeben.

Neben den Maßnahmen einer gläsernen Produktion und konsequenten Kontrollen muss ergänzend durch ein Bündel von Maßnahmen auch die Verbraucherschaft insgesamt sensibilisiert werden. Das beginnt natürlich bei der Gestaltung von Lerninhalten und Lehrinhalten zur Werte- und Verhaltensänderung in den Rahmenplänen der Schulen. Das sage ich hier ausdrücklich. Und es geht natürlich auch um die Nutzung von Absatzfördermitteln der CMA.

Wie notwendig solche begleitenden Maßnahmen sind, verdeutlicht auch die Tatsache, dass zwei Drittel der Deutschen leider übergewichtig sind. Wenn wir uns da alle mal selber an die Nase fassen, dann ist das leider so.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Außer die Frauen.)

Zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland sind übergewichtig. Selbst bei Kindern müssen wir beobachten, dass die Neigung zur Übergewichtigkeit immer mehr zunimmt. Das Ergebnis einer Münchener Studie ergab, dass zwölf Prozent der 7- bis 10-Jährigen ein massiv erhöhtes Körpergewicht aufweisen. Und da beginnen eben die Risiken. Wenn allein 1995 die Kosten von Übergewicht, um quasi eine Heilung vorzunehmen, in Deutschland auf 21 Milliarden DM geschätzt werden, dann stellt sich die berechnete Frage, ob es nicht zu einer gewissen Umsteuerung der Ernährung auch in Deutschland kommen sollte. Auch hier muss der Verbraucherschutz ansetzen.

Insofern, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine ich, dass wir bei der Umsteuerung der Agrarpolitik einen langen Weg vor uns haben. Sie ist ja eingeleitet worden, nicht erst gestern. Und ich hoffe, dass wir mit unserer Bundesministerin möglichst schnell zu klaren Entscheidungen kommen, damit wir nicht nur mit Worthülsen arbeiten müssen, sondern dann auch Ergebnisse erzielen.

(Lutz Brauer, CDU: Sehr richtig.)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schildt.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ein Tropfen ein Glas zum Überlaufen bringt, ist man gezwungen, ein größeres Glas zu nehmen oder ein neues dazu.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Oder Zewa Wisch & Weg.)

Diese Lösung scheint einfach. Das Ereignis BSE in Deutschland heißt nicht nur, zwischen zwei Varianten zu

wählen. Ursachen und Wirkungen sind mannigfaltiger. Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland sind verunsichert. Was steckt wirklich in unseren Nahrungsmitteln? Die Antworten sind in vielen Kürzeln verschlüsselt.

(Martin Brick, CDU: Jetzt weiß ich endlich, warum ich mich so schlecht gefühlt habe.)

Genau.

Welcher Konsument weiß schon, was sich hinter der Bezeichnung „E 505“ oder „probiotisch“ verbirgt? Genau so wenig kann der Verbraucher erkennen, was Rind und Schwein in der Futtertrog geschüttet wird. Verunsicherungen über Verunsicherungen. Hier ist endlich Klarheit gefordert. BSE ist nur die Spitze des Eisberges. Sie ist Auslöser einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion um die Sicherheit des Verbrauchers, aber auch Ausgangspunkt für eine Entwicklung der Landwirtschaft, die ihren Versorgungsauftrag erfüllt und dabei den Kriterien des Umweltschutzes, des Tierschutzes, der sozialen Verantwortung für die Menschen in den ländlichen Räumen gerecht werden muss.

Meine Damen und Herren, im Grunde ist das keine neue Forderung. Kritische Begleiter und warnende Stimmen hat es immer gegeben. Sie waren als Querdenker bezeichnet oder als Außenseiter abgetan worden. EU-Politik als nationale Ausrichtung für Mengenproduktion, koste es, was es wolle, ist bis heute unumstößliches Gesetz. Unter dem Druck der Globalisierung wurde der regionalen Kreislauwirtschaft und eigenen regionalen Ansprüchen an die Qualität und an die Erhaltung der Kulturlandschaft nicht die nötige Wertigkeit beigemessen. Der Kunde war bisher der Meinung, Ware ist in ihrer Qualität austauschbar, nur der Preis ist unterschiedlich. Ist das so? Wir müssen Wege finden, ein absolut sicheres, das heißt ein absolut gesundes Lebensmittel in verschiedenen Qualitätsstufen anzubieten. Der Weg dahin muss transparent sein. Das setzt die Zertifizierung der Agrarproduktion und aller ihr vor- und nachgelagerten Bereiche voraus.

Wir haben die aus unserer Sicht grundsätzlichen Anforderungen an eine tragfähige und tatsächlich marktorientierte Landwirtschaft in unserem Ihnen vorliegenden Antrag dargelegt. Und, Herr Kollege Brick, wenn Sie sagen, er ist nicht vollständig, es gibt mehr, hätten Sie doch einen Änderungsantrag dazugelegt.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD –
Martin Brick, CDU: Das lohnt nicht.)

Das wäre nicht das Problem gewesen, über zusätzliche Anforderungen an dieser Stelle zu diskutieren.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Sie sollten Rahmenbedingungen für eine perspektivische Entwicklung sein. In einer längerfristigen Entwicklung darf die Existenz der verschiedenen Produktionsformen nicht in Frage gestellt werden. Es geht darum, fließende Übergänge zu Landwirtschaftsbetrieben zu schaffen, die die Kriterien von Qualitätsproduktion, Umweltschutz, Tierschutz und Erhöhung von Wertschöpfung – und hier zitiere ich die neue Verbraucherschutzministerin, das ist schon mehrfach gemacht worden: „Klasse statt Masse“ – erfüllen. Eine für den Verbraucher nachvollziehbare gläserne Produktion beginnt bereits beim Anbau beziehungsweise beim Kauf von Futtermitteln und

endet an der Ladentheke. Jedes Einzelprodukt in der Kette muss dem Anspruch einer Qualitätskontrolle gerecht werden. Erst dann kann von einer zertifizierten Produktion die Rede sein.

Wer sich den neuen Kriterien stellt, das betrifft die konventionelle Landwirtschaft genauso wie die ökologisch ausgerichteten Unternehmen, darf in diesem Prozess nicht allein gelassen werden. Wir sind uns bewusst, dass höhere Standards nicht zum Nulltarif zu haben sind. Eine Sonderförderung ist gegenwärtig durch die Länder nicht möglich. Der Landtag sollte deshalb bekräftigen: Solange ein entsprechender internationaler Konsens nicht erreichbar ist, darf die WTO einzelne Mitglieder nicht daran hindern, regionale Entscheidungen für entsprechend hohe Maßnahmen zu ergreifen und daraus resultierende höhere Kostenbelastungen für ihre Landwirte angemessen auszugleichen.

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Brick?

Ute Schildt, SPD: Bitte.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Brick.

Martin Brick, CDU: Danke, Herr Präsident.

Frau Schildt, die Wertschätzung für Ihren Antrag ist ja nun in diesem Hause nicht sehr hoch.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Na, na, na!)

Wir sind hier nicht mal ein Drittel. Ich frage Sie, ob Sie das in Ordnung finden, dass der Landwirtschaft, die der größte Betriebszweig in diesem Lande ist, so wenig Reverenz erwiesen wird, was auch für die Wertschätzung zu Ihrem Antrag bezeichnend ist.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:
Was soll denn das jetzt?)

Ute Schildt, SPD: Ich bedanke mich für die Frage, Herr Brick. Wir haben da vollkommene Übereinstimmung. Ich bedauere es. Wir sprechen vor allen Dingen über Verbraucherschutz und wir alle hier im Parlament sind Verbraucher.

Martin Brick, CDU: Richtig.

Ute Schildt, SPD: Wir setzen uns für die Bürger unseres Landes und für ihre Interessen ein. Und deshalb kann ich Ihre Forderung oder Ihre Meinung nur voll unterstützen.

Martin Brick, CDU: Vielen herzlichen Dank.

(Reinhard Dankert, SPD: Sind sechs
CDU-Abgeordnete überhaupt anwesend?)

Ute Schildt, SPD: Ich setze meine Rede jetzt fort.

Ich habe bewusst von einem allumfassenden gesellschaftlichen Prozess gesprochen. Strukturveränderungen und neue Vertriebsformen oder Marktansprüche benötigen wissenschaftliche Begleitung, fundamentales agrar- und betriebswirtschaftliches Wissen der landwirtschaftlichen Unternehmer, neue ideenreiche Verarbeitungsrezepte und eine transparente Darstellung für den Konsumenten. Nach unserer im Antrag deutlich gemachten Auffassung brauchen wir allen Sachverstand an einem Tisch. Das habe ich schon einmal ausgeführt. Die Landesregierung muss das organisieren und, soviel ich weiß, hat sie das inzwischen. Der runde Tisch ist, soviel

ich weiß, mit Vertretern von Wissenschaft und Forschung, Futtermittel-, Milch- und Fleischproduzenten sowie des Verbraucherschutzes ins Leben gerufen. Angesprochen sind dazu auch die berufsständischen Vertretungen, von denen wir nicht nur Forderungen an die Politiker, sondern eigene Ideen erwarten.

Wir stehen am Anfang eines langen Weges. Gestalten wir ihn durch dieses Hohe Haus gemeinsam! Und ich bitte auch Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen von der CDU-Fraktion, doch darüber nachzudenken, ob Sie uns auf diesem Weg begleiten wollen.

(Martin Brick, CDU: Da müssen Sie überweisen.)

Ich beantrage allerdings Abstimmung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1936. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 3/1936 ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Übernahme der Kosten der Tierkörperbeseitigung durch das Land, auf Drucksache 3/1934(neu).

**Antrag der Fraktion der CDU:
Übernahme der Kosten der Tierkörperbeseitigung durch das Land
– Drucksache 3/1934(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Holznagel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben es eben gehört. Die so genannte BSE-Krise hat gravierende Auswirkungen nicht nur auf unsere heimische Landwirtschaft, das Agrargewerbe sowie die fleischverarbeitenden Betriebe, sondern, man kann es so sagen, auf ganz Deutschland. Viele rinderhaltende Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht. In der Lebensmittelbranche sind schon jetzt viele Beschäftigte von Kurzarbeit bedroht, Tausende von Arbeitsplätzen gelten als akut gefährdet, es gibt die ersten Schließungen von fleischverarbeitenden Unternehmen.

Während sich die Notlage in der Landwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe mit jedem Tag verschlimmert, streiten sich Bund und Länder über die BSE-Folgekosten. Dreieinhalb Monate nach Feststellung des ersten BSE-erkrankten Rindes in Deutschland liegt noch immer kein Finanzierungskonzept vor. In dieser Situation, denke ich, ist es wichtig, dass hier das Land handelt.

Meine Damen und Herren, die bereits angelaufenen Maßnahmen wie das unschädliche Beseitigen des spezifizierten Risikomaterials, die flächendeckenden BSE-Tests, das Verfütterungsverbot von Tiermehl und Tierfetten bei allen Tierarten sowie die Verstärkung der Kontrolle der Futter- und Hilfsmittel sind entscheidende Schritte zur Überwindung der BSE-Krise. Ebenso unverzichtbar sind Hilfen für die in Not geratenen landwirtschaftlichen Betriebe und Ernährungswirtschaftsbetriebe. Deutsch-

land hat aber im vorausseilenden Gehorsam Maßnahmen erlassen, die über die Beschlüsse der EU-Kommission hinausgehen. Das betrifft das unbefristete Tiermehlverfütterungsverbot genauso wie die Testung aller Rinder ab 24 Lebensmonate und nicht nur der gefallenen Tiere oder im Rahmen der Herauskaufaktion für Rinder über 30 Monate die Testung und dann Schlachtung und eventuelle Vernichtung der Rinder.

Durch diese dem Verbraucher eine höhere Sicherheit suggerierenden Maßnahmen der Grünen-Landwirtschaftsministerin entstehen unserer heimischen Landwirtschaft handfeste Wettbewerbsnachteile gegenüber ihren EU-Kollegen und enorme Verluste.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

So gibt es innerhalb Europas eine verbreitete Auffassung, das befristete Tiermehlverfütterungsverbot nicht zu verlängern, sondern unter bestimmten Auflagen, die in Deutschland übrigens schon lange eingehalten werden, das sei hier angemerkt, in der Schweinemast wieder zu erlauben. So wird der holländische und dänische Schweinemäster seine Schweine dann vielleicht eineinhalb Monate eher schlachtreif haben als sein deutscher Kollege, die Auslastung je Mastplatz ist eine bessere, der Futterraufwand geringer – von vergleichbarer Wettbewerbsfähigkeit also dann keine Spur mehr.

Aus ernährungsphysiologischer Sicht – das darf ich hier als Tierärztin sagen – gibt es für Schweine als Allesfresser auch überhaupt keine Bedenken. Und im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist eine sinnvolle Verwertung gefallener Tiere nur zu begrüßen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Deutschland muss für EU-einheitliche Regelungen eintreten und keine Hürden zum Nachteil der heimischen Landwirtschaft errichten.

(Beifall Lutz Brauer, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Durch das Auftreten von BSE in Deutschland ist eine Kostenlawine entstanden, die die Land- und Ernährungswirtschaft zu erdrücken droht. Ich möchte die wesentlichsten Punkte nennen:

1. die Entsorgung der so genannten Altbestände an Tiermehl, Tierfetten und Futtermitteln, die diese Bestandteile enthalten
2. die Entsorgung der seit dem 02.12.2000 in den Tierkörperbeseitigungsanstalten aus Schlachtabfällen hergestellten Tiermehle und Tierfette
3. die im Rahmen der amtlichen Fleischuntersuchung vorgeschriebenen BSE-Tests
4. die Einkommensausfälle in der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft
5. die von der Europäischen Kommission wegen der schwierigen Marktsituation beschlossene Herauskaufaktion für ältere Rinder

Um gleich beim Letzteren zu bleiben, für mich unverstänlich ist, dass Deutschland im Rahmen der Ankaufserstattung circa 1.000 DM pro Tier erhält, Frankreich 1.319 DM, Luxemburg 1.545 DM. Hier frage ich: Sind einige Länder gleicher? Ich denke, hier muss die Landesregierung im Sinne unserer Landwirte bei der Bundesregie-

rung heftig intervenieren, dass auch für die deutschen Bauern die höheren Sätze ausgezahlt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nicht genannt habe ich bei der Kostenaufzählung die gestiegenen Kosten für die Tierkörperbeseitigung um circa das Dreifache. Nach geltender Rechtslage sind in Mecklenburg-Vorpommern beseitigungspflichtige Körperschaften die Landkreise und kreisfreien Städte. Die Beseitigungspflicht wurde jedoch auf dem Wege der Beleihung auf das in Mecklenburg-Vorpommern ansässige Unternehmen SARIA übertragen, die wiederum ihrerseits den Landwirten die Entsorgung in Rechnung stellt. Mit diesem Verfahren wurde den Landwirten eine steuerliche Entlastung durch den Vorsteuerabzug ermöglicht.

Durch die im Zusammenhang mit der BSE-Bekämpfung erlassenen Maßnahmen stiegen die Entsorgungskosten so dramatisch an, dass sie von den Landwirten allein nicht mehr getragen werden können. Das möchte ich deutlich betonen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat dem Vernehmen nach Anfang Februar beschlossen, dass sich das Land künftig zu einem Drittel an den Kosten der Tierkörperbeseitigung beteiligen wird. Gleichzeitig wurde durch den Landwirtschaftsminister gegenüber der Presse sowie in Beratungen mit den Landräten und Oberbürgermeistern die Erwartung geäußert, dass auch die Landkreise und kreisfreien Städte sich auf freiwilliger Basis zu einem Drittel an den Kosten der Tierkörperbeseitigung beteiligen sollten.

(Peter Ritter, PDS: Wäre ja nicht schlecht, wenn man das machen würde. – Wolfgang Riemann, CDU: Der kennt die Haushaltssituation der Landkreise nicht. – Zuruf von Minister Dr. Wolfgang Methling)

Meine Damen und Herren, ein solches Vorgehen ist meiner Meinung nach nicht geeignet, einen wirksamen Beitrag zu leisten, um die immensen wirtschaftlichen Belastungen der landwirtschaftlichen Betriebe infolge der BSE-Krise zu verringern, und kann von den Landkreisen angesichts der angespannten Haushaltssituation auch nicht aufgebracht werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich denke, hierbei handelt es sich um eine gesamtstaatliche Aufgabe.

(Peter Ritter, PDS: Aber die 400.000 Mark haben Sie schnell gefunden. – Unruhe bei Wolfgang Riemann, CDU, und Peter Ritter, PDS)

Meine Damen und Herren, bedenken Sie, wir haben eine Situation der Folgekosten zu bewältigen! Und hier braucht der Landwirt Unterstützung. In der Verantwortung zur Hilfe für die betroffenen Landwirte stehen in erster Linie die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union. Es kann nicht Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung sein, finanzielle Auswirkungen einer Agrarpolitik zu tragen, auf die die einzelnen Landkreise erkennbar keinen Einfluss ausüben können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zu bedenken ist allerdings, dass im Falle einer Tierseuche die Landkreise bereits die Pflichtaufgabe zur Beseiti-

gung haben. Und ich denke, Mecklenburg-Strelitz kann hier ein Lied von singen.

Das aktuelle Problem besteht meines Erachtens in der Kostentragungspflicht der Landwirte für die Tierkörperbeseitigung zum einen und zum anderen in einem nahezu völligen Zusammenbruch des Rindfleischmarktes. Die finanziellen Folgen dieser Entwicklung können nicht ansatzweise über eine Drittelbeteiligung der Landkreise an den Kosten der Tierkörperbeseitigung aufgefangen werden. Das Land muss sich gegenüber dem Bund und der EU einbringen und durchsetzen, ansonsten besteht für unsere tierhaltenden Betriebe keinerlei Perspektive mehr. Hier brauchen wir eine dritte Lösung zwischen EU, Bund und Land, so, wie es andere Länder auch fordern und eingestellt haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Ich will an dieser Stelle gar nicht Bayern mit seinem 600-Millionen-DM-Programm als Beispiel für unser Land heranziehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Bayern hat's da besser. – Till Backhaus, SPD: Die haben ja auch großen Nachholbedarf, ne? – Wolfgang Riemann, CDU: Bayern hat's besser.)

Aber Sachsen stellt zum Beispiel 30 Millionen DM im Rahmen eines Hilfsprogramms für die Bewältigung der BSE-Krise zur Verfügung, Schleswig-Holstein 40 Millionen DM und Thüringen sage und schreibe 168 Millionen DM verteilt auf Jahresscheiben.

Meine Damen und Herren, Landes- und Bundesregierung müssen ein klares Finanzierungskonzept für die mit der Bewältigung der durch die BSE entstandenen Folgekosten aufstellen, ansonsten ist nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die gesamte fleischverarbeitende Industrie akut gefährdet. Ich denke, in diesem Sinne ist unser Antrag zu betrachten, und ich hoffe, dass Sie alle die Notwendigkeit hier einsehen werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Herr Backhaus, Sie wollten als Minister sprechen oder als Abgeordneter?

(Till Backhaus, SPD: Gerne, wenn ich darf.)

Als Minister?

(Till Backhaus, SPD: Ja.)

Gut, dann haben Sie das Wort. An und für sich kommen die Minister ja von der anderen Ebene. Bitte sehr, Herr Minister.

Minister Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Holznagel, zunächst erst mal zu den Preisen, um Ihnen das vielleicht noch mal zu erklären. Ich habe das ja im Ausschuss auch schon zwei-, dreimal versucht zu erklären, aber ich erkläre das gerne noch einmal. Der Punkt ist, warum und weshalb wir einen geringeren Preis bekommen. Und Sie haben ja auch den Eindruck erweckt,

als ob nun wer weiß was für Gefahren von dem Fleisch ausgehen. Ich betone an dieser Stelle ausdrücklich, das Rindfleisch in Mecklenburg-Vorpommern war noch nie so sicher wie heute.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Was anderes hat Frau Holznagel auch nie behauptet.)

Ich will das nur noch mal deutlich machen. Ich sage Ihnen auch eins im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher: Als ich gestern Abend nach Berlin fuhr, hörte ich im Radio, dass Brandenburg gut 7.500 BSE-Tests durchgeführt hat. Und sie sind darauf ziemlich stolz. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben seit Anfang des Jahres über 20.000 BSE-Tests durchgeführt. Was ich damit sagen möchte, ist, der Absatz von Rindfleisch aus Mecklenburg-Vorpommern läuft. Wir haben wieder die Schlachtzahlen erreicht wie in der Vergangenheit.

Und jetzt komme ich noch mal zu der Frage, die Sie hier aufgeworfen haben und die auch die Landwirte grämt, und dafür habe ich auch Verständnis: Wie entsteht der Preis für dieses Notschlachtprogramm oder Schlachtprogramm? Das ist nämlich der Punkt, dass sich dieser Preis herleitet aus den marktüblichen Preisen der 47. und 48. Kalenderwoche des letzten Jahres. Und wenn Sie darüber noch mal nachdenken, da war es leider so, dass wir in Deutschland schon im freien Fall des Preisverfalles waren. Deswegen haben wir leider im Vergleich zur Europäischen Union einen Preisverfall von weit über 60 Prozent. Das heißt, Deutschland ist durch diese Hysterie am meisten betroffen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und das nehmen wir so einfach hin.)

Zum anderen möchte ich ...

Ja, was soll ich denn machen? Soll ich den Verbraucher prügeln, damit er das Rindfleisch isst?

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Da muss Herr Riemann mehr essen.)

Sie haben ja auch Kängurufleisch gegessen. Das ist doch ein Jammer.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe kein Kängurufleisch gegessen.)

Sie sehen aber so aus.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Tut mir Leid.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Minister, ...

Minister Till Backhaus: Das nehme ich zurück.

Präsident Hinrich Kuessner: ... ich bitte, diese Ausdrücke zu lassen.

Minister Till Backhaus: Ja, er hat mich ja wieder so gereizt. Das tut mir Leid, ich nehme das zurück. Ich entschuldige mich auch dafür.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ja. Ja. Gut. Ich nehme das zurück und entschuldige mich dafür.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich hüpfte nachher nach vorne.)

Ich möchte aber auch noch mal das Problem, ...

(Lutz Brauer, CDU: Große Sprünge und nichts im Beutel.)

Jaja.

Ich möchte trotzdem auch noch mal zu dem Problem kommen, das Frau Holznagel berechtigterweise angesprochen hat, was ist mit dem Tiermehlverfütterungsverbot und dessen Weiterführung. Ich sage hier ganz klar, wir brauchen dieses weitere Verfütterungsverbot, um möglichst schnell Klarheit zu haben und damit auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern deutlich zu machen, Deutschland macht alles, um Verbrauchersicherheit zu gewährleisten.

Und ich will auch noch mal herausstellen, durch die Risikomaterialentscheidung der Kommission vom 1. Oktober, nämlich das Risikomaterial ordnungsgemäß zu entsorgen, und das eingetretene Tiermehlverfütterungsverbotsgesetz stiegen die Kosten der Tierkörperbeseitigung in Mecklenburg-Vorpommern von 4,1 Millionen DM auf insgesamt 12,2. Das ist schon eine dramatische Entwicklung.

Nun ist sich das Land Mecklenburg-Vorpommern seiner Verantwortung bewusst und trägt zur Milderung der Belastung der Landwirte seit dem 2. Dezember 2000 bei. Also, mit dem Einsetzen des Fütterungsverbotes hat das Land freiwillig – das betone ich ausdrücklich –, freiwillig ein Drittel der Kosten übernommen. Das heißt, dass wir gut 4 Millionen DM freiwillig im Haushalt bereitstellen. Und Sie wissen es ja auch, wir haben dankbarerweise vom Landtag 2 Millionen DM bereitgestellt bekommen, die anderen 2 Millionen DM und den Rest werden wir dann zusätzlich bereitstellen. Auch in der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 1. Dezember 2000, also mit dem Wirksamwerden der Regelung zur Beseitigung von Risikomaterialien, hat sich das Land an den zusätzlichen Kosten in einer Größenordnung von 250.000 DM beteiligt.

Nun zeichnet sich – und das ist eine wichtige Aussage, Herr Riemann – bundesweit hinsichtlich der Kostenträgerschaft der Tierkörperbeseitigung ein ganz klares Bild ab. Die dominierende Kostenregelung ist die so genannte Drittellösung in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, das heißt, das Land trägt ein Drittel der Kosten, die Landkreise tragen ein Drittel der Kosten und ein Drittel die Tierhalter. Und das ist aus meiner Sicht auch absolut berechtigt. Diese Variante der Drittellösung der Kostenverteilung kommt im Übrigen in acht Bundesländern zum Tragen. In fünf Bundesländern tragen, und da hören Sie gut zu, Herr Riemann, die Kreise – die Kreise! – 100 Prozent der Kosten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die werden ja auch nicht so geschöpft mit dem FAG. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das sind unter anderem Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen. Und nur in Berlin trägt das Land 100 Prozent der Kosten. Grundsätzlich ist die Drittellösung aus meiner Sicht zu präferieren, weil sie sowohl die öffentliche Hand und natürlich auch den Tierhalter im übergeordneten Interesse zur Verantwortung zieht und wiederum die Sorgfaltspflicht zur Minimierung von Tierverlusten und damit auch für seuchenprophylaktische Maßnahmen erfüllen muss. Und damit sehe ich, dass sich alle Beteiligten gleichmäßig an den Kosten beteiligen sollen.

Die Landkreise und kreisfreien Städte von den Tierkörperbeseitigungskosten freizuhalten kann ich auch aus folgenden Gründen überhaupt nicht akzeptieren. Die Kreise sind nach Gesetz – und das wissen Sie, Sie würden sonst zum Gesetzesbruch aufrufen – grundsätzlich die beseitigungspflichtigen Körperschaften. Das haben Sie hier auch deutlich gemacht, Frau Holznagel.

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Das ist genau erklärt worden. Dann ändern Sie das Gesetz!)

Aus dem Ausführungsgesetz zum Tierkörperbeseitigungsgesetz geht dieses eindeutig hervor. Das heißt, die Landkreise und kreisfreien Städte haben diese Aufgabe als eigene Aufsichtsbehörde wahrzunehmen und können sich hier Dritter bedienen. Das haben Sie auch deutlich gemacht, das ist SARIA.

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Nach meiner Auffassung stellt sich hier tatsächlich die Frage, welchen Stellenwert, ich betone, welchen Stellenwert die Landkreise und kreisfreien Städte ihren landwirtschaftlichen Betrieben überhaupt beimessen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist doch gar nicht der Punkt jetzt.)

Das sind kleine und mittelständische ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist doch gar nicht der Punkt jetzt.)

Ja, Herr Rehberg, bleiben Sie mal ganz ruhig jetzt!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das sind kleine und mittelständische Unternehmen. Und hier zeigt sich, wie die Landkreise ihrer Verantwortung wirklich gerecht werden.

Zwar kann ich die finanziellen Zwänge der Landkreise grundsätzlich nachvollziehen, Verständnis für eine ablehnende Haltung zur Kostenbeteiligung habe ich aber nach wie vor nicht. Das sage ich in aller Deutlichkeit. Und Sie haben ja gestern, wenn ich es richtig weiß, Frau Holznagel, mit dem Bauernpräsidenten gesprochen. Er hat mich im Übrigen auch angerufen. Dieser hat ja Ihren Beitrag, den Sie der Öffentlichkeit auch in der „Demminer Zeitung“ zum Ausdruck gebracht haben, ausdrücklich verneint.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Gerade wenn man sich vor Augen führt, dass insbesondere die arbeitsintensiven Tierhaltungsbetriebe für die Wertschöpfungsketten und -prozesse und damit für die Einkommen und Existenzen im ländlichen Raum eine entscheidende Rolle spielen, muss zumindest der Wille erkennbar sein, zur Entlastung der Kostensituation in der Landwirtschaft beizutragen. Möglichkeiten gäbe es durch eine Kürzung freiwilliger Leistungen in den Landkreisen oder ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Jürgen Seidel, CDU: Die sind schon gekürzt.)

Jaja, ich sage doch nur mal die Varianten.

... aber es gibt natürlich auch die Lösung der Erhöhung der Kreisumlage.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Jaja.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo leben Sie denn? Sind Sie schon so abgehoben? – Zuruf von Dieter Markhoff, CDU)

Ich bin überhaupt nicht abgehoben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na klar!)

Das wissen die meisten Menschen auch.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie wissen wohl nicht mehr, was in den Kommunen los ist?! – Reinhardt Thomas, CDU: Sie sind wohl nicht mehr von dieser Welt?! – Glocke der Vizepräsidentin)

Zum Glück gibt es eine ganze Reihe von Bürgermeistern, die klipp und klar erklärt haben, dass sie pro Einwohner bereit sind, aus ihren Gemeinden zwei bis drei Mark – das wäre ja das Kostenvolumen – bereitzustellen.

(Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Insofern ist für mich die Sache eindeutig. Die zusätzlichen Aufwendungen für die Drittellösung erscheinen für mich daher ganz klar vertretbar. Leider haben meine Bemühungen, die Kreise von diesem Erfordernis zu überzeugen – und ich habe alle Landräte am Tisch gehabt, es zumindest versucht –, nicht zum Erfolg geführt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Und ich kann nur noch einmal die Landkreise bitten und auffordern, die Landwirte in dieser Situation wirklich nicht allein zu lassen.

Bezug nehmend auf den Punkt 3 des Antrages der CDU darf ich darauf hinweisen, dass heute der Ministerpräsident und Herr Stoiber versuchen, mit dem Kanzler eine Lösung in Fragen BSE-Bewältigung und Kostenteilung hinzubekommen. Und ich hoffe natürlich auch, dass wir hier eine vernünftige und schnelle Lösung erzielen. Leider war uns das bis heute nicht vergönnt. Im Übrigen haben da auch CDU-geführte Länder nicht die allerbeste Rolle gespielt.

Abschließend möchte ich bezüglich der EU-einheitlichen Umsetzung von Beschlüssen infolge der BSE-Krise und auf die Forderung der Länder an die Bundesregierung auf der Amtschefskonferenz hinweisen. Wir haben diese Beschlüsse alle gefasst, die letzten Endes auch in Ihrem Antrag zum Ausdruck kommen. Hinzu kommt, dass wir als Land Mecklenburg-Vorpommern ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber Eichel zeigt sich hartleibig.)

Jaja.

... auch eine Entschließung vorgelegt haben, auf die ich nur noch mal verweisen möchte. Dabei geht es nicht nur um eine EU-einheitliche Umsetzung der Maßnahmen, sondern auch um das Schutzbedürfnis mit dem Handel von Drittländern. Auch das ist ein Problem, mit dem wir uns tagtäglich auseinander setzen müssen, und Sie haben das sicherlich auch zur Kenntnis genommen.

Grundsätzlich muss ich bei der Forderung jedoch zu bedenken geben, dass Deutschland nur ein Mitgliedsstaat neben anderen ist. Ich will damit auch zum Ausdruck bringen, dass bei allen Forderungen nach Einheitlichkeit der Maßnahmen diese nur durchzusetzen sind, wenn es in

Brüssel dafür Mehrheiten gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn diese Erfahrung sogar noch Bundesminister machen müssen, dass man Mehrheiten finden muss, kann ich natürlich auch die CDU-Fraktion insofern bestärken, dass sie diese Erfahrungslücke noch nicht hat, aber vielleicht in der Zukunft bekommen wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion liest sich bei unbedarftem Herangehen natürlich wunderbar.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der ist wunderbar. –
Peter Ritter, PDS: So einzigartig
wie Herr Riemann.)

Da wird zum einen das Land aufgefordert, ...

Warten Sie ab, Herr Riemann!

... die durch die BSE-Krise zu erwartenden zusätzlichen Kosten hinsichtlich der Tierkörperbeseitigung zu übernehmen, damit die Landkreise angesichts ihrer finanziellen Situation von den Kosten der BSE-Krise freizuhalten sind. Und andererseits soll sich das Land auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass die dort verursachten Kosten auch dort übernommen werden, wo sie entstanden sind beziehungsweise deren Vorgaben einheitlich umgesetzt werden. Stimmt so?

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja.)

Ein glasklares und sauberes Anliegen, so scheint es zumindest auf den ersten Blick. Sieht man ein wenig genauer hin, dann ist da allerdings nix mehr klar, statt Klarheit nur noch der Nebel des Ungewissen. Ehrlich gesagt, beschleicht mich hier der leise Verdacht, dass Ihr Antrag im Kern nur einem dient: Angesichts der bevorstehenden Landratswahlen in den Kreisen wird versucht, Stimmung zu machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Ach, toll! Toll!
Ich werde Ihnen mal erzählen, wie Sie
Stimmung machen hier im Land.)

Sie erwecken mit diesem Antrag den Anschein, dass auf Landesebene bisher nichts getan wurde, um den Landwirten in ihrer schwierigen Situation zu helfen, sondern dass alles wieder mal auf die Landkreise abgewälzt werden soll.

(Renate Holznagel, CDU: Das stimmt auch nicht.)

Dem ist aber nicht so. Der Minister hat es ausgeführt.

(Harry Glawe, CDU: Der Minister hat
gesagt, dass er keine Lösung hat.)

Trotzdem möchte ich noch kurz darauf eingehen. Bereits im November des letzten Jahres, also noch vor dem Finden des ersten BSE-Falles in der Bundesrepublik, haben der Landtag und der Ausschuss bereits die Übernahme der Kosten bei der Beseitigung des SRM-Materials mit 2 Millionen DM wenigstens in Teilen gesichert. Seit dem Auftreten von BSE sind sowohl das Landwirtschaftsministerium als auch der Ausschuss ständig mit dieser

Thematik konfrontiert. Sie erinnern sich alle noch an die Nachrichten über den Besuch des Landwirtschaftsausschusses auf der Insel Riems am letzten Donnerstag. Am 29. März 2001 werden wir eine Expertenrunde im Rahmen der Ausschusssitzung haben.

Dennoch verdient der Antrag eine nähere Betrachtung, denn er ist dermaßen populistisch, dass man ihn einfach nicht so stehen lassen kann.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

In Ihrem ersten Punkt fordern Sie die Landesregierung auf, die durch die BSE-Krise zu erwartenden zusätzlichen Kosten der Tierkörperbeseitigung zu übernehmen. Nur damit wir wissen, worüber wir reden, einige Worte Klarheit:

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, meinen Sie die Kosten für die Entsorgung des noch vorhandenen Mischfutters in Höhe von 2,7 Millionen DM, oder meinen Sie die Entsorgungskosten der Landwirtschaft für Tierkörper in Höhe von 12 Millionen DM oder die Entsorgungskosten für die Schlacht- und Fleischverarbeitungsindustrie mit 17,4 Millionen DM, oder meinen Sie jene 200.000 DM, die der SARIA entgangen sind, weil das Verfütterungsverbot drei Tage vor dem Gesetz ausgesprochen wurde, oder meinen Sie alle zusammen? Und das ist nur ein kleiner Teil der Kosten, die in Mecklenburg-Vorpommern anfallen werden. Noch nicht einmal bedacht sind die Kosten für die Ausweitung der BSE-Tests und die der Einnahmeausfälle und Verteuerungen bei pflanzlichen Futterstoffen.

Und warum kommt Ihr Antrag eigentlich jetzt, wo der Ausschuss sich damit beschäftigt? Das Landwirtschaftsministerium hat sich bereits dafür entschieden, 4,06 Millionen DM als anteilige Übernahme der Kosten der Tierkörperbeseitigung zu tragen.

(Harry Glawe, CDU: Zu wenig.)

Und was meinen Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion?

(Harry Glawe, CDU: Das ist zu wenig. –
Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Es sind zu wenig, genau.

Wo sollen die zusätzlichen Millionen, die Sie hier mit Ihrem Antrag einfordern, denn noch herkommen angesichts der Tatsache, ...

(Beifall Ute Schildt, SPD –
Eckhardt Rehberg, CDU: ÖBS einstampfen. –
Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Sie verwechseln hier schon wieder etwas.

... dass die Finanzministerin bereits zum jetzigen Zeitpunkt gezwungen war, eine Haushaltssperre für die Sachausgaben auszusprechen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja unerhört! –
Wolfgang Riemann, CDU: Ich denke,
das ist keine Haushaltssperre.)

Ich weiß, ich weiß, Sie wissen das alles.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben doch gesagt, das ist keine Haushaltssperre, sondern Dispositionsreserve. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie wissen sowieso alles besser, wie immer. Denn schließlich schreiben Sie selbst in Ihrer Begründung, dass das Land nicht in der Lage ist, die Folgen der BSE-Krise vollständig zu tragen.

Hier sind mir denn doch zu viele Fragezeichen, als dass der Landtag heute ad hoc über Ihren Antrag entscheiden kann. Schon aus diesem Grund wird meine Fraktion dem Antrag heute nicht zustimmen. Wir fordern eine Überweisung in den Landwirtschafts- und Finanzausschuss. Dort in den Fachgremien kann dann dezidiert über diesen ersten Punkt des Antrages gestritten werden.

Meine Damen und Herren, ich bin aber noch nicht fertig,

(Wolfgang Riemann, CDU: Schade.)

denn jetzt wird's erst richtig interessant. Im zweiten Punkt des Antrages fordern Sie, dass die Landkreise von den Kosten der Tierkörperbeseitigung freizuhalten sind.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Ich gebe zu, ich bin irritiert, und die vergangene Debatte hat auch nicht zur Aufklärung beigetragen. Was haben sich die Einreicher bei dieser Forderung gedacht?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das werde ich Ihnen nachher gleich sagen.)

Wie Sie sicher besser wissen als ich, wurde die Aufgabe der Tierkörperbeseitigung landesweit über eine Beleihung auf die SARIA übertragen, und zwar zu einem Zeitpunkt, als das Landwirtschaftsministerium CDU-geführt war.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Und diese Beleihung ist vertraglich so gut abgesichert, dass steigende Gebühren fast automatisch einzukalkulieren sind, und das auch ohne BSE. Die Landkreise sind draußen mit dieser Regelung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Die Landkreise und kreisfreien Städte sind seitdem also nicht mehr Träger dieser Aufgabe und können folgerichtig nicht mehr verpflichtet werden, für diese Kosten aufzukommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber Herr Backhaus wollte das gerade.)

Freiwillig wollte Herr Backhaus das.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nee, nee, nee! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Bei einer Übertragung würde das Konnexitäts...

(Wolfgang Riemann, CDU: Er hat die Keule schon geschwungen.)

Freiwillig.

Bei einer Übertragung würde das Konnexitätsprinzip greifen. Das haben wir hier beschlossen, das wissen Sie selbst. Und dann ist es egal, ob wir es weiterreichen oder ob wir es gleich bezahlen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann bezahlen Sie das doch gleich.)

Das erklären Sie in der Begründung Ihres Antrages natürlich auch und Sie sagen auch ein paar Worte zur freiwilligen Übernahme der Kosten durch die Landkreise, die

ich hier nicht weiter zitieren möchte. Ihr Antrag stellt letztendlich nur die geltende Rechtslage fest. Letztendlich ist diese Ihre Aufforderung an die Landesregierung so sinnlos wie populistisch, wobei ich aber keine Bedenken habe, wenn Sie sich im Finanzausschuss die Sachlage noch einmal erklären lassen.

(Beifall und Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD)

Mit Punkt 3 fordern Sie, dass sich das Land auf Bundesebene dafür einsetzt, dass die durch die bundesrechtlichen Vorgaben entstandenen Kosten übernommen werden, soweit sie weitergehen als die Beschlüsse der EU-Kommission. Auch dieser Punkt erscheint zunächst mal sonnenklar und durchsichtig, wenn, ja wenn nicht irgendwo dieser Unterton mitspielen würde, dass die Bundesregierung die Kosten ja nicht zu tragen bräuchte, die durch die Beschlüsse auf EU-Ebene entstanden sind, weil diese durch die EU übernommen werden müssten. Das würde der von Ihnen vorgegebenen Logik des Antrages entsprechen. Aber darauf zielt Ihr Antrag gar nicht ab, was, wenn es realisiert werden würde, sehr leicht dazu führen könnte, dass die Bundesregierung von ihrem bisherigen stringenten und im Sinne eines vorbeugenden Verbraucherschutzes zu unterstützenden Kurs abweicht. Sie, die Bundesregierung, würde dann auf den auf EU-Ebene eingeschlagenen weicheren Kurs als Ergebnis des minimalen europäischen Konsenses einschwenken.

(Renate Holznagel, CDU: Was haben Sie sich da für Gedanken zurechtgelegt?)

Und dafür bin ich nun wirklich nicht, gerade jetzt nicht, denn bei dem zusammengebrochenen Rindfleischmarkt muss der Verbraucherschutz an erster Stelle stehen.

Wir werden in Zukunft nicht umhinkommen, die Kosten der verfehlten Agrarpolitik der vergangenen Jahre zu tragen. Die Frage, die beantwortet werden will, lautet aber: Wie und auf welche Schultern wollen wir sie verteilen? Insofern bedarf auch dieser Punkt einer tieferen Diskussion in den Ausschüssen des Landtages.

Und, Frau Holznagel, ich gebe Ihnen Recht, es muss ein gutes Finanzierungskonzept dazu geben. Man kann nicht alles ad hoc entscheiden.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Das ist eine gute Logik, die Sie uns da präsentieren.)

Ich komme zum letzten Punkt, in dem Sie die einheitliche Umsetzung der Beschlüsse auf EU-Ebene europaweit fordern. Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie unterstellen ja damit, dass Vorgaben aus der europäischen Ebene in den Mitgliedsstaaten nicht umgesetzt werden. Oder meinen Sie mit Ihren Forderungen, dass Maßnahmen, die auf der EU-Ebene beschlossen werden, auch auf dieser Ebene finanziert werden sollten, ähnlich dem schon strapazierten Konnexitätsprinzip der rot-roten Landesregierung? Ja, das würde ich auch unterstützen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer hat Sie denn dazu gezwungen?)

Aber es ist ja auch irgendwie bezeichnend, dass das Konnexitätsprinzip auf der Bundesebene

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Zum Konnexitätsprinzip, da mussten wir Sie hintragen.)

weder unter Schwarz-Gelb noch unter der jetzigen Bundesregierung beabsichtigt ist durchzusetzen. Lassen Sie uns deshalb in den Ausschüssen intensiv über die

Kosten der BSE-Krise, über Folgen und notwendige Konsequenzen diskutieren, damit wir aus dem Fachgremium heraus dem Landtag eine qualifizierte Beschlussempfehlung vorlegen können.

Es gibt aber noch etwas, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, das ich nicht verstehen kann. Warum schlagen Sie den Sack, wenn Sie doch eigentlich den Esel treffen wollen? Ich kann Ihnen gern erklären, was ich damit meine: In der Sitzung des Agrarausschusses des Bundestages vom 26. Januar 2001 stand ein Beschlussvorschlag der PDS-Fraktion zur Abstimmung, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, so schnell wie möglich ein Soforthilfeprogramm zur finanziellen Entlastung der durch die BSE-Krise geschädigten Kommunen und Landwirte einzurichten. Die Mitglieder Ihrer Fraktion haben sich bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten. Warum nur? Wollen Sie den Landwirten helfen oder wollen Sie sich nur profilieren? Oder will sich vielleicht Ihre Bundestagsfraktion profilieren? Wenn Sie mich darüber aufklären könnten, würde ich sehr gern meinen Anteil leisten und Ihre sicherlich sehr guten Argumente für ein derartig widersprüchliches Verhalten unter den Landwirten im Land Mecklenburg-Vorpommern verbreiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall Ute Schildt, SPD, Peter Ritter, PDS, und Johann Scheringer, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Kollegin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Schwebs, können Sie sich denn vielleicht mal in der Koalition einig werden? Die Haushaltsministerin und Finanzministerin spricht davon, sie hat einen Bewirtschaftungserlass erlassen, Sie sprechen von einer Haushaltssperre. Ja, was denn nun? Ist die Katze nun aus dem Sack? Gibt es eine Haushaltssperre?

(Sigrid Keler, SPD: Ach, Herr Riemann!
Es ist ein Bewirtschaftungserlass.)

Der Minister für Landwirtschaft sagt, der Rindfleischmarkt ist auf einem guten Wege. Sie sprechen davon, er ist zusammengebrochen. Ja, was denn nun in der Koalition? Hü oder hott? Und, Herr Backhaus,

(Minister Till Backhaus: Hü! Hü!)

solange Sie das Gesetz nicht ändern und die Gemeinden auffordern, freiwillig etwas zu leisten, müssen Sie vielleicht vorher einmal den Kabinettsbericht zur Lage der kommunalen Haushalte studieren. Und wenn Sie den mit beschlossen haben, dann ist Ihre Aufforderung unsinnig. Ansonsten müssen Sie das Gesetz ändern und dann greift das Konnexitätsprinzip.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unser Bauernminister zieht in diesen Wochen durch die Bauernversammlungen und wird nicht müde, darauf hinzuweisen: Das Land beteiligt sich zu einem Drittel an den Kosten der Tierkörperbeseitigung. Im Haushalt stehen 2 Millionen DM zur Verfügung, weitere 2 Millionen DM werden aus dem Landwirtschaftssondervermögen bereitgestellt. Wir hatten hier während der Haushaltsberatung

gen eine Aufstockung um eine weitere Million verlangt und auch gedeckt, also solide finanziert.

(Birgit Schwebs, PDS: Was auch immer Sie unter „solide“ verstehen.)

Das wurde aber von SPD und PDS abgelehnt.

Alles wäre nun gut, meint Minister Backhaus, würden sich Landkreise und kreisfreie Städte mit einem weiteren Drittel beteiligen. Die Kostenbelastungen für die Bauern würden sinken, wenn Landkreise und kreisfreie Städte nicht so knauserig wären. Dazu passen zwei Schlaglichter:

Erstens. Die Staatsregierung stellt 30 Millionen DM in Hilfsprogrammen für die Bewältigung der BSE-Krise zur Verfügung. Dieses passiert in Sachsen seit gestern. Was passiert in Mecklenburg-Vorpommern? In Sachsen sind Überbrückungsdarlehen, Zuschüsse für den Herdenneuaufbau und Entsorgung von Futtermitteln, da sind Kosten für die Tierkörperbeseitigung, Hilfen für Schlachtbetriebe und Liquiditätshilfen enthalten. Alle Ressorts beteiligen sich an diesem Programm in Sachsen. Man kann nur sagen: Sachsen, du hast es besser.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

In Thüringen und in Sachsen tragen die Landesregierungen die Kosten zu 100 Prozent. Wie sieht es in Mecklenburg-Vorpommern aus? Backhaus redet, fordert die Landkreise auf und die Finanzministerin sitzt auf der Dispositionsreserve.

(Sigrid Keler, SPD: Ich habe
keine Dispositionsreserve.)

Meine Damen und Herren, statt andere aufzufordern, handelt diese Landesregierung zum wiederholten Male nicht. Mit Sachsen verglichen, sollte es auch in Mecklenburg-Vorpommern möglich sein, ein entsprechendes Hilfsprogramm in einer Höhe von mindestens 20 Millionen DM durch die Ausschaltung von Ressortegoismen für die notleidende Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will hier nicht das Beispiel Bayerns anführen, aber handeln Sie, Herr Backhaus, anstatt Aktueller Stunde und Koalitionsschaufensteranträgen. Handeln Sie, Herr Minister!

Zweitens. Kreistag Rügen, letzte Woche Donnerstag, Haushalt 2001: Der PDS-Fraktionsvorsitzende Gerhard Bohm fordert, ich zitiere: „...“, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern mit seiner SPD/PDS-Regierung weit stärker in die Verantwortung bei den Kommunalfinzen genommen werden sollte.“ Bohm hat nach Aussagen von Augenzeugen seinen Parteikollegen in Schwerin mächtig die Leviten gelesen. Aber haben diese es hier in Schwerin wahrgenommen? Wir merken es wieder hier und wir werden es sicherlich auch zum Tagesordnungspunkt 15 gleich erleben, dass Sie beratungsresistent sind.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Sind Sie, Minister Backhaus, schon so abgehoben, dass Sie bei Ihren Forderungen die Finanzsituation der Kreise und kreisfreien Städte nicht kennen?

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist unglaublich!)

Kennen Sie, Herr Minister Backhaus, bei Ihren Forderungen an die Landkreise wirklich die Kabinettsvorlage vom 10. Oktober 2000 – Bericht zur kommunalen Haushaltslage? Ich darf Ihnen hier einiges in Erinnerung rufen, dann werden Sie vielleicht auch noch mal hineinschauen und von Ihren Forderungen an die Landkreise und kreisfreien Städte ablassen. Ich darf also aus diesem Bericht zitieren: „Zur Finanzierung freiwilliger Aufgaben stehen vielfach nur noch geringe Mittel zur Verfügung. Für Landkreise und kreisfreie Städte wird die finanzwirtschaftliche Lage als besonders angespannt bezeichnet. Für 2000 werden Mindereinnahmen konstatiert, resultierend aus Einkommenssteueränderungen und Kindergelderhöhungen. Die Steuereinnahmen der Gemeinden betragen nur 36,4 Prozent vergleichbarer westdeutscher Kommunen.“

Und Sie, Herr Backhaus, fordern eine Erhöhung der Kreisumlage! Sie fordern eine Erhöhung der Kreisumlage, obwohl wir nur 36,4 Prozent Steuereinnahmen vergleichbarer westdeutscher Kommunen haben. Das Familienförderungsgesetz des Bundes – Wohltaten auf Kosten der Kommunen – belastet die Gemeinden des Landes mit 30 Millionen DM. Für 2001 wird die Stagnation der kommunalen Einnahmen prognostiziert. So weit dieser Bericht, den Sie selber beschlossen haben, Herr Backhaus, aber Sie nehmen ihn nicht zur Kenntnis.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Er hat ihn nicht gelesen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und, meine Damen und Herren, wie steht eigentlich der Innenminister, der Kommunalminister Timm zur Forderung des Landwirtschaftsministers Backhaus?

(Harry Glawe, CDU: Der ist gar nicht hier. – Reinhardt Thomas, CDU: So wie Frau Keler.)

Aus dem Hause Timm ist wie üblich öffentlich nichts zu hören. Bei Kommunalfinanzen taucht unser Innenminister mit schöner Regelmäßigkeit ab.

(Heinz Müller, SPD: Quatsch.)

Am 9. Februar 2001 aber hat unser formidabler Innenminister im Gespräch hinter verschlossenen Türen mit dem Landkreistag ausdrücklich bestätigt, dass die Landkreise schon aus haushaltsrechtlichen Erwägungen keine weiteren freiwilligen Aufgaben in der diskutierten Größenordnung übernehmen dürfen. Herr Backhaus, Sie können gerne diesen Bericht und diese Anlage vom Städte- und Gemeindetag und vom Landkreistag sich zu Gemüte führen. Timm und Backhaus – Plüsch und Plumm:

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der eine fordert populistisch auf Bauernversammlungen eine Beteiligung der Landkreise, der andere lehnt diese intern ab.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist diffamierend, was Sie hier von sich geben. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Dazu passt auch, dass 2001 nur noch ein einziger Landkreis – und, meine Damen und Herren, hören Sie zu: nur noch ein einziger Landkreis – in diesem Land freien Finanzspielraum hat.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ein schwarzer Landkreis. – Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Die Landkreise verabschieden reihenweise unausgeglichene Haushalte und Backhaus fordert je Kreis 200.000 bis 300.000 DM Beteiligung.

(Harry Glawe, CDU: Er heißt Nordvorpommern.)

Aber Frau Keler freut sich, der Ministerpräsident handelt nicht, im Bund werden die Verbraucher verunsichert und das Geld für die Bauern ist zu wenig oder ganz und gar Fehlanzeige. So, meine Damen und Herren, wird ein ganzer Berufsstand abgestraft, weil er nicht richtig gewählt hat. Ich kann unserem Bauernminister Backhaus nur empfehlen,

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

den Beschluss der Landrätekonzferenz vom 14.02.2001 und die dazugehörige Begründung zu lesen und dann schnell und konsequent zu handeln wie in Sachsen und anderswo in Deutschland. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Ums Wort hat noch einmal der Landwirtschaftsminister gebeten.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt will er noch mal reden.)

Minister Till Backhaus: Frau Präsidentin!

Herr Riemann, scheinbar haben Sie in den letzten Sitzungen wirklich nicht zugehört.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, das wird es sein.)

Wir haben mittlerweile ein Aktionsprogramm. Und ich zähle Ihnen die Maßnahmen jetzt nur noch mal im Telegrammstil auf: 25 Millionen ...

(Lutz Brauer, CDU: Weil das Geld fehlt.)

Nicht das Geld fehlt.

25 Millionen DM werden zielgerichtet für in Not geratene Betriebe bereitgestellt, ich betone, 25 Millionen. Wir haben 4,06 Millionen DM bereitgestellt für die Tierkörperbeseitigung. Das ist die Drittlösung. Wir haben jetzt die Entscheidung getroffen – da hinken die Sachsen oder was weiß ich, wer noch alles, hinterher –, dass das Tierfutter, das mit Tiermehl behaftet ist, aus den Höfen sofort herausgenommen wird. Das sind zweieinhalb Millionen.

Herr Riemann, hören Sie gut zu!

Und wir haben 30 zusätzliche Stellen für diesen Bereich bereitgestellt, um insbesondere der Wirtschaft zu helfen, nämlich den Absatz wieder anzukurbeln.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben aber gerade was anderes behauptet.)

Ich sage Ihnen noch mal die Zahlen: 20.000 BSE-Tests im Vergleich zu anderen Ländern. Fragen Sie mal in Sachsen bei Ihren Kollegen nach! Sie haben ja heiße Drähte zu Herrn de Maizières. Das sieht man auch an den Anfragen, das Thema kommt ja vielleicht auch noch irgendwann. Fragen Sie doch mal bei Herrn de Maizières nach, wie viel Tests die in der Vergangenheit gemacht haben. Da kann ich nur sagen: Der beste Beweis, den wir liefern, ist, den Absatz von Rindfleisch wieder anzukurbeln und für das Rindfleisch einen vernünftigen Preis zu erzielen. Im Übrigen, wenn Sie meinen, ähnlich wie es Herr Stoiber versucht, in Bayern die Landwirte parteipolitisch instrumentalisieren zu müssen, dann werden Sie damit wieder Schiffbruch erleiden.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Insofern sage ich Ihnen nochmals: Wir haben dieses Aktionsprogramm aufgelegt. Und ich betone ausdrücklich, wenn Sie sich das Konsolidierungsdarlehen ansehen, die Sachsen müssen das erst mal notifizieren lassen, das wissen Sie auch ganz genau. Das heißt, sie können überhaupt keine Mittel bereitstellen, weil keine Notifizierung erfolgt ist bis dato. Das heißt in der Konsequenz, es können keinerlei Mittel ausgereicht werden. Wir haben eine bestätigte Richtlinie aus der Konsolidierungshilfe beziehungsweise Umstrukturierungshilfe und können bis zu 800.000 DM je Betrieb bereitstellen. Solche gute Förderung gibt es in keinem einzigen Bundesland. So viel nur dazu, dass wir angeblich nichts machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD-Fraktion.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, hier!)

es ist schon erstaunlich, wie schnell Sie Ihre eigenen Worte vergessen.

(Reinhard Dankert, SPD: Das ist überhaupt nicht
erstaunlich. – Wolfgang Riemann, CDU: Nee.)

In der Landtagssitzung vom 13. Dezember 2000 – und ich lese es wörtlich vor – steht aus Ihrem Mund: „Keine Landesmittel, keine Kommunalmittel für die BSE-Hysterie!“ Und jetzt fordern Sie Programme,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und EU und Land, genau!)

die zum Teil schon konstruktiv existieren. Es ist erstaunlich!

Um es mit einem Wort gleich vorwegzunehmen: Der Antrag der CDU ist zumindest in den ersten beiden Abschnitten unseriös.

(Wolfgang Riemann, CDU: Was?)

Sie glauben, meine Damen und Herren Antragsteller, den Nagel auf den Kopf zu treffen, aber Sie treffen nur den eigenen Daumen.

(Heiterkeit bei Beate Mahr, SPD)

Sagen Sie doch bitte, woher die Deckung aus der Sicht der Opposition für weitere zusätzliche Kosten – ich zitiere aus Ihrem Antrag –, „zu erwartende zusätzliche Kosten hinsichtlich der Tierkörperbeseitigung“ kommen könnte?

(Dieter Markhoff, CDU: Wie sollen wir
als Kommunen das aufbringen? Woher
sollen die Kommunen das aufbringen?)

Sie dürften es doch wohl noch nicht vergessen haben, dass auch Sie im Agrarausschuss für die Aufstockung der Mittel für die Tierkörperbeseitigung aus der Rückerstattung aus dem EAGFL gestimmt haben. Das Land hat in der Verantwortung für die Landwirte, die unverschuldet in den finanziellen Sog der BSE-Krise geraten sind, reagiert und sich solidarisch an ihre Seite gestellt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja, das sehen wir.)

Und das haben wir, zumindest im Fachausschuss, fraktionsübergreifend beschlossen.

Übrigens stehen die Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern bei der Tierkörperbeseitigung am schlechtesten von allen Landwirten der deutschen Bundesländer da. Bekannterweise müssen sie per Gesetz zu 100 Prozent für die Kosten der Tierkörperbeseitigung aufkommen. Die CDU hat dieses in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung bewusst so geregelt. In den meisten Bundesländern gibt es eine Drittellösung beziehungsweise die vollständige Kostenübernahme durch die Tierseuchenkasse. Man sieht sich in den anderen Bundesländern überhaupt nicht veranlasst, nicht mal durch BSE veranlasst, von der eigenen durch die Solidargemeinschaft bewährten Regelung Abstand zu nehmen. In unserem Bundesland gibt es diese Solidargemeinschaft nicht. Die Landkreise könnten jetzt beweisen, was ihnen die Landwirte in ihrem Verantwortungsbereich wert sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn man ihnen
nicht das Geld weggenommen hätte.)

Ihr Antrag, meine Damen und Herren der CDU, orientiert genau auf das Gegenteil und paralyisiert die Meinung aller derjenigen Verantwortungsträger in den Landkreisen, die sich mit den Landwirten solidarisch fühlen. Es ist zu erwarten, dass die jetzige Kostenexplosion bei der Tierkörperbeseitigung kein Dauerzustand ist. Aber über kurz oder lang werden die Tierkörperbeseitigungsanlagen Erlöse aus dem Tiermehl erzielen und die Entsorgungskosten wieder sinken. Tiermehl beziehungsweise Tierfette aus Kadavern sind ein wertvoller Grundstoff, der nur zeitweise zwangsläufig durch den Schornstein gejagt werden muss. Am technologischen Verlauf wird gearbeitet.

Die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ berichtet zum Beispiel in ihrer Ausgabe vom 1. März 2001 unter der Überschrift „Ölung vom Abdecker“ von den erfolgreichen Versuchen eines Braunschweiger Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungskunde. Erfolgreich werden hier aus Tierfetten Kühlschmiermittel für Werkzeugmaschinen getestet.

Beim vierten Punkt Ihres Antrages besteht die Frage, welche Zielrichtung Sie damit eigentlich ansteuern. Das Land soll bei der Bundesregierung darauf hinweisen, dass sie sich bei der Europäischen Union dafür einsetzt, dass Beschlüsse infolge der BSE-Krise EU-einheitlich umgesetzt werden. Das fordern Sie.

Verehrte Damen und Herren! Die Bundesregierung hat ein unbegrenztes Verbot für den Tiermehleinsatz für Fütterungszwecke ausgesprochen. Das unterstützen wir voll inhaltlich. Solange ein Risiko besteht, dass das krankheitserregende Prioneneiweiß im Tiermehl über die Tröge zu Schweinen und Geflügel gelangen kann, solange die Überwachungswege in Europa nicht einheitlich geregelt sind, ist dieses Verbot aufrechtzuerhalten. Wenn Sie meinen, dass dieser Beschluss für europäische Länder rechtlich vereinheitlicht werden soll, haben Sie unter Punkt 4 ausnahmsweise sogar Recht. Das reicht jedoch nicht aus, um Ihrem Antrag in Gänze stattzugeben. Die Fraktion der SPD plädiert für die Überweisung in den federführenden Agrarausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss. – Besten Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
Peter Ritter, PDS, und Johann Scheringer, PDS)

Vizepräsidentin Kerstin Kassner: Vielen Dank, Frau Schildt.

Ich schließe damit die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1934(neu) zur federführenden Beratung an den Landwirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir ein Wort zu der eben geführten Debatte. Es ging zwar um tierische Inhalte, aber wie hier Abgeordnete und Minister mit Tieren verglichen wurden, ist nun wirklich nicht mehr im Sinne des Erfinders.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Peter Ritter, PDS: Da müsste man mal ein ernsthaftes Wort miteinander drüber reden.)

Beim besten Willen: So können wir hier nicht reden. Das kann man vielleicht in der Stammtischrunde machen, aber nicht im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich habe das an alle gerichtet, Herr Rehberg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, gucken Sie sich mal einige Redeprotokolle an!)

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Um 13 Uhr setzen wir die Sitzung fort. Vielen Dank.

Unterbrechung: 11.58 Uhr

Wiederbeginn: 13.04 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte doch, die Plätze einzunehmen. Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Bewirtschaftungserlass der Finanzministerin, Drucksache 3/1865.

Antrag der Fraktion der CDU:
Bewirtschaftungserlass der Finanzministerin
– Drucksache 3/1865 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Riemann von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Natürlich, Frau Finanzministerin Keler, müssen Sie diesen Landtag und den Finanzausschuss nicht von Ihren Bewirtschaftungsmaßnahmen unterrichten. Natürlich könnten Sie mit einem Einnahmetitel und einem Ausgabetitel den gesamten Haushalt dieses Landes steuern und wären mit einem Schlag dieses lästige Parlament los.

(Angelika Gramkow, PDS: Haben Sie einen Antrag zur Unterrichtung gestellt? Das habe ich nicht gehört.)

Natürlich ist die Ausführung des Haushaltes Aufgabe der Exekutive nach geltendem Haushaltsrecht. Aber, Frau

Ministerin Keler, wenn durch Ihre Bewirtschaftung in der Jugendarbeit massiv gestrichen wird,

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr.)

wenn wichtige Investitionen nicht realisiert werden,

(Angelika Gramkow, PDS: Auch das ist nicht wahr. – Barbara Borchardt, PDS: Das ist doch Unsinn, Herr Riemann!)

dann haben Sie eine Informationspflicht gegenüber diesem Parlament.

(Barbara Borchardt, PDS:
Das ist doch Quatsch, ein Blech!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Wort „Lüge“ ist unparlamentarisch. Für die Bezeichnung, gelogen zu haben, ergreift der Präsident oder die Präsidentin disziplinarische Maßnahmen. Deshalb, meine ich, ist es an der Zeit, unserer Finanzministerin einen Ordnungsruf zu erteilen. Mehrfach haben Sie, Frau Finanzministerin, den Finanzausschuss und dieses Hohe Haus getäuscht: keine Luft bei Personalausgaben, für die Deckung von Bedarfen für Schulen, Universitäten, Kultur und Sport. Die Haushaltsabschlüsse aber für 1999 und 2000 zeigen jeweils 40 Millionen DM je Jahr Nichtausschöpfung dieser Ansätze,

(Angelika Gramkow, PDS: Sie wissen doch ganz genau, dass die Tarfansätze anders geplant worden sind.)

aber keine Luft für die Deckung von Bedarfen an Schulen, Universitäten, Kultur und Sport, Frau Gramkow.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Frau Keler, das kommt ins Protokoll.)

Keine Luft und alles sehr knapp und real veranschlagt bei Energie und Telekommunikation. Bei den Hauptgruppen 5 und 6 für die CDU-Anträge kann hier keine Deckung gefunden werden. Deshalb, so Sie, Frau Finanzministerin, sind diese Anträge unseriös. Das haben Sie hier im Finanzausschuss, hier im Plenum dem Landtag so erläutert. Sieht sich dieser Landtag die Haushaltsabschlüsse und die Deckung der außer- und überplanmäßigen Ausgaben an – und da sollte man mal hineinschauen, Frau Gramkow –,

(Angelika Gramkow, PDS:
Das habe ich getan, Herr Riemann.)

sehen wir uns diesen Haushaltserlass an, so belegen diese Tatsachen, dass Sie, Frau Ministerin, dieses Parlament getäuscht haben!

(Reinhard Dankert, SPD: Na, na, na, na! –
Heinz Müller, SPD: Quatsch!)

Als die CDU-Fraktion auf die Risiken der Substitution von Landesmitteln durch EU-Mittel hinwies, auf die Gefährdung wichtiger Investitionen, auf die Gefährdung für die Wirtschaft und Arbeitsplätze, da wurde lässig abgewinkt, da redete die CDU dieses Land schlecht.

(Angelika Gramkow, PDS: Das stimmt auch.)

In der Pressemitteilung vom 16.01.2001, mit dem Haushaltsabschluss für das Jahr 2000, wird dann plötzlich festgestellt: Huch, uns fehlen ja 100 Millionen DM Investitionseinnahmen von der EU.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

So, meine Damen und Herren, sieht keine solide Finanzpolitik, so sieht keine solide Haushaltspolitik aus, Frau Finanzministerin Keler.

Und dazu passen auch die neuesten Arbeitsmarktzahlen. Diese Landesregierung trägt Verantwortung für die schlechteste Arbeitsmarktentwicklung aller Bundesländer, nicht nur im Vergleich der neuen Bundesländer. Und Sie, Frau Keler, tragen mit einer verfehlten Haushaltspolitik einen Großteil der Verantwortung dafür.

Wer für Holtersche Strohfeuerprogramme das Geld zum Fenster hinauswirft, wer Verwaltung aufbläht und Investitionen kürzt, der trägt Mitverantwortung für 184.000 Arbeitslose in diesem Land, der trägt Mitverantwortung für die schlechteste Arbeitsmarktentwicklung aller Bundesländer, der trägt Mitverantwortung für die Abwanderung junger Menschen, wie Ministerpräsident Höppner sagt: Es gehen die Jungen, die gut Ausgebildeten.

Und, meine Damen und Herren, dazu passt auch folgende Aussage von Professor Robert Metelmann, Rektor der Universität Greifswald, am 18. Dezember 2000: „Aber wenn uns jetzt in der Zukunftsplanung dieses Landes nicht mehr einfällt, als diesen Mangel an Mitbürgern hinzunehmen und mit Streichungen und der Aufgabe von Bildungseinrichtungen und Kulturzentren zu reagieren, dann werden diese demographischen Realitäten bald nicht nur von den ausgebliebenen Geburten bestimmt, sondern zunehmend von der Abwanderung junger Menschen, die hier immerhin doch noch geboren worden sind.“

Dieser Kritik an unserem Haushalt ist nichts mehr hinzuzufügen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Ist das eine Haushaltsdebatte?)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit einer solchen Politik kommen solche Arbeitsmarktzahlen zustande.

Ich begründe unseren Antrag.

(Heinz Müller, SPD: Danke für den Hinweis. Ich hätte es nicht gemerkt.)

Und wie die Politik funktioniert, zeigt die Presse vom 1. März 2001.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das ist auch nicht zu merken.)

Da fordert die PDS auf der Regionalkonferenz in Zinnowitz Bleibepremien für junge Leute, damit sich diese hier ein Haus bauen können. 50.000 DM sollen jeweils zweckgebunden dafür zur Verfügung gestellt werden. Aber genau dieselbe PDS, Frau Gramkow, hat ein Programm „Junge Familien bauen“, einen CDU-Antrag, hier in diesem Landtag vor drei Monaten abgelehnt. Das, was Sie jetzt in Zinnowitz auf der Regionalkonferenz gefordert haben, haben Sie hier im Landtag abgelehnt.

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Geli, warst du in Zinnowitz? Das wusste ich gar nicht.)

Ringstorff und Keler verteidigen eifrig Eichels Kasse. Diesen Eindruck machen Pressemitteilungen und Veröffentlichungen der vergangenen Tage. Während SPD- und PDS-Kommunalpolitiker vor Ort in Thüringen den Vorschlag Bernhard Vogels begrüßen, während Höppner mehr Ostförderung anmahnt, weil die Schere der Wirtschaftsentwicklung,

(Angelika Gramkow, PDS: Bernhard Vogel will nur seine Autobahn und nichts anderes.)

Frau Gramkow, während Höppner mehr Ostförderung anmahnt, weil die Schere der Wirtschaftsentwicklung weiter auseinander geht, verweisen Keler und Ringstorff auf den Solidarpakt II, also auf das Jahr 2005. Warum nicht gleich auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, meine Damen und Herren?!

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Das ist Parteiräson vor Landesinteresse. Und so, meine Damen und Herren, vertritt man keine Landesinteressen. Wollen Sie wirklich, Frau Keler, wollen Sie wirklich, Herr Ringstorff, bis 2005 steigende Arbeitslosenzahlen, weniger Erwerbstätige in Kauf nehmen? Wollen Sie dieses wirklich?! Ich sage Ihnen: Kehren Sie um! Legen Sie diesem Landtag einen Nachtragshaushalt vor, anstatt Dispositionsreserven anzulegen! Legen Sie einen Nachtragshaushalt vor, der an der richtigen Stelle statt mit dem Rasenmäher spart, der Investitionen statt Strohfeuerprogramme initiiert,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Und was dann die richtige Stelle ist, das sagen Sie, Herr Riemann, ne, mit Ihrem Fachwissen? Beeindruckend!)

der zu mehr Beschäftigung und Arbeit in unserem Land führt! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Riemann, kehren Sie um! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Riemann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Finanzministerin Frau Keler. Bitte schön.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Riemann, wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, dann haben Sie wieder eine Rede gehalten für mehr Ausgaben, also auch eine höhere Nettokreditaufnahme.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das habe ich nicht gesagt. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Nein, Sie sagen immer nur den einen Teil,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

aber den zweiten Teil, der dann daraus schlussfolgern müsste, den verschweigen Sie ja. Und das ist Ihr unsolider Punkt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich hab' mich gegen Ihre Rasenmähermethoden ausgesprochen beim Sparen.)

Also von Rasenmähen ist doch hier gar keine Rede.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Nee?)

Nein, Herr Riemann.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, laut „Nordkurier“ vom 26. Februar 2001 erklärte Herr Rehberg, der leider jetzt nicht anwesend ist, ich könne mit meiner Politik – und jetzt wörtlich – „nicht mal als Kassenwart eines Sportvereins' ... bestehen“.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:

Und da hat er nicht ganz Unrecht. –

Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist niveaulos.)

Und nun möchte ich sagen, Herr Rehberg: Wer wie Sie gerade mühsam sein Scheitern als Präsident eines Sportvereins zu bemänteln versucht, sollte sich mit solchen Beschimpfungen

(Wolfgang Riemann, CDU: Wieso? Ist der Sportverein oder der Präsident gescheitert? Keiner von beiden.)

und Verleumdungen einer erfolgreichen Finanzpolitik und ihrer Repräsentanten zurückhalten!

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Reinhard Dankert, SPD: Hansa
hat ja wenigstens gewonnen.)

Es hilft niemandem, auch Ihnen nicht, wenn Sie sich aufs Krakeelen verlegen.

(Heinz Müller, SPD: Was anderes kann er nicht.)

Krakeelen ersetzt keine Politik.

Theatralisch hat Herr Rehberg erklärt, dass seine Entscheidung für Hansa eine Entscheidung zwischen Herz und Hirn sei.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Bisher, will mir scheinen, sind Herz und Hirn immer noch bei Hansa. Bei der Politik sind sie jedenfalls nicht, da ist nur Großmäuligkeit.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Richtig. –
Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist schon wieder die Unwahrheit.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, Sie sollen laut CDU-Antrag Ihr Unverständnis über den Bewirtschaftungserlass der Landesregierung erklären.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wer wie die CDU sein Unverständnis über eine vorsorgende Haushaltsbewirtschaftung zum Beschluss erheben will, zeigt schlaglichtartig, auf welch niedriges Niveau sich Ihre finanzpolitischen Initiativen inzwischen eingepegelt haben, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Dr. Gerhard Bartels, PDS, und
Angelika Gramkow, PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Hat Herr
Metelmann ein niedriges Niveau?
Wollten Sie das damit sagen?)

Herr Metelmann hat keinen Antrag gestellt, sondern Sie haben einen gestellt, Herr Riemann. Also nun bringen Sie doch mal die Dinge nicht durcheinander!

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber Herr Metelmann hat die verfehlte Haushaltspolitik kritisiert.)

Die Landesregierung zu loben, weil sie sich frühzeitig auf die Eventualitäten der vor uns liegenden Monate einstellt, wäre von der CDU ja wohl zu viel verlangt. Aber

gleich Unverständnis als Beurteilungsmaßstab? Allerdings benennt der Antrag damit genau das, was bei der CDU zurzeit vorherrscht. Sie versteht einfach nicht. Frage: Kann sie nicht oder will sie nicht? Diese Frage gilt vor allen anderen Ihnen, Herr Riemann. Ich kann und will es Ihnen nicht ersparen, Sie bei dieser Gelegenheit an Ihre unflätigen Unterstellungen während der Ersten Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2001 zu erinnern,

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD –
Reinhard Dankert, SPD: Das war
ein ziemlicher Skandal.)

mit denen Sie mir ganz unverblümt Betrug vorgeworfen haben. Ich zitiere, Frau Präsidentin, wenn Sie gestatten: „Der Wert, der tatsächlich unterveranschlagt ist, meine Damen und Herren, dürfte also, ganz realistisch geschätzt, zwischen 100 und 300 Millionen DM liegen. Frau Keler, warum betrügen Sie die Gemeinden? Warum betrügen Sie Ihre eigenen Ressortkollegen?“

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das stimmt heute noch.)

„Ist wirklich kein Geld da oder haben Sie es nur vor den Notwendigkeiten versteckt?“

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

„Das, Frau Finanzministerin, erklären Sie heute und hier dem Parlament, das erklären Sie den Abgeordneten!“

(Wolfgang Riemann, CDU: Und den Gemeinden.)

Und so weiter und so weiter.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Ich wusste bis dahin gar nicht, dass ich über so viel kriminelle Energie verfüge.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und dann haben Sie diesen schlimmen Vorwurf in der abschließenden Haushaltsdebatte im Dezember auch noch wiederholt, obwohl wir Ihnen in den Ausschussberatungen unsere Planung genau erläutert hatten. Ich zitiere wieder:

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

„... nach wie vor wird aus der Novembersteuerschätzung, aus den Ergebnissen dieses und des letzten Jahres deutlich, dass die Finanzministerin nicht nur bei den Steuereinnahmen, bei den Verstärkungsmitteln und bei den Grundstücksverkäufen erhebliche Reserven bunkert und damit der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik, der Bildungspolitik und dem gerechten kommunalen Finanzausgleich entzieht.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau so ist es.)

Wenn ich es nicht längst aufgegeben hätte, Ihnen das Rechnen beizubringen, dann würde ich Ihnen jetzt mit Zahlen belegen, dass Ihre Behauptungen nichts weiter sind als Verleumdungsversuche. Die Zahlen des Haushaltsergebnisses 2000 beweisen eindeutig, dass wir die Steuern nach den vorliegenden Erkenntnissen nicht zu niedrig veranschlagt haben.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –

Wolfgang Riemann, CDU: Das werden wir
erst am Jahresende des nächsten Jahres sehen.)

Tatsächlich sind in 2000 rund 40 Millionen DM weniger eingegangen als erwartet. Und dies hat leider auch Aus-

wirkungen auf 2001. Ihre damaligen Recherchen, Herr Riemann, bei verschiedenen Ländern sind ein Flop. Rufen Sie doch jetzt mal in Brandenburg an, dann werden die Ihnen was anderes erzählen!

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, so ist es.)

Von verstecken, bunkern oder gar von Betrug kann keine Rede sein,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Nee? 40 Millionen sind Peanuts.)

aber das passt ja nun nicht mehr in Ihr schräges Weltbild. Wahrscheinlich neigen Sie nun eher zu der Vermutung, dass ich in einem Anfall von abgrundtiefer Perfidie die Steuern von 2001 bewusst überveranschlagt habe, damit ich jetzt bessere Argumente für die Bewirtschaftungsmodalitäten ins Feld führen kann. Die kriminelle Energie, von der ich eben sprach, gibt es, fürchte ich, Herr Riemann, nur in Ihrem verqueren Denkapparat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Oder sollten Sie tatsächlich zu der Entschuldigung fähig sein, die schon seit September überfällig ist?

(Heinz Müller, SPD: Das glaube ich nicht.)

Ich will zugunsten der CDU-Fraktion annehmen, dass nicht alle in Riemann'schen Kategorien denken. Deshalb werde ich mir die Mühe machen, noch einmal darzulegen, was mich veranlasst hat, Bewirtschaftungsregeln zu erlassen, die weiter gehen als in den Vorjahren.

Wie üblich zu Jahresbeginn habe ich der Landesverwaltung vorgegeben, wie die vom Landtag bewilligten Haushaltsmittel zu bewirtschaften sind. Anders als in den Vorjahren habe ich die im Haushaltsplan ausgewiesenen Haushaltsmittel allerdings nicht vollständig zur Bewirtschaftung freigegeben. Vorsorglich habe ich diesmal nach Rücksprache mit meinen Kabinettskollegen eine Einschränkung vorgenommen. Über zwei Prozent der Sach- und Fachausgaben darf bis nach der Maiteuerschätzung nicht verfügt werden. Zwei Prozent sind zunächst gesperrt. Das kann so dramatisch nicht sein, denn 98 Prozent der Sach- und Fachausgaben stehen bereits jetzt zur Verfügung.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Ich räume ein, dies sind Durchschnittszahlen. Im Einzelfall können die Verfügungsbeschränkungen höher ausfallen.

In anderen Bundesländern sieht es da eher schlechter aus: Berlin hat bereits eine Haushaltssperre erlassen

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und in Sachsen gibt es ganz ähnliche Bewirtschaftungsbeschränkungen wie bei uns. Finanzsenator Kurth, CDU, und den Finanzministern Milbradt und de Maiziére, CDU, wollen Sie doch wohl nicht die finanzpolitische Kompetenz absprechen. Sachsens neuer Finanzminister Dr. de Maiziére hat gerade erst in der SVZ ein hochinteressantes Interview zum Länderfinanzausgleich gegeben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der hat
230 Millionen für BSE lockergemacht.)

Darin vertritt er zur Einbeziehung der Finanzkraft der Kommunen und auch zu den Äußerungen seines CDU-

Kollegen Vogel aus Thüringen dieselben Positionen wie unser Ministerpräsident Ringstorff. Wollen Sie etwa auch ihm Landesverrat vorwerfen wie unserem Ministerpräsidenten?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ihre Attacken, meine Damen und Herren von der CDU, führen doch nur noch dazu, dass die Leute, die finanzpolitisch einigermaßen interessiert und informiert sind, den Kopf schütteln. Und mit Ihrem ceterum censeo „Keller spart das Land kaputt“ locken Sie auch keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Schauen Sie sich doch nur den Haushalt 1998 einmal an! Das war der letzte Haushalt und vor allem die letzte Mittelfristige Finanzplanung, die wir mit der CDU gemeinsam beschlossen haben. Die Mittelfristige Finanzplanung reichte bis zum Jahr 2001

(Wolfgang Riemann, CDU: Da hatten die
Kommunen 300 Millionen Mark mehr.)

und es macht mir richtig Spaß, die Eckwerte zu vergleichen. Wir hatten damals für das Jahr 2001 eine Steuerdeckungsquote von 54,3 Prozent angesetzt, im Haushaltsplan 2001 stehen jetzt nur 51,7 Prozent zu Buche. Das sind 750 Millionen DM weniger. Die Investitionsquote wurde damals mit 20,5 Prozent angesetzt,

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

heute haben wir 22,1 Prozent.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Und die 300 Millionen für die Kommunen sollten Sie dann auch dazu nennen der Vollständigkeit halber!)

Die Personalausgabenquote stand damals bei 29,8 Prozent, Herr Riemann, und steht heute nur bei 27,4 Prozent, wobei das immer noch sehr hoch ist.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Da geb' ich Ihnen Recht.)

Und das haben Sie damals alles mitbeschlossen

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie auch.)

und Herr Rehberg an vorderster Linie.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber Sie
haben doch auch mitbeschlossen.)

Wenn Sie das in absoluten Zahlen einmal aufsummieren, werden Sie nicht umhinkönnen festzustellen, dass wir gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung von damals den aktuellen Landeshaushalt um 600 Millionen DM saniert haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: 300 Millionen davon auf Kosten der Kommunen dieses Landes!)

Jaja.

(Wolfgang Riemann, CDU: 300 Millionen!)

Herr Riemann, das passt doch nicht zusammen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Riemann,
das passt einfach nicht zusammen. –
Wolfgang Riemann, CDU:
Das passt schon zusammen.)

Wir haben 750 Millionen DM weniger Steuereinnahmen. Und da brauchen Sie bloß 25 Prozent zu rechnen, dann ist das genau der Ansatz, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Die Quote! Rechnen Sie doch mal, was da herauskommt!

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ich kann das schon. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Da müsste man aber rechnen können.)

Ja, das ist es ja wieder, das kann er ja nicht.

Bisher hat es in Mecklenburg-Vorpommern zwei Haushaltssperren gegeben als Reaktionen

(Zuruf von Dr. Henning Klostermann, SPD)

jeweils auf empfindliche Rückgänge der Steuereinnahmen gegenüber der Haushaltsplanung. Die erste hat Ihre Finanzministerin Bärbel Kleedehn

(Wolfgang Riemann, CDU: Und dafür haben Sie sie heftig kritisiert.)

Ende Oktober 1995 erlassen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Dafür haben Sie sie heftig kritisiert.)

und zwar ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Daran kann ich mich gut erinnern. Sie auch?)

Herr Riemann, nun hören Sie doch mal zu! Wenn ich will, kann ich lauter als Sie!

(Minister Till Backhaus: Ist das ein Schreihals!)

... ohne jede Abstimmung mit dem Koalitionspartner. Das hat dann damals auch den entsprechenden Ärger im politischen Raum gegeben und im Land.

(Reinhard Dankert, SPD: Zu Recht.)

Die zweite habe ich selbst Anfang Oktober 1997 erlassen, und zwar nachdem ich dieses Vorgehen sorgsam mit Ihnen von der CDU abgestimmt hatte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit mir nicht.)

Und die Sperre konnte bereits kurz darauf wieder aufgehoben werden,

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat sie mit euch was abgestimmt? Nee, ne?)

weil das erforderliche Einsparvolumen von 100 Millionen DM erbracht worden war.

1998, 1999 und 2000 sind wir ohne solche einschränkenden Maßnahmen ausgekommen. Der '99er Haushalt war der Idealfall – zusätzliche Steuereinnahmen, geringere laufende Ausgaben und höhere Investitionsausgaben bei gleichzeitiger Einhaltung der Nettokreditaufnahme mit 923 Millionen DM, das erste Mal unter 1 Milliarde DM. Das ist so etwas wie der Wunschtraum einer Finanzministerin. Im Jahre 2000 sahen die Realitäten bereits anders aus. Die Steuereinnahmen fielen gegenüber dem Plan um 40 Millionen DM geringer aus.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Es gab die bekannten Probleme mit den EU-Geldern, die laufenden Ausgaben blieben um 54 Millionen DM, die

Investitionsausgaben um knapp 80 Millionen DM hinter dem Plan zurück. Leider musste die geplante Nettokreditaufnahme um 65 Millionen DM überschritten werden. Sie fiel aber immer noch um 208 Millionen DM geringer aus als 1999.

Dieser eher problematische Haushaltsverlauf hat sich tatsächlich erst Anfang Januar 2001 herausgestellt. Dieser Verlauf hat auch Konsequenzen für dieses Jahr. Unser Bewirtschaftungserlass war die einzig richtige Maßnahme.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Bewirtschaftungsvorgaben, meine Damen und Herren, sind keinesfalls Eingriffe in das Etatrecht des Parlaments, denn das Etatrecht des Parlaments besteht darin, den Haushaltsplan zu beschließen. Damit legt der Landtag sowohl inhaltlich wie quantitativ den Rahmen fest, innerhalb dessen die Regierung handelt. Die Ausgabenansätze sind aber beileibe keine Ausgabenverpflichtung. Sie stellen lediglich eine Ermächtigung dar. Schon daraus folgt, dass die Ausgaben auch danach ausgerichtet werden müssen, ob sie voraussichtlich durch entsprechende Einnahmen finanziert werden können. Meine Aufgabe ist es nur, einen beschlussfähigen, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen. Meine Aufgabe ist es auch, dafür zu sorgen, dass der von Ihnen beschlossene Haushalt verantwortlich umgesetzt wird. Das steht so in der Landeshaushaltsordnung. Dazu gehört es, die möglichen Einnahmen hereinzuholen. Und es gehört auch dazu sicherzustellen, dass die von Ihnen beschlossenen Ausgabenermächtigungen nicht überschritten werden. Ein Bewirtschaftungserlass, in dem die Vorgaben für die Landesverwaltung zusammengefasst werden, ist also ein selbstverständliches Instrument zur Steuerung des Landeshaushaltes in seiner Durchführungsphase.

Ich fasse noch einmal zusammen zum Schluss:

Erstens. Die Gestaltung des Haushaltsplans und die Beschlussfassung über den Haushaltsplan ist Sache des Gesetzgebers, ist Sache des Landtages.

Zweitens. Die Durchführung des Haushaltsplanes aber ist Sache der Exekutive, ist Sache der Landesregierung, Sache der Finanzministerin.

Drittens. Innerhalb der Landesregierung hat die Finanzministerin eine besondere Verantwortung für die Einhaltung des vom Landtag durch Gesetz beschlossenen Haushaltsplans sowohl in Bezug auf die einzelnen Titel, aber auch mit Blick auf den Gesamtrahmen. Und dieser Verantwortung stelle ich mich.

Ob Eingriffe tatsächlich vorgenommen werden müssen, wird sich voraussichtlich erst mit der Maistereschätzung zeigen. Falls unsere Befürchtungen sich dann bestätigen sollten, ist es auf jeden Fall besser, bereits Vorsorge dafür getroffen zu haben, falls nicht, umso besser. Dann können die zurückgehaltenen Mittel freigegeben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der Fraktion der PDS Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin hat versucht, doch noch ein bisschen Nachhilfe zu geben. Wir halten das, was hier dargestellt worden ist, für weitsichtig, für umsichtig und für außerordentlich fair den einzelnen Ressorts gegenüber in der Umsetzung des Haushaltes.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Diese Bewirtschaftungsmaßnahme ist eine weiche Maßnahme dahin gehend, dass selbst zugelassen wird, wenn die notwendigen Einsparungen im Fünfer- und Sechserbereich tatsächlich nicht gebracht werden können, auch entsprechende Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Beispiel im Siebenerbereich zu berücksichtigen. Und es gab mal jemanden, der hier ganz groß gefordert hat, sich vor allen Dingen die kleinen Baumaßnahmen anzugucken, Herr Riemann. Insofern kann ich das Geschrei nicht verstehen. Ich kann aber umso weniger verstehen, warum Sie in den letzten sechs Wochen die stattgefundenen Finanzausschusssitzungen nicht dazu benutzt haben, sich informieren zu lassen, wenn Sie Informationsdefizite haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben doch eine kleine Anfrage gestartet. – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Das Stichwort Kleine Anfrage, Herr Riemann, war ja der Spielball. Die Kleine Anfrage ist doch beantwortet und eigentlich hätte diese Debatte dann nicht mehr stattfinden müssen. Ich hätte erwartet, dass Sie Ihren Antrag zurückziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Aber so viel Weitsicht, Umsicht und Fairness kann man von Ihnen natürlich nicht erwarten.

(Heinz Müller, SPD: Schaumschläger bleibt Schaumschläger.)

Ich würde ganz gerne auf zwei, drei Ihrer Argumente Ihrer Einbringungsrede eingehen wollen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Auf Zinnowitz? Lieber nicht, ne?!)

Darüber können wir gerne reden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Ich finde es ganz toll, dass die PDS sich solchen Fragen stellt und diese Debatten führt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Versprechungen machen, die Sie selber hier ablehnen. – Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Dass wir Ihren Antrag „Programm junge Familien bauen“ abgelehnt haben, hat nur damit zu tun,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wären Sie mal zu unserer Konferenz gekommen, Herr Riemann. Dann hätten Sie mit uns diskutieren können.)

dass junge Familien gefördert bauen können in diesem Land,

(Wolfgang Riemann, CDU: Lieber nicht!)

nämlich auf Grundlage der vorhandenen Förderprogramme.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ne Platte können sie kaufen.)

Ich sage noch mal, Herr Riemann, Sie sollen mir bitte Namen und Adresse derjenigen nennen, die in diesem Land daran gehindert werden, dass sie bauen können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Bisher haben Sie mir weder einen Namen noch eine Adresse zukommen lassen.

Nein, ich möchte mich einer anderen Aussage widmen, weil ich das gelinde gesagt für Heuchelei halte. Wir haben in der Haushaltspolitik ein Erbe angetreten, wo ich nach zwei Jahren Regierungsbeteiligung der PDS sage, das kann eigentlich kein Argument mehr sein. Aber Sie haben sich hier hingestellt und die Arbeitsmarktentwicklung kritisiert. Ja, ich bin auch nicht froh über diese Entwicklung.

(Harry Glawe, CDU: Nee? Es sind bloß 184.000 in Mecklenburg-Vorpommern. Vielen Dank, PDS! Vielen Dank, PDS!)

Sie macht mir Angst, diese Entwicklung, weil wir trotz hoher Investitionen von 3 Millionen DM im Bereich des Landes, zusätzlicher Investitionen,

(Harry Glawe, CDU: „Arbeit her!“ haben Sie vor zwei Jahren gerufen, „Arbeit her!“)

die durch die Wirtschaft realisiert werden,

(Harry Glawe, CDU: 184.000 haben keine Arbeit. Arbeit her! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Nun überschlagen Sie sich mal nicht, Herr Glawe! – Glocke der Vizepräsidentin)

und zusätzlicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen einen Zuwachs der Arbeitslosigkeit haben.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Angelika Gramkow, PDS: Genau so, wie beim Transrapid, meine Herren von der CDU, wo ja die PDS offensichtlich schuld daran ist, dass er nicht gebaut wird, und nicht die marktwirtschaftlichen Aussagen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Arbeit her! Arbeit her! – Harry Glawe, CDU: Genau.)

ist auch diese Landesregierung schuld, dass die Marktbereinigung im Bauwesen vor allen Dingen die Zugangszahlen auf dem Arbeitsmarkt dirigiert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: „Arbeit her!“ haben Sie geschrien. – Harry Glawe, CDU: Da haben Sie auch Schuld dran.)

Und das ist dieser Regierung unterstellt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Born, Sie nicken. Haben Sie das auch den Bauarbeiterinnen und Bauarbeitern in Grevesmühlen in der letzten Woche gesagt? Da habe ich aber doch was anderes gehört.

(Dr. Ulrich Born, CDU: „Arbeit her!“, „Arbeit her!“ haben Sie gerufen, Frau Gramkow!)

Sie kritisieren, dass die Landesregierung mit 22 Prozent Investitionen dieses Land investitionsmäßig ruiniert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na
Hauptsache Herr Ebnet hat seine B 11.)

Gut, ich sehe ein, von der hohen Verschuldung dieses Landes, nämlich von 15 Milliarden DM, die Sie acht Jahre lang in diesem Land aufgefahren haben, haben Sie sehr viele Investitionen getätigt. Und wenn man durch unser Land fährt, dann sieht man das an Straßen, man sieht es an Wohnungen, an Häusern, man sieht es in der Denkmalpflege. Aber diese Milliarden D-Mark an Investitionen haben eins bewirkt, und zwar dass die Zahlen der Arbeitslosigkeit nicht noch höher sind. Sie sind aber auch nicht gesunken in diesem Bereich.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Und da kann man lachen und man kann auch die Situation dahin gehend erläutern,

(Harry Glawe, CDU: Jaja. Sie enttäuschen die
Menschen im Land Mecklenburg-Vorpommern
jeden Tag mehr. – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Herr Glawe, halten Sie doch mal die Klappe!)

indem man allen Ernstes der Bevölkerung suggeriert, dass im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft eine Regierung nur ein Programm auflegen muss, um 184.000 Menschen in diesem Land wieder Arbeit zu geben.

(Harry Glawe, CDU: „Arbeit her!“,
„Arbeit her!“, Frau Gramkow!)

Das ist Heuchelei. Ich würde gerne etwas anderes sagen.

(Peter Ritter, PDS: Was ist denn an der Forderung
„Arbeit her!“ falsch? – Wolfgang Riemann, CDU:
Der Maßstab ist die Entwicklung der anderen
Bundesländer. Der Maßstab ist der Vergleich.)

Ein Glück, Herr Glawe, dass diese Landesregierung nicht glaubt,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

dass der Arbeitsminister alleine das Problem Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in diesem Land realisieren muss.

(Harry Glawe, CDU: ÖBS ist das Zauberwort.)

Denn dann wären wir wirklich am Ende, wenn wir glauben würden, dass ein Ressort und ein Minister sich dieser Frage stellen kann und muss. Die Landesregierung beweist, dass sie anderes tut.

Lassen Sie mich noch einen Versuch unternehmen, obwohl ich ihn auch schon langsam als nicht erfolgreich ansehe, Herr Riemann. Sie wissen ganz genau, dass durch das Engagement dieser Landesregierung das operationelle Programm zur Hereinholung der EU-Mittel das erste gewesen ist, was überhaupt in der Europäischen Union umgesetzt werden kann.

(Dr. Christian Beckmann, CDU:
Und trotzdem 184.000 Arbeitslose.)

Und wenn die Landesregierung dann am Ende erklärt, aber 100 Millionen DM konnten wir nicht zusätzlich einfahren, weil erst im September beschlossen worden ist, dass diese Landesregierung als einzige vorfinanziert hat und große Risiken eingegangen ist,

(Harry Glawe, CDU: Oh je!)

dann stellen Sie sich hin und kritisieren diesen Haushaltsabschluss.

(Harry Glawe, CDU: Sie müssen das Geld
innerhalb von sechs Jahren verteilen. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Riemann, Sie wissen nicht, wovon Sie reden. Sie sind auch gar nicht daran interessiert, haushaltsmäßig diese Fragen umzusetzen. Sie sind einzig und allein daran interessiert, davon abzulenken, dass wir mit den Problemen haushaltspolitisch heute zu tun haben, die Sie in diesem Land unverantwortlich aufgehäuft haben, und das sind die Schulden in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Harry Glawe, CDU: Wir haben nicht 184.000
Arbeitslose produziert, das waren Sie! –
Wolfgang Riemann, CDU: Und
16 Jahre Helmut Kohl.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

(Andreas Bluhm, PDS: Sehr ungewöhnliche
Reihenfolge. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Sehr ungewöhnlich. – Wolfgang Riemann, CDU:
War das eine Kritik an der Präsidentin?
Ordnungsruf! – Andreas Bluhm, PDS:
Da gibt es eine Geschäftsordnung.)

Rudolf Borchert, SPD: Keine Kritik an die Präsidentin! Ich bedanke mich, dass ich jetzt bereits sprechen darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Präsidentin! Als Erstes möchte ich die Frage an die CDU richten, vielleicht wird sie nachher Herr Nolte beantworten: Was bezwecken Sie eigentlich mit Ihrem Antrag?

(Heinz Müller, SPD: Krawall!)

Ich persönlich erachte ihn einfach für überflüssig, denn die zehn Fragen in Ihrem Punkt 2 des Antrages wurden ja dem Herrn Riemann bereits im Wesentlichen als Antwort auf seine Kleine Anfrage vom 2. Februar 2001 beantwortet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Nee, eben nicht, eben nicht!)

Von daher ist Ihr Antrag absolut überflüssig. Nichtsdestotrotz kann ich Ihnen aber versichern – und Sie sind sicher nicht überrascht –, dass wir Ihren Antrag ablehnen werden. Dafür sieht die SPD-Fraktion im Wesentlichen drei Gründe. Das möchte ich Ihnen heute so auch mitteilen:

Erstens. Das Parlament beziehungsweise seine Ausschüsse über den Inhalt eines Bewirtschaftungserlasses zu unterrichten ist nicht erforderlich. Bewirtschaftungserlasse gibt es alljährlich, Herr Riemann, das ist Verwaltungshandeln der Exekutive. Sie selbst haben es ja bestätigt.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, bitte nennen Sie dem Parlament die gesetzliche Grundlage, nach der Sie meinen, dass die Landesregierung beziehungsweise die Finanzministerin verpflichtet ist, den Landtag und seine Ausschüsse über einen Bewirtschaftungserlass zu unterrichten. Selbst wenn die Finanzministerin eine haushaltswirtschaftliche Sperre nach Paragraph 41 LHO ausgesprochen hätte, wäre sie nach den Buchstaben des

Gesetzes nicht zur Unterrichtung des Parlaments verpflichtet. Es bliebe eine Entscheidung der Exekutive.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat Frau Keler von der ehemaligen Finanzministerin Frau Kleedehn gerade gefordert.)

Meine Damen und Herren CDU-Abgeordnete, Ihnen ist sicherlich nicht entgangen, dass Ihr Berliner Parteifreund und Finanzsenator Peter Kurth in Abstimmung mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen eine Haushaltssperre für das Jahr 2001 verhängt hat – siehe dpa-Meldung vom 1. Februar diesen Jahres.

(Peter Ritter, PDS: Spenden eintreiben.)

Nun kann man natürlich fragen: Haushaltssperre richtig in Berlin, weil dort von der CDU entschieden, Bewirtschaftungserlass in Mecklenburg-Vorpommern falsch, weil möglicherweise in dem Falle von der SPD entschieden?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Oder wie sehen Sie das durch Ihre Oppositionsbrille? Mit dem Wortlaut des Antrages vermitteln Sie den Eindruck, die Landesregierung hätte unredlich gehandelt, denn Sie fordern „eine sofortige Aufklärung“ in der Sache.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Herr Riemann, es ist Grund genug, Ihren Antrag abzulehnen, weil die Exekutive nicht ohne Aufforderung des Parlaments über ihr Verwaltungshandeln unterrichten muss und demzufolge keine Missachtung des Parlaments, auch nicht nur ansatzweise, erkennbar ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Deshalb fordern wir Sie ja auf, dass Sie unterrichten sollen.)

Zweitens. Herr Riemann, warum haben Sie nicht von Ihrem parlamentarischen Recht Gebrauch gemacht, zum Beispiel die Finanzausschusssitzung so locker mal am 18. Januar zu nutzen, um von der Finanzministerin kurz und direkt zum Bewirtschaftungserlass informiert zu werden?

(Reinhard Dankert, SPD: Da gibt es ja nicht so ein großes Publikum. – Heinz Müller, SPD: Da wäre nicht so großer Krawall gewesen.)

Wahrscheinlich geht es Herrn Riemann hier doch in erster Linie um Krawall.

Herr Riemann, Sie haben bereits in einer Pressemitteilung am 16. Januar nachlesen können, dass es diesen Bewirtschaftungserlass gibt, und Sie hätten möglicherweise zwischen dem 16. und 18. Januar die Möglichkeit gehabt, sich auf die Finanzausschusssitzung so weit vorzubereiten und dort dann auch die Frage zu stellen. Aber Sie gehen ja ganz offensichtlich andere Wege.

Ich bin im Übrigen sicher, Herr Riemann, die Finanzministerin hätte zu einem bestimmten Termin den Finanzausschuss unterrichtet. So jedenfalls war bisher immer die gängige Praxis und der Umgang im Finanzausschuss – wiederum Grund genug, Ihren Antrag hier abzulehnen.

Drittens. Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat aufgrund der aktuellen Entwicklung finanzwirtschaftliche Vorsorge getroffen. Die Finanzministerin hat ausgeführt, welche Gründe vorlagen, Bewirtschaftungsmaßnahmen zu ergreifen, um für Haushaltsrisiken Vorsorge treffen zu können, unter anderem vor allen Dingen für

zwei konkrete Fälle. Es geht einmal um die BMW-Ansiedlung in Mecklenburg-Vorpommern und natürlich den Zusammenhang mit der BSE-Krise. Wir haben gerade die Ausführungen des Landwirtschaftsministers zu den möglichen Kosten gehört, die praktisch durch die BSE-Krise ausgelöst auf den Landeshaushalt zukommen könnten. Dass im Falle der Ansiedlung von BMW in Mecklenburg-Vorpommern Mehrausgaben auf uns zukommen, darüber wurde der Finanzausschuss bereits in seinen Sitzungen am 14. September und am 12. Oktober letzten Jahres seitens der Landesregierung informiert.

Allein diese beiden genannten Beispiele sind also nicht neu, sondern sind uns seit Wochen, seit Monaten bekannt. Dass die Landesregierung finanzwirtschaftliche Vorsorge trifft, ist die logische Schlussfolgerung. Aber das scheint Ihnen auch nicht recht zu sein, obwohl Sie von der CDU-Fraktion dann die Ersten sind, die Vorwürfe laut erheben werden, wenn eine Industrieansiedlung fehlschlägt. Wie hätten Sie es denn nun gerne? Ihre Empörung über das Regierungshandeln, die Sie mit Ihrem Antrag zum Ausdruck bringen, kann also die SPD-Fraktion überhaupt nicht teilen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das war klar!)

Demzufolge ein dritter guter Grund, Ihren Antrag abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden das Ergebnis der Maisteuerschätzung abwarten müssen. Wie diese ausfallen wird, ob sie uns Steuermehreinnahmen einbringen wird oder nicht, dahin gehend zu spekulieren, dafür ist es heute zu früh. Davon hängt es aber schließlich ab, ob wir 140 Millionen DM aus Einsparungen in den Ressorts erbringen müssen oder nicht. Wir haben jetzt und auch in Zukunft jederzeit die Möglichkeit, uns zu informieren, ob im Finanzausschuss oder auch in anderen Gremien, das Vorgehen der Landesregierung beziehungsweise der Finanzministerin uns dann auch vorlegen zu lassen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Nolte von der Fraktion der CDU.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will heute besonders den sozialpolitischen Aspekt des Bewirtschaftungserlasses der Finanzministerin beleuchten. Ich denke, dass in diesem Zusammenhang eine einfache Gegenüberstellung von Zahlen mehr aussagt als Polemik.

Bei der Erarbeitung des Haushaltsentwurfes 2001 war für den Bereich des Sozialministeriums eine Etat Kürzung von 11,2 Millionen DM beabsichtigt. Das heißt, die Gesamtausgaben sollten von 1.139,2 Millionen DM auf 1.127,9 Millionen DM zurückgehen. Allerdings war bereits im Jahr 2000 der Landesregierung klar, dass der Haushaltsansatz nicht ausreichte, um die Verpflichtungen des Landes finanziell abzusichern. Die Finanzministerin wusste dies in jedem Einzelfall mit dem Datum ihrer Einwilligung in über- und außerplanmäßige Ausgaben.

Mit der Unterrichtung der Finanzministerin laut Drucksache 3/1902 wurden die über- und außerplanmäßigen Ausgaben im zweiten Halbjahr 2000 dargelegt. Hier wurde deutlich, dass im Bereich des Sozialministeriums insgesamt 17 Millionen DM zusätzliche über- und außerplanmäßige Ausgaben erforderlich wurden. Diese gliedern sich auf in zusätzliche Ausgaben zur Unterbringung nach dem PsychKG in Höhe von 5,8 Millionen DM und noch mal 350.000 DM zur Unterbringung in Stralsund, so dass insgesamt 6,1 Millionen DM für diesen Bereich zusätzlich erforderlich wurden. Im Kapitel 1005 wurden rund 6 Millionen DM zusätzlich notwendig, da das Land als Träger der überörtlichen Sozialhilfe seine gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen musste. Und zusätzlich entstand im Kapitel 1027 bei den Kita-Kosten eine zusätzliche Belastung von 4.790.000 DM. Mit der Vorlage hat also die Finanzministerin selbst bestätigt, dass der Etat des Jahres 2000 nicht einmal auskömmlich war, die Verpflichtungen des Landes finanziell abzusichern.

Bei dieser trockenen Analyse der Zahlen darf ich allerdings gleichzeitig darauf hinweisen, dass die vorgenommene Deckung für die zusätzlichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus meiner Sicht schon leicht skandalösen Charakter angenommen hat.

(Heinz Müller, SPD: Nein.)

Die Deckung für die zusätzlichen Ausgaben im Bereich der überörtlichen Träger der Sozialhilfe wurde aus Investitionszuschüssen nach dem Landespflegegesetz gespeist. Hier wurden also ursprünglich investiv vorgesehene Mittel entgegen diesem Verwendungszweck konsumtiv eingesetzt. Es wird hieran auch gleich eine innere Logik erkennbar, denn mit der Änderung des Landespflegegesetzes, das die Pflegebedürftigen an den Investitionen beteiligt, ist nicht das eingetreten, was die Landesregierung ursprünglich erwartete.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Ärmsten!)

Denn eine Belastung der Pflegebedürftigen mit Investitionsfolgekosten hat unverzüglich und zwangsläufig eine Mehrinanspruchnahme von Kosten der Sozialhilfe zur Folge, wie das aus der eben geschilderten Realität ersichtlich ist.

Besonders skandalös ist, dass der Mehrbedarf von 4.790.000 DM für Kita-Kosten mit 300.000 DM aus den vorgesehenen Zuschüssen für die Jugendarbeit freier Träger gespeist wurde.

(Wolfgang Riemann, CDU:
So sieht die Realität aus.)

Die Schmälerung dieses Ansatzes erscheint mir besonders deshalb problematisch, weil hier Maßnahmen des Landesjugendplanes betroffen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit war also bereits im Jahr 2000 deutlich, dass höhere finanzielle Mittel im Bereich des Sozialministeriums benötigt werden als veranschlagt. Bei der Beratung des Haushaltsentwurfes 2001 wurden mit der Ergänzungsliste insgesamt zusätzliche Ausgabenbedarfe von 11.108,7 TDM eingebracht und auch veranschlagt. Bei dieser Ergänzungsliste wurde allerdings nicht der tatsächlichen Entwicklung aus dem Jahre 2000 Rechnung getragen, sondern lediglich die vorgesehene Reduzierung der Ausgaben im Jahre 2001 rückgängig gemacht. In gravierendem Umfang bezog sich die Ergänzungsliste auch auf gesetzliche Verpflichtungen im Rahmen der Sozialhilfe.

Mit der gleichen Logik wie bei der Entwicklung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben wurden gleichzeitig Kürzungen in den Investitionszuschüssen für Gemeinden und Verbände zugunsten von Behinderteneinrichtungen vorgenommen. Aber es wurden im Haushalt 2001 auch Kürzungen im Bereich des Kapitels 1025, nämlich Jugendarbeit freier Träger, veranschlagt. Gerade vor dem aktuellen politischen Hintergrund stellt diese Kürzung für meine Fraktion ein tatsächliches sozialpolitisches Problem dar.

Auch im Kapitel 1019 wurde das Landeserziehungsgeld von 16,5 auf 5,6 Millionen DM gekürzt, eine Auswirkung, die sich aus der Streichung des Anspruchs der Erziehungsberechtigten nach dem Landesgesetz der rot-roten Koalition ergibt. Zusätzlich wurden auch die Investitionen für Familienferienstätten von 1,6 Millionen DM auf 1,4 Millionen DM reduziert. Meine Fraktion hat bereits während der Haushaltsberatungen diese Entwicklung als folgenreicher und politisch falsch bezeichnet.

Aber selbst im Kapitel 1027, wo die Zuschüsse für Kita-Einrichtungen von 126,4 Millionen DM im Jahr 2000 auf 132,1 Millionen DM im Jahre 2001 angehoben wurden, ist mit den Zahlen wissentlich falsch umgegangen worden,

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau so ist es.)

denn jedem Parlamentarier ist spätestens seit der Anhörung zum Kita-Gesetz klar geworden, dass zusätzlich rund 8 Millionen DM erforderlich wären, um dem gegenwärtig bestehenden Rechtsanspruch der Einrichtungen gerecht zu werden.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Sparen an der Jugend.)

Ich weise nochmals ganz besonders darauf hin, dass während der Haushaltsverhandlungen für 2001 von den Ministern der Landesregierung und auch vom Finanzministerium ganz dezidiert darauf hingewiesen wurde, dass keinerlei Einsparpotential oder Umverteilungspotential in den genannten Zahlen vorhanden sei. Wenn nun im ersten Quartal 2001 der Bewirtschaftungserlass in die Disposition des Sozialministeriums eingreift, dann ist mir die soeben zitierte Argumentation einfach unverständlich. Entweder gab es eine Reserve in der Veranschlagung, dann hat der Bewirtschaftungserlass Recht und straft damit alle Aussagen während der Beratung des Landeshaushaltes Lügen, oder aber die Aussage der Haushaltsberatung stimmt, dann hat der Bewirtschaftungserlass zumindest bezogen auf das Sozialministerium keinerlei Berechtigung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich die Verlautbarung zur Kenntnis nehme, wie der Bewirtschaftungserlass der Finanzministerin im Bereich des Sozialministeriums umgesetzt wurde, dann wird mir einigermaßen gruselig. Wenn nämlich die pauschale Kürzung der Sach- und Fachausgaben von 2 Prozent der Veranschlagung durch das Sozialministerium so umgesetzt wurde, dass damit 30 Prozent der Zuweisungen zugunsten sozialer Träger der Wohlfahrt betroffen sind, dann ist dies eine Auslegung, die aus der Sicht der Betroffenen so nicht hinnehmbar sein kann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Die logische Folge ist, dass der Paritätische Wohlfahrtsverband massiv hierzu Stellung genommen hat. Ich verweise auf das Schreiben vom 21.02.2001. Hier führt

der DPWV an, dass die anstehende und in Umsetzung befindliche Kürzung der ABM im Personal- und Sachkostenbereich die Verbände bis zu 30 Prozent belastet, so dass eine Sicherung der Aufgaben und der Strukturen bereits in Frage steht. Er führt weiter an, dass die Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeit, zum Beispiel für Träger wie Sozialverband Deutschland, VdK, Blinden- und Sehbehindertenverein, fast nicht mehr realisierbar sein wird. Ebenso stehen Beratungsdienste, ambulante Maßnahmen für Behinderte, der familienentlastende Dienst und laufende Projekte in Frage. Der DPWV betont, dass bereits eine zweiprozentige Haushaltskürzung im Zusammenhang mit der bereits verkündeten Kürzung im ABM-Bereich gravierende Auswirkungen hat.

Ich stelle dieser sorgenvollen Aussage des Verbandes die lapidare Pressemitteilung des Sozialministeriums mit Datum vom 22.02.2001 entgegen. Hier führt das Ministerium an, es prüfe gegenwärtig, inwieweit die geforderten Einsparsummen auch außerhalb des Fördersektors erbracht werden können, und führt aus, dass die Bewirtschaftung der freigegebenen Mittel den Finanzbedarf der Zuwendungsempfänger in der überwiegenden Zahl der Fälle bis in das zweite Halbjahr 2001 abdecken würden. Ich denke, das braucht nicht weiter kommentiert zu werden. Wörtlich sagt die Sozialministerin: „Es handelt sich keinesfalls um eine zusätzliche weitergehende Sperre, sondern um einen durchaus üblichen verwaltungsinternen Bewirtschaftungsvorgang.“

Ich gestatte mir hier die Frage, wie die Sozialministerin die Bedenken und Sorgen der Verbände tatsächlich auch ernst nimmt. Ich habe aus persönlichem Erleben im Wahlkreis schon öfter den Spott von Verbänden gehört, was zum Beispiel eine investive Förderung von Sporthallen in Höhe von 1,5 Millionen DM im Haushalt überhaupt soll, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Für das ganze Land 1,5 Millionen DM! Für das ganze Land!)

Richtig, Herr Riemann.

... denn mit dieser Förderung könnte nicht mal eine einzige Sporthalle auch nur anteilmäßig finanziert werden, eine Halfeldhalle, sagen wir mal.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Nicht mal eine Halfeldhalle würde daraus werden!)

Und ich habe auch aus persönlichem Erleben die mehrfache Kritik von Verbänden anhören müssen, die Klage führen über eine Reduzierung der Förderung der Jugendarbeit freier Träger.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Peter Ritter, PDS: Dann müsste ja in Basepohl noch eine Turnhalle stehen. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Wenn also zu diesen im Haushalt beschlossenen Zahlen noch außerplanmäßig zusätzliche Auswirkungen aus dem Bewirtschaftungserlass hinzukommen, dann ist dies, so glaube ich, tatsächlich eine Belastung für die Träger der Sozialarbeit, die so kaum hinnehmbar sein kann. Ich verweise auf die Beratung des Landesfrauenrates vom Dienstag hier im Schloss,

(Annegrit Koburger, PDS: Waren Sie dabei? Ich habe Sie gar nicht gesehen.)

wo seitens der Frauenverbände massiv darauf hingewiesen wurde, dass die Haushaltssituation,

(Barbara Borchardt, PDS: Hörensagen gilt nicht. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

die gegenwärtig aktuell ist, die Arbeit der Verbände in der Zukunft verhindert oder stark negativ beeinflusst.

(Annegrit Koburger, PDS: Das ist gar nicht zum Ausdruck gebracht worden. Da wurde gar nicht über den Haushalt debattiert.)

Aber über die Frauen, die in schwarz kommen wollten, weil sie ihre Verbände schließen müssen und das Personal nicht mehr finanzieren können. War das nicht so?

(Annegrit Koburger, PDS: Das hat doch mit dem Haushalt nichts zu tun! – Wolfgang Riemann, CDU: Ach nee?!)

Nein? Womit denn sonst? Mit der fehlenden Förderung. Wenn das nichts mit dem Haushalt zu tun hat, dann weiß ich nicht, was Sie meinen.

(Unruhe bei den Abgeordneten – Zurufe von Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Annegrit Koburger, PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

Vor diesem Hintergrund hätte ich mir schon gewünscht, dass der Einzelplan 11, der als Dispositionsreserve ja veranschlagt worden ist

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

und ein flexibles Reagieren auf unvorhergesehene Entwicklungen ermöglichen soll, hier in die Überlegungen einbezogen worden wäre.

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat sie nicht gemacht.)

Ich glaube, dass solche gravierenden Einschnitte im Bereich des Sozialministeriums unter Einbeziehung der Globalveranschlagungen bei einer gezielten Überprüfung seitens des Ministeriums vermeidbar gewesen wären. Ich halte es für unverantwortlich, dass gerade im Bereich der sozialen Förderung von Verbänden und Fürsorge für Menschen Einschnitte hingenommen werden, die anders, nämlich durch Kürzung von Globalveranschlagungen, weit besser und sozialverträglich hätten gestaltet werden können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Nolte.

Ums Wort hat noch mal die Fraktionsvorsitzende der PDS Frau Gramkow gebeten. Bitte, Frau Gramkow, drei Minuten.

(Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Arbeit her!)

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Ich möchte mich nicht auch noch für den Finanzausschussvorsitzenden schämen müssen irgendwann. Herr Nolte, das, was Sie hier gesagt haben, zeugt davon, dass Sie den populistischen Trend in Haushaltsfragen Ihrer Fraktion mitmachen wollten. Ich kenne Sie eigentlich anders.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Peter Ritter, PDS: So täuscht man sich in den Menschen.)

Erstens sollten Sie inzwischen wissen, dass die öffentlichen Äußerungen – und Sie haben sie wiederum zitiert,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

auf die leider auch Herr Dr. Här reingefallen ist, nämlich auf Zeitungsmeldungen – durch einen Brief und durch Pressemitteilungen der Ministerin richtig gestellt worden sind. Die Pressemitteilung ist überschrieben: „Sozialministerin Dr. Martina Bunge, PDS, sorgt für Planungssicherheit im Förderbereich“.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ich darf auch den Brief an die Verbände zitieren: „... dass die Mittel für den Förderbereich zu 98 Prozent zur Bewirtschaftung zugewiesen werden können.“ Das ist die Situation im Land und damit sind die Verbände und Vereine einverstanden. Das hätten Sie hier hinzufügen müssen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das wäre aber die Wahrheit gewesen und die ist nicht interessant. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich denke, dass die Ministerin bereit ist, Ihnen diesen Brief vielleicht auch zur Verfügung zu stellen.

Lassen Sie mich einen zweiten Aspekt in dem Zusammenhang anbieten.

(Unruhe bei Wolfgang Riemann, CDU)

Auch Sie als Finanzausschussvorsitzender haben in den letzten Sitzungen nicht die Gelegenheit genutzt, die Fragen, die Sie hier fast in Unkenntnis gestellt und beantwortet haben, auch falsch beantwortet haben, sich durch die Finanzministerin und durch die Landesregierung beantworten zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: So was nennt man Demagogie.)

Und eine dritte Bemerkung: Wer sich hier hinstellt und die Situation bei Regie-ABM in Mecklenburg-Vorpommern in einen Topf haut mit der Sachkostenförderung,

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

will ganz bewusst populistisch die Situation hier auch verklären.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Es bleibt dabei: Keine ABM wird im Regiebereich im Land Mecklenburg-Vorpommern an fehlenden Sachkosten aus dem Arbeitsministerium scheitern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das werden wir sehen! Das werden wir sehen, Frau Gramkow! Das werden wir sehen!)

Aber, Herr Riemann, die aktuelle Situation wird auch dazu benutzt, auch von Ihnen, nicht zu erwähnen, dass durch die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter eine Umstrukturierung im Förderbereich beschlossen worden ist,

(Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

die fast Tausende von ABM-Stellen in Frage stellt. Leider kann ich ABM-Stellen, die nicht zugewiesen werden, auch nicht mit Sachkosten fördern. Und das ist, glaube ich, das reale Problem, was wir im Land Mecklenburg-Vorpommern haben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und da sollten Sie im Interesse der Trägerstruktur dieses Landes, auch vieler Vereine und Verbände, die sich der christlichen Nächstenliebe und der Sozialarbeit gewidmet haben,

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt appelliert sie an die christliche Nächstenliebe.)

mit uns gemeinsam an einer Veränderung dieser Situation arbeiten und nicht populistisch in Form eines Antrages das kaputtmachen, was die Landesregierung nämlich hier will:

(Zuruf von Bärbel Nehring-Kleedehn, CDU)

Planungssicherheit, Finanzsicherheit im Land schaffen mit einem Ziel, Herr Riemann.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja unglaublich! – Wolfgang Riemann, CDU: Das trifft sie tief, diese Arbeitsmarktzahlen im ABM-Bereich. Das trifft sie tief.)

Das Ziel heißt, die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr auf 650 Millionen DM zu halten. Und das scheint finanzpolitisch solider als das, was Sie hier hingelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Eine soziale Kälte ist das!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Gramkow.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1865. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1865 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Keine zusätzliche Kostenbelastung der Jugend- und Sozialhilfeträger des Landes als Rehabilitationsträger durch das SGB IX, Drucksache 3/1931.

Antrag der Fraktion der CDU:
Keine zusätzliche Kostenbelastung der Jugend- und Sozialhilfeträger des Landes als Rehabilitationsträger durch das SGB IX – Drucksache 3/1931 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Das Sozialgesetzbuch IX steht auf der Tagesordnung. Es geht um Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen in Deutschland. Ich denke, es ist – vielleicht, Herr Ritter, für Sie –

(Peter Ritter, PDS: Ja, danke.)

am 19. Januar im Deutschen Bundestag gewesen. Es ist dort sozusagen in Erster Lesung behandelt worden und jetzt sind die Ausschüsse damit befasst, die Einzelheiten zu diskutieren. Wenn alles planmäßig läuft und keine Befassung im Bundesrat nötig oder der Vermitt-

lungsausschuss nicht angerufen wird, dann sollte es am 04.04. diesen Jahres im Deutschen Bundestag verabschiedet werden und zum 01.07. diesen Jahres in Kraft treten. So weit, Herr Ritter, für Sie noch mal, damit Sie dann auch alles auf der Reihe haben.

(Peter Ritter, PDS: Danke, Herr Glawe.)

Meine Damen und Herren, wir diskutieren die Auswirkungen auch auf die Behinderten im Land Mecklenburg-Vorpommern. Lassen Sie mich eingangs vorausschicken, dass es selbstverständlich ist, Rehabilitation auf einem hohen Niveau im Sozialleistungsbereich zu sichern. Maßnahmen der medizinischen, schulischen und beruflichen sowie der sozialen Rehabilitation sind fortzuführen und abgestimmt umzusetzen, die Zuständigkeiten sind klar zu regeln. Und da sind wir vielleicht auch schon beim Thema: Es gibt in Deutschland eine sehr hohe Zahl von Menschen – auch in Mecklenburg-Vorpommern –, die chronische Erkrankungen haben, die rehabilitationsbedürftig sind und die auch auf die veränderten Prozesse in der Arbeitswelt sozusagen reagieren müssen.

Rehabilitation ist unstrittig. Es geht in unserem Antrag um die Frage: Wie werden die Träger der Sozialhilfe und die Träger der öffentlichen Jugendhilfe gestellt? Nach dem Entwurf des SGB IX ist ja vorgesehen, die Eingliederungshilfe gleichzustellen, das heißt, Sozialämter und Jugendämter sollen sozusagen Reha-Träger werden. Und das sehen wir als Dammbruch in der Sozialgesetzgebung an. Wir sind da nicht alleine. Der Deutsche Städte- und Gemeindetag und auch der Deutsche Landkreistag sehen es ähnlich, dass hier Unwägbarkeiten zutage kommen können, die zumindest für unser Land auf 5 Millionen DM Mehrausgaben für die Kommunen beziffert werden. Da sind wir wieder beim Thema Finanzausstattung und anderen Dingen.

Meine Damen und Herren, andererseits ist es allerdings auch richtig, dass die Behinderten einer besonderen Fürsorge bedürfen, ...

(Irene Müller, PDS: Menschen mit Behinderungen heißt das.)

Menschen mit Behinderungen, bitte schön.

(Irene Müller, PDS: Danke.)

... auch das ist richtig, darüber will ich mit Ihnen ja gar nicht streiten.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage ist: Wie geht es bei den Vorleistungsverpflichtungen weiter? Die Dinge haben Sie ja zumindest im SGB IX drin. Wie gehen wir damit um, die Frage zu klären? Sind wir darauf vorbereitet? Haben wir mit LVA und BVA die Datenlagen abgecheckt? Können wir die Kosten tragen? Ist das Land bereit, den Kommunen Unterstützung zu geben? Und inwieweit kann dann insgesamt auch Ihrem Anspruch, den Sie ja 1998 formuliert haben, mit dem SGB IX Gerechtigkeit widerfahren? Ich höre von vielen Verbänden, dass sie mit den jetzigen Regelungen im SGB IX auch nicht einverstanden sind.

(Zuruf von Irene Müller, PDS)

Ich will zugeben, dass es unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema gibt, aber mir liegen etliche schriftliche Stellungnahmen vor, in denen es auch heißt, dass das jetzige Regelwerk eigentlich eine Kontinuität bewahrt hat, die in besonderer Weise klare Regelungen in sich birgt.

Das neue SGB IX muss dies erst noch beweisen und darüber können wir nachher gerne diskutieren.

Ein Wort noch – und jetzt will ich einfach mal kurz vom Thema weg – zu ABM: Wissen Sie, es gibt im Sozialgesetzbuch den Paragraphen 266. Da steht klar drin: Die Bundesanstalt für Arbeit beteiligt sich nur an den Kosten in Prozent, wie auch das Land bereit ist, die Sachkosten für diese ABM-Stellen zu finanzieren. Und das Land ist ausgestiegen, meine Damen und Herren!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Andreas Bluhm, PDS: Es ist nicht ausgestiegen!)

Das Land ist ausgestiegen aus der Regelkosten...,

(Andreas Bluhm, PDS: ... Da wollen wir doch mal bei der Wahrheit bleiben!)

5 Prozent zu zahlen und 5 Prozent Bundesanstalt für Arbeit.

(Andreas Bluhm, PDS: Man sollte doch bei der Wahrheit bleiben! – Glocke der Vizepräsidentin)

Das war das Problem.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Andreas Bluhm, PDS: Hören Sie doch auf! Hören Sie doch auf!)

Und das haben Sie fünf Monate lang verschwiegen

(Peter Ritter, PDS: Das stimmt doch nicht, was Sie erzählen. Hören Sie doch auf!)

und am 20. Dezember vorigen Jahres ist das Problem auf die Tagesordnung gekommen. Und das sind die Probleme, die noch heute im Land sind. Und Sie tun so, als wenn Sie davon nichts wissen, meine Damen und Herren.

(Andreas Bluhm, PDS: Sie tun so, als ob Sie die Realität nicht kennen.)

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich freue mich ja über die Lebhaftigkeit der Diskussion, aber das Wort hat hier der Redner.

(Andreas Bluhm, PDS: Manchmal ist der Kanal eben voll. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Danke, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: 7,5 Millionen Mark haben Sie gestrichen. Das sagen Sie mal! – Andreas Bluhm, PDS: O Mann, eh! – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Bunge. Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin Dr. Martina Bunge: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte beim Thema, beim SGB IX bleiben. Ich meine, dieses Thema ist

zu ernst, um jetzt auf andere Schlachtfelder auszuweichen.

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, trägt Eulen nach Athen,

(Harry Glawe, CDU: Was?)

denn für das darin formulierte Ziel, nämlich keine zusätzliche Kostenbelastung für Jugend- und Sozialhilfeträger des Landes als Rehabilitationsträger durch das SGB IX, haben wir uns seitens der Landesregierung gegenüber dem Bund von Anfang an eingesetzt. Das ging von den Vorentwürfen über Referentenentwürfe bis hin zu den jetzigen Ausschussberatungen im Bundesrat. Wir haben diese Ziele auch in den Besprechungen in den Bundesministerien verfolgt und in den für uns zur Verfügung stehenden Gremien wie beispielsweise der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger.

An dieser Stelle möchte ich aber einmal betonen, dass ich froh bin, dass es nach Jahren von Absichtserklärungen – Absichtserklärungen vor allen Dingen der Kohl-Regierung zuhauf – endlich zum Gesetzgebungsverfahren des SGB IX kommt. Vieles, was dringend regelungsbedürftig ist zur besseren Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, wird angepackt, leider oft nicht konsequent genug und im finanziellen Teil – da stimme ich Ihnen zu – unbefriedigend.

(Harry Glawe, CDU: Danke.)

Deshalb lässt sich das Anliegen im Kern in einer zentralen Forderung zusammenfassen: Die Leistungen, die in dem vorliegenden Gesetzentwurf zu Kostenbelastungen der Jugend- und Sozialhilfeträger führen, müssen vom Bund getragen werden. Am besten gelänge dies in einem Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen, aber ein solches liegt uns nicht vor. Damit würde es sich erübrigen, die Jugend- und Sozialhilfeträger zu Rehabilitationsträgern für die medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation zu machen. Eine solche Forderung lässt sich jedoch auf Bundesebene nur durchsetzen, wenn man dafür Mehrheiten bei den Ländern und im Bundestag findet. Das ist bisher leider nicht gelungen.

Mecklenburg-Vorpommern war in dieser Richtung aktiv. Da es sich um den ersten Durchgang handelt – Sie haben ja netterweise, Herr Glawe, uns hier den Zeitplan genannt, dann müssen Sie auch respektieren, dass es im Moment der erste Durchgang im Bundesrat war –,

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

werden wir uns bis zur endgültigen Verabschiedung weiter für unser Ziel einsetzen. Ich sehe durchaus Chancen, zumindest in Teilbereichen Verbesserungen zu erzielen. Die Forderungen, die die Ausschüsse des Bundesrates aufgestellt haben, gehen in wichtigen Punkten genau in diese Richtung. Bei vielen der Anträge gab es im federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales kein parteipolitisch bestimmtes Vorgehen, es gab keine Abstimmungsfronten. Dies gilt auch für die Vorbesprechungen. Auch diese nicht selbstverständliche Erfahrung aus den Beratungen gibt mir Hoffnung, dem angestrebten Ziel näher zu kommen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen, dass ich deshalb hoffe, dass wir in der weiteren Debatte nicht nur hier, sondern auch an anderer Stelle, wenn wir gemeinsam mit Verbänden und Trägern darüber beraten, hier keine parteipolitische Konfrontation in den Vordergrund

stellen, das Thema diskutieren, wo die besten machbaren Lösungen sitzen unter den bestimmten Konstellationen. Ich meine, das Thema ist zu wichtig für Menschen mit Behinderungen als auch für die Kommunen. Ein anderes Vorgehen verbietet sich meines Erachtens von Anfang an.

In der Sache zu diskutieren, verhärtete Fronten zu vermeiden, das darf nicht dazu führen, dass wir bestimmte Verbesserungen, die durch das Gesetz hervorgebracht werden, wieder in Frage stellen. Hier sehe ich in Ihrem Antrag Gefahren und deshalb bitte ich, dass wir auch darüber in Ruhe diskutieren.

Was wir weiterhin unterstützen werden, ich sage es Ihnen, wo wir gemeinsam vorwärts gehen können, sind die Vereinfachungen für die Antragsteller in der Rehabilitation, gemeinsame Beratungen durch alle Rehabilitationsträger, Verkürzung der Antragsbearbeitungszeiten, bessere Abstimmung zwischen den Rehabilitationsträgern sowie Leistungsverbesserungen für Menschen mit Behinderungen. Meines Engagements können Menschen mit Behinderungen und ihre Interessenvertretungen gewiss sein.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Die Schaffung eines eigenen Sozialgesetzbuches Rehabilitation bietet die Chance, erforderliche Anpassungen und Fortentwicklungen auf rechtlicher Ebene vorzunehmen und damit Verbesserungen beim Zugang zu Rehabilitationsleistungen zu erreichen sowie die Abwicklung der Leistungen zügiger zu gestalten. Diese bereits seit vielen Jahren bestehende Absicht, das gesamte Rehabilitationsrecht in einem Gesetzbuch zusammenzufassen, wird auch uneingeschränkt von der Politik und grundsätzlich auch von den einzelnen Sozialleistungsträgern unterstützt“, so Christa Stewens, bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Im Mittelpunkt des SGB IX steht die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens für behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen. Ziel der Sozialleistungsorganisation soll in Anlehnung an die Begriffe der Weltgesundheitsorganisation die Förderung der Teilhabe der behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen an der Gesellschaft, insbesondere am Arbeitsleben sein. Gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe soll möglich sein, indem Benachteiligungen durch besondere Leistungen zur Teilhabe ausgeglichen werden.

Meine Damen und Herren, von Gleichschaltung zwischen der Eingliederungshilfe mit den Sozialversicherungsträgern kann hierbei aber keine Rede sein. Das SGB IX trifft keine Regelungen über die Zuständigkeit und die Voraussetzungen für die Leistungen.

(Harry Glawe, CDU: Ist ja schlimm.)

Hierfür sind nach wie vor die besonderen Leistungsgesetze maßgebend, denn Zuständigkeiten und Voraussetzungen lassen sich bei Beibehaltung des gegliederten Systems und unter Berücksichtigung der jeweiligen

Besonderheiten der Rehabilitationsträger nicht einheitlich regeln. Aus diesem Grunde bleiben auch für jeden Träger spezifische abweichende Bestimmungen hinsichtlich Gegenstand, Umfang und Ausführung der Leistungen in den für sie geltenden Leistungsgesetzen möglich. Das müssten Sie eigentlich wissen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Harry Glawe, CDU: Wir wissen das.)

Für die Betroffenen ist es ein großer Fortschritt, dass zukünftig die Bedürftigkeitsprüfung entfällt. Gerade für Menschen mit Behinderungen in den Werkstätten bedeutet es nämlich, dass sie ihren eigenen Arbeitsplatz in der Werkstatt nicht mehr selbst mitfinanzieren müssen. Als Sozialpolitikerin kann ich es nur begrüßen, dass die häufig als entwürdigend empfundene Antragstellung und Überprüfung persönlicher Lebensverhältnisse entfällt und endlich die bestehende Ungerechtigkeit hinsichtlich der Differenzierung zwischen Menschen, die von Geburt an behindert sind, und Menschen, die im Laufe ihres Lebens behindert werden, wegfällt.

Im Hinblick auf die Finanzierung wird die medizinische und berufliche Rehabilitation, die aus der Eingliederungshilfe bezahlt wird und bisher dem Bedürftigkeitsprinzip unterworfen war, von der Heranziehung von Einkommen und Vermögen freigestellt. Die sich hieraus ergebenden Mindereinnahmen der Sozialhilfeträger sollen durch andere Regelungen des SGB IX, vor allem durch den verbesserten Übergang von Beschäftigten aus Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt oder Entlastungen bei Kosten für Gebärdensprachdolmetscher langfristig kompensiert werden. Besonders erfreulich ist für mich, dass Menschen mit Hörbehinderungen zukünftig, soweit es zumindest den Sozialbereich betrifft, im Verkehr mit öffentlichen Einrichtungen die Gebärdensprache anwenden können. Über den Sozialbereich hinausgehende Regelungen sollen im Antidiskriminierungsgesetz getroffen werden – eine Forderung, meine Damen und Herren, die die Koalitionsfraktionen auch bereits in diesem Hohen Hause gestellt hatten.

Künftig soll jeder behinderte Mensch im Bedarfsfall unabhängig von seinem Einkommen und Vermögen Leistungen der medizinischen Rehabilitation und der Teilhabe am Arbeitsleben einschließlich der Leistungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen als Leistungen der Eingliederungshilfe in Anspruch nehmen können. Im Übrigen ist die Landesregierung im Bundesrat bezüglich der Kostenregelung, die aus meiner Sicht zu Recht diskutiert wird, bereits tätig geworden. Frau Ministerin Dr. Bunge hat auf die Aktivitäten der Landesregierung gerade hinsichtlich der Finanzierung bereits hingewiesen.

Ein wesentlicher Nachteil der bisherigen Regelung war die fehlende Einbeziehung der Träger der Sozialhilfe in den Kreis der Rehabilitationsträger, obwohl sie Eingliederungshilfe erbringen und somit in der Sache auch Rehabilitationsträger sind. Das Gleiche gilt für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Durch das SGB IX werden die Träger der Sozialhilfe und der öffentlichen Jugendhilfe wie seit langem gefordert in den Kreis der Rehabilitationsträger einbezogen. Dabei werden grundsätzliche Unterschiede der Leistungen der Sozialhilfe und der Leistungen der übrigen Leistungsträger sowie trägerspezifische Besonderheiten berücksichtigt. Damit wird zugleich klar gestellt, dass zu einer vollen Teilhabe am Leben in der

Gesellschaft neben medizinischen und beruflichen Leistungen zur Rehabilitation in vielen Fällen weitere Leistungen gehören. Insbesondere die Einbeziehung dieser Träger ermöglicht eine enge Zusammenarbeit im Interesse der behinderten Menschen, die zu ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft Leistungen und sonstige Hilfe mehrerer Träger benötigen. Der Nachrang der Leistungen der Träger der Sozialhilfe gegenüber den Leistungen der übrigen Rehabilitationsträger bleibt unberührt. Ebenso bleibt der Status der Träger der Sozialhilfe unverändert.

Meine Damen und Herren von der CDU, hier geht es nicht darum, die Träger der Sozialhilfe und die öffentlichen Träger zu zwingen, sich an der Errichtung gemeinsamer Servicestellen zu beteiligen. Vielmehr geht es um die Bündelung vorhandener Ressourcen. Die Zusammenfassung des Rehabilitationsrechts macht nämlich nur dann Sinn, wenn auch eine einheitliche Praxis der Rehabilitation und der Leistungen zur Teilhabe besteht. Daher ist es ein Hauptanliegen, die Koordination der Leistungen und die Kooperation der Leistungsträger durch wirksame Instrumente sicherzustellen. Diesem Zweck soll das neue Instrument der gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger dienen. Sie sollen für die Betroffenen Anlaufstelle sein, bei der sie trägerübergreifend und anbieterneutral verlässlich beraten und unterstützt werden.

Eine umfassende und qualifizierte Beratung behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen ist in dieser Phase ganz besonders wichtig, denn schon beim Zugang zur Rehabilitation fallen Vorentscheidungen über Verlauf und Erfolg der Gesamtmaßnahme und ihrer einzelnen Phasen. So haben die gemeinsamen Servicestellen beispielsweise über die Leistungen und ihre Voraussetzungen zu informieren und den zuständigen Rehabilitationsträger zu ermitteln. Sie sollen nicht nur bei der Antragstellung helfen, sondern sollen die Betroffenen auch während des Verfahrens bis zur Entscheidung begleiten und dabei möglichst die Entscheidung des Rehabilitationsträgers umfassend vorbereiten. Die gemeinsamen Servicestellen sollen aber auch während der Leistungserbringung Ansprechpartner für die Betroffenen bleiben, wenn es etwa darum geht, zwischen mehreren Rehabilitationsträgern und anderen Beteiligten zu koordinieren und zu vermitteln. Bei der Errichtung dieser gemeinsamen Servicestellen sollen bestehende Strukturen wie zum Beispiel die Auskunfts- und Beratungsstellen der Reha-Träger genutzt werden. Es ist nicht daran gedacht, neue Behörden aufzubauen. Durch die Nutzung bestehender Strukturen sowie den Einsatz moderner Informationstechnologie soll sichergestellt werden, dass zusätzliches Personal nicht vorgehalten werden muss, um nicht unnötig zusätzliche Kosten entstehen zu lassen.

Meine Damen und Herren von der CDU, Ihre Partei hat es in der langen Zeit Ihrer Regierung nicht geschafft, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu fördern und dem im Grundgesetz verankerten Benachteiligungsverbot für Menschen mit Behinderungen Geltung zu verschaffen. Ich zitiere: „Ich bedauere es sehr, dass es in unserer Regierungszeit nicht gelungen ist, ein SGB IX auf den Weg zu bringen. ... Wir hatten einfach zu hohe Ansprüche“,

(Harry Glawe, CDU: Das hat Frau Nolte gesagt.)

so die CDU-Bundestagsabgeordnete Nolte. Meine Damen und Herren, eine dümmlichere Erklärung

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jaja.)

für Untätigkeit und Blockade kann es doch wohl kaum geben. Die CDU sollte also etwas zurückhaltender in ihrer Kritik sein.

(Harry Glawe, CDU: Überhaupt nicht.)

Wir sind uns bewusst, dass wir nicht alle Hoffnungen, die mit dem SGB IX verbunden sind, erfüllen können. Das liegt zum einen daran, dass sich das SGB IX auf den Sozialbereich beschränkt. Wichtige Bereiche wie Bauten, Verkehr, Schule und Ausbildung müssen in späteren Gesetzen berücksichtigt werden. Zum anderen liegt es aber auch daran, dass finanzielle Grenzen gesetzt sind, hervorgerufen durch den gewaltigen Schuldenberg, den uns die CDU hinterlassen hat. Dennoch bedeutet das SGB IX meines Erachtens einen gewaltigen Schritt nach vorne

(Harry Glawe, CDU: Das hat die Bundesratskollegin auch gesagt.)

im Bereich der 16 Jahre als Stiefkind betrachteten Behindertenpolitik. Unabhängig hiervon müssen weitere Schritte folgen, die ich als Sozialpolitikerin unterstützen werde, ganz abgesehen davon, dass die Finanzierung geklärt werden muss.

(Harry Glawe, CDU: Na sehen Sie!)

Ihren Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ab. Nur ein kleiner Hinweis an Sie: Lesen Sie sich einmal die Reden der verschiedenen CDU-Bundestagsabgeordneten beziehungsweise der CDU-Minister und -Ministerinnen der Länder durch! Es ist ein einziges Durcheinander nach dem Motto: Der eine hü, der andere hott. Offensichtlich weiß die CDU nach wie vor nicht, was sie in der Behindertenpolitik will. Und das zeigt auch dieser Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Ich denke, das SGB IX, das sei noch mal festgehalten, ist insgesamt ein Fortschritt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Hört, hört!)

Aber wir haben das Thema Belastung der Kommunen nicht umsonst auf die Tagesordnung gesetzt.

Frau Dr. Seemann, wenn Sie hier sagen, das wollen Sie alles kostenneutral machen, Sie wissen ganz genau, dass das nicht geht. Sie wissen, dass man ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: Woher haben Sie die Berechnungen, Herr Glawe?)

Ich will Ihnen nur sagen, worum es geht.

Wenn Sie eine Vernetzung zwischen LVA und BVA und den Trägern der Sozialhilfe hinkriegen wollen, dann müssen Sie eine neue Software haben. Das heißt also, die Landkreise sind auf diese Mehrkosten nicht vorbereitet, weil LVA und BVA ganz andere Systeme, eine ganz andere Software haben, die nicht kompatibel ist. Sie müssen sich vielleicht mal mit den Leuten beraten. Die werden Ihnen dasselbe sagen, was sie mir gesagt haben.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Herr Glawe, man kann nicht ...)

Das ist das Problem. Sie sind nicht an der Basis. Die CDU geht zur Basis und fragt, wie wirkt denn das.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Glawe!)

Ja. Ja, das ist so. Sie reden hier einfach über die Leute hinweg und tun so, als wenn alles kostenneutral ist, als wenn Servicestellen gar nicht so kompliziert sind. Servicestellen haben beratende Funktion.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Glawe, Politik muss man auch vorausschauend gestalten.)

Letzten Endes entscheidet der Reha-Träger, also wieder der BVA und LVA, ähnlich wie bei Beratungsstellen. So läuft das! Eigentlich keine Kompetenz, das ist das Problem, meine Damen und Herren.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Also Schlussfolgerung: keine Veränderung für ...)

Und das müssen Sie sich endlich auch mal sagen lassen, dass Sie hier nicht immer solche Reden halten sollten,

(Irene Müller, PDS: Besser lesen und verstehen.)

als wenn nun die Kommunen oder auch der Landkreistag oder der Städte- und Gemeindetag oder auf Bundesebene dieselben Instruktionen, als wenn alle sozusagen nicht wissen, wovon sie reden.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das hat doch kein Mensch gesagt, Herr Glawe.)

Ich glaube manchmal, Sie wissen nicht, wovon Sie reden.

(Reinhard Dankert, SPD:
Keiner weiß, wovon Sie reden.)

Ich will Ihnen noch eins sagen: Wenn Sie hier immer so schön darüber reden, wie Sie sich um Ihre schwerbehinderten Arbeitslosen im Land gekümmert haben, Frau Müller und auch Frau Dr. Seemann, als die CDU 1998 gewählt worden ist, hatten wir 3.400 Arbeitslose. Sie haben es auf über 4.200 gebracht.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Jetzt geht das wieder los!)

Das sind 25 Prozent mehr Arbeitslose für denselben Bereich!

(Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Glawe, das haben Sie schon zehnmal gesagt.)

Darüber reden Sie nämlich nicht. Das ist einfach die Wahrheit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Glawe, das habe ich Ihnen schon mal gesagt, dass ...)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie im Interesse der Kommunen, der Sozialhilfeträger, aber auch im Interesse der Behinderten, stimmen Sie unserem Antrag zu und hören Sie endlich auf, laufend Schaufensterreden zu halten! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was machen Sie denn, Herr Glawe? Was machen Sie denn?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion der PDS. Bitte, Frau Müller, Sie haben das Wort.

Irene Müller, PDS: Wer hat hier ein nicht barrierefreies Glas hingestellt?

Sehr verehrte Damen und Herren! Werte Frau Präsidentin! Es ist schon immer interessant, auf welche Art und Weise manchmal Beschlussvorlagen entstehen. Ich weiß sehr wohl, dass sie eigentlich entstehen sollten auf Grundlage eines Papiers, auf Grundlage von Gesprächen an der Basis – jawohl, Herr Glawe –, vielleicht oder ganz gewiss auch auf Grundlage von Anhörungen, alles abchecken, untereinander, miteinander. So sollte, wie gesagt, eine Beschlussvorlage entstehen.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Bei der vorliegenden Beschlussvorlage habe ich aber ein verdammt Problem

(Harry Glawe, CDU: Sehen Sie!)

und das ist folgendes: Ich kannte die Vorlage schon, bevor sie da war, aber nicht, weil darauf CDU-Beschlussvorlage stand, sondern ich hatte ganz einfach die Stellungnahme des Städte- und Gemeindetages schon vorher.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Und nun ist Folgendes passiert: Als ich das so las – und, es tut mir Leid, blinde Menschen haben ein ungeheuer gutes Gedächtnis –, fiel mir auf, selbst die Reihenfolge in der Begründung und in der Stellungnahme des Städte- und Gemeindetages ist die gleiche. Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Glawe, dass Sie Ihrem Redenschreiber und dem, der diese Beschlussvorlagen schreibt, mal diesen Rat an die Hand geben, wenigstens die Reihenfolge zu verändern. Dann fällt es nicht ganz so doll auf.

(Harry Glawe, CDU: Sie wissen doch gar nicht, ob ich einen Schreiber habe.)

Ach, das machen Sie alles allein? Ach du liebe Güte! Ja, na ja.

(Harry Glawe, CDU: Ich bin alles in einer Person. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:

Wir können ja vielleicht Mitarbeiter zeitweilig abstellen.)

Es ist gelogen, ich nehme es zurück, sie stimmen nicht wortwörtlich überein, nein, die CDU hat vor das Wort „Kommune“ das Wort „Behinderte“ und das Wort „und“ eingefügt – also eine kleine Veränderung. Mein Gruß hier an den Städte- und Gemeindetag: Sie sehen, wie mit Ihrer Stellungnahme umgegangen wird.

(Harry Glawe, CDU: Das ist hier die Stellungnahme und das kann nicht dieselbe sein.)

Ja, dann würde ich es mal durchlesen, wenn ich's schon hier vertrete.

(Harry Glawe, CDU: Das können Sie ja nicht sehen, aber ... Na ja!)

Problem an der ganzen Sache ist, dass mir diese Beschlussvorlage sagt, dass Menschen mit Behinderungen sehr wohl nicht gefragt wurden, denn wenn Sie sie gefragt hätten, dann hätten Sie ja wenigstens in die

Begründung die Dinge reingenommen, die Menschen mit Behinderungen sehr wohl – ich denke, mit Fug und Recht – kritisieren und geändert haben möchten.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und ich wäre ja auch ganz glücklich darüber, wenn wir hier von diesem Parlament aus sagen könnten: Frau Dr. Bunge, bitte nehmen Sie Folgendes noch in Ihre schon bestehenden Vorlagen mit in die Bundesratssitzung, in den Ausschuss für Soziales beim Bundesrat, um die SGB-IX-Diskussionen zu untermauern. Aber leider ist von diesen nichts zu finden. Und, Herr Glawe, es ist eben nicht selbstverständlich Integration und Rehabilitation und gleich gar nicht gesellschaftliche Teilhabe,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

denn dieses Sozialgesetzbuch IX soll das allererste Mal das Recht auf Rehabilitation und Integration, auf gesellschaftliche Teilhabe festschreiben – das Recht darauf,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

das haben wir eben nicht im Moment.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Jaja.

Wir haben allerdings ein Gesetz im Lande, in der Bundesrepublik, das heißt Reha vor Berentung. Und um das zu tun, müssen wir natürlich auch bestimmte Rahmenbedingungen schaffen, damit das wirklich eine Angelegenheit werden kann, die handhabbar ist. Und die Stimmen von Betroffenen sind in der Zwischenzeit sehr, sehr laut gewesen

(Harry Glawe, CDU: Ja?)

und konnten absolut nicht mehr überhört werden.

(Harry Glawe, CDU: Sie sagen, dass Sie nicht das umsetzen, was Sie uns versprochen haben.)

Und deshalb wurde am 19.05. im Bundestag ...

Sie müssten doch schon längst wissen, dass Ihre Dazwischenmurmellei mich nicht stört.

... gemeinsam der Beschluss gefasst, das Sozialgesetzbuch IX zu schreiben. Wir hätten es auch schon 1992 haben können, wenn die CDU es nicht in ihrer Schublade gelassen hätte.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Da war nämlich schon mal eins.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD – Harry Glawe, CDU: Lesen Sie sich mal die Stellungnahme vom Sozialverband durch! Das ist ernüchternd.)

Die bis jetzt gültige Praxis ist eben so, dass Kostenträger und Leistungsträger sich so lange untereinander den Ball zuspielen, wer denn nun wohl die Leistung erbringt und die Kosten trägt, bis bei manch einem sich die Angelegenheit biologisch erledigt hat – entschuldigen Sie den Ausdruck, aber es ist so, da habe ich Beispiele, auch mit Namen und Adresse – oder in der Zwischenzeit die Pflege eingesetzt hat auf so lange Zeit, dass der Mensch, den es betrifft, keine Kraft mehr hat für eine Rehabilitation.

Ein Manko, ein großes Manko dieses Gesetzentwurfes SGB IX ist, Frau Dr. Bunge machte schon darauf auf-

merksam, dass im Zusammenhang mit diesem Gesetz eine Erarbeitung eines Leistungsgesetzes für Menschen mit Behinderungen nicht angedacht und vorgenommen wird, beziehungsweise es hätte ja auch so sein können und so hätten es Menschen mit Behinderungen am besten gefunden, dass das SGB IX ein Leistungsgesetz wird. Und sogar schon Frau Nolte, Claudia Nolte, behindertenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Bundestag, hat in ihrer Presseerklärung am 20.02. geschrieben, dass zum SGB IX ein Leistungsgesetz gehört. Und da kann ich sie nur unterstützen. Ich denke, sie hat sehr genau zugehört, was auf dem Kongress „Gleichstellung jetzt“ im vorigen Jahr am 20. und 21. Oktober in Düsseldorf gesagt wurde. Sie war an der Basis, an beiden Tagen da. Und auch die bayerische Sozialministerin hat sich dahin gehend geäußert.

Diese Einheit zwischen den Kostenträgern, Leistungsträgern und den Betroffenen, um effektiv und schnell Rehabilitation und Integration anbieten zu können, ist eine Sache, die Menschen mit Beeinträchtigungen schon lange fordern. Dabei sollte kein Kostenträger und Leistungsträger außen vor gelassen werden. Wie ist die Praxis heute? Langwierig, unbequem, nicht effektiv und zwischendurch nur von abschlägigen Bescheiden der verschiedenen Kostenträger beschieden ist der Antragsweg für einen Menschen mit Behinderung beziehungsweise – man muss die psychische Konstellation mit einbeziehen – er selbst ist gar nicht in der Lage dazu, die Menschen um ihn herum sind in Arbeit. Und da muss man dann immer sagen, Betroffene sind nicht nur die, die rein gesundheitsmäßig betroffen sind, sondern auch die Familienmitglieder.

Und, meine Damen und Herren, vor allen Dingen meine Herren Sozialexperten aus der CDU-Fraktion,

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Experten vor allen Dingen!)

der Weg bis zu diesem Gesetzentwurf am 19. Januar im Bundestag ist schon ein ganz, ganz weiter. 28 Arbeitspapiere hatten wir dazu. Wir haben da bereits unsere Vorarbeiten gemacht. Der Behindertenbeauftragte der Bundesrepublik Deutschland Herr Haack hat die umfangreichsten Foren auf den unterschiedlichsten Gremienebenen zusammengenommen und auch Herr Riester hatte die Menschen beieinander, um alles miteinander abzuwägen. Die Integration und Teilhabe, das musste dabei allerdings immer festgestellt werden, ist eine Angelegenheit, die in Deutschland unwahrscheinlich entwicklungsbedürftig ist.

Das Gesetz SGB IX soll eine Plattform für die Vereinheitlichung des Rechtes auf Rehabilitation für Menschen mit Behinderungen werden. Für die Behindertenpolitik insgesamt eine Vereinfachung, wie gesagt. Und nun sehen wir es uns mal an. In dem Moment, wo der Patient oder Klient als ganzheitlicher Mensch betrachtet wird und Leistungsträger, Kostenträger und der Betroffene beieinander sitzen und miteinander besprechen können, welche Leistungen überhaupt notwendig sind und vor allen Dingen in welcher Reihenfolge und mit welchem Ergebnis, ist es unseres Erachtens ein Fortschritt, der nicht unter den Tisch gejubelt werden darf. Wie sieht es heute aus? Eine Leistung wird beantragt. Als Allererstes wird abgelehnt, weil der Sozialhilfeträger erst einmal sein Ja und Amen geben muss. Dass es unbedingt die Leistung ist, die als Erstes kommen muss bei gesellschaftlicher Rehabilitation, ist überhaupt nicht gesagt, denn letztendlich ist es so, jeder, der eine Leistung anbietet, will die auch loswerden.

Also haben manche Menschen mit Beeinträchtigungen durchaus damit zu kämpfen, dass Leistungsträger sich sehr wohl auch selbst melden. Wer zuerst da ist, hat unter Umständen den Vorteil, dass er zuerst gehört wird. Aber ob das dann unbedingt der Leistungsträger ist, der vom Kostenträger auch als Erster bezahlt wird, ist die Frage. Und ob das mit dem zusammenpasst, was noch gemacht werden soll, das ist die nächste Frage.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Dazu muss ich allerdings sagen, es ist im SGB IX im Moment eine Formulierung enthalten, die verstehen Menschen mit Beeinträchtigungen überhaupt nicht und sie ist auch juristisch überhaupt nicht definiert. Es steht nämlich drin, dass das Recht auf Rehabilitation derjenige hat, bei dem Aussicht auf Erfolg besteht. Und da muss ich nun sagen, alle diejenigen, die ein bisschen Wissen haben in juristischer Hinsicht, Aussicht auf Erfolg, wie ist das wohl definiert und was ist wohl bei einem Menschen mit Behinderung Aussicht auf Erfolg. Dass er bei Beendigung der Rehabilitation Professor oder Professorin werden kann oder dass er wirklich in der Lage ist, nach Ende der Rehabilitation seine häuslichen Angelegenheiten so gut wie möglich selbständig zu erledigen? Das ist eine Formulierung, an der muss noch gearbeitet werden.

Ein großer Mangel ist auch, das allerdings ausschließlich aus der Sicht der Betroffenen und aus der Sicht der Freien Wohlfahrtspflege, dass die Leistung der Wiedereingliederung nach wie vor an das BSHG geknüpft ist. Wir fordern schon lange eine Abkopplung vom BSHG, da unseres Erachtens all die Leistungen, die da gegeben werden, in der Richtung nichts zu tun haben.

Zur Vermögensabkopplung hat Frau Dr. Seemann schon gesprochen. Genau das gleiche Problem: In welcher Art und Weise ist es gerecht, Menschen, die eine Behinderung im Laufe ihres Lebens erworben haben, finanziell erst mal dahin gehend zu überprüfen, ob sie nicht beim Erlernen eines neuen Berufes, bei der Umschulung selbst zur Kasse gebeten werden können? Ich bitte Sie, meine Damen und Herren! Welcher junge Mensch in Erstausbildung wird zur Kasse gebeten, wenn er seinen Beruf erlernt?! Keiner! Und welcher Mensch mit Beeinträchtigung, der aufgrund seiner erworbenen Beeinträchtigung einen neuen Beruf lernen muss, ist daran schuld? Wer hat denn das mit Absicht verursacht? Muss er auch noch dafür bestraft werden?

Ich komme jetzt zum Punkt drei der Begründung Ihres Antrages. Kostenneutral soll alles stattfinden, kostenneutral und dabei herausgenommen die Jugend- und Sozialhilfe. Das ist leider die Art und Weise, wie oftmals bestimmte Dinge oder fast alle Dinge in den Rubriken des Sozialen gesehen werden. Nehmen wir da mal ein bisschen was weg und da mal ein bisschen was weg und gucken, was es kostet. Wie Sie wissen, kostet es aber rundherum, und zwar kostet ein Mensch, der keine Rehabilitation hatte, an Pflege, ganz klipp und klar an Pflege, und ein Mensch, der lange keine Rehabilitation hatte, kostet an Pflege und man benötigt unter Umständen viel mehr Rehabilitationskosten, weil es länger dauert.

(Beifall Dr. Manfred Reißmann, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Besehen Sie sich also bitte, wenn Sie Kostenneutralität wollen, alle Kostenträger, alle fünf, die ab sofort für Reha-

bilitation verantwortlich werden sollen, und nehmen Sie nicht nur einen raus. Und ich weiß, Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Jo.)

gerade die Krankenkassen haben mordsmäßige Summen aufgestellt, Millionen und Milliarden, was das SGB IX angeblich alles kosten soll. Doch, erstens, was es in Wirklichkeit kostet, wissen wir nicht. Zweitens, bei diesen Berechnungen sind oftmals völlig falsche Angaben dabei, denn ich wüsste nicht, dass sich die Krankenkassen im Moment an den Fahrkosten beteiligen, wenn es um bestimmte Dinge der Integration geht. Und außerdem, wer fragt, bitte schön, was heute alles für Gelder aus dem Fenster geworfen werden, weil keine effektive Rehabilitation vorhanden ist.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD,
Barbara Borchardt, PDS, und
Annegrit Koburger, PDS)

Da werden Hilfsmittel versorgt, die braucht derjenige gar nicht. Da werden Brillen, Lupen, Vorlesegeräte und sonst was versorgt, weil die Optiker für ihren Umsatz sorgen müssen.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Aber die braucht derjenige gar nicht. Anspruch auf Rehabilitation hat er sowieso nicht, also landet es im Schubfach. Hörgeräte werden ausgegeben, mit wahrer Begeisterung. Auch Hörakustiker wollen verdienen. Wer fragt aber eigentlich mal, welcher hörbehinderte Mensch mit seinem Hörgerät wirklich umgehen kann, wer wirklich in der Lage ist, es so einzustellen, dass er es optimal nutzen kann? Keiner. Kein Anspruch auf Rehabilitation!

Nächste Frage: Sind wir denn überhaupt berechtigt festzustellen, bis zu welchem Alter Rehabilitation gegeben werden darf und ab welchem Alter nicht mehr?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Mit welchem Recht bekommen im Moment Senioren und Seniorinnen keine Rehabilitation zum Erlernen lebenspraktischer Fertigkeiten, weil man sie in die Pflege schickt, einfach in die Pflege schickt? Bis zu welchem Alter, bitte schön, darf man sich alleine behelfen und ab welchem darf man es dann nicht mehr? Das SGB IX wird es so, wie es jetzt steht, regeln und ich denke mir, das ist eine ganz, ganz wichtige Voraussetzung, dass dann auch alle ein Recht auf Rehabilitation haben und keine Willkür mehr herrschen darf.

Ich komme jetzt zum Punkt vier Ihrer Begründung. Die halte ich nun geradezu für abenteuerlich. Meine Damen und Herren, lesen Sie es mal bitte nach, wenn Sie können und wenn Sie es hier haben! Da wird wirklich begründet, dass für verschiedene Kostenträger verschiedene Definitionen von Behinderten anzuwenden sein. Du liebe Güte! Diese Praxis haben wir doch schon beim Finanzamt! Einkommen wird immer so berechnet, wie es gerade passt. Will ich viel Geld ausgeben oder will ich wenig Geld ausgeben? Natürlich will ich wenig Geld ausgeben. Also zählt immer das ins Einkommen mit rein, was gerade nötig ist, oder wird nicht dazugezählt, weil es dem Finanzamt nicht so klar wäre. Na klar, machen wir es doch! Nehmen wir eine Behindertendefinition für jeden Kostenträger!

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie sich nur mal in Abstrichen mit den 470 Seiten der Anhörung zum SGB IX vom 19. und 20. Februar beschäftigt hätten,

hätten Sie herausfinden können, dass gerade die Definition für Behinderte, so, wie sie jetzt steht, von allen getragen wird – das steht übrigens auch in der Stellungnahme vom Deutschen Landkreistag, das hat bloß unser Städte- und Gemeindetag nicht übernommen – und dass das schon ein Kompromiss ist, und zwar ein Kompromiss zwischen Behindertenverbänden und Vereinen und dem Deutschen Landkreistag, denn wir, das sage ich Ihnen ganz klipp und klar, hätten am allerliebsten die Behindertendefinition der WHO gehabt. Dann hätten wir endlich mal alle mit Beeinträchtigungen erfasst und nicht wieder das Problem, wie wir es jetzt haben werden, dass zum Beispiel lernbehinderte Kinder, lese- und rechtschreibschwache Kinder wieder mal durch das Raster fallen.

Zum Punkt fünf Ihrer Begründung habe ich mir hier nur hingeschrieben, es wird ganz bunt.

(Harry Glawe, CDU: Bunt?)

Bunt. B-u-n-t.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ein bisschen.)

Ganz.

(Harry Glawe, CDU: Ich denke, schwarz?)

Die Novellierung des Schwerbehindertengesetzes vom 1. Oktober des Jahres 2000 hat uns veranlasst, hier in diesem Hause selbst schon einen Beschluss zu fassen, alles zu tun, um Menschen mit Behinderungen, Beeinträchtigungen, chronisch Kranke wieder in Arbeit zu bringen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und natürlich muss da auch die Sozialhilfe mit an den Tisch.

(Harry Glawe, CDU: 25 Prozent
mehr Arbeitslose haben wir.)

Und wenn Sie das nicht glauben wollen, mache ich Ihnen den Vorschlag, gehen Sie bitte mal zum Integrationsfachdienst hier in Schwerin in der Büttnerstraße, die werden Ihnen ein Lied singen, was gerade dann passiert, wenn Sozialhilfeempfänger, die auch noch behindert sind, durch ihre mangelnde Qualifikation, durch ihre mangelnde Flexibilität und, und, und überhaupt fast nicht mehr zu vermitteln sind. Da müssen natürlich alle zusammenarbeiten, alle Leistungsträger und nicht nur ausgesuchte.

(Harry Glawe, CDU: Und der
Erfolg? Mehr Arbeitslose.)

Der Grund, dass es mehr Arbeitslose gibt, sind Ihre Gesetze,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU:
Das ist ja unglaublich.)

die dazu geführt haben, dass seit dem 01.01.1997 die Übergangsregelungen für Rente in der DDR nicht mehr gelten

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Annegrit Koburger, PDS –
Dr. Margret Seemann, SPD: Genau! Genau!)

und demzufolge Rentner, die jetzt Invalidenrentner beziehungsweise Erwerbsminderungsrentner werden, kein Einkommen mehr haben und auf dem Arbeitsmarkt bleiben.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich habe Ihnen schon ein paar Mal erklärt, dass die Invalidenrentner der DDR durch das Übergangsgesetz

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

alle ein Einkommen erhalten, weil sie nämlich eine Erwerbsunfähigkeits- beziehungsweise Berufsunfähigkeitsrente haben.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Und wenn man dieses Einkommen hat, kriegt man höchstens Arbeitslosengeld. Man kriegt aber keine Arbeitslosenhilfe mehr, weil man ein Einkommen hat. Demzufolge ist man aus den Zahlen des Arbeitsmarktes raus.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD: Jawohl.)

Auch zu Ihren Zeiten waren die Arbeitslosenzahlen von Behinderten mehr als fade.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Statistik.)

Sie stimmten nicht.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben 25 Prozent mehr Arbeitslose produziert. – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Das war genau das Gleiche, wie Sie es gestern hier sagten, dass der Teich durchschnittlich 50 Zentimeter tief ist.

(Harry Glawe, CDU: Innerhalb von zwei Jahren, innerhalb von zwei Jahren!)

Ja, ganz genau, weil wir jetzt das Jahr 2001 haben und demzufolge die Überleitungsgesetze nicht mehr gelten.

(Harry Glawe, CDU:
Und die ist Landesvorsitzende!)

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Müller, Sie müssen langsam zum Ende kommen. Die Zeit ist abgelaufen.

Irene Müller, PDS: Ja, die rote Lampe ist barriereunfreundlich.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Annegrit Koburger, PDS)

Zum Punkt acht sage ich nichts mehr.

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Müller, ich bitte Sie wirklich zum Schluss zu kommen.

Irene Müller, PDS: Ja, ich mach' ja schon.

Der Punkt acht ist der letzte Begründungspunkt der CDU. Dazu sage ich nichts mehr, das hat Frau Bunge schon getan. Demzufolge ist der Beschluss nicht mehr gegenwärtig für uns. Einige Punkte sind erledigt, der Rest ist nicht so ganz kompetent. Deswegen lehnen wir den Beschluss ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
PDS und Dr. Margret Seemann, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1931. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten
der CDU: Zählen, zählen!)

Wir wiederholen die Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen wünscht,

(Lutz Brauer, CDU: Ja, Frau Keler, lassen Sie den Arm ruhig oben. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. –

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Ganz klar! Sieger nach Punkten!)

Enthaltungen? –

(Martin Brick, CDU: Noch mal!)

Nee, nee. Ich habe gezählt. 15 zu 17 ist das Abstimmungsverhältnis. Insofern ist der Antrag abgelehnt worden.

(Lorenz Caffier, CDU: Was? –
Harry Glawe, CDU: Da müssen wir noch mal jeden durchzählen. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Da bin ich mir aber nicht so sicher.)

Beanstandet jemand die Zählung? Wir können gerne noch ein paar Mal zählen. Wird beanstandet?

(Harry Glawe, CDU: Wir vertrauen Ihnen, Herr Präsident.)

Bitte?

(Harry Glawe, CDU: Wir vertrauen Ihnen.)

Gut, ich danke für das Vertrauen.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Zivilprozessreform, auf Drucksache 3/1932.

Antrag der Fraktion der CDU: Zivilprozessreform – Drucksache 3/1932 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Born. Und geben Sie Herrn Born Platz zum Reden, etwas Ruhe.

(Angelika Gramkow, PDS:
Also Platz hat er genug.)

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung eine umfassende Justizreform zum Ziel gesetzt. Die Reform soll schrittweise durchgeführt werden. Am Anfang soll danach die Reform des Zivilprozesses stehen.

Nun haben wir mit Justizreformen in diesem Land ja so unsere eigenen Erfahrungen. Es ist noch gar nicht allzu lange her, als in diesem Land mit großen Ankündigungen eine Strukturreform in Gang gesetzt wurde und, soweit sie den Bereich der Justiz betraf, zu umfangreichen Änderungen führte. Es wurde uns damals in Aussicht gestellt, das alles diene dazu, um Kosten zu sparen, um die Justiz und die Gerichtsverfahren bürgernäher zu gestalten.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Glocke des Präsidenten)

Nun, wenn man das jetzt mit einigem zeitlichen Abstand mal ganz kritisch sich ansieht, dann wird man sehr schnell feststellen, dass von diesen sehr optimistischen Ankündigungen leider nicht sehr viel geblieben ist.

Die Verfahrensdauer hat sich natürlich nicht verkürzt, die Bürgernähe ist nicht eingetreten, sondern, im Gegenteil, da die Entfernung zu vielen Gerichten eben größer geworden ist, ist klar, dass die Bürger weitere Wege zurückzulegen haben. Und das, was im Vordergrund stand, nämlich Kosteneinsparungen, wenn Sie sich das genau anschauen, werden Sie auch feststellen, das Gegenteil ist der Fall.

Die Zivilprozessordnung stammt in ihrer Ursprungsfassung aus dem Jahre 1877. Und, völlig unstrittig, alle, die sich einmal ein bisschen damit befassen haben, werden es bestätigen, es ist diese Zivilprozessordnung eine der großen kodifikatorischen Leistungen eines deutschen Gesetzgebers, eine Prozessordnung, die noch heute auch an internationalen Maßstäben gemessen als vorbildlich angesehen werden kann. Natürlich muss man auch sagen, so alt die Zivilprozessordnung ist, so alt sind die Bemühungen um eine Reform. Das kann bei einer Materie, die für denjenigen, der damit in Berührung kommt, oftmals bis hin zur existenziellen Bedeutung geht, auch kaum anders sein. Aber ich habe bewusst eben auf das Datum des In-Kraft-Tretens der Zivilprozessordnung hingewiesen, um auch deutlich zu machen, dass, wenn man sich eine Reform dieser Prozessordnung vornimmt, man dann besonders sorgfältig vorgehen muss und dass das auf keinen Fall dadurch ersetzt werden darf, das sorgfältige Vorgehen, dass man sich Ansprüche auf die Fahnen schreibt, die eigentlich völlig an der Materie vorbeigehen.

Natürlich, die Eingangs- und Erledigungszahlen der Amts- und Landgerichte und auch des Oberlandesgerichts bei uns im Land Mecklenburg-Vorpommern sind, was die Durchschnitzzahlen angeht, ganz passabel, aber, das lässt sich gar nicht bestreiten, manche Verfahren dauern für die Betroffenen schlicht zu lang. Und hier gilt natürlich auch, dass gutes Recht schnelles Recht sein muss. Aber wenn man zu lange Verfahrensdauern im Einzelfall beklagt, dann muss man schon sehr sorgfältig analysieren, warum dauern diese Verfahren so lange. Und dann kommt man sehr schnell zu dem Ergebnis, dass all dieses, was hier mit dem Reformvorhaben angestrebt wird, keineswegs dazu angetan ist, die Zivilprozesse bürgerfreundlicher zu gestalten und zu einem schnelleren, verlässlichen und guten Recht zu führen.

Seit etwas mehr als einem Jahr ist die geplante Zivilprozessreform in der rechtspolitischen Debatte und sie droht nun gegen die überwältigende Mehrheit der Fachwelt von der rot-grünen Bundesregierung durchgezogen, besser wäre es wohl zu sagen, durchgeprügelt zu werden. Obwohl bereits der Referentenentwurf der Bundesjustizministerin auf einhellige Ablehnung gestoßen ist, haben die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, instrumentalisiert von der Bundesjustizministerin, im Juli vergangenen Jahres einen nur geringfügig veränderten Gesetzentwurf zur Zivilprozessordnung in den Bundestag eingebracht, dem ein paar Monate später, nämlich am 1. Dezember 2000, ein nahezu identischer Entwurf der Bundesregierung in den Bundestag folgte, und das, obwohl die Richterschaft in Mecklenburg-Vorpommern, ja, in Deutschland insgesamt diese Reform der Zivilprozessordnung nachdrücklich ablehnt, ebenso wie nahezu die gesamte Anwaltschaft. Dies übrigens ist auch eine Besonderheit. Da gehört schon sehr viel zu, dass man beide großen Berufsgruppen so gegen sich aufbringt. Normalerweise ist meistens eine der beiden ganz zufrieden, wenn es um Änderungsvorschläge geht. Das ist auch nicht verwunderlich, da die eine Berufsgruppe zuerst

daran denkt, wie sie die Dinge schneller erledigen kann, und die andere möglicherweise auch das eigene Einkommen mit im Hinterkopf haben dürfte. Deshalb, man muss sich das schon auf der Zunge zergehen lassen, dass sowohl die Richterschaft als auch die Anwaltschaft einen solchen Reformansatz schon nachdrücklich ablehnen.

Und auch die gesamte Rechtswissenschaft lehnt diese Reform ab. Der 63. Deutsche Juristentag in Leipzig hat sich klar gegen diese Reform ausgesprochen. Die Wirtschaft und die Verbraucherverbände lehnen diese Reform ab – auch eine bemerkenswerte Konstellation! Und, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der halblinken Seite, es wird Sie vielleicht überraschen, dass die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen auch nicht für diese Reform ist. Mich überrascht es nicht, weil in dieser Arbeitsgemeinschaft eben auch Fachleute zusammengeschlossen sind, die einmal, wenn Sie sich das genau angucken, ohne die parteipolitische Brille, schlicht zu dem Ergebnis kommen müssen, dass diese Reform in keiner Weise dem Rechtsstaat dienlich ist.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Nun verschweigen Sie aber die Hälfte.)

Bitte?

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Nun verschweigen Sie aber die Hälfte, Herr Born.)

Dann können Sie ja die andere gleich hinzufügen und dann gucken wir mal, ob es dann besser wird.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Beckmann, CDU)

Der Bundesrat hat am 10. November 2000 im Rahmen der Stellungnahme gemäß Artikel 76 Absatz 2 Grundgesetz den Entwurf der Bundesregierung abgelehnt und genau die Punkte, die in unserem Antrag in den Ziffern 2 bis 11 formuliert sind, bemängelt und die Bundesregierung zur Streichung dieser Bestimmungen aus ihrem Gesetzentwurf aufgefordert. Ich bitte Sie herzlich, die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, sich diese Punkte 2 bis 11 anzusehen. Sie entsprechen, wie gesagt, dem, was der Bundesrat auch als streichnotwendig ansieht.

Sie können jetzt natürlich sagen, die Bundesratsentscheidung war nicht einstimmig, immerhin habe es Änderungsanträge einiger Bundesländer gegeben, woran sich das Land Mecklenburg-Vorpommern auch beteiligt habe, die eine ZPO-Reform im Grundsatz bejahen, aber noch mal im Detail eine Nachbesserung der Bundesregierung anmahnen. Aber sagen Sie bitte mal ganz ehrlich, das war doch auch keine Zustimmung zur Reform, verehrter Herr Justizminister, sondern lediglich der Versuch der SPD-regierten Länder, sich geschickt aus der Affäre zu ziehen, um nicht offen gegen die Bundesjustizministerin Frau Däubler-Gmelin und ihren Gesetzentwurf stimmen zu müssen. Oder sehen Sie das etwa anders? Jetzt müsste ich eigentlich den Arbeits- und Bauminister fragen, denn der war derjenige, der in dieser Bundesratssitzung das Land Mecklenburg-Vorpommern vertreten hat. Das ist insofern bemerkenswert, weil Sie, wenn Sie sich die Bundesratsdebatte einmal angucken und sich den erlauchten Rednerkreis dort zu Gemüte führen, feststellen werden, dass sich zumeist sogar die Regierungschefs persönlich zu dieser Reform, und zwar mehr oder weniger durchweg kritisch geäußert haben. Und das zeigt eben auch die Bedeutung dieser geplanten Reform, aber auch die Bedeutung des Zivilprozesses für unser rechtsstaatliches Zusammenleben.

Aber wenn diese Landesregierung die Ablehnung schon zum Ausdruck bringen wollte, dann hätte sie besser noch die Finanzministerin Frau Keler in der Bundesratssitzung rotieren lassen sollen, denn unsere Finanzministerin hat allen Grund, diese Reform abzulehnen. Die geplante Zivilprozessreform bedeutet für die Justizhaushalte der Länder eine Mehrbelastung mit immensen Kosten.

(Ministerin Sigrid Keler: Das haben wir doch auch gemacht.)

Jaja, ich habe ja gesagt, wenn man das ganz offen ablehnen will im Bundesrat, wäre das noch besser gewesen, weil natürlich die zusätzlichen Kosten, wenn man sie nur mal ganz kurz hier ansprechen will, ein entscheidender, wenn auch keineswegs der einzige Kritikpunkt bei dem ganzen Reformvorhaben sind. Allein durch die Zuweisung der landgerichtlichen Berufung an die Oberlandesgerichte entstehen erhebliche finanzielle Mehrbelastungen. Damit die Oberlandesgerichte die zusätzliche Arbeit – immerhin gab es in Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 1999 an den Landgerichten 1.737 Eingänge an Berufungsverfahren, dagegen beim Oberlandesgericht nur 1.320 Berufungseingänge – schaffen können, müssen die bei den Landgerichten eingesetzten Berufsrichter an die Oberlandesgerichte versetzt werden, was Stellenhebungen voraussetzt, ganz zu schweigen von dem anfallenden Trennungsgeld und eventuellen Umzugskosten. Darüber hinaus wird durch die Vertiefung der Tatsachefeststellungen in erstinstanzlichen Verfahren der Personaleinsatz intensiver. Hinzu kommen bei uns in unserem großflächigen Land auf jeden Fall erhöhte Prozesskostenhilfeausgaben wegen der weiteren Entfernung zum Oberlandesgericht Rostock.

Und, meine Damen und Herren, wie diese Mehrkosten finanziert werden sollen, ist für das Land natürlich völlig ungeklärt. Für den Bund ist es geklärt. Der sagt schlicht und einfach, Mehrkosten sind im Einzelnen nicht feststellbar und wenn, dann müssen sie selbstverständlich die Länder tragen. Ja, es heißt im Gesetzentwurf der Bundesregierung, „das Gesetz führt zu keinen zusätzlichen Belastungen der Haushalte von Bund und Ländern“. Ende des Zitats! Das heißt im Klartext, die Bundesregierung sieht sich in keinerlei Verantwortung, sich an den Mehrkosten zu beteiligen, die ausschließlich bei den Ländern entstehen.

Und dass der Arbeitsminister die ZPO-Reform – ich hoffe, er hat sich damit auseinander gesetzt – möglicherweise aus einem ganz anderen und gar nicht so negativ gefärbten Blickwinkel sehen könnte, wäre aus zwei Gründen einleuchtend: Erstens könnten und müssten mehr Richter eingestellt werden, um den Mehraufwand zu bewältigen. Wenn man das nicht will, dann führt das zwangsläufig zu einer erheblichen Verzögerung der Verfahren. Und zweitens könnten und müssten Sie in Rostock ein neues und größeres Oberlandesgericht bauen, denn das soll nach den Plänen der Bundesregierung allein zuständig für Berufungs- und Beschwerdeverfahren werden, also auch für die Berufungen und Beschwerden gegen die Urteile der Amtsgerichte, für die bisher außer bei den Familiensachen die Landgerichte zuständig sind. Aber ich weiß nicht, ob das von denjenigen, die das alles befürworten, auch bis zu Ende durchdacht wurde.

Hier in Schwerin würde beispielsweise weniger Platz für die Zivilgerichtsbarkeit beim Landgericht benötigt wer-

den. Der frei werdende Platz könnte möglicherweise gut vom Justizministerium mitgenutzt werden. Doch was passiert dann mit dem geplanten Neubau des Justizministeriums für 20 Millionen DM? 500.000 DM sind es allein in diesem Jahr, die im Haushalt eingestellt sind. Was wäre, wenn die Zivilprozessreform in der jetzigen Form zur Realität werden würde? Es wäre schon ein finanzielles Desaster! Aber, meine Damen und Herren, was da in Berlin entschieden würde, müssten wir hier im Land ausbaden. Und ich glaube, das ist den meisten hier noch gar nicht richtig bewusst geworden. Sicher, die Reform des Zivilprozessrechts ist Bundesrecht, aber in erster Linie und fast ausschließlich sind die Länder davon betroffen, ja aber noch mehr die Recht suchenden Bürger, was letztlich das Entscheidende ist.

Was das Verhalten der Bundesregierung gegenüber den Ländern angeht, so ist dieses langsam bestürzend. Natürlich gibt es immer wieder gegensätzliche Interessen. Dass aber eine Regierung ein Reformvorhaben durchziehen will, das auf den Widerstand aller Justizminister stößt – Herr Minister Sellering, ich bin wirklich gespannt, ob Sie nachher dieser Reform dann doch positive Züge abgewinnen wollen gegen den Widerstand der Landesjustizminister, ich habe bisher aus keinem Land gehört, dass es dem jetzigen Reformvorhaben in der geltenden Fassung zustimmen könnte –, ist wirklich erschreckend! Auf die Interessen der Länder wird hier keine Rücksicht genommen. Es wird versucht, sie einzukaufen. Nun, ich brauche nicht an das anrühige Verfahren bei der Steuerreform zu erinnern.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was heißt hier anrühig, Herr Dr. Born? Alles sehr nützlich für das Land.)

Es dürfte allen noch plastisch im Gedächtnis sein, insbesondere Ihnen, verehrte Abgeordnete von der PDS. Herr Dr. Schoenenburg, Ihnen ist das ganz besonders gut in Erinnerung, denke ich.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, das stimmt wohl wirklich. Deshalb ist es eben auch nicht anrühig.)

Ich möchte Sie nur eindringlich davor ...

(Ministerin Sigrid Keler: Das hat Sie getroffen.)

Nein, nein. Herr Dr. Schoenenburg bereichert nur immer durch seine Zwischenrufe die Debatte in der Weise, dass man dann gleich auf die Argumente sehr schön eingehen kann.

(Monty Schädel, PDS: Nur nicht zu viel Lob!)

Deshalb sage ich Ihnen, verehrter Dr. Schoenenburg, ich möchte Ihnen nur dringend empfehlen, Sie sollten hier sehr aufpassen, dass Sie bei der Nepper- und Schleppertour von Frau Dr. Däubler-Gmelin – und die Spatzen pfeifen es von den Dächern, dass sie auf Reisen geht, um die Justizminister auf Linie zu bringen – nicht gegen Versprechungen, welcher Art auch immer, nachher als Land Mecklenburg-Vorpommern, dann in Form des Justizministers, klein beigegeben!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, wollen wir doch mal sehen, was sie zu bieten hat!)

Sie haben als Erstes ...

Ja, was sie zu bieten hat, steht ja in diesem Reformgesetzentwurf, und das ist sehr erschreckend, was sie zu bieten hat,

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na, das kann es ja noch nicht sein.)

ganz egal, was sie dann noch dazupacken will!

... Landesinteressen zu wahren und nicht ausschließ-
lich darauf zu schielen, ob die gute Wetterstimmung nach
Berlin anhält.

(Ministerin Sigrid Keler: Sehr richtig.)

Vielen Dank, dass von der Regierungsbank die Bestäti-
gung kommt, obwohl von dort ja eigentlich nichts nach
vorne dringen sollte.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na ja, das Wet-
ter muss in Vorpommern gut sein, nicht in Berlin.)

Aber trotzdem, in diesem Fall sage ich es, damit es das
Hohe Haus auch hört. Die Finanzministerin hat gesagt,
sehr richtig.

Bei der Entscheidung über die Schließung der Bundes-
wehrstandorte haben Sie es doch eindeutig gesehen,
über unsere Probleme vor Ort müssen wir uns hier selber
kümmern. In Berlin hat man dafür kein Verständnis. Und
dass Sie sich um die Probleme im Land zu kümmern
haben, sind Sie schließlich und nicht zuletzt auch den Bür-
gern in diesem Lande schuldig.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber,
Herr Dr. Born, das wissen wir doch.)

Und hier sind wir bei einem weiteren Reizwort der Zivil-
prozessreform. Die schreibt sich auf die Fahnen, dass sie
mehr Bürgernähe vermitteln will. Aber bitte schön, was
soll die geplante Zivilprozessreform mit mehr Bürgernähe
zu tun haben? Nehmen wir allein die räumliche Kompo-
nente. Wenn jemand beispielsweise von der Insel Rügen
ein aus seiner Sicht falsches Urteil des Amtsgerichts Ber-
gen erhalten hat, dann müsste er künftig, will er dagegen
Berufung einlegen, Frau Kollegin Skrzepski, in der höhe-
ren Instanz zur mündlichen Verhandlung nach Rostock
zum Oberlandesgericht,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Nein, das wird nicht sein.)

statt wie bisher zwar auch aufs Festland, aber nur nach
Stralsund zum Landgericht zu fahren.

(Unruhe bei Gesine Skrzepski, CDU)

Ich will jetzt nicht noch entferntere Orte und noch
abstrusere, aber dann sehr wirklichkeitsnahe Beispiele
aufzählen. Sie wissen ja hoffentlich, wie groß das Land
Mecklenburg-Vorpommern ist!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na ja.)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir
wollen mit dem Antrag vor allem verhindern, dass hier eine
Entwicklung begonnen wird, die wir, wenn wir jetzt nicht
aufpassen, später nicht mehr stoppen können, so dass
wir dann mit den Konsequenzen leben müssen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Eine
Konzentration der Gerichte haben Sie ja
schon organisiert in den vergangenen Jahren.)

Statt mehr Bürgernähe ...

Ja, ich ja nicht, das wissen Sie ja!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Da waren Sie mit dabei.)

Nein, nein, Sie wissen ja ganz genau,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie haben
die notwendige Mehrheit beschafft.)

Sie wissen ja ganz genau, was ich hierzu in der Ersten
Lesung gesagt habe. Und ich habe ja vorhin eingangs, als
Sie leider nicht da waren, darauf hingewiesen, dass leider
das alles eingetreten ist, was wir damals prophezeit
haben,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was
wir gesagt haben! Was wir gesagt haben!)

dass das alles teurer geworden ist und nicht billiger!
Aber ich kann das jetzt nicht wiederholen, nur weil Sie
etwas später gekommen sind, sonst geht's von meiner
Redezeit ab.

Aber, meine Damen und Herren, diese ZPO-Novelle,
die hier in Gang gesetzt werden soll, bringt nicht mehr
Bürgernähe, sondern mehr Bürgerferne. Das Verfahren für
Normalbürger wird kaum noch nachvollziehbar. Auf
Kosten materieller Gerechtigkeit wird es um formalisierte
vordergründige Rechtssicherheit gehen. Die mündliche
Verhandlung, die ein wesentliches Element der Rechtsbe-
friedung von Prozessen ist, wird weiter zurückgedrängt.
Nicht nur die Ferne zu den Gerichten wird mehr Bürger-
ferne bedeuten, sondern vor allen Dingen auch die Entfer-
nung zum Zivilprozess aus der Sicht des ganz normalen
Recht suchenden Bürgers. Die Ausweitung des Einzel-
richterprinzips ist schlicht falsch. Wer sich einmal mit der
Praxis befasst, wird dem kaum widersprechen können.

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines
zum Schluss sagen, da werden Sie hoffentlich alle mit mir
übereinstimmen: Der Vorteil unserer Ausschussberatun-
gen gegenüber so manchen Plenardebatten besteht ja
gerade darin – und das gilt ja eigentlich fraktionsübergrei-
fend hier als Allgemeingut –, dass in den Ausschussbera-
tungen doch gelegentlich, manchmal überwiegend, in
manchen Ausschüssen sogar hauptsächlich sachlich
beraten wird, die Auseinandersetzungen sehr schnell zum
Kern der Sache führen und man dann auch tatsächlich
sich kritisch mit Gesetzentwürfen auseinander setzt. Und
deshalb – das ist im Bundesrat nicht nur nicht anders,
sondern eher noch stärker der Fall als bei uns im Landtag
von Mecklenburg-Vorpommern – lassen Sie mich aus den
Empfehlungen des federführenden Rechtsausschusses
des Bundesrates zitieren, die er zu dieser Gesetzesnovel-
le an den Bundesrat gerichtet hat, die Gegenstand unse-
res heutigen Antrages ist. Ich zitiere aus dem Beginn der
Empfehlungen:

„Erstens. Für die vom Entwurf angestrebte tiefgreifende
Umstrukturierung des Zivilprozesses besteht kein Bedürf-
nis. Das Reformgesetz würde mit negativer Wirkung in ein
insgesamt gesehen gut funktionierendes Prozessrechts-
system eingreifen, in dem die vorhandenen und nicht ver-
mehrten Personalkapazitäten sehr effektiv eingesetzt
sind. Die vorgesehene Konzeption würde die Leistungs-
fähigkeit des Zivilprozesses schwächen. Die Ziele der
Bürgernähe, Transparenz und Effizienz, würden weitge-
hend verfehlt. Eine grundlegende Stärkung der ersten
Instanz und dabei insbesondere der Amtsgerichte ließe
sich mit dem vorhandenen Personal nicht erreichen. Die
Kosten einer zur Verwirklichung der Zielsetzungen des
Entwurfs erforderlichen Verstärkung der Amts- und Ober-
landesgerichte wären angesichts der Lage der öffentli-
chen Haushalte nicht verkraftbar.“ So weit das Zitat.

Und, meine Damen und Herren, wenn Sie sich das dann insgesamt ansehen, was der Rechtsausschuss des Bundesrates hierzu gesagt hat, das Urteil könnte vernichtender nicht sein! Und wie gesagt: Das sind die Experten der deutschen Bundesländer, die in erster Linie dann ein solches Gesetz nachher handhaben und umsetzen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das hohe Gut des Rechts ist zu wertvoll und zu kostbar, als dass es auf dem Altar ehrgeiziger, ideologisch verbohrrter Reformeiferer geopfert werden darf. Ein bisschen von der Gesetzgebungskunst, der Gesetzgebungsmütter und -väter aus dem Jahre 1877, nur ein bisschen davon, und der Spuk dieser ganzen ZPO-Novelle ist beendet! Ich hoffe sehr, meine Damen und Herren, dass hier die Einsicht in diesem Hohen Hause groß genug ist, um jetzt und rechtzeitig gegen dieses verfehlte Reformvorhaben auf Bundesebene anzugehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Justizminister Herr Selling. Bitte sehr, Herr Minister Selling.

Minister Erwin Selling: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Reform des Zivilprozesses, die vorgeschlagen worden ist, ist etwas, das seit 20 Jahren, vielleicht seit 30 Jahren von allen Seiten übereinstimmend gefordert worden ist. Die Probleme bei derartigen Reformen treten selbstverständlich immer dann auf, wenn konkret etwas vorliegt, weil dann plötzlich jeder zurückweicht und sagt: Nein, diesen Teil habe ich nicht gewollt.

Niemand kann, glaube ich, ernsthaft bezweifeln, dass es sinnvoll ist, unseren Zivilprozess zu verbessern, in Richtung auf schnellere Verfahren, schnelleren Rechtsfrieden, in Richtung darauf, mehr Bürgernähe zu schaffen. Ich denke, in diesen Zielen sind wir uns einig. Die Frage ist dann natürlich, wenn man weiß, dass dieser Zivilprozess, der, wie Sie richtig vorgetragen haben, ja schon lange nach diesen Regeln abläuft: Wie kann man diesen Zivilprozess verbessern?

Es handelt sich beim Zivilprozess um ein sehr kompliziertes, ich will mal sagen, Räderwerk, wo verschiedenste Elemente ineinander greifen. Und wenn ich jetzt versuchen will, ein besseres Ergebnis zu erreichen, muss ich an den verschiedenen Rädern hier einen Zacken, dort zwei, vielleicht da drei weiterdrehen. Und dann entsteht ein Gesamtwerk. Vielleicht kann man es ja auch mit einem Mosaik vergleichen. Das Wichtigste ist, dass wir nicht an der einen Stelle überdrehen und an der anderen Stelle zu wenig tun, sondern wir müssen ein Gesamtwerk schaffen. Das ist sehr schwer, weil das wirklich eine komplizierte Materie ist. Deshalb ist es wichtig, dass man sich austauscht, dass man Argumente hört, dass man auch Interessenvertreter – das müssen wir auch ganz klar sagen, am Zivilprozess sind ja auch verschiedene Interessengruppen beteiligt, die ihre Interessen durchsetzen wollen – hört. Deshalb kann es bei so einem Reformwerk nur darum gehen, dass jemand einen vernünftigen Entwurf macht, und dass dann dazu sehr sorgfältig Experten gehört wer-

den und darüber diskutiert wird. Das passiert seit nahezu zwei Jahren in der Bundesrepublik Deutschland und wir nehmen selbstverständlich als Land Mecklenburg-Vorpommern an diesem Diskussionsprozess teil.

Das Justizministerium hat sich mit den verschiedenen Vorschlägen lange befasst, hat dazu Stellungnahmen abgegeben. Selbstverständlich – ich glaube, das leuchtet jedem ein, wenn Sie dieses Bild von dem Räderwerk sehen – kann es nicht so sein, dass, wenn eine Reform vorgelegt wird, auch wir als Land sagen: Jawohl, das ist in allen Punkten richtig. Sondern selbstverständlich beschäftigen wir uns auch damit und sagen, in diesem Bereich sind vielleicht Landesinteressen berührt, in diesem Teil müssen wir vielleicht überlegen, dass wir nicht zu weit gehen. In dem anderen Teil wollen wir vielleicht weiter gehen. Diese Dinge bringen wir selbstverständlich in den Diskussionsprozess ein. Aber, keine Frage, hinter der Zielrichtung und hinter den Intentionen dieser Reform steht diese Landesregierung, stehe ich auch persönlich. Es ist unbedingt nötig, dass wir alle Chancen nutzen in einem eigentlich immer währenden Prozess, dass wir den Zugang der Bürger zu den Gerichten verbessern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Ein ganz wichtiger Punkt ist doch der zu überlegen – das ist das Hauptziel der Reform –, die erste Instanz zu stärken. In meinen Gesprächen, in Diskussionen höre ich immer wieder, dass wenig Verständnis dafür herrscht, dass man in der ersten Instanz nach fünf, sechs Monaten ein Urteil bekommt, es dann noch in die zweite Instanz geht und dann vielleicht anders entschieden wird. Da lohnt es sich doch, darüber nachzudenken, wie wir die erste Instanz so stärken können, dass wir vielleicht in der Mehrzahl der Fälle schon durch das Urteil der ersten Instanz Rechtsfrieden herstellen. Wir würden sehr viel an Zeit gewinnen.

Auf diese Überlegungen ist sehr viel an Kreativität verwandt worden und wir haben einzelne Elemente in die Reform eingebracht, zum Beispiel auch die Frage, dass ja der Zivilprozess, anders als andere Prozessarten, dadurch gekennzeichnet ist, dass der Prozess von zwei Parteien betrieben wird und der Richter mehr so ein Schiedsrichter ist, dass er selbst nicht eingreift, keine Hinweise gibt. Und da höre ich in meinen Diskussionen im Land von Unternehmern, von Handwerkern, dass man sagt, da muss eigentlich der Richter auch ein bisschen mehr Verantwortung zeigen, ein Stückchen mehr helfen. Deshalb sind in der Reform Hinweispflichten verankert, deshalb ist in der Reform eine sehr frühe Güteverhandlung verankert – alles positive Dinge.

Aus Sicht des Landes ist es problematisch, wenn wir über Bürgernähe sprechen, da haben Sie völlig Recht. Wir sind ein großes Flächenland, dünn besiedelt. Wenn wir sämtliche Berufungen an das OLG geben würden, dann müssten in der Tat alle Bürger im Berufungsfalle nach Rostock fahren. Das ist nur ein Teil der Reform. Wenn die Reform es erreicht, dass wir die Zahl der Berufungen ganz erheblich absenken, dass wir in der zweiten Instanz nur noch Rechtsfragen haben, dann muss eigentlich auch kein Bürger mehr reisen. Auch diese Überlegung muss man anstellen.

Insgesamt und unterm Strich muss ich sagen: Es ist ein schwieriger Prozess, in dem man sich austauschen muss, in dem ich als Justizminister in vielen Diskussionen, auch

mit der Bundesjustizministerin, mit den anderen Kollegen, unseren Standpunkt darlege und versuche zu erreichen, dass man zu Kompromissen kommt. Da sind wir auf einem guten Wege.

Hier will ich mal einen Strich machen. Das ist die Darlegung, wie ich die Reform sehe, wie ich die Handlungsweise der Landesregierung sehe. Und wenn ich dann zurückkomme, wir reden ja heute über einen konkreten Antrag, dann muss ich mich fragen, was soll dieser Antrag? Wenn Sie beantragt hätten, dass sich die Landesregierung um diese Reform ausgiebig kümmert, sich damit auseinander setzt und versucht, in allen Gremien so Stellung zu nehmen, dass die Interessen des Landes gewahrt werden, dann könnten wir sagen, das ist obsolet, das tun wir. Sie machen aber etwas anderes. Sie haben einen Antrag gestellt, der zwölf verschiedene Elemente der Reform aufführt. Das sieht aus wie eine sachliche Auseinandersetzung mit jedem einzelnen Punkt der Reform.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das sieht aber nur so aus.)

Das sieht aber nur so aus.

Das ist eigentlich nur eine Ablehnung in Bausch und Bogen. Das finde ich ein bisschen schade und ein bisschen schwach.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Sehr dünn.)

Und dann muss ich ganz ehrlich sagen, Herr Dr. Born, fahren Sie denn nicht durchs Land? Reden Sie nicht mit Unternehmern, mit Handwerkern und diskutieren mit denen darüber, welche Erfahrungen die vorgelegt haben? Da ergibt sich in jedem einzelnen Gespräch, dass Sie konkrete Vorschläge kriegen, wo etwas verbessert werden kann.

Ich hätte mir gewünscht, dass auch in Ihrem Antrag das zum Ausdruck kommt, was zugegebenermaßen in Ihrer Rede zum Ausdruck kam an mehreren Stellen, dass Sie nämlich an einem sachlichen Dialog interessiert sind. Nur in dem Augenblick, wo Sie Schluss machen und sagen, jedes Element, das auch nur denkbar ist, jedes Zahnrad, da soll überhaupt nichts angefasst werden, es soll alles bleiben wie 1877,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

da können wir nur sagen, das geht so nicht.

(Angelika Gramkow, PDS: Nicht
wie in Mecklenburg-Vorpommern.)

Sie haben jeden einzelnen Punkt abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Okay.

Das finde ich also nicht so überzeugend.

Ich muss aber ganz deutlich sagen, das Anliegen, das in Ihrer Rede deutlich geworden ist, nehme ich auf. Ich hoffe, ich habe Ihnen mitteilen können, dass dieses Anliegen auch bei mir gut aufgehoben ist. Dem Antrag, denke ich, dem wird man natürlich nicht zustimmen können, sondern dann wäre es interessanter gewesen, wenn Sie an dem einen oder anderen Element deutlich gemacht hätten, hier wollen wir mehr, hier wollen wir weniger. Denn

es ist keine Reform, die man in Bausch und Bogen ablehnen kann, sondern es ist eine, mit der man sich ernsthaft auseinander setzen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Neumann von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Neumann.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wieder eine Jungferrede.)

Karsten Neumann, PDS: Die dritte!

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Überschrift „Zivilprozessreform“ liegt uns ein Antrag vor, der das ganze Gegenteil enthält. „Keine Zivilprozessreform“ ist der Inhalt des Antrages und hätte auch darüber stehen sollen. Sicher, über Geschmacksfragen lässt sich bekanntlich trefflich streiten. Dass aber die CDU uns die Annahme eines Reformverhinderungsantrages zumutet, ist einfach schlechter Stil,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

denn die Quintessenz des Antrages steht bereits im ersten Halbsatz, in dem Sie schlicht und ergreifend formulieren, die Landesregierung möge sich auf allen Ebenen, also oben, unten, vor, zwischen, aber insbesondere im Bundesrat, gegen die beabsichtigte Reform des Zivilprozesses einsetzen.

Die Reform des Zivilprozesses wird kommen, das ist unsere feste Überzeugung. Und sie muss kommen, das ist der Konsens – und nicht erst seit einem Jahr, sondern seit vielen Jahren.

(Beifall Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Ihre Begründung des Antrages enthält eine ziemlich durchsichtige Verkürzung der Tatsachen, wenn dort formuliert wird, dass der im Dezember 1999 vorgelegte Referentenentwurf eine bis heute anhaltende heftige Diskussion über den Reformbedarf und seine Zielstellungen ausgelöst habe. Ganz im Gegenteil, der Gesetzentwurf ist die Antwort der Bundesregierung auf den unstreitigen Reformbedarf einer Zivilprozessordnung des vorletzten Jahrhunderts.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und so recht ernst kann man das in Antragsform gekleidete Ansinnen der CDU denn wohl auch nicht nehmen. Zunächst bedanken wir uns jedenfalls bei der CDU für die Abschrift der Stellungnahme des Bundesrates vom 11. November 2000, die auf einem Beschluss seines Rechtsausschusses beruht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Herr Dr. Born hat das ja umgekehrt dargelegt, also zumindest klang es so, als hätte der Bundesrat den Antrag der CDU-Landtagsfraktion abgeschrieben.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Das kann aber sicherlich niemand nachvollziehen, deshalb wollen wir die Frage offen lassen.

Natürlich hat dieser Beschluss des Rechtsausschusses der CDU gefallen, denn er bringt erst einmal den Fortgang der Reform ins Stottern. Darum vor allem geht es hier.

Sicher, Frau Däubler-Gmelin muss sich etwas einfallen lassen, um die Mehrheit der Länder für die Reform hinter sich zu bekommen.

(Herbert Helmrich, CDU: Ja.)

Unter welchen Voraussetzungen Mecklenburg-Vorpommern diese unterstützen will, hat unser Justizminister hier überzeugend dargestellt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Gerd Böttger, PDS)

Eine Reform nach der Alles-oder-nichts-Methode ist leider nicht zu machen. Dies gehört nicht nur zu den spezifischen Erfahrungen der PDS Mecklenburg-Vorpommern, sondern dürfte auch der CDU nicht unbekannt sein.

Im Übrigen ist der Beschluss im Rechtsausschuss mit der Mehrheit von neun zu sieben Stimmen gefasst worden. Das heißt, die Ablehnung des Reformvorhabens durch die Länder ist nicht so ganz einhellig, wie der Antrag der CDU in der Begründung vorgibt. Aber dennoch scheint das Reformvorhaben angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse nicht ganz so teuflisch und verurteilenswert zu sein, wie es die CDU in ihrem Antrag suggeriert. Der Wahrheit zuliebe hätte die CDU auch erwähnen sollen, dass der Bundesrat in dem Beschluss die Bundesregierung aufgefordert hat, den Entwurf des Reformgesetzes nach bestimmten Maßgaben zu überarbeiten. Er hat nicht gesagt: Ende der Vorstellung, Schluss der Übung.

Die hiesige CDU hat sich in ihrem Antrag keinen Kopf um die Reform gemacht. Sie will auch nicht, dass andere sich damit überhaupt weiter beschäftigen. Sie sagt nur: Die Landesregierung hat den Reformgesetzentwurf im Bundesrat abzulehnen, basta. Ich hätte mir gewünscht, dass der Antrag geschrieben worden wäre, nachdem Herr Dr. Born seine Rede für heute geschrieben hat und nicht umgekehrt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nein zu sagen ist zwar bequem, aber auch unproduktiv.

(Gesine Skrzepski, CDU: Nee, nee!)

Sie sind reformunwillig und reformunfähig. Daher stellt die CDU uns das gleichermaßen unsinnige wie unseriöse Ansinnen, wir, der Landtag, sollen die Regierung dazu nötigen, sie möge im Bundesrat nur einer solchen Reform des Zivilprozesses zustimmen, die die CDU abgesegnet hat, eine Reform, die der CDU passt. Natürlich wird die Koalition hier im Haus und wird die Regierung im Bundesrat einen Teufel tun!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist die Gefahr, dass Sie das tun, einen Teufel tun! –
Gesine Skrzepski, CDU: Oh!)

Einen Punkt hat die Landes-CDU nun allerdings der Abschrift des Bundesratsbeschlusses beigelegt und als Punkt 1 vorangestellt – jetzt weiß ich auch warum, und zwar weil Sie sich dadurch die Zustimmung der Finanzministerin erhofft haben –, nämlich: Die Landesregierung möge das Gesetz vor allem deswegen ablehnen, weil dem Landeshaushalt Mehrkosten entstünden. Nur frage ich mich, bei welchen Gelegenheiten denn die verflochtenen CDU-Minister diese Maxime gegen die Bundesregierung ins Feld geführt haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: So schlecht wie diese Bundesregierung hat sich keine ...)

Beispielsweise hat doch von der hiesigen CDU seinerzeit niemand etwas dagegen gesagt, dass die enormen Kosten der Insolvenzordnung vom Bund einfach den Ländern übergeholfen wurden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

freilich sogar mit dem Versprechen, die Länder würden später dafür im Rahmen der Reform des Zivilprozesses Kompensationen erhalten. Dieses Versprechen war, wie wir gesehen haben, genauso viel beziehungsweise genauso wenig wert, wie seinerzeit ein beliebiges Kanzlerversprechen von Herrn Kohl.

Das Land hat unter der jetzigen Regierung 10 zusätzliche Richterstellen und 30 zusätzliche Rechtspflegerstellen einrichten müssen, von den Fördermitteln für Insolvenzberatung und vom Einspringen des Landes für Verfahrens- und Prozesskosten will ich gar nicht reden. So gesehen ist dieser Punkt 1 des Antrages Heuchelei.

(Wolfgang Riemann, CDU: Na, na, na, na!)

Denn was die Kosten der Reform anbetrifft, so gesehen ist der Punkt 1 – noch mal für Herrn Riemann – Heuchelei pur.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Denn was die Kosten der Reform anbetrifft, so kann wohl niemand heute voraussagen, wie viel Mehrkosten dem Land entstehen werden, auch nicht die CDU! Aber dass die Reform, da sie eben nur als gemeinsames Anliegen von Bund und Ländern funktionieren kann, nicht zum Nulltarif für die Länder zu haben sein wird, kann jeder juristische Laie wenigstens erraten. Und da ist eine pauschale Ablehnung des Gesetzentwurfes wenig hilfreich, wenn man auch zugegebenermaßen die Kostenfrage verhandeln und regeln muss, wie das unser Justizminister hier ja angesprochen hat.

Die in diesem ganzen Prozess entscheidende Frage jedoch, meine Damen und Herren, ist, ob die Länder die Reformschritte wollen oder ob sie keine wollen. Die CDU sagt nein, wie wir dem Antrag entnehmen, wir sagen deutlich ja.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Sicherlich gibt es Kritikpunkte, in denen die Landesregierung noch verhandeln muss, und sie verhandelt. Eine lupenreine Reform gibt es lediglich in Märchenbüchern oder in Parteiprogrammen. Haben Sie jemals eine Justizreform gesehen, meine Damen und Herren, die Berufsvertretungen begrüßt hätte? Da wird zwar pausenlos und völlig zu Recht über Jahre kritisiert, in welcher bedrohlichen Lage sich Justiz und Rechtswesen befinden, soll jedoch nur ein Stückchen von Reform gewagt werden, wird man sofort Heerscharen von Richtern und Advokaten gegen sich haben.

(Gerd Böttger, PDS: So ist es!)

Da stehen plötzlich handfeste, sehr handfeste, das gebe ich zu, Berufs- und Standesinteressen auf der Tagesordnung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehr richtig!)

Und vergessen wird die so bescheidene Einsicht, dass es angezeigt sein könnte, die seit 1877 nahezu unverbrüchlich bestehende Zivilprozessordnung zu reformie-

ren. Herr Dr. Born hat seine Rede beendet mit der Bitte, einen ähnlichen Mut aufzubringen wie die Gesetzgeber des Jahres 1877.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Ich habe von der Gesetzgebungskunst gesprochen, nicht vom Mut. Das ist etwas anderes.)

Ich hoffe, dass wir vor allen Dingen eines von den Gesetzgebern des Jahres 1877 lernen können,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Gesetzgebungskunst.)

nämlich: Wenn man ein Problem hat, muss man sich hinsetzen und es lösen, und nicht jahrzehntelang sagen, wir lösen es nicht. Und das ist der Inhalt des Antrages der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Unser Job als Politiker und auch oder gerade der Juristinnen und Juristen unter diesen ist es nicht, die berufsständische Interessenvertretung ins Parlament zu transportieren. Unsere Sorge hat der Rechtsordnung und dem Rechtsfrieden zu gelten, die zu ihrem Bestand vor allem eines benötigen: das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und ihre Leistungsfähigkeit. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das Recht dem Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Es ist aus unserer Sicht ganz und gar abwegig und geradezu rechtsstaatsfeindlich, wenn sich der Gesetzgeber von Egoisten leiten ließe. Auch die CDU sollte sich dessen enthalten.

Nur beiläufig gesagt, meine Damen und Herren von der CDU: Es ist ja auch nicht so,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wie Sie in der Antragsbegründung behaupten, dass nahezu die gesamte Anwalt- und Richterschaft, Rechtswissenschaftler sowie Wirtschafts- und Verbraucherverbände die Reform in Bausch und Bogen verurteilen.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Bei Herrn Azzola vielleicht.)

Wir haben auch andere Meinungen und Stellungnahmen gelesen.

Wenn Sie Herrn Azzola anführen, dann nenne ich zum Beispiel nur Rupert Scholz, der bekanntlich weder PDS noch SPD noch Staatssekretär in diesem Lande ist.

(Gerd Böttger, PDS: Das wollen wir auch nicht.)

Der Deutsche Richterbund beispielsweise hat am 01.03.2000, also vor einem Jahr, erklärt, dass der Entwurf durchaus eine Reihe akzeptabler Änderungen enthielte, beispielsweise den einheitlichen Berufungs- und Beschwerdezug und den grundsätzlichen Verzicht auf eine zweite Tatsacheninstanz.

Aus den Debatten im Bundestag vom Juli und Dezember vorigen Jahres werden Sie ersehen, dass beispielsweise die Herren Schmidt-Jortzig und Rupert Scholz dem Anliegen der Reform durchaus offener gegenüberstehen als die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion im Bund und die Mehrheit der CDU-Fraktion in diesem Land.

Und schließlich, meine Damen und Herren von der CDU, will ich Sie noch auf das Gutachten der Sachver-

ständigenkommission „Schlanker Staat“ verweisen, in dem beispielsweise folgende bemerkenswerte Sätze stehen: „Das heute sehr differenzierte Rechtsmittelsystem sollte in seiner Gesamtheit überdacht werden. Dabei könnte der Instanzenzug grundsätzlich einheitlich ausgestaltet werden, und zwar mit einer Tatsachen- und mit einer Rechtsmittelinstanz.“ Oder um es in der Kurzfassung eines meiner Lehrer zu sagen: Wir haben heute einen Rechtsmittelstaat und einen Rechtswegestaat. Von Rechtsstaat ist wenig übrig geblieben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Unterzeichnet ist das Gutachten übrigens auch von Professor Rupert Scholz.

Nun, meine Damen und Herren, kaum etwas anderes soll mit der Reform passieren. Es werden einige wenige, allerdings grundlegende Schritte zur Vereinheitlichung des Prozessrechtes gegangen zum dreistufigen Gerichtsaufbau, zu Transparenz und Übersichtlichkeit der Ziviljustiz für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes – übrigens auch unseres Arbeitgebers. Was soll denn daran schädlich sein? Das Einzige, was die PDS vor allem kritisiert, ist, dass diese Schritte noch viel zu zaghaft sind und nicht genügend synchron laufen mit Änderungen im materiellen Recht und in der sächlichen Ausgestaltung der Justiz in den Ländern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir sind beispielsweise durchaus dafür, den Schiedsgerichten größeren Raum zu gewähren, wie es ja inzwischen auch vom Bundesgesetzgeber ermöglicht wurde. Und was ist dagegen zu sagen, wenn Bagatellsachen von Rechtspflegern erledigt würden, um die Amtsgerichte zu entlasten?

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Was soll man dagegen einwenden, wenn das Prozessrecht in Zivil-, Sozial-, Verwaltungs-, Familien- und Finanzsachen einheitlich wäre?

Der Gesetzentwurf ist ein durchaus ernst zu nehmender Versuch einer Änderung der Struktur. Er ist der Anfang einer Strukturreform. Und darum verdient das Gesetz die Unterstützung dieses Landtages und unserer Landesregierung und darum werden die Koalitionsfraktionen Ihren Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, ablehnen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Helmrich von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Helmrich.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An jedem Reformwerk gibt es Einzelpunkte, denen man zustimmen kann, wo hier geworben worden ist, daran gibt es gar keinen Zweifel. Aber das ist nicht eine Ablehnung in Bausch und Bogen. Unsere Ziffern stammen aus der Bundesratsdrucksache vom 02.11.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Na, das haben wir ja schon zitiert.)

Und ich zitiere es noch mal, weil es ja offensichtlich nicht gelesen wird. Und zwar sind sämtliche Punkte aufgeführt von den Sachverständigen der Ministerien, einschließlich der SPD-geführten Justizministerien.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Nein, nein, es ging ja 9 zu 7 aus. 9 zu 7.)

Von den Seiten 8 bis 24 stammen unsere Punkte. Nicht wir haben sie uns ausgedacht, sondern der Bundesrat hat diese Punkte abgelehnt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Die CDU-Mehrheit des Bundesrates. –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das ist doch nicht richtig. Also lesen Sie es nach! Ich kann hier nicht innerhalb von 15 Minuten so ins Detail gehen. Sie können gerne unseren Antrag – da machen wir einen Kompromiss zu unserem Antrag –, wir können gerne den Antrag in den Rechtsausschuss überweisen und uns dann im Detail über die Einzelpunkte unterhalten. Das will ich gerne tun.

Aber zunächst einmal ist es ja doch nicht in erster Linie unsere Ablehnung. Drei Ausschüsse des Bundesrates, der Rechtsausschuss, der Sozialausschuss und der Finanzausschuss, haben das Ding geprüft und kommen zu dem Ergebnis: Ablehnen!

Ich zitiere an einer Stelle, an der Herr Born schon gesagt hat, dass es Geld kostet, diese Bundesratsdrucksache – die Angabe im Vorblatt des Entwurfs, das Gesetz hat ein Vorblatt im Bundestag: „Kosten der öffentlichen Haushalte: Keine.“ Das bewegt sich außerhalb der Realität. Und wenn drei Bundesratsausschüsse zu einem solchen Ergebnis kommen, dann ist das nur unsere Meinung, mit der wir uns dranhängen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das stimmt, aber
ein bisschen Eigenes sollte man auch einbringen.)

Dann, Herr Minister, zu Ihren

(Angelika Gramkow, PDS: Ausführungen.)

Ausführungen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

dass das wohl alles so ganz gut sei. Die Grundannahme des Entwurfs, der Zivilprozess werde mit seiner Verhandlungskultur dem Rechtssuchenden nicht mehr gerecht, ist mit der Wirklichkeit nicht vereinbar. Der Zivilprozess befindet sich in einer insgesamt guten Verfassung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, das
halte ich aber für eine Fehleinschätzung.)

Die Entscheidungen der Gerichte ergehen im Regelfall in angemessener Zeit. Die Verfahren werden in erster Instanz bei Amts- und Landgericht in 4,6 und 6,7 Monaten erledigt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Wir haben
ja wirklich schon ganz andere Töne gehört.)

was sich auch im europäischen Vergleich sehen lassen kann. Außerdem ist die Vergleichsquote bei uns folgendermaßen: Amtsgerichte 32 Prozent, Landgerichte 57 Prozent.

Zu den Kosten ist schon einiges gesagt worden. Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben das mal prüfen lassen. Sie kommen in Zigtausende. Und die Antwort des Justizministeriums und der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf unsere Anfrage lautet: „Die in

dem Gesetzentwurf vorgesehene Konzentration sämtlicher Berufungen und Beschwerden vor dem Oberlandesgericht würde wahrscheinlich Auswirkungen auf den Haushalt in personal- und gebäudewirtschaftlicher Hinsicht nach sich ziehen.“ Darüber ist wohl mit der Finanzministerin schon gesprochen worden und die hat es sicherlich schon abgedeckt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein so vernichtendes Urteil aus dem Bundesrat steht aber zunächst für die Sitzung am 10. November im luftleeren Raum, denn da mussten die Politiker ja handeln. Und sie haben nichts anderes getan, als die Notbremse gezogen, um die Justizministerin nicht im Regen stehen zu lassen. Deshalb haben sie zu diesen Punkten im Einzelnen Stellung genommen.

Aber nicht nur aus den Ministerien kam die Ablehnung. Zu Ihrem Zitat aus dem Richterbund darf ich die 52. Jahrestagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte zitieren, zunächst auf einer Seite ein vernichtendes Urteil im Detail, welches endet: „Die Mängel und Defizite des Entwurfes wiegen so schwer, trotz einzelner Möglichkeiten, dass er trotz einer Reihe positiver Ansätze als Ganzes abgelehnt werden muss. In diesem Ergebnis stimmt die Konferenz aller OLG-Präsidentinnen und -Präsidenten mit der Anwaltschaft überein.“

Und die Stellungnahme des Deutschen Richterbundes ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber die Richterschaft ist nun mal
ein konservatives Volk. Das ist so. –
Barbara Borchardt, PDS: Das ist wohl wahr.)

Da gucken Sie sich mal an, ob in den SPD-geführten Ländern CDU-Präsidenten bei den OLGs sitzen,

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber konservativ sind sie trotzdem.)

da werden Sie aber mit der Lupe suchen müssen.

In der Stellungnahme zum Referentenentwurf Deutscher Richterbund lautet der erste Satz: „Der Deutsche Richterbund lehnt den Referentenentwurf in der vorliegenden Form ab.“ Da müssen Sie dann schon vollständig zitieren. Und bei Details heißt es dann: „Damit sind für den Deutschen Richterbund jedoch unverzichtbare Voraussetzungen für eine Zustimmung nicht gegeben.“ Die Anwaltschaft erspare ich mir, die geht in dieselbe Richtung.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jaja, das ist dieses Beharrungsvermögen. Das ist ja schrecklich.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum tut die Justizministerin sich das an?

Ich darf zunächst sagen, ich kenne aus meiner langen Parlamentsgeschichte nicht einen einzigen Fall eines Reformgesetzes, wo die Opposition außerhalb der Parlamente so viel Zustimmung fand. Da werden Sie mir mit einiger Sicherheit Recht geben. Warum also geht diese Justizministerin dann wie eine Dampfwalze immer weiter?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der
CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Antwort ist relativ einfach. Herr Dr. Born hat es gesagt. Sie ist ange treten und wollte die große Reform. Sie wollte die Dreistufigkeit insbesondere mit der Justizministerin aus Sach-

sen-Anhalt beginnen. Und da sie da schon so viel Gegenwind erfahren hat, hat sie das zunächst mal sein lassen und sagt: Gut, dann mache ich es zunächst einmal hinten herum über die Reform des Prozessrechts. Und dazu braucht sie sämtliche Berufungen beim OLG, sämtliche Berufungen aus Mecklenburg-Vorpommern, von den Amtsgerichten, von den Landgerichten – alle nach Rostock.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Reform ist so gesehen das Trojanische Pferd, mit dem die Justizministerin versucht, heimlich die Dreistufigkeit faktisch zu schaffen, und das sollen wir schlucken.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das wäre doch gar nicht so schlecht.)

Herr Justizminister, wie geht es aber weiter? Die Justizministerin auf Bundesebene läuft Amok. Sie klappert, obwohl sie im Bundesrat und im Bundestag eine Mehrheit hat, seit einigen Wochen die CDU-Justizminister ab. Sie war bei dem Justizminister Weiß in München,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Und werden die dann erschossen, oder was?)

sie war bei dem Justizminister Birkmann in Thüringen, sie hat wohl noch vor sich Herrn Schelter in Brandenburg, Herrn Nolte

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Bei Herrn Nolte auch in Mecklenburg-Vorpommern?)

Herrn Kolbe in Sachsen

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Heitmann!)

und wahrscheinlich auch ihre Kollegin Frau Spoerhase-Eisel aus dem Saarland.

Ich darf Ihnen sagen, dass die CDU-Justizminister gestern beschlossen haben, die Reform zunächst abzulehnen und so lange abzuwarten, bis die SPD-Justizminister und die Ministerin auf Bundesebene einen gemeinsam abgestimmten Entwurf vorlegen.

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Es kam ja vorhin sehr nett: Jaja, das Land handelt ja. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir von der CDU werden, bevor wir noch mal im Detail Stellung nehmen, erst mal abwarten, bis nun tatsächlich die SPD-Minister und die Ministerin auf Bundesebene sich auf einen einheitlichen Entwurf geeinigt haben. Ein solcher liegt ja bisher nicht vor,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

sondern wir haben die weitgehende Ablehnung vom 10. November 2000. Das ist vier Monate her und seitdem wird verhandelt. Aber es gibt nicht nur keine Einigkeit zwischen den SPD-Ministern, sondern seit vorgestern wissen wir, dass nicht einmal die Koalition im Bundestag sich völlig einig ist. Der Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion, mein Stellvertreter im BACDJ, Herr Röttgen, war eingeladen worden zu einem Berichterstattergespräch. Das ist kurzfristig abgesagt worden mit der Begründung, die Koalition habe noch Gesprächsbedarf. Nun müssen sich erst mal die Grünen und die SPD im Bundestag auf einen Text einigen, zu dem dann die Oppositionspartei etwas sagen kann.

(Reinhard Dankert, SPD:
Dann ist Ihr Antrag wohl zu früh.)

Also es gibt nicht mal eine geschlossene Linie bei der Koalition.

Wir stehen hier und ich wiederhole noch mal, wir können gerne, wenn Sie sagen, wir müssen das sowieso ablehnen, den Antrag etwas umändern und sagen: Überweisung an den Rechtsausschuss. Da können wir uns dann im Detail unterhalten. Und ich nenne Ihnen noch einmal die wichtigsten Punkte, die auch in unserem Katalog enthalten sind.

Herr Minister, helfen Sie und bewahren Sie uns erstens vor der Berufungskonzentration in unserem großen Flächenstaat! Ein bisschen schienen Sie in Ihrer Rede sogar dazu zu neigen. Helfen Sie uns, und bewahren Sie uns davor! Das mag in Stadtstaaten gehen, das mag auch beim OLG Braunschweig gehen vom alten Herzogtum Braunschweig, das bloß so groß ist. Aber daneben haben Sie in Niedersachsen dann das OLG Celle, da müssen sie dann von Aurich hin – nicht machbar.

Zweitens. Bewahren Sie uns vor einer Aushöhlung der Rechte in der Berufungsinstanz! Ich brauche das im Detail hier nicht vorzutragen, dazu habe ich in 15 Minuten keine Zeit. Sie wissen, was gemeint ist. Sie können es im Übrigen in der Drucksache des Bundesrates nachlesen. Das ist akkurat auch unsere Begründung.

Drittens. Bewahren Sie uns vor der so weitgehenden Beseitigung des Kammerprinzips und des weitgehenden Übergangs zum Einzelrichter! Wir haben hier bei uns circa 50 Prozent beim Einzelrichter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und deshalb sollten Sie uns auch viertens bewahren vor dem Zwangsgüterverfahren, das Sie hier vorgeschlagen haben. Es ist noch niemand aus dem Gericht gekommen und hat sich beschwert, dass er sich bei diesem Richter nicht hat vergleichen können. Das gibt es gar nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Also wozu denn dann eine Zwangsgüterverhandlung bei Amtsgerichten?! Sie können im Bundesrat nachlesen, welche Gefahren das mit sich bringt und welche Verschleppungen und Verzögerungen das auch noch mit sich bringen kann. Wir haben, und ich habe das schon vorgelesen, 32 Prozent Vergleiche vor Amtsgerichten und man höre: 57 Prozent der Sachen werden bei den Landgerichten verglichen. Warum dann noch ein Zwangsgüterverfahren?

Fünftens. Bewahren Sie uns vor dem angedachten Räderwerk in diesem Konvolut, das zu einer Bürokratisierung des erstinstanzlichen Verfahrens mit Hinweispflichten und Fristsetzungen, mit Notartätigkeit alles aufzuschreiben führt! Bewahren Sie uns davor, wenn es irgend geht! Aber auch da sind wir gerne bereit, im Detail im Rechtsausschuss unsere Auffassung niederzulegen. Meine 15 Minuten sind nämlich in zwei Minuten abgelaufen. Deswegen muss ich zum Schluss kommen. Ich könnte das sonst gerne noch eine Stunde ausdehnen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU, PDS und Minister Dr. Wolfgang Methling –
Heinz Müller, SPD: Keine leeren Versprechungen! – Annegrit Koburger, PDS:
Halten Sie sich an die Redezeiten! –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen den Widerstand – und Herr Born hat das auch schon gesagt – in der gesamten Republik noch mal aufgezählt. Ich prophezeie Ihnen, wenn die SPD dieses Reformgesetz durchsetzt in etwa in der Form, wie es jetzt vorliegt, wird die SPD ihr Image als Rechtsstaatspartei bei den Beteiligten, die was davon verstehen – und das hat Auswirkungen auf die ganze Bevölkerung –, verspielen. Das könnte uns politisch ja nur recht sein, aber wir möchten gerne mit Ihnen gemeinsam Schaden von unserem Gerichtswesen abwenden. Deswegen bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen, ihn hilfsweise zu überweisen an den Rechtsausschuss. Und da können wir uns im Detail unterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin lange genug Anwalt, ich bin lange genug Jurist. Ich bin in der Lage, den Details auf den Grund zu gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Helmrich, ist das „hilfsweise“ ein Antrag?

Herbert Helmrich, CDU: Ich muss, glaube ich, ...

Präsident Hinrich Kuessner: Ich kann ja nicht erst, wenn es abgelehnt ist ...

Herbert Helmrich, CDU: Ich muss das umdrehen. Ich muss sagen: Zunächst ...

Präsident Hinrich Kuessner: Das ist meine Frage.

Herbert Helmrich, CDU: ... Überweisung an den Rechtsausschuss, da die Mehrheit des Hauses das Bedürfnis verspürt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

sich mit uns im Detail über die einzelnen Punkte zu unterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Gut, ich danke Ihnen.

Herbert Helmrich, CDU: Wir können Ihnen dann gerne Nachhilfestunden geben in dem, was alles über diese Reform schon geschrieben worden ist.

Präsident Hinrich Kuessner: Leider ist Ihre Redezeit um und die Nachhilfe kann nur im Ausschuss passieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Herbert Helmrich, CDU: Ja.

Präsident Hinrich Kuessner: Oder auf den Fluren.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Herbert Helmrich, CDU: Wenn die Überweisung nicht stattfindet, dann geben Sie uns zu erkennen, dass Sie unseren Argumenten doch trauen. Dann können Sie es ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Körner von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Körner.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Kassandraruhe des Abgeordneten Helmrich sind verklungen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ob es denn Kassandraruhe sein werden,

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Das sehen wir im Rechtsausschuss.)

das wird die Zukunft zeigen, und darüber werden wir gemeinsam zu befinden haben.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Aber zunächst, meine Damen und Herren, möchte ich die Qualität des Antrages, wie er von der CDU eingebracht wurde auf Drucksache 3/1932, aus der Sicht meiner Fraktion würdigen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Qualität ist gut. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, Herr Born.)

Nicht einmal mit einem Thema der Justizpolitik, Herr Kollege Born, und des neuen Justizministers sind Sie hier und heute auf der Matte erschienen. Sie sind erschienen, um zu erreichen, dass unsere Landesregierung die Zivilprozessreform ablehnt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist Zivilcourage.)

Also das erste Coming-out unserer CDU-Fraktion im Bereich der Justizpolitik seit langer, langer Zeit

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

beschäftigt sich, wenn auch Landesinteressen berührt sind, mit einem bundespolitischen Thema. Zumindest seit dem Sommer 1999, seit Vorlage der Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, hat sich eine intensive Diskussion zu diesem Thema entwickelt. Und nun, über einhalb Jahre später, kommt die CDU getreu dem Motto: Besser spät als Gorbatschow.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind substantielle Ausführungen. Haben Sie keinen Besseren?)

Zumindest seit ich Ende 1998 in diesem Landtag bin, habe ich kaum ein bundespolitisches Thema erlebt, das schon vor Einbringung eines Gesetzentwurfes in den Bundestag seitens der Bundesregierung so offen mit allen Beteiligten in Verbänden diskutiert wurde.

(Herbert Helmrich, CDU: Und
abgelehnt wurde von den Beteiligten.)

Es handelt sich aus meiner Sicht eben nicht um eine im stillen Kämmerlein erarbeitete Reform, sondern um einen offenen Diskussionsprozess,

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Nein, um einen Husarenritt.)

und den werden wir Ihnen nicht verweigern. Dieser Diskussionsprozess steht längst nicht fest,

(Herbert Helmrich, CDU: Bitte um Überweisung.)

aber die Qualität des Antrages der CDU steht auf einem völlig anderen Blatt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Harry Glawe, CDU: Was?! –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist sehr richtig.)

Herr Kollege Born, ich komme nachher noch einmal darauf, was Sie angerichtet haben.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Eines ist auffällig, in der Vergangenheit gab es eine Reihe von Entlastungs-, Beschleunigungs- und Vereinfachungsnovellen der abgewählten CDU-Bundesregierung.

(Jürgen Seidel, CDU: Gott sei Dank!)

Bei keiner dieser Novellen gab es aber eine vergleichbare öffentliche Diskussion.

(Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Das unterscheidet uns voneinander.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Die Novellen waren vernünftig.)

Und eins ist noch auffällig, Herr Born, etliche Gesetze der früheren Bundesregierung haben im Detail versucht zu reformieren. Keine frühere Bundesregierung hat den Mut gehabt, auch nur eine Reform vom Grundsatz her anzufangen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Um diesen Kern einer neuen Justizreform geht es heute und das haben Sie bis heute nicht verstanden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch.)

Sie hängen immer noch am Detail.

Und nun, meine Damen und Herren, ...

(Herbert Helmrich, CDU: Dem Mutigen gehört die Welt, jedoch nur Dumme trauen sich alles. – Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Warten wir es ab, warten wir es ab. Ich rede nicht von allem,

(Heinz Müller, SPD: Ein Kluger bemerkt alles und ein Dummer macht alle Bemerkungen nach.)

ich rede von den Dingen, die anstehen. Wir sind doch hier nicht da, um die Probleme der Welt zu lösen, Kollege Helmrich. Wir sind da, um fachspezifisch zu arbeiten, nicht allgemein abzuheben

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das können Sie ja immer besser.)

und über Gott und die Welt mal hier irgendwo etwas zu verbreiten punktuell, was mit der Realität nichts zu tun hat. Sie haben sich doch bisher jeglichem ernsthaften Gespräch verweigert.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein.)

Wann haben Sie denn dieses Thema im Rechtsausschuss auch nur angesprochen? Sie kommen hier und heute hierher,

(Harry Glawe, CDU: Wir sind doch gerade dabei. Überweisung! Haben Sie das noch nicht mitgekriegt?)

Sie sprechen groß in der Öffentlichkeit. Anderthalb Jahre haben Sie Zeit gehabt im Rechtsausschuss.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie verhindern das doch.)

Warten Sie es doch erst mal ab, Herr Born,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie verhindern das doch.)

gleich komme ich zu Ihnen, warten Sie den Gedanken- gang ab, ich werde Sie gleich noch würdigen, aber Sie haben bisher

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

keinen Finger krumm gemacht im Rechtsausschuss, diese Sache auch nur von Ferne anzusprechen. Sie kommen her und machen öffentliches Tamtam,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Nö.)

keine Sachdiskussion, Sie wollen Stimmung machen und haben bisher kein Interesse gezeigt, ernsthaft zu reden.

Kollege Born, nun zu Ihnen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt kommt die Abrechnung.)

Was ich von Ihnen erwartet hätte, das wären eigene Vorstellungen gewesen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Bringen Sie's im Rechtsausschuss! – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

wie die Justiz zukünftig die auf sie zukommenden Aufgaben bewältigen soll.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Kommen Sie in den Rechtsausschuss!)

Hier sollten Dinge angesprochen werden, die auf der Tagesordnung stehen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das habe ich ja gerade vorgeschlagen.)

aber nicht das Stückwerk der vergangenen Jahre. Und eine Politik des „Wir sind dagegen“ und „Das ist unsere Politik“ ist wenig überzeugend.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Während Ihrer Ausführungen – und dafür habe ich Zeugen, das kann bestätigt werden –

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

haben von zehn Abgeordneten Ihrer Fraktion vier Zeitung gelesen,

(Gesine Skrzepski, CDU: Nein, das glaube ich nicht.)

ein weiterer hat ...

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Ich denke, Sie stimmen mir zu, Herr Körner?!)

Noch mal ...

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich bitte, dem Redner zuzuhören und nicht laufend so zu stören, dass er seine Rede nicht halten kann.

(Herbert Helmrich, CDU: Wir freuen uns, dass Sie reden.)

Bitte sehr, Herr Körner, Sie haben das Wort.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Also, Kollege Born, zur Qualität Ihres Antrages, was Ihre Fraktion betrifft ...

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Riemann, ich habe eben deutlich gesagt, was ich hier erreichen will, und wenn Sie dem nicht folgen, dann müssen wir noch mal direkt reden.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Also während Ihrer Ausführungen waren zehn Abgeordnete der CDU-Fraktion hier. Vier haben Zeitung gelesen, ein weiterer hat Ihnen demonstrativ die „Bild“-Zeitung entgegengehalten – macht fünf.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Doppelspitze der Opposition im Lande hat die ganze Zeit Gespräche geführt und nicht zugehört – macht sieben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Können Sie mal sehen, wie die mir zustimmen.)

Ein Abgeordneter von Ihnen saß hier vorn – macht acht. Kollege Helmrich hat zugehört, weil er noch reden musste – macht neun. Sie haben geredet. So wird dieses Thema in Ihrer Fraktion ernst genommen. Wie können wir denn dann Ihren Antrag überhaupt ernst nehmen, wenn Sie nicht mal Resonanz in Ihrer Fraktion haben?!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Schlotmann, SPD: Genau.)

Und deshalb werden wir diesen Ihren Antrag ablehnen.

Ach, einen habe ich noch vergessen! Einer ist sanft eingeschlafen, der ist jetzt gar nicht mehr hier.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Also wir können gern über dieses Thema im Rechtsausschuss reden.

(Lutz Brauer, CDU: Es waren aber in der Summe mehr als anwesend.)

Wir können nachzählen! Soll ich wiederholen? Ich hab's aufgeschrieben.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Also ich wiederhole das. Auf besonderen Wunsch der CDU wiederhole ich noch einmal: Vier haben Zeitung gelesen, einer hat demonstrativ die Zeitung entgegengehalten – macht fünf.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Zwei, die Doppelspitze, haben geredet – macht sieben. Einer ist eingeschlafen – macht acht.

(Gesine Skrzepski, CDU: Neun.)

Kollege Helmrich hat zugehört – macht neun.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Und Kollege Born hat geredet – macht zehn.

(Die Abgeordneten Dr. Ulrich Born und Herbert Helmrich melden sich für eine Anfrage.)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Abgeordneter, zwei Abgeordnete wollen Fragen stellen. Erlauben Sie es?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Ich bin eigentlich am Ende meiner Ausführungen.

Ich will bloß sagen, vor diesem Hintergrund bleibt uns nichts anderes, als den Antrag abzulehnen. Wir können im Rechtsausschuss gerne über dieses Thema reden, aber nicht über diesen Antrag. Keine weiteren Fragen bitte!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Der Justizminister hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister Selling.

Minister Erwin Selling: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch drei Sätze. Zu Beginn möchte ich eins sagen: Ich glaube für unsere Justiz sagen zu können, dass wir dort ein Reformziel nicht verfolgen müssen, nämlich dass dort ernsthaft gearbeitet wird. Ich sehe da vielleicht an manchen Tagen einen gewissen Gegensatz zu dem, was hier geschieht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Was die Reform angeht, nur zwei, drei Bemerkungen:

Herr Helmrich, Sie haben Recht, dass es eine einhellige Ablehnung der OLG-Präsidenten gegeben hat. Da hat es einen Brief gegeben. Ich will das nicht im Einzelnen ausdeuten, es geht ja da auch um Interessenvertretung, ich will Ihnen nur einige Zahlen mitteilen. Die Reform, die wir anstreben, versucht auch, die Oberlandesgerichte stärker mit Verfahren zu belasten, und zwar vor folgendem Hintergrund: Ein Amtsrichter hat zurzeit durchschnittlich 600 bis 700 Verfahren, ein Richter am Landgericht 170 bis 200 Verfahren und am Oberlandesgericht sind es 60 bis 70 Verfahren. Da sehen wir durchaus Möglichkeiten, noch durch Verfahrensänderungen umzusteuern. Dass das bei den Oberlandesgerichten nicht nur auf Zustimmung stößt, ist, glaube ich, jedem einsichtig. Das Gleiche gilt möglicherweise für die Interessenwahrnehmung der Anwälte. Das mögen Sie beide selbst auch beurteilen aus Ihrer Sicht. Ich könnte mir vorstellen, dass das Reformziel, das ich eben skizziert habe, nämlich zu versuchen, bereits durch eine Entscheidung in der ersten Instanz, durch eine qualitative Verbesserung der ersten Instanz, nach einem ersten Urteil Rechtsfrieden zu erlangen, dass dieses Ziel möglicherweise mit den Interessen der Anwaltschaft nicht übereinstimmt, weil ja dann, wenn wir das Ziel erreichen, eine Instanz wegfällt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das mag also auch sein. Da muss sich, glaube ich, jeder selber prüfen.

Für mich ist das Wichtigste nicht die Stellungnahme von Interessenvertretern, sondern, daran möchte ich noch mal anknüpfen, für mich ist das Wichtigste das, was mir hier im Lande in Diskussionen bei den Industrie- und Handelskammern, bei den Handwerkskammern, im Gespräch mit den Bürgern gesagt wird, dass nämlich durchaus die Bereitschaft gesehen wird, dass wir diesen Zivilprozess da verbessern, wo das strukturell möglich ist. Wir müssen ganz deutlich unterscheiden zwischen der guten Arbeit der Richterinnen und Richter hier im Lande und zwischen dem, was sie an organisatorischen, an strukturellen Bedingungen vorfinden. Und da, denke ich, lohnt es sich immer, darüber nachzudenken, ob wir da noch Verbesserungen machen können.

Herr Helmrich hat eben angesprochen, das Trojanische Pferd zielt auf die Dreistufigkeit. Also das ist kein Trojanisches Pferd. Wenn ich mich richtig erinnere, haben die

das ganz heimlich gemacht. Wir verfolgen das Ziel ja ganz offen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Es geht doch darum, dass die Dreistufigkeit deutlich das bessere Modell ist. Das, glaube ich, ist jedem klar. Wir müssen nur überlegen, ob die Einführung der Dreistufigkeit in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern zu Unverträglichkeiten führt, die man irgendwie abfangen muss.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Sellering, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Minister Erwin Sellering: Ja, natürlich.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr, Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie auch die Ansicht teilen, dass die Frage der Ausgestaltung des Zivilprozesses von fundamentaler Bedeutung für unseren Rechtsstaat ist?

(Unruhe bei Annegrit Koburger, PDS)

Und wenn das so ist, sind Sie der Meinung, dass das eine Frage ist, die alleine durch den Justizminister des Landes entschieden werden sollte? Oder meinen Sie nicht, dass eine solch grundlegende Frage auch sorgfältig im Parlament in den dafür zuständigen Ausschüssen beraten werden müsste?

Minister Erwin Sellering: Zum Ersten ja. Und zum Zweiten, da denke ich, dass wir inzwischen einen Verfahrensstand haben – Herr Körner hat das ja schon gesagt, dass dieses Verfahren sehr spät ist – und wir uns im Moment in einem Stadium befinden, wo ich mich auseinander setze mit all den Argumenten, die von den B-Ländern vorgebracht werden. Ich muss sagen, wenn Sie an Überweisung denken, ich verspreche mir ehrlich gesagt davon nicht, dass ich neue Argumente höre,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
PDS und Dr. Manfred Reißmann, SPD)

die ich nicht bereits im Bundesrat gehört habe, zumal Sie ja selbst gesagt haben, dass das, was Sie vorgetragen haben, von dort stammt.

Lassen Sie mich noch etwas sagen zu Ihrer Aussage, im Rechtsausschuss des Bundesrates sei eine klare Ablehnung der Reform insgesamt erfolgt. Das stimmt und das bedauere ich sehr. Das bedauere ich genauso, wie ich Ihren Antrag bedauere, der zwölf Elemente, nämlich alle tragenden Elemente dieser Reform auflistet und dazu nein sagt. Ich bedauere sehr, dass es bisher noch nicht zu einem konstruktiven Dialog mit den Wählern gekommen ist, sondern dass Sie diese Reform unter parteitaktischen Gesichtspunkten sehen und einfach nur total nein sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Die Debatte ist neu eröffnet. Das Wort hat Herr Helmrich von der CDU-Fraktion.

(Angelika Gramkow, PDS: Gebt den Juristen
das Wort! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ihr sollt aufpassen, wenn es interessant wird! –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Maximal vier Minuten.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Minister, man kann darüber streiten, ob die Dreistufigkeit auf jeden Fall das bessere Verfahren ist, aber ich mache aus meiner eigenen Auffassung gar keinen Hehl, ich neige ihr durchaus zu.

Wir haben das in den 70er Jahren bereits einmal versucht mit dem gigantischen Eingangsgericht bei den Landgerichten. Diese Gigantomanie ist gescheitert. Und wenn wir nun – und das legt die Reform jetzt schon fest – alle Berufungen an das Oberlandesgericht nach Rostock kriegen, haben wir dort eine gewaltige Massierung. Schätzungen gehen dahin, dass auf die Oberlandesgerichte ungefähr zu dem, was sie jetzt haben, noch mal 140 Prozent dazukommen. Das geht mit den Richtern, auch wenn die dann mehr als 60 oder 70 Sachen im Jahr machen, natürlich auch nicht. Und Sie haben mir ja selbst auf meine Anfrage geantwortet, dass es wahrscheinlich auch zu baulichen Veränderungen kommen muss. Das kriegen wir dann im Ständehaus alles nicht mehr unter. Das ist sicher richtig. Deshalb, wenn überhaupt, dann darf nicht der Flächenstaat von Gerichten entleert werden

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau. Genau das.)

und es nicht nur ein gigantisches Gericht in Rostock oder beim OLG Celle oder bei anderen Oberlandesgerichten geben. Wenn, dann müsste man bei der Auflösung, wir können von den vier Landgerichten schon gar keins auflösen, aber wenn, dann muss die Konzentration bei den Landgerichten erfolgen, damit die Leute auch noch hinkönnen. Das ist das eine.

Und dann die Berufung: Sie haben so schön gesagt, das geht dann schneller und ist alles bürgerfreundlicher.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt ja gar nicht.)

Wir haben es doch heute schon, dass es sich bei mehr und mehr Verfahren nur noch um die Verfahrenstechnik handelt. Und wenn Sie das in der ersten Instanz machen, was da alles drinsteht, werden Sie sich in der zweiten Instanz in erster Linie darüber unterhalten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau so.)

Ich als Anwalt gehe mit meinem Mandanten raus und der fragt mich: Ja, warum habt ihr euch denn nicht über meinen Fall unterhalten? Und das kommt raus dabei, wenn wir die Überprüfung der Tatsachen in der zweiten Instanz so zurückschrauben, wie das jetzt vorgesehen ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das. –
Zuruf von Irene Müller, PDS)

Das ist eines der wichtigsten Anliegen. Und wenn Sie sagen, ja, ob das alles nach Rostock muss, dann können wir uns an der Stelle ein Stück näher kommen. Aber ansonsten ist es natürlich so – und die Punkte, die wir aufgeführt haben, sind natürlich sozusagen die Essentials und damit bricht ein wesentlicher Teil der Reform zusammen –, da wird es kaum einen Kompromiss geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schoenenburg von der PDS-Fraktion.

(Volker Schlotmann, SPD: Oh! –
Angelika Gramkow, PDS: Das muss
der Minister aber wieder gutmachen.)

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere Frauen haben gesagt,

sie wollen jetzt nach Hause gehen und die Juristen sollen aufhören, ihre Spezialproblematik hier im Plenum so auszubreiten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann geben Sie es doch in den Ausschuss. – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Ich glaube auch, da ist was dran. Es wird hier über ungelegte Eier philosophiert

(Heinz Müller, SPD: Gegackert. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

und es wird sozusagen von Rechtsanwälten, Notaren über gewisse Gefahren eines Projekts geredet, was überhaupt noch keine Realität hat.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist im Gesetzgebungsverfahren. Wo leben Sie eigentlich? – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Aber eins ist klar: Dass die gesamte Justiz auf der Barrikade steht und fürchtet, dass bestimmte altgewohnte Abläufe und Besitzstände in Gefahr geraten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Das ist genau richtig. Richtig.)

Und das ist doch das Problem. Deswegen gebe ich Herrn Sellingering völlig Recht, wenn er sagt, wir müssen hören, was das Volk meint. Und das Volk meint, die Justiz in der Bundesrepublik ist viel zu kompliziert, sie ist viel zu langsam, sie ist viel zu unflexibel. Und da stimmen Sie mir auch zu.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber wenn man dann darangeht, das zu verändern, dann stößt man auf eine ganz verkrustete Schicht,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, weil's in die falsche Richtung geht.)

die sozusagen anderthalb Jahrhunderte nach einem Stremel arbeitet. Und das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Nein, nein, die Richtung ist nur falsch. – Zuruf von Lutz Brauer, CDU)

Jetzt will ich Ihnen mal was sagen, Herr Helmrich, wir verstehen uns ja im Rechtsausschuss ganz gut. Ich achte Sie sehr, ebenso wie Herrn Born. Ich bin schon dafür, dass wir in aller Ruhe über diese Frage diskutieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann lassen Sie uns überweisen.)

Och, Sie doch nicht!

(Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Ich weiß auch, dass Sie über die Erfahrung reden, die Sie in der Bundesrepublik gemacht haben. Aber dass Sie ganz klammheimlich und radikal ein Zivilgesetzbuch beerdigt haben, nämlich das der DDR,

(Angelika Gramkow, PDS: Das war viel besser.)

das viele Neuerungen hatte, die die Bundesrepublik bis heute nicht kennt, das in vielen Strecken einfacher, bürgerfreundlicher und moderner war, daran wird überhaupt nicht mehr erinnert. Und das will ich hier an der Stelle nur

sagen, ein bisschen könnte man dort auch abschreiben und da hätte man nämlich auch ein Experiment, das geglückt war.

(Angelika Gramkow, PDS: Und wenn wir das dann noch mit in die Zivilprozessordnung reinbringen.)

Aber das ist sozusagen das eine. Das andere ist, was ich meine, der Antrag im Unterschied zu den Redebeiträgen von Herrn Born und Herrn Helmrich ist untauglich. Die Redebeiträge waren ganz okay, darüber kann man streiten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, dann lassen Sie uns das doch in die Ausschüsse geben und dann können wir darüber reden.)

Wir werden diesen Antrag in den Orkus schicken

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und wir werden im Rechtsausschuss zusammen mit dem Justizminister – und das kann ich hier schon versprechen – in Selbstbefassung ganz gründlich über dieses Problem reden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Heike Polzin, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte hat Herr Helmrich beantragt, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1932 zur Beratung an den Rechtsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer stimmt für diesen Antrag auf Drucksache 3/1932? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wegstreckenentschädigung, Drucksache 3/1933.

Antrag der Fraktion der CDU: Wegstreckenentschädigung – Drucksache 3/1933 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundesfinanzminister hat erkannt, die Auswirkungen der Ökosteuer treffen auch die Bediensteten des Bundes. Deshalb hat er rückwirkend zum 01.01.2001 die Wegstreckenentschädigung bei der Benutzung von privaten Kraftfahrzeugen von 0,38 DM je Kilometer auf 0,43 DM je Kilometer und bei dienstlich anerkannten privaten Kraftfahrzeugen von 0,52 DM je Kilometer auf 0,58 DM je Kilometer erhöht. Eichel also handelt zumindest.

Was aber, meine Damen und Herren, tut unsere Landesregierung und vor allen Dingen wann tut sie etwas? Und es ist zu hinterfragen, ob diese Regelungen nicht auch bei uns Anwendung finden können. Und darüber, meine ich, haben wir ein Recht, unterrichtet zu werden.

Wir haben auch ein Recht, unterrichtet zu werden, aus welchen Titeln – wenn es auch bei uns Wirklichkeit werden soll, dass die Wegstreckenentschädigung erhöht wird – denn die Deckung von etwa 600.000 DM für dieses Land erbracht werde. Ich glaube, das müsste auch diese Landesregierung, das müssten auch die Koalitionsfraktionen mittragen können.

Angesichts gestiegener Diesel- und Vergaserkraftstoffpreise, angesichts der Nichtaussetzung der Ökosteuer und der Diskussion über die Fortführung dieser unsinnigen arbeitsplatzvernichtenden Steuer über das Jahr 2003 hinaus sind auch die Befürchtungen und Forderungen der Gewerkschaften berechtigt.

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Glocke des Präsidenten)

Wir haben sie mit unserem Antrag aufgegriffen, denn Nachteile für die Beschäftigten in unserem öffentlichen Dienst gegenüber Bundesbediensteten oder Bediensteten anderer Bundesländer durch die Ökosteuer sind für uns nicht hinnehmbar. Deshalb bitte ich, dass wir heute diesen Antrag debattieren und dann dem zustimmen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Angelika Gramkow, PDS:
Das werden wir natürlich nicht tun.)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist auch das beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Finanzministerin Frau Keler. Bitte sehr, Frau Ministerin Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit ihrem Antrag zur Erhöhung der Wegstreckenentschädigung bei Dienstreisen versucht die Opposition, bildlich gesprochen, noch schnell auf einen Zug aufzuspringen, der den Bahnhof bereits verlassen hat.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Entsprechend der vom Bund vorgesehenen Erhöhung der Wegstreckenentschädigung habe ich als federführende Ministerin bereits eine gleichlautende Umsetzung durch Verordnung meines Hauses prüfen lassen, und dies wohlgemerkt zwei Wochen bevor Herr Riemann sich in dieser Angelegenheit mit seiner Kleinen Anfrage an die Landesregierung gewandt hat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie prüfen ja immer noch. – Angelika Gramkow, PDS:
Was anderes steht doch in Ihrem Antrag nicht drin. Prüfen – was soll das denn?)

Stilisieren Sie deshalb bitte jetzt nicht Ihren Antrag zu einer eigenen Initiative der CDU-Fraktion zwecks Anpassung der Wegstreckenentschädigung hoch! Auf die Antwort der Landesregierung auf diese Kleine Anfrage weise ich ausdrücklich hin.

Ich will Ihnen die Eckdaten aber trotzdem noch einmal nennen. Soweit Arbeitnehmern Fahrtkosten als Reisekosten anerkannt werden, sollen ihnen für die Benutzung ihres Fahrzeuges folgende Kilometersätze angerechnet werden: Die Wegstreckenentschädigung wird bei der

Benutzung von privaten Kraftfahrzeugen von 38 Pfennig je Kilometer auf 43 und bei zweirädrigen Kraftfahrzeugen, also bei Motorrädern, von 18 auf 20 Pfennig je Kilometer angehoben. Bei dienstlich anerkannten Privatfahrzeugen wird die Wegstreckenentschädigung von bisher 52 Pfennig bei maximaler Jahresfahrleistung bis 10.000 Kilometer auf nunmehr 58 Pfennig je Kilometer bei einer Jahresfahrleistung von 8.100 Kilometern erhöht. Für jeden weiteren Kilometer wird die Entschädigung von bisher 38 Pfennig auf 43 Pfennig aufgestockt. Und genau wie der Bund zahlt das Land diese höheren Sätze, die die Kostensteigerungen infolge der Ökosteuer- und der Mineralölsteuererhöhungen ausgleichen, wie Sie sich leicht ausrechnen können, rückwirkend ab dem 1. Januar 2001.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aha!)

Wie Ihnen allen bekannt ist, wird die zeit- und inhalts-gleiche Anpassung der Wegstreckenentschädigung an die vom Bund vorgesehenen Entschädigungssätze allein in 2001 voraussichtlich 600.000 DM Mehrkosten für den Landeshaushalt verursachen, die an anderer Stelle einzusparen sind. Im Rahmen der von mir in den vergangenen Wochen durchgeführten Ressortanhörung wird von einer Finanzierung dieser Mehrkosten für das laufende Jahr aus deckungsfähigen Titeln ausgegangen. Über die Finanzierung in den Folgejahren müsste bei den entsprechenden Haushaltsberatungen geredet werden.

Ich will jedoch deutlich darauf hinweisen, dass Mehrkosten nicht nur im Landeshaushalt, sondern auch in den Haushalten unserer Kommunen entstehen werden. Es versteht sich daher von selbst, dass die Landesregierung auch hier ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommt, die kommunalen Landesverbände vorher bei der Entscheidungsfindung zu beteiligen und sie nicht nachher vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dieses gilt in gleicher Weise für die Beteiligung der Spitzenorganisationen, der Gewerkschaften und Berufsverbände, da die Bereitschaft unserer Mitarbeiter, weiterhin ihre Privat-Kfz für Dienstreisen zur Verfügung zu stellen, ganz maßgeblich von der Höhe der Entschädigung abhängt, die ihnen das Land beziehungsweise die Kommune als Arbeitgeber dafür anbietet.

Wenn mir in Kürze diese Stellungnahmen vorliegen, werde ich umgehend den begründeten Anpassungsbedarf durch Ministerverordnung realisieren. Bis dahin wird sich die CDU-Fraktion aber noch einige Tage gedulden müssen. Zu Ihrem Anliegen einer Erhöhung der Wegstreckenentschädigung, meine Damen und Herren von der Opposition, bleibt mir daher im Hinblick auf meine einführenden Worte nur die Feststellung: Anschluss verpasst.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende der PDS Frau Gramkow. Bitte sehr, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Ich halte es für angebracht, nur zu sagen, den Worten der Finanzministerin ist nichts hinzuzufügen. Es bedarf keines Prüfauftrages im Auftrag der CDU-Fraktion an die Landesregierung, sondern die Landesregierung hat gehandelt, sie handelt. Herr Riemann, Sie sollten vielleicht aus diesem Grunde Ihren Antrag zurückziehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS, Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Riemann, Sie haben das Wort.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh, ich habe die Anrede vergessen, Herr Präsident.)

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Gramkow, die Landesregierung prüft, sie prüft leider ein bisschen zu lange nach unserer Auffassung. Deshalb haben wir

(Angelika Gramkow, PDS:
Einen Prüfantrag gestellt.)

mit unserem heutigen Antrag den notwendigen Druck versucht zu erzeugen,

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

dass berichtet wird, wie lange denn diese Prüfung noch dauern soll.

(Barbara Borchardt, PDS:
Dum prüfe, wer sich ewig bindet!)

Der Bund hat schon längst verabschiedet. Die Bediensteten in diesem Land waren verunsichert. Wann kommt die Wegstreckenentschädigung? In welchem Umfang kommt sie für dieses Land? Die Finanzministerin hat nun darüber berichtet. So stelle ich mir gute Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung vor.

(Unruhe und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der PDS)

So stelle ich mir auch die prompte Erledigung eines Ersuchens der Opposition vor. Ich denke, der Antrag ist damit wirklich erledigt.

(Andreas Bluhm, PDS: So einfach machen Sie das aber sonst nicht.)

Er kann zurückgezogen werden.

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Barbara Borchardt, PDS:
Das hätten Sie heute morgen auch schon haben können.)

Präsident Hinrich Kuessner: Der Antrag wurde zurückgezogen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

(Beifall und Zuruf von Herbert Helmrich, CDU – Minister Till Backhaus: Welcher Wahnsinn!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Vorlage und Umsetzung eines Landesaktionsplans „Gegen Gewalt gegen Frauen“, auf Drucksache 3/1928.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Vorlage und Umsetzung eines Landesaktionsplans „Gegen Gewalt gegen Frauen“ – Drucksache 3/1928 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Holznagel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Holznagel.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wieder ein krönender Abschluss, ein Frauenthema!

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist schön. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber dazu sagen, dass gerade am Frauentag ein Dankeschön, das die Frauen erhalten haben, auch gespickt sein soll mit Problemen, und deswegen auch dieser Antrag noch mal.

(Heiterkeit bei Lorenz Caffier, CDU: Ein Dankeschön an die Männer, dass sie mich ehren.)

Vor fast einem Jahr, am 20. April 2000, wurde die Landesregierung durch Beschluss des Parlaments aufgefordert, einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorzulegen. Bis heute liegt er nicht vor, sagen wir mal, zumindest dem Parlament nicht vor.

(Lorenz Caffier, CDU: Die streiten sich noch.)

Unser Antrag, liebe Kollegin Seemann, ist also nicht populistisch, sondern erneut nötig, weil die Landesregierung auch in diesem Fall den Beschlüssen des Landtages, mit welchen Mehrheiten sie auch zustande gekommen sind, meiner Meinung nach den Respekt verwehrt.

(Annegrit Koburger, PDS: Unsinn.)

In der ersten Debatte zu diesem Thema habe ich zwar ausgeführt, dass man doch nur das Konzept des Interventionsmodells CORA landesweit ausdehnen müsse und von daher ein Landesaktionsplan überflüssig sei, aber zwischenzeitlich wurde deutlich,

(Annegrit Koburger, PDS: Wo haben Sie denn die Information her?)

dass Sie mit dem Begriff „Landesaktionsplan“ eigentlich auch nichts anderes meinen als ich.

Frau Koburger! Meine Damen und Herren! Herr Scheeringer hat heute so schön ausgeführt, dass man in vielen Dingen auch seinen Horizont erweitern muss. Ich denke, das haben wir hier auch getan, und deshalb sage ich jetzt, um Gewalt gegen Frauen wirkungsvoll bekämpfen zu können, bedarf es in diesem Land schon eines Gesamtkonzeptes. Dies ist deshalb notwendig, damit gut gemeinte Einzelaktionen wie CORA nicht wirkungslos bleiben. Und hier sehe ich uns einem gewissen Zeitdruck gegenüber.

Die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages hat mit dem Antrag vom 15.02.2001 die Bundesregierung aufgefordert, das seit März 2000 als Referentenentwurf vorliegende Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und über die vereinfachte Zuweisung der Ehewohnung vorzulegen. Am heutigen Tage berät der Bundestag in Erster Lesung über diesen Gesetzentwurf.

Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern kündigt an, im April dem Landtag einen Entwurf zur Novellierung des SOG vorzulegen. In diesem soll ein Wegweisungsrecht der Polizei bei Vorliegen von häuslicher Gewalt verankert werden. Das Wegweisungsrecht soll dann angewendet werden, wenn Streitigkeiten in Familien, bei Paaren oder in Wohngemeinschaften zu einer Gefahr für eine Person führen. Opfer häuslicher Gewalt sind überwiegend Frauen und Kinder. In diesen Fällen soll der gewalttätige Mitbewohner für maximal sieben Tage bis zum Erreichen zivilrechtlicher Schutzmöglichkeiten aus der eigenen Wohnung gewiesen werden können.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit diese wesentlichen rechtlichen Rahmenbedingungen ihre Wirkung entfalten können, bedarf es der Einbettung in das geforderte Gesamtkonzept. Sinn des Landesaktionsplanes sollte es unter anderem sein, für die Opfer häuslicher Gewalt ein flächendeckendes Netz von Kriseninterventi-

onsstellen zu schaffen. Diese sollten das Bindeglied zwischen der Wegweisung und den zivilrechtlichen Schutzmöglichkeiten für die Opfer häuslicher Gewalt sein. Nach dem polizeilichen Eingriff sollen sie direkt Kontakt mit den misshandelten Frauen aufnehmen und Unterstützung anbieten.

Meine Damen und Herren, woran liegt es, dass der Plan dem Parlament bis heute nicht vorliegt? Ich vermute, es sind die Gründe, die ich schon in meiner Rede vom 20. April 2000 befürchtet habe. Ein Plan ist schnell geschrieben. Er liegt nach meiner Information sogar schon vor seit August des letzten Jahres. Aber der Plan enthält ein Bekenntnis dazu, dass man die dort enthaltenen Maßnahmen langfristig finanziell sicherstellen muss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja klar.)

Die Umsetzung der Maßnahmen des Landesaktionsplanes kostet Geld. Auch deshalb ist es notwendig, dass sowohl die beabsichtigten Maßnahmen als auch entsprechende Kostenfolgeabschätzungen schnellstmöglich vorgelegt werden. Ohne genaue Kenntnis der zu erwartenden Kosten können diese nicht in dem nächsten Haushaltsentwurf berücksichtigt werden. Es genügt nicht, ohne verbindliches Konzept erst mal provisorisch zu beginnen und später weiterzusehen. Zwar muss ich sagen, Provisorien sind manchmal langlebiger als eine Dauerlösung, es besteht aber immer die Gefahr, dass man daraus keine Ansprüche auf einen größeren Umfang der Projekte herleiten kann. Und das ist wichtig.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meines Erachtens kann angesichts der Haushaltslage des Landes die Finanzierung nur über eine Umverteilung der Haushaltsmittel erreicht werden. Die Schwierigkeit wird darin bestehen, dass in der Landesregierung kein Ressort auf eigene Mittel verzichten will.

Hier ist es notwendig, den Aspekt der Gewalt gegen Frauen in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Die Bereitschaft, Gewalt als Mittel der Konfliktlösung einzusetzen, nimmt gerade in Alltagssituationen zu. Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Mangelnde Toleranz und Rücksichtnahme und daraus resultierende Gewalt begegnen Kindern aber zuerst in der Familie. Erst danach werden sie durch außerfamiliäre Umstände geprägt. Ich zitiere aus dem Programm der Landesregierung zur Kriminalprävention und zum Kampf gegen das Verbrechen und seine Ursachen: „Es ist unbestritten, dass Kinder, die mit Gewalt des Vaters gegen die Mutter beziehungsweise häuslicher Gewalt im Allgemeinen aufwachsen,“

(Annegrit Koburger, PDS: Allgemeine häusliche Gewalt gibt es nicht.)

„eine größere Tendenz aufweisen, als Erwachsene oder schon als Jugendliche selbst gewalttätig beziehungsweise Opfer zu werden, als dies bei Kindern der Fall ist, die gewaltfrei aufwachsen. Außerdem ist es eine Botschaft für Kinder, die ihr Leben prägt, wenn sie sehen, wie es immer wieder zu skandalösen Gewalttätigkeiten unter ihren Eltern kommt.“

Meine Damen und Herren, wenn eine gewaltfreie Erziehung in der Familie beginnt, dann ist dem Schutz der Familie vor häuslicher Gewalt Priorität vor anderen Maßnahmen der Landesregierung zur Prävention von Gewalttaten einzuräumen. Und damit meine ich auch finanzielle Priorität.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Im Übrigen zahlen sich meines Erachtens die finanziellen Mittel, die für diesen Bereich eingesetzt werden, langfristig durch Einsparungen in anderen Bereichen aus. Ich fordere die Landesregierung daher auf zu prüfen, welche Folgekosten auch hinsichtlich anderer Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt langfristig eingespart werden, wenn die häusliche Gewalt wirksam bekämpft wird. Die von derartigen Einsparungen begünstigten Ressorts sind dann auch für die Finanzierung der Präventionsmaßnahmen verantwortlich zu machen. Sicherlich ein schwieriges Feld, aber man sollte hier wirklich konkret darüber nachdenken.

Meine Damen und Herren, wir sehen den Sinn unseres heutigen Antrages ganz konstruktiv darin, die Landesregierung zu einer Einigung über Finanzfragen zu bewegen und dadurch die Sache an sich zu befördern.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich halte den Antrag für Unsinn und nicht für Sinn.)

Frauen dürfen sich nicht immer vertrösten lassen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

mit dem Argument, es seien noch Detailfragen zu regeln. Es kann nicht Aufgabe eines Landesaktionsplans sein, alle Detailfragen zu regeln. Die Landesregierung will damit nur Zeit gewinnen, denke ich, bis es dann in dieser Legislaturperiode vielleicht ein Zuspät gibt, und das wollen wir verhindern.

Der Landesaktionsplan enthält ein Bekenntnis zu der Einrichtung von flächendeckenden Kriseninterventionsstellen. Wenn dieses Bekenntnis durch die Landesregierung nicht schnell erfolgt, dann gibt es keine zwingenden Argumente für mehr Mittel in den Haushaltsberatungen 2002 und 2003. Ich denke, das ist ein sehr wichtiger Aspekt, und deswegen haben wir unseren Antrag hier heute eingebracht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Staszak von der SPD-Fraktion, nein, erst Frau Seemann. Bitte sehr, Frau Seemann von der SPD-Fraktion hat das Wort.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! In der Sitzung am 13. April haben die Koalitionsfraktionen die Landesregierung beauftragt, einen Landesaktionsplan gegen Gewalt zu erarbeiten, und zwar gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser, der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, dem Interventionsprojekt CORA und den verantwortlichen Abgeordneten in den Fraktionen. Lassen Sie mich aus einer Rede zitieren, die in diesem Zusammenhang von einer der drei frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen gehalten worden ist: „Im Übrigen stellt sich die Frage, ob wir einen derartigen Aktionsplan eigentlich brauchen.“ Und einige Zeilen weiter heißt es: „Damit“, gemeint ist das Projekt CORA, „haben wir eigentlich schon einen Aktionsplan. ... Ihren Antrag werden wir aber

ablehnen, weil er dem Ziel meiner Meinung nach und der Meinung der Fraktion der CDU nach nicht gerecht wird.“

(Peter Ritter, PDS: Wer hat das gesagt?)

Nicht wahr, Frau Holznagel, das waren Ihre Worte?!

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Und nun zum heutigen Antrag der CDU, ich zitiere noch einmal: „Die Landesregierung wird aufgefordert, gemäß Beschluss des Landtages vom 13. April 2000 einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen bis zum 30. April 2001 vorzulegen“, so im Antragstext der CDU nachzulesen. In der Begründung heißt es: „Um Gewalt gegen Frauen wirkungsvoll bekämpfen zu können, bedarf es eines umfassenden Gesamtkonzeptes,“

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS:
Das haben sie aus meiner Rede abgeschrieben.)

„welches sich nicht mit kurzfristig angelegten Verbesserungen in einzelnen Bereichen begnügen darf.“ Das kommt mir sehr bekannt vor, das haben nämlich schon sehr viele vorher gesagt. Das ist richtig. Welch ein Meinungswandel! Von der totalen Ablehnung, überhaupt einen Landesaktionsplan zu erarbeiten, nun zur Eilpartie!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Denken Sie doch mal an die Frauen und machen Sie nicht rein parteipolitische Polemik!)

Was ist denn in der Zwischenzeit passiert, meine Damen und Herren von der CDU, was diesen Meinungswandel herbeigeführt hat? Ist Ihnen kein anderes Thema, wo Sie nach der Methode „Nicht hilfreich, aber populistisch“ verfahren können, mehr eingefallen?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Denn obwohl die frauenpolitischen Sprecherinnen aller drei Landtagsfraktionen ausdrücklich zu den vielen von der Landesgleichstellungsbeauftragten Karla Staszak und ihren Mitarbeiterinnen gründlich vorbereiteten und ebenso gründlich ausgewerteten Sitzungen zur Erarbeitung des Landesaktionsplanes eingeladen waren, erschien grundsätzlich keine Abgeordnete aus der CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Sylvia Bretschneider, SPD:
Hört, hört! – Dr. Ulrich Born, CDU:
Was heißt „grundsätzlich“?)

Nicht einmal – nicht einmal! – waren Sie, Frau Kollegin Holznagel, bei den zahlreichen Sitzungen anwesend. Auch wenn Sie, wie Sie mir vorhin mitgeteilt haben, wegen Krankheit verhindert waren – wir haben übrigens mindestens vier- oder sogar fünfmal getagt in einem längeren Abstand –, so war keiner Ihrer Kollegen Abgeordneten wenigstens als Vertretung da.

(Peter Ritter, PDS: Waren alle an der Basis.)

So wichtig war das Thema, dass auf der politischen Ebene sich nicht einer in der CDU fand,

(Harry Glawe, CDU: Sie hatten keinen Vertreter eingeladen. – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

der seine Zeit dafür opfern konnte oder vielleicht auch opfern wollte!

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung

Frau Staszak und ihren Mitarbeiterinnen für die zügige, engagierte und verantwortungsvolle Arbeit danken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU: Die ist ja auch gut.)

„Notwendig ist es meines Erachtens nach, nicht einen weiteren Plan zu erstellen, sondern konkrete Maßnahmen zu ergreifen“,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, genau das wollen wir.)

hieß es im April vergangenen Jahres doch weiter bei Ihnen, Frau Holznagel. Und: „(Wir) werden zu diesem Thema in der nächsten Landtagssitzung entsprechende Anträge einbringen.“

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Wo waren sie denn, die Anträge der CDU?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Während die Landesregierung in konstruktiver Zusammenarbeit mit den vorher genannten Partnern – wie gesagt, ohne politische Vertretung der CDU –

(Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Seemann, jetzt reden Sie doch mal für die Frauen und nicht immer nur gegen die CDU! – Heiterkeit und Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

einen Entwurf für einen Landesaktionsplan gegen Gewalt erarbeitet hat, während die Mitglieder der Koalitionsfraktionen im Sozialausschuss in Kooperation mit den Mitgliedern im Finanzausschuss in den letzten Haushaltsberatungen durchsetzten, dass bereits im Jahr 2001 für den Aufbau von Interventionsstellen 270.000 DM zur Verfügung gestellt werden,

(Harry Glawe, CDU: Wie viel? – Annegrit Koburger, PDS: 270.000!)

war von der CDU zu diesem Thema nichts zu hören.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jetzt hören Sie doch mal auf damit! Es geht um die Frauen und nicht um die SPD und CDU.)

Meine Damen und Herren, bevor der Aktionsplan in Kraft treten soll, müssen diese Vorarbeiten geleistet werden. Es ist eben nicht damit getan, mit Einzelaktionen im Hauruckverfahren zu beginnen. Ich habe es Ihnen schon einmal im April 2000 gesagt und wiederhole es für Sie gerne noch einmal: Es müssen ineinander verzahnte Maßnahmen ergriffen werden, wenn wir dem Straftatbestand häusliche Gewalt, wovon nahezu ausschließlich Frauen und Kinder betroffen sind, wirkungsvoll begegnen wollen. Und wie kommen Sie eigentlich darauf, Frau Kollegin Holznagel, ...

Wo ist sie denn jetzt?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie ist doch hinter Ihnen. Also, Frau Kollegin! – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Ach, Entschuldigung!

... dass wir eigentlich nur Interventionsstellen wollen? Offensichtlich haben Sie noch nicht begriffen, dass das die Vorarbeiten für die weitere Aufbauarbeit, die wir leisten müssen, sind?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Haben Sie so viel Zeit?)

Wo war denn eigentlich die Initiative der CDU, das SOG in dem von Herrn Innenminister Dr. Timm angestrebten Sinne zu ändern?

(Reinhardt Thomas, CDU: Dazu sag' ich noch was. – Dr. Armin Jäger, CDU: Darüber reden wir noch.)

Die Diskussion lief doch wohl auch schon lange genug.

Ich möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich Herrn Innenminister Timm für sein Engagement bei der Änderung des SOG danken.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Born?

Dr. Margret Seemann, SPD: Zum Schluss.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Zum Schluss, Herr Dr. Born.

Dr. Margret Seemann, SPD: Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir nicht ihn, sondern einen Vertreter der CDU weiterhin als Minister gehabt hätten, wären wir noch nicht halb so weit gekommen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

denn Voraussetzung, um etwas zu erreichen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wissen Sie, wer CORA eingeführt hat? Da haben Sie noch geträumt.)

ist doch zunächst einmal eine vorurteilsfreie Herangehensweise und das Bestreben, die Probleme nicht zu verniedlichen, sondern sie zu lösen.

Herr Dr. Jäger, ich habe immer den Eindruck, wenn Sie sich getroffen fühlen, dann fangen Sie auch an, hier dazwischenzurufen und zu bellen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wissen Sie, wer CORA eingeführt hat, Frau Seemann? Das war ich. – Karla Staszak, SPD: Nee, das stimmt nicht.)

Und genau das war der Ansatz des Innenministers in sämtlichen Gesprächen mit uns Abgeordneten und bei öffentlichen Terminen.

(Annegrit Koburger, PDS: Also das war kein Beitrag zur Nation, Herr Jäger. – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich denke, als Sie vor einem Jahr noch den Antrag der Koalitionsfraktionen abgelehnt haben, haben Sie dieses in Unkenntnis der Sachlage getan. Ansonsten wäre das Abstimmungsverhalten mit Worten nicht zu bewerten. Alle 17 Sekunden schlägt in Deutschland ein Mann eine Frau. Annähernd 50.000 Frauen suchen jährlich bundesweit in den rund 400 Frauenhäusern Schutz vor ihren gewalttätigen Peinigern. Mehr Zahlenmaterial brauchte man auch vor einem knappen Jahr wohl kaum, um hier die Notwendigkeit des Handelns zu sehen. Und hierbei reden wir noch nicht einmal von der Dunkelziffer. Ganz zu schweigen auch von den Folgen in körperlicher und seelischer Hinsicht.

Die Bundesregierung hat im Kabinett am 13.12.2000 den Entwurf für ein Gewaltschutzgesetz einstimmig verabschiedet. Am heutigen Tage, dem 8. März 2001, dem Internationalen Frauentag, findet die Erste Lesung im

Bundestag statt. Der Internationale Frauentag steht seit nunmehr 90 Jahren als Symbol für die Forderung nach Gleichberechtigung beider Geschlechter. Mit dem Gewaltschutzgesetz wird jahrelangen Forderungen nach Enttabuisierung und Strafverfolgung bei Gewalttaten im sozialen Nahraum endlich Rechnung getragen.

Die Landesregierung arbeitet den Landtagsauftrag ordnungsgemäß ab. Das Modellprojekt CORA ist in den drei Modellregionen Rostock, Güstrow und Bad Doberan erfolgreich gelaufen, die Erfahrungen werden genutzt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Mit den Ergebnissen hätte sich auch die CDU auf einer Veranstaltung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Ende Januar 2001 auseinander setzen können, wenn, ja wenn von dieser Fraktion jemand anwesend gewesen wäre. Im Übrigen haben der Innenminister und der Justizminister ebenso teilgenommen wie die frauenpolitischen Sprecherinnen der PDS und SPD

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut, sehr gut!)

und Gäste aus ganz Deutschland.

Fazit: Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der CDU, auf Schnellschuss statt auf Wirksamkeit zeugt von nach wie vor bestehender Unkenntnis.

(Harry Glawe, CDU: Wat? – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Von den Feinheiten oder, Frau Holznagel, Details, die zum Beispiel bei der Täterarbeit noch diskutiert werden müssen, einmal abgesehen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die Mühlen mahlen sehr langsam. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

muss das bereits bestehende Gesamtkonzept natürlich finanziell abgesichert werden, nicht nur für ein Jahr. Und das ist eine Aufgabe, meine Damen und Herren, die wir in den nächsten Haushaltsberatungen lösen müssen.

(Harry Glawe, CDU: So?)

Wie wäre es, wenn Sie sich dann einmal konstruktiv

(Harry Glawe, CDU: Wir werden aufpassen, was Sie da machen.)

und mit Sachkenntnis einbringen würden?!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ihren Antrag lehnen wir jedenfalls aus vorher genannten Gründen ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie jetzt die Anfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Born, stellen Sie Ihre Anfrage.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Dr. Seemann, sind Sie mit mir der Meinung, dass das Thema „Gegen Gewalt gegen Frauen“ zu ernst ist, als dass man es hier zu parteipolitischer Auseinandersetzung missbrauchen sollte,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

und dass wir uns nicht eigentlich bei diesem Thema einig sein sollten?

Dr. Margret Seemann, SPD: Herr Abgeordneter Born, ich hatte darauf hingewiesen, wir haben bereits im letzten Jahr einen entsprechenden Antrag eingebracht und hatten sogar dafür gesorgt, dass ein Vertreter oder zwei Vertreter, also Abgeordnete Ihrer Fraktion sich direkt an der Erarbeitung des Landesaktionsplanes beteiligen können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der liegt doch vor. Der liegt in der Schublade.)

Wir haben selbst dann noch dafür gesorgt, nachdem Sie den Antrag abgelehnt hatten. Und die Abgeordneten Ihrer Fraktion sind regelmäßig von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten mit eingeladen gewesen. Wenn Frau Kollegin Holznagel krank gewesen ist, wissen Sie, für Krankheit kann niemand was, dann frage ich mich – Sie sind weitere 23 Abgeordnete in dieser Fraktion –, wenn Ihnen das Thema politisch so wichtig war, weshalb Sie nicht einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete gefunden haben, die sich mit Sachkenntnis dort in diese wirklich konstruktiven Beratungen hätte einbringen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Jetzt sich hier hinzustellen und zu sagen, macht mal einen Schnellschuss innerhalb eines Monats,

(Heiterkeit und Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

obwohl Sie genau wissen, dass wir die finanziellen Fragen im Rahmen der Haushaltsberatungen klären müssen, das halte ich für unseriös und das ist ein weiterer Beweis dafür, dass Sie, also die CDU-Fraktion, gar nicht an Konstruktivität interessiert sind, sondern nur mal schnell draufschlagen wollen. Mir persönlich, das garantiere ich Ihnen,

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Gebetsmühlen!)

ist das Thema viel zu wichtig, als es mit Schnellschüssen tot- und kaputtzumachen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Nach einem Jahr ist das ja wohl kein Schnellschuss. – Dr. Christian Beckmann, CDU: Gebetsmühlen!)

Und ich werde alles tun, Herr Abgeordneter Born, um solche Aktionen hier von Ihnen zu verhindern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage? (keine Zustimmung)

Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Koburger von der Fraktion der PDS.

Annegrit Koburger, PDS: Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Also, Frau Holznagel, so richtig kann ich nicht verstehen, wo Sie Ihre Informationen herholen, dass diese Landesregierung oder die Koalitionsfraktionen augenscheinlich ausschließlich noch die Konzeption der Interventionsstellen verfolgen würden anstelle des Landesaktionsplanes. Und von der Warte aus kann ich Ihre Ausführungen heute hier überhaupt nicht nachvollziehen.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Das haben wir uns so gedacht. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich habe mich schon ein bisschen gewundert, wie Sie zu diesem Antrag kommen, wo Sie ja, wie Frau Dr. Seemann eben schon dargelegt hat, im letzten Jahr diesen Antrag heftig abgelehnt haben, aber ich freue mich natürlich, dass Ihr Interesse an der Problematik Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen augenscheinlich erwacht ist. Meine Hoffnung dabei ist nach wie vor immer noch – auch wenn bisher die Hoffnungen, die ich Ihnen gegenüber entgegengebracht habe, meistens enttäuscht wurden –, dass Sie diesmal mit Interesse an der Sache und an den zu lösenden Aufgaben hier mitwirken wollen. Wenn ich allerdings neben der Rede, die Frau Holznagel bei der Einbringung damals vorgetragen hat, die Debatten mit Herrn Dr. Jäger und dem sicherheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion rückblickend betrachte, scheint sich deren Interesse augenscheinlich nur an einem Punkt festzumachen, das ist die SOG-Änderung, also die Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die ist wichtig.)

Ein Teilpunkt bringt gar nichts –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

weder die Interventionsstellen alleine noch die SOG-Änderung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Deswegen haben wir ja auch ein Gesamtkonzept, Frau Koburger. Deshalb fordern wir ein Gesamtkonzept.)

Das haben wir deutlich gemacht und wir haben daran gearbeitet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war das Ergebnis der Anhörung im Innenausschuss. – Dr. Ulrich Born, CDU: Deshalb fordern wir ein Gesamtkonzept.)

Sie haben daran leider eben nicht mitgewirkt. Ich habe den Verdacht, Sie wollen hier an dieser Problematik versuchen, parteipolitisch Ihr Kalkülchen zu kochen, und ich sage Ihnen, das wird ein Rohrkrepierer, aber ein richtiger Rohrkrepierer.

(Beifall Irene Müller, PDS)

Warum, das möchte ich belegen. Im April letzten Jahres, zwei Monate nach dem ExpertInnengespräch des Rechts-, Innen- und Sozialausschusses wurde der Beschluss zur Erarbeitung eines Landesaktionsplanes gefasst. Diesem Beschluss gemäß wurde eine Arbeitsgruppe aus NichtparlamentarierInnen und ParlamentarierInnen, alles ExpertInnen im Übrigen, gebildet, die den Auftrag hatten, einen Entwurf zu erarbeiten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Waren Sie da nicht bei?)

Noch vor der Sommerpause wurde der Rahmen für den Aktionsplan entwickelt und wurden die ersten Aktivitäten ausgelöst. Allerdings, und das ist hier ebenfalls schon erwähnt worden, war nicht ein einziges Mal eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter der Opposition mit dabei,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie waren ja als Expertin da.)

wobei ich natürlich die Mitarbeit der Referentin keinesfalls kleinreden möchte. Jedoch im Innenausschuss als

auch im Sozialausschuss oder im Finanzausschuss kamen von Ihrer Seite keinerlei Initiativen inhaltlicher Art oder finanzieller Art.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ja! Ob-
wohl Sie sie nicht verstanden haben.)

Dass wir Ende des Jahres 2000 den Rohentwurf fertig hatten, ist vor allem den Erfahrungen und den konkreten Ziel- und Inhaltsvorstellungen der hier engagierten Frauen zu verdanken. Jetzt bedarf es der intensiven detaillierten Gespräche mit den einzelnen Ressorts, die davon betroffen sind, zur Umsetzung dieser Vorstellungen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt erst?)

Eigentlich müsste Ihnen ja noch bekannt sein, wie solche Verfahren innerhalb der Landesregierung gehandhabt werden. Oder sollten Sie das wirklich schon vergessen haben?

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ach, so zähflüssig war das früher nicht. –
Barbara Borchardt, PDS: Noch viel zähflüssiger.)

Solche Absprachen sind eben nicht in vier oder acht Wochen zu tätigen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn man
nicht will, kann man verzögern.)

und hier möchten wir gern auch nach dem Motto „Gut Ding will Weile haben“ verfahren. Der Landesaktionsplan braucht die Mitarbeit fast aller Ressorts und die inhaltliche Orientierung berücksichtigt Prävention, Intervention, Sanktion und Hilfsmaßnahmen.

(Der Abgeordnete Dr. Ulrich Born
meldet sich für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, ...

Annegrit Koburger, PDS: Nein, danke.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, oh!)

Da wir ein sehr großes Interesse an einer kontinuierlichen und zielorientierten Umsetzung haben mit dem Ziel, Gewalt gegen Frauen und Kinder zu beenden, werden wir keinen unnötigen Druck ausüben, aber wir werden das natürlich konsequent weiterverfolgen.

Augenscheinlich scheint Ihnen nicht einmal aufgefallen zu sein, dass wir teilweise schon mitten in der Umsetzung des Landesaktionsplanes sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha! Aha!-
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Frau Dr. Seemann hat schon einige Sachen hier mit erwähnt, ich möchte sie noch mal ins Gedächtnis rufen:

- Mit dem Haushalt 2001 haben wir die finanziellen Voraussetzungen für den Aufbau zweier Interventionsstellen in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist auch richtig.)

- Die Konzeption für die Interventionsstellen in Mecklenburg-Vorpommern ist erstellt.

- Demnächst behandeln wir die Novellierung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes hier in diesem Hohen Hause, mit der die Wegweisung realisiert werden wird.

Die in den reichlich zwei Jahren erreichten Ergebnisse bei der Problematik Gewalt gegen Frauen und Kinder stimmen mich eigentlich sehr zuversichtlich und ich bin auch guten Mutes hinsichtlich weiterer Ausgestaltung und Realisierung der Vorhaben des Landesaktionsplanes im Kontext mit den Vorhaben der Bundesebene. Es wurde heute auch schon hier erwähnt, dass das Gewaltschutzgesetz, das im Bundesrat schon vorstellig geworden, jetzt im Bundestag eingebracht worden ist und sich in den parlamentarischen Beratungen befindet, eine wesentliche Voraussetzung auch für unsere SOG-Änderung. Da, wer te Kolleginnen und Kollegen der Opposition, könnten Sie zumindest mal aufklärerisch aktiv werden. Es waren nämlich CDU-geführte Länder, die im Bundesrat Anträge eingebracht haben, die die Strafrechtsrelevanz aus dem Gewaltschutzgesetz rausnehmen sollten. Das ist zum Glück nicht gelungen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da haben
Sie was gänzlich missverstanden.)

und ich denke, es wird auch nicht gelingen. Ihr Antrag ist somit überflüssig und wird von uns abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Koburger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Barbara Borchardt, PDS: Das können Sie uns
doch nicht antun! – Glocke der Vizepräsidentin)

Reinhardt Thomas, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten im vorigen Jahr ein paar Probleme, weil Sie über das Entscheidende, nämlich die Finanzierung, nicht gesprochen haben,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das stimmt doch
nicht. Das war nicht in einer Begründung drin.
Das stimmt doch nicht, Herr Thomas!)

und im Übrigen haben wir zur Kenntnis genommen, dass bei Ihnen Schnellschüsse ein Jahr dauern.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Dann lesen
Sie mal die Reden, die von Ihnen gehalten
worden sind. Das ist Quatsch.)

Also, Sie haben im März vorigen Jahres Ihren Antrag Landesaktionsplan in den Landtag eingebracht. Das müssen wir doch feststellen. Bei den Expertengesprächen im Februar 2000 wurde klar, dass wir vor allem rechtliche Möglichkeiten brauchen, um den Gewalttäter aus der Wohnung zu entfernen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Der krönende Abschluss des 8. März!)

Mit unserem Vorschlag, dies mit der Festschreibung – im Übrigen haben wir dort sofort Vorschläge gemacht – eines vierzehntägigen Unterbindungsgewahrsams im SOG sofort und als Erstmaßnahme anzupacken, konnten Sie sich leider nicht anfreunden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Sie wollten also Ihre Linie. In Ordnung, kein Problem! Aber Sie wollten Ihren Landesaktionsplan. Die Frage ist: Wo ist er? Der liegt wahrscheinlich in der Schublade, denn

der kostet wirklich Geld. Und das haben wir Ihnen auch schon damals gesagt.

(Karla Staszak, SPD: Den haben Sie doch! – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

In Österreich sind zur Umsetzung des Gesetzes Interventionsstellen eingerichtet worden und das österreichische Gesetz sieht im Übrigen vor, dass die Polizei verpflichtet ist, die gefährdete Frau über geeignete Opfer- schutzeinrichtungen zu informieren. Und die haben wir in dem Fall eben noch nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist genau der Punkt.)

Und genau das ist der Punkt: Das groß angekündigte Wegweisungsrecht funktioniert nicht ohne Interventionsstellen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist richtig. – Annegrit Koburger, PDS: Da haben Sie endlich mal was verstanden. Ich glaub's nicht!)

Beim Bund und in Mecklenburg-Vorpommern blieb es bisher bei der Ankündigung von Aktionsplänen und der Ankündigung verbesserter rechtlicher Möglichkeiten.

(Barbara Borchardt, PDS:
Ich weiß gar nicht, wovon Sie reden.)

Das darf doch wohl festgestellt werden.

Im Übrigen, wenn wir mal zurückschauen, ist dabei erwähnenswert der Beschluss der Justizministerkonferenz von 1994, in dem die Bejahung des öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung bei häuslicher Gewalt und bei Straftaten gegen sexuelle Selbstbestimmung hervorgerufen wurde.

(Annegrit Koburger, PDS: Wenn Sie dabei gewesen wären, hätten Sie mitbekommen, dass das alles am Laufen ist.)

Wir haben in dem Bereich schon einiges getan, nicht genug – das ist in Ordnung.

Zu fragen ist heute, da wir ja noch keine andere Regelung haben, welche rechtlichen Möglichkeiten es derzeit gibt, um wirkliche Maßnahmen gegen häusliche Gewalt einleiten zu können. Die Polizei hat im Rahmen der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr gute rechtliche Möglichkeiten in unserem Land. Strafrechtlich bestehen ebenfalls Sanktionsmöglichkeiten. Zur Anklageerhebung muss das öffentliche Interesse vorliegen, das ist ganz wichtig. Zuerst muss also der Beschluss der Justizministerkonferenz von 1994 bei uns durchgesetzt werden. Und wir haben ja jetzt einen Justizminister.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wir hatten immer einen Justizminister.)

Das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung kann schon bejaht werden, „wenn dem Verletzten“

(Annegrit Koburger, PDS: Der Verletzte, nicht dem Verletzten.)

„wegen seiner persönlichen Beziehung zum Täter nicht zugemutet werden kann, die Privatklage zu erheben und die Strafverfolgung ein gegenwärtiges Anliegen der Allgemeinheit ist.“ Das ist eine neue Definition. Und mit dem SOG stehen der Polizei derzeit gute rechtliche Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr bei häuslicher Gewalt zur Verfügung. Sie tun ja immer so, als haben wir hier nichts.

1. Befragung und Auskunftspflicht nach Paragraph 28 mit Bezug auf Paragraph 1 Absatz 2, nach dem der Schutz privater Rechte zur Gefahrenabwehr gehört, wenn gerichtlicher Schutz nicht rechtzeitig zu erlangen ist
2. Platzverweis des Gewalttäters nach Paragraph 52 kann zur Abwehr einer bevorstehenden Gefahr von der Polizei ausgesprochen werden. Der Täter kann des Ortes, also der Wohnung, verwiesen werden. Das Betreten des Ortes, also der Wohnung, kann ihm verboten werden. Der Polizeibeamte entscheidet im Einzelfall, ob die Voraussetzung vorliegt.
3. Paragraph 55 „Gewahrsam von Personen“
Zur Durchsetzung eines Platzverweises nach Paragraph 52 können Polizeivollzugsbeamte eine Person, also auch hier den Straftäter, in Gewahrsam nehmen. Allerdings ist der Freiheitsentzug am Ende des nächsten Tages aufzuheben, wenn keine richterliche Anordnung erfolgt.
4. Paragraph 59 „Betreten und Durchsuchung von Räumen“
Gemäß Artikel 13 Absatz 7 Grundgesetz sind auch Eingriffe aufgrund eines Gesetzes, also des SOG unseres Landes, zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit erlaubt.

Wir haben also Gott sei Dank eine Palette von Handlungsmöglichkeiten. Das vielfach und heute wieder angekündigte Wegweisungsrecht für sieben Tage muss nach zwei Tagen vom Richter bestätigt werden – das sagt der Herr Timm nie –, das bringt de facto also nicht mehr als das, was wir bisher im SOG festgeschrieben haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist richtig.)

So unzureichend sind die Möglichkeiten des SOG also nicht. Die Wegweisung allein, und das wissen wir, bringt nichts. Die sofortige Betreuung der Opfer über die Interventionsstellen muss gesichert werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Dr. Margret Seemann, SPD: Deswegen haben wir auch Geld eingestellt.)

Und wir haben ja fast circa 1.400 Opfer. Da müssen wir fragen.

Wenn wir uns an der österreichischen Lösung orientieren, dann muss sie auch komplex umgesetzt werden. Ankündigungen alleine genügen nicht, auch wenn Sie sie öfter wiederholen. Entscheidend sind aus unserer Sicht die zivilrechtlichen Maßnahmen wie Wohnungszuweisung und Kontakt- und Näherungsverbote sowie nachfolgend die sofort einsetzende Betreuung über die Interventionsstellen. Und Sie haben im März 2000 die Regierung aufgefordert, solch ein Gesamtkonzept vorzulegen. Das kostet Geld, das haben Sie offenbar vergessen und darauf haben wir Sie vor einem Jahr hingewiesen. Deswegen hatten wir da Probleme, gleich zuzustimmen.

Wir erwarten nunmehr in Berlin und Schwerin eine zügige Umsetzung ihrer eigenen Ankündigungen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mit folgenden Schwerpunkten:

- verbesserte Prävention sowie Maßnahmen zur öffentlichen Ächtung von Gewalt gegen Frauen

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Davon reden wir schon seit Jahren, da waren Sie noch gar nicht hier.

(Annegrit Koburger, PDS: Ha, ha, ha! ...)

- schulische Prävention gegen sexuelle Gewalt
- Gewaltpräventions- und Fortbildungskonzepte für Schulen
- komplexe Fortbildung von Polizei und Staatsanwaltschaft – das ist ganz wichtig, das ist von uns eingeleitet worden –

(Annegrit Koburger, PDS: Von Ihnen eingeleitet worden? Ich lach' mich scheckig.)

sowie separate Erfassung der Straftaten in der polizeilichen Kriminalstatistik

Das wird ja bald möglich sein.

- Prüfung und Einführung eines neuen Straftatbestandes der fortgesetzten häuslichen Gewalt
- lückenlose Erfassung und Speicherung – damit haben Sie ja immer Ihre Schwierigkeiten – aller strafwürdigen Sachverhalte im Sexualstrafrecht und bei häuslicher Gewalt

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Warum haben Sie dann an unserem Aktionsplan nicht mitgearbeitet?)

Sie müssen sich mal unsere Pläne seit Jahren durchlesen, da steht eine ganze Menge drin dazu.

(Heiterkeit und Zuruf von
Dr. Margret Seemann, SPD)

Na, von uns!

(Karla Staszak, SPD: Ja? Wann denn?)

- Zeugenschutzprogramm für die von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder sowie die Anerkennung der Aussage als Beweis vor Gericht per Videofilm

Das ist eine ewige Forderung der CDU, da haben Sie immer nein gesagt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und warum sind Sie dann nicht hingekommen und haben ... Die Frauen hätten Sie auseinander genommen. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

- Umsetzung eines Beschäftigungsgesetzes für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen.

Na, wenn Sie über Ihre eigenen Sachen lachen, tun Sie mir Leid.

- Prüfung einer Abschiebefrist von mindestens vier Wochen für Frauen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, um deren sichere Rückkehr vorzubereiten
- sofortige Abschiebung ausländischer Straftäter beim Komplex häuslicher Gewalt
- Vorlage eines Aktionsplanes mit Vorschlägen für ein Netzwerk unter maßgeblicher Beteiligung von CORA und AGNES sowie, und das ist das Entscheidende, die Absicherung der Finanzierung
- und Prüfung, ob die Opferhilfe nicht insgesamt und hier speziell natürlich für die Opfer häuslicher Gewalt als staatliche Aufgabe, in welchem Umfang auch immer, definiert werden kann

Die Finanzierung Ihres Programms kostet aus meiner Sicht circa 2 Millionen DM jährlich. Aber da haben Sie ja 1998 erst mal mit 354 Stellen Ihre Verwaltung aufgebläht: Sonderverwaltungen, Sonderstaatssekretäre, Sondergehälter. Beim ÖBS haben Sie 12 Millionen DM rausgeworfen und das Bildungsfreistellungsgesetz kostet auch jährlich 600.000 DM. Da fehlten jetzt natürlich 2 Millionen DM.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Haben Sie nicht noch ein bisschen mehr? – Volker Schlotmann, SPD: Sie sollten der finanzpolitische Sprecher werden.)

Und im Haushalt 2001, das haben wir gesagt, finden wir nur 270.000 DM für Interventionsstellen und 90.000 DM für ein Modellprojekt. Das sind also ganze vier Stellen mit Sachkosten und diese sollen 1.400 Fälle bearbeiten. Das wird nicht funktionieren.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Der Weiße Ring arbeitet, nun wollen wir mal einen Vergleich bringen, in unserem Land in 15 Außenstellen mit circa 100 Mitarbeitern im Rahmen der Opferbetreuung ehrenamtlich. Für die entscheidenden Schnittstellen, ohne die kein Wegweisungsrecht funktioniert, fehlt also bis heute das Geld. Für das von uns präferierte Netzwerk benötigen wir aus meiner Sicht mindestens 20 Arbeitsplätze in mindestens fünf Interventionsstellen,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Mindestens!)

in Anlehnung an die Polizeidirektionsbereiche, sowie die Vernetzung aller Verbände und Vereine, die sich mit Opferarbeit wirklich beschäftigen und auch auskennen. Wir sind für die effektiven Maßnahmen in Anlehnung an das österreichische Modell.

Das Thema Gewalt gegen Frauen ist uns auch zu ernst, als es nur dauernd in der Zeitung als Ankündigung dieser Koalition zu lesen. Wir erwarten Taten statt Worte, Frau Dr. Seemann. Und dass Sie die bisherigen Möglichkeiten im SOG nicht kennen, das kann man Ihnen nicht vorwerfen, das kennt ja noch nicht mal Ihr Innenminister.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dass Sie uns aber Populismus vorwerfen, finde ich schon ein bisschen stark. Sie kündigen per Antrag vor einem Jahr große Aktivitäten an und wenn wir danach fragen, sagen Sie, wir sind Populisten. Naja.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie sagen es. Sie haben den Antrag abgelehnt und dann wollen Sie was in anderthalb Monaten haben? – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Thomas, können Sie nicht mal aufhören?!)

Dass Sie dann noch in Ihrer Presseerklärung bei der entscheidenden Finanzierung auf Haushaltsberatungen verweisen, ist für das Projekt wohl eher kein Vorteil, sondern doch eher ein Nachteil.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ach, Sie wissen noch nicht, dass die Finanzen über den Haushalt geregelt werden, Herr Thomas?!)

Und, Frau Koburger, Sie sollten sich da mal lieber mit Ihrem ganzen Gewicht gegen Frau Dr. Seemann durchsetzen, die so was in einer Presseerklärung schreibt.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und der Herr Dr. Timm sollte aufhören, andauernd das Wegweisungsrecht als Änderung im SOG anzukündigen. Das macht er nun schon drei-, viermal, passiert ist noch nichts. Er weiß offenbar nichts, deswegen habe ich es erläutert, was laut SOG schon möglich ist. Nach der Wegweisung muss die Polizei die Interventionsstelle aus unserer Sicht informieren, damit eine sofortige Betreuung der Opfer beginnen kann. Die Polizeidirektion Rostock hat dazu schon gute Vorarbeit geleistet.

(Karla Staszak, SPD: Ja.)

Der Innenminister – er ist ja nicht da, dazu können wir ihn nur auffordern – sollte seinen Einfluss bei der Finanzministerin nutzen

(Wolfgang Riemann, CDU: Hat er nicht. Hat er nicht. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

für den in der Schublade liegenden Landesaktionsplan mit entsprechender Finanzierung.

Mit unserem Antrag fordern wir nur das, was Sie vor einem Jahr selbst von Ihrer Regierung gefordert haben.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Was Sie vor einem Jahr abgelehnt haben, Herr Thomas. – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Also, was haben Sie für ein Problem?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich habe keine Probleme. Fragen Sie mal, was Sie für welche haben!)

Ein Jahr hat es bei Ihnen gedauert. Bei uns dauern Schnellschüsse einen Tag, nicht mal einen Tag, bei Ihnen ein Jahr. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Thomas.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Staszak von der Fraktion der SPD.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

Karla Staszak, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wundere mich etwas.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS – Volker Schlotmann, SPD: Bei Herrn Thomas? Der ist so nett.)

Wirklich, ich habe deshalb meine Rede auch nicht mitgebracht, weil vieles nicht stimmt.

Also, ich freue mich natürlich erst mal, dass sich auch Männer dafür einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Aber ja! – Dr. Margret Seemann, SPD: Neuerdings!)

Das ist ja wirklich ein Novum. Ja. Toll, ja!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber man muss auch eine korrekte Darstellung machen, denke ich.

(Till Backhaus, SPD: Schwarze Männer.)

Also passen Sie auf! Häusliche Gewalt ist schon immer mein Thema. Vor drei Jahren habe ich dieses Modellprojekt CORA auf den Weg gebracht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Genau! Du, und nicht die CDU.)

Ich habe aus meinem kleinen Haushalt auch das bezahlt, weil ich ein Anliegen hatte. Ich habe mich auf Frauenministerinnenebene mit anderen Frauen anderer Länder, da war auch die CDU dabei, verständigt. Sicherlich haben wir versucht, Innenminister, Justizminister von all dem zu überzeugen, was auch ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Vor allem die Finanzminister. – Unruhe bei Abgeordneten der PDS)

Die hatten damit erst mal nichts zu tun. Auf die kommen wir noch.

(Ministerin Sigrid Keler: Das ist nicht nur eine Frage des Geldes, Herr Riemann. –

Dr. Margret Seemann, SPD: Pst! –

Barbara Borchardt, PDS: Na, dann kann er doch nicht mitreden. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und dann haben wir natürlich dieses Modellprojekt. Mit meiner Verabredung ist auch die Frau Herold, die ja inzwischen alle kennen, in jede Fraktion gegangen, um zu sensibilisieren und zu sagen, wie weit wir sind. Und das ist ja in Ordnung, damit Sie dann alle mitstimmen, wenn wir das nämlich – wir wissen natürlich, was das kostet, das ist doch ganz klar – durchsetzen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und Harry Glawe, CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Und das werden wir ja an der Stelle dann sehen.

Dieser Landesaktionsplan, der ist eben auch lange fertig und den kennen alle Fraktionen. Das ist gar kein Geheimnis, ich habe das ganz demokratisch gemacht.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aber von der CDU war doch keiner da!)

Ich habe alle einbezogen, den haben Sie alle. Den haben Sie alle.

(Till Backhaus, SPD: Da war doch keiner da. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, aber Sie haben ihn alle. Sie kennen auch die Inhalte.

(Volker Schlotmann, SPD: Das stimmt. Der hat den Stempel noch nicht. Herr Jäger möchte einen Stempel haben.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie, Frau Abgeordnete, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Born?

Karla Staszak, SPD: Bitte.

(Angelika Gramkow, PDS: Immer so viele Männer heute am Frauentag!)

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau parlamentarische Staatssekretärin, eine Frage, weil hier wiederholt gesagt worden ist, von der CDU war keiner da: Sie haben ja dargestellt, dass es um Sachdiskussionen ging. Können Sie bestätigen, dass die wissenschaftliche Mitarbeiterin der CDU-Fraktion Frau Rixmann-Krüger an allen Beratungen teilgenommen hat – wie gesagt, es ging um Sachberatungen –,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Abgeordnete haben wohl keine Sachkompetenz. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

um das Thema hier sachlich zu bearbeiten? Und können Sie bestätigen, dass Frau Rixmann-Krüger die wegen Krankheit abwesende Abgeordnete Holznagel vertreten hat für die Fraktion der CDU?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aber Referenten dürfen keine politischen Entscheidungen treffen.)

Karla Staszak, SPD: Ja, das kann ich bestätigen. Und das war auch eine sehr sachkompetente Frau.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Danke.)

Frau Seemann ging es, glaube ich, um die politische Vertretung.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Die Abgeordneten waren angesprochen. Und wenn das auf so politisches Parkett erhoben wird, dann erwarte ich, dass die Abgeordneten dort antreten. – Dr. Armin Jäger, CDU: Wer redet hier eigentlich? – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

So, weiter.

Dieser Landesaktionsplan liegt vor. Wir haben auch eine Kabinettsvorlage vorbereitet und ich denke, das Kabinett stimmt zu. Das sehen Sie daran, dass der Innenminister und der Justizminister, dass beide hinter diesem Konzept stehen. Und, Herr Thomas, ich muss Sie da korrigieren, was nicht ganz richtig ist. Also, wir müssen ja erst auf die zivilrechtliche Änderung im Bund warten und die wird etwa im Herbst im Bundestag kommen.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Aber das muss man ja vorbereiten.)

Ja, die ist ja vorbereitet.

(Annegrit Koburger, PDS: Das ist ja vorbereitet.)

Die wird im Herbst durch den Bundestag gehen. Und deshalb habe ich gesagt, jetzt können wir schon mal unser SOG ändern,

(Till Backhaus, SPD: Bleibst du mal da stehen! – Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

und habe mit dem Innenminister erreicht, dass da auch was geändert wird. Wo Herr Thomas Recht hat, ist, dass die Polizei auch jetzt schon die Möglichkeit hätte, was zu tun, aber nur 48 Stunden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau. Aber das ist zu wenig. – Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist unsicher.)

Und 48 Stunden reichen nicht. Herr Thomas, ich weiß das natürlich alles. Ich kämpfe Jahre darum, Jahre kämpfe ich darum.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Wir unterstützen Sie ja darum.)

Ja, toll! Ich bin jedem dankbar, der das unterstützt, denn die größte Kriminalität findet hinter diesen häuslichen Mauern statt.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und dann muss ich Ihnen auch noch mal sagen, es ist erwiesen, und das wissen Sie auch alle, dass Kinder, die aus solchen Familien stammen – nicht alle, aber sehr

viele –, wieder gewalttätig werden. Also deshalb ist das auch wirklich ein sehr ernst zu nehmendes Thema. So, gut, davon muss ich Sie ja jetzt nicht überzeugen.

(Harry Glawe, CDU: Völlig richtig.)

Deshalb haben wir, hat Herr Timm, gesagt, das SOG soll sowieso geändert werden. Dann kann das gleich mit rein.

Also das wird ja durch den Landtag gehen, wir werden das dann hier auch diskutieren und ich hoffe, im Herbst kommt das auch durch. Und in dieser Zeit mache ich mir natürlich Gedanken, wie ich das alles absichern kann. Das ist doch völlig klar. Und ich habe mit der Frau Finanzministerin darüber bereits seit längerem, sie weiß das alles, gesprochen. Sie weiß das auch.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber sie muss Sie unterstützen. – Dr. Margret Seemann, SPD: Das macht sie auch. – Angelika Gramkow, PDS: Ja eben.)

Ja, das macht sie auch. Das wird sie auch tun.

(Harry Glawe, CDU: Da müssen ein paar Mark mehr kommen. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU –
Dr. Margret Seemann, SPD: Sie wissen noch gar nicht, wie viel kommen, und dann sollen ein paar Mark mehr kommen. Wie denn das?)

Ja, also ich denke, ich habe hier natürlich inzwischen auch eine Menge gelernt

(Harry Glawe, CDU: Das muss ich schwarz auf weiß im Haushalt haben.)

und ich kann ja nicht immer nur meinem Geld hinterherrennen. Ich habe das natürlich auch vorbereitet und ich denke, ich bekomme durch die Landesregierung auch Unterstützung,

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

und ich meine, dann, wenn Sie hier als Parlament befinden, es ist nicht genug, werden Sie mir auch noch helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Staszak.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1928. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sigrid! –
Ministerin Sigrid Keler: Ach so! –
Heiterkeit bei den Abgeordneten)

Danke. Gegenprobe. –

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Harry Glawe, CDU: Zweimal Stimmfehler:
einmal links, einmal rechts. Das geht nicht.)

Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/1928 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Zustimmung der Fraktion der CDU und einer Zustimmung der SPD abgelehnt.

(Ministerin Sigrid Keler:
Das wird teuer für mich.)

Meine Damen und Herren, wie bereits zu Beginn der gestrigen Sitzung bekannt gegeben, entfällt die Beratung des Tagesordnungspunktes 20. Wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

(Till Backhaus, SPD, und Heinz Müller, SPD:
Oh! – Dr. Margret Seemann, SPD: Oh schade!)

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 4. April 2001, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich denke, wir können jetzt zu den Frauentagsfeiern übergehen. Ich wünsche allen einen guten Heimweg.

Schluss: 17.05 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Erhard Bräunig, Dr. Arthur König, Caterina Muth, Dr. Harald Ringstorff und Dr. Berndt Seite.